DIE STELLUNG DER KULTUR- UND SPORTPOLITIK IM SYSTEM DER AUSWÄRTIGEN POLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DAS STAATSBEWUSSTSEIN DER DDR - BEVÖLKERUNG

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu
BONN

vorgelegt von

WALTER SCHULZ

aus

WÜRSELEN

1976

BONN 1978

DIE STELLUNG DER KULTUR- UND SPORTPOLITIK IM SYSTEM DER AUSWÄRTIGEN POLITIK DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DAS STAATSBEWUSSTSEIN DER DDR - BEVÖLKERUNG

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
zu
BONN

vorgelegt von

WALTER SCHULZ

aus

WÜRSELEN

BONN 1978

Angefertigt mit Genehmigung der
Philosophischen Fakultät
der Universität Bonn

1. Gutachter: Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen
2. Gutachter: Prof. Dr. Hajo Bernett

Tag der mündlichen Prüfung: 30.6.1976

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Druck: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität
BONN 1978

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
	Vorwort	8
1.	Einleitung Gegenstand, Fragestellung und Methode	11
2.	Die politische Relevanz des Sports	27
2.1.	Der Sport als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analysen	27
2.1.1.	Das Selbstverständnis der Sportbewegungen	28
2.1.2.	Die Diskussion um eine Neubestimmung des Sports in der Bundesrepublik	29
2.2.	Die Funktion der DDR - Kritik für den Deutschen Sportbund	33
2.2.1.	Die erste Grundlage der Kritik des DDR - Sports: die Konvergenzhypothese	34
2.2.2.	Der Fehler der Konvergenzhypothese	37
2.3.	Die Kritik der DDR - Sportbewegung als Funktion der Selbstdarstellung des DSB	38
2.3.1.	Die Begründung von Sportförderungsmaßnahmen aus der Systemkonkurrenz	42
2.3.2.	Die zweite Grundlage der Kritik des DDR - Sports: der Totalitarismusvorwurf	44
2.4.	Der Mangel der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem DDR - Sport	45
3.	Die gesellschaftliche Rolle der Sportbewegung in der DDR	48
3.1.	Zur Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR	48
3.1.1.	Das Verhältnis von objektivem und subjektivem Interesse	48
3.1.2.	Das Verhältnis von Staat und Massenorganisationen	52
3.1.3.	Das Verhältnis der Sportorganisation zu FDJ und FDGB	55

		Seite
4.	Die Stellung des Sports im System der auswärtigen Kulturpolitik	57
4.1.	Das Verhältnis von Außenpolitik und gesellschaftlichem System	57
4.1.1.	Kulturpolitik als Instrument der Außenpolitik	57
4.1.2.	Sportpolitik als Instrument der Einflußnahme auf die Öffentlichkeit	59
4.2.	Die Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft	60
4.2.1.	Die Begründung des sozialistischen Internationalismus aus dem proletarischen Internationalismus	60
4.2.2.	Die sozialistische Staatengemeinschaft als Garant der staatlichen Existenz der DDR	63
4.2.2.1.	Das ökonomische Interesse an der Integration	65
4.2.2.2.	Das Verhältnis von Integration und Souveränität	67
4.2.2.3.	Das politische Interesse an der Integration	70
4.2.2.4.	Die bilateralen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten	73
4.2.3.	Die Erscheinungsformen der bilateralen Beziehungen im Sport	75
4.2.3.1.	Das Verhältnis zur Sowjetunion	75
4.2.3.2.	Die Sportbeziehungen zur Volksrepublik Polen und zur CSSR	80
4.2.3.3.	Das Verhältnis zu den anderen sozialistischen Staaten	85
4.2.4.	Die multilateralen Sportbeziehungen zu den sozialistischen Staaten	87
4.3.	Das Verhältnis der DDR zu den Staaten der 3. Welt	89
4.3.1.	Die Außenpolitik der DDR gegenüber den nichtpaktgebundenen Staaten	89

		Seite
4.3.2.	Die Organisation kultureller Kontakte zu den Entwicklungsländern	97
4.3.2.1.	Die Aufgabe der ' Liga für Völkerfreundschaft '	97
4.3.2.2.	Der Deutsche Turn- und Sportbund als Organisator kultureller Verbindungen	98
4.3.2.3.	Die Orientierung der Sportbeziehungen: Kaderausbildung statt Leistungsvergleich	1oo
4.4.	Das außenpolitische Prinzip der friedlichen Koexistenz als Grundlage der Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten	1o3
4.4.1.	Zur Begründung der Politik der friedlichen Koexistenz	1o4
4.4.2.	Koexistenzpolitik und ökonomischer und kultureller Wettbewerb	1o6
4.4.2.1.	Die ideologische Funktion ökonomischer Leistungsfähigkeit	1o8
4.4.2.2.	Friedliche Koexistenz als Einheit von Abgrenzung und Beeinflussung	1o9
4.4.3.	Die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten als Sonderfall der friedlichen Koexistenz	11o
4.4.4.	Die Entwicklung der Beziehungen von den Konföderationsvorschlägen zur These von der ' sozialistischen Nation '	113
4.4.5.	Die Kultur- und Sportbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten	116
4.4.5.1.	Das Verhältnis zu den Staaten der Europäischen Gemeinschaft	116
4.4.5.2.	Die Beziehungen zu den skandinavischen Staaten	12o
4.4.5.3.	Der Leistungssport als Element der Öffentlichkeitsarbeit in den kapitalistischen Staaten	121

		Seite
4.4.5.3.1.	Die Nutzung der Medien	122
4.4.5.3.2.	Die gezielte Öffentlichkeitsarbeit in den Gastgeberstaaten	124
4.4.5.4.	Die Grenzen kultureller Selbstdarstellung und Einflußnahme	126
4.4.6.	Die Sportbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten	129
4.4.6.1.	Der Wiedervereinigungsgedanke im Sport	13o
4.4.6.2.	Die Konföderationsproblematik im Sport	132
4.4.6.3.	Die endgültige Trennung der Sportbewegungen	134
4.4.6.4.	Der Sport als Faktor der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in Deutschland	135
5.	Die innergesellschaftliche Bedeutung der Sportbewegung	142
5.1.	Zur innerpolitischen Bedeutung des Sports für die Deutsche Demokratische Republik	142
5.1.1.	Das Prinzip des demokratischen Zentralismus	143
5.1.2.	Die zentrale Planungstätigkeit	145
5.1.3.	Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse	148
5.1.4.	Das Prinzip der materiellen Interessiertheit	15o
5.1.5.	Die Sportler als Beispiel für die Jugend	152
5.2.	Die Funktion der Sportberichterstattung	154
5.2.1.	Die Sportberichterstattung im Fernsehen	157
5.2.2.	Die ideologische Funktion des Sportjournalismus	158
5.2.3.	Die Berichterstattung über die Olympischen Spiele in München	159
5.2.3.1.	Das Verhältnis zur UdSSR und zu den sozialistischen Staaten	162
5.2.3.2.	Die Darstellung der Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten	165

		Seite
5.2.3.3.	Die Spiele als Symbol der Koexistenz mit den kapitalistischen Staaten	166
5.2.3.4.	Die Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland	168
5.2.3.5.	Die Berichterstattung über den Anschlag auf das olympische Dorf	171
6.	Zusammenfassung und Resümee	175
7.	Anmerkungen	181
8.	Bibliographie	246
8.1.	Nachschlagewerke	246
8.1.1.	Allgemein	246
8.1.2.	Bereich Sport	246
8.2.	Dokumentationen	247
8.2.1.	Allgemein	247
8.2.2.	Bereich Sport	248
8.3.	Einzeldarstellungen	248
8.3.1.	Bereich Außen- und Kulturpolitik	248
8.3.2.	Bereich Ökonomie	255
8.3.3.	Bereich Sport	255
8.4.	Hochschulschriften	258
8.5.	Zeitschriften	26o
8.6.	Sonstige Periodika. Zeitschriften. Zeitungen.	268
9.	Lebenslauf	27o

VORWORT

Die vorliegende Untersuchung hat die Aufgabe, einen begrenzten Bereich der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik seit ihrer Gründung bis zum Abschluß des Grundlagenvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten zu analysieren: die auswärtige Kulturpolitik, wobei als exemplarisch für die Gesamtkonzeption dieser Politik die Sportpolitik herausgestellt wird.

Die Außenpolitik eines Staates oder Regierungssystems setzt Prozesse, Ziele und Entwicklungsperspektiven des innergesellschaftlichen Lebens in den Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen, respektive der internationalen Politik um, die sich darin als eine Furktion der von den verschiedenen nationalen Gesellschaften verfolgten Zwecke erweist.
Umgekehrt wirken die aus der zwischenstaatlichen Kommunikation und gesellschaftlichen Interaktion erwachsenden Bedingungen und Strukturen auf die innergesellschaftlichen Prozesse zurück, erfordern Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis entsprechende Reaktionen der mit dem Bereich der internationalen Beziehungen befaßten Irstitutionen und Organasationen. Die Beurteilung der auswärtigen Kultur- und Sportpolitik der DDR kann infolgedessen nur dann vollständig und angemessen sein, wenn man ihre innergesellschaftlichen Grundlagen in die Analyse mit einbezieht und die Auswirkungen außenpolitischer Erfolge im Erscheinungsbild der DDR - Gesellschaft berücksichtigt.

Der Konflikt zwischen den beiden deutschen Staaten um die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Souveränität der DDR hat bis zum Abschluß des Grundlagenvertrages die Außenpolitik beider Staaten geprägt und sie, im krassen Gegensatz zu allen Abgrenzungsbestrebungen, auf das engste miteinander verknüpft. Der Vertrag brachte der DDR den Durchbruch zu weltweiter Anerkennung, die Mitgliedschaft in internationaler Organisationen und schließlich einen Sitz in den Vereinten Nationen, die Bestätigung, daß es ihr in den Jahren seit ihrer Gründung gelungen ist, sich als souveräner Staat gegenüber der Weltöffentlichkeit hinreichend zu legitimieren.

An diesem Prozeß der politischen Verankerung, der sich weitgehend unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen vollzog, hat die Kulturpolikik einen maßgeblichen Anteil gehabt. Die Organisationsformen der Kulturpolitik in der DDR, die Abstimmung der darin engagierten Massenorganisationen untereinander und mit den für Außenbeziehungen zuständigen Organen des Staates und der SED, machten diese Form auswärtiger Politik zu einer der stärksten Waffen im Kampf gegen die Eindämmungspolitik der Bundesregierung.

Als eine der größten Massenbewegungen, die von staatlicher Seite und von den höchsten Gremien der Partei gefördert und bewußt als Instrument der Anerkennungswerbung genutzt wurde, ist der Turn- und Sportbund in die Außenpolitik der DDR integriert. An seiner Funktion und an seinen Erfolgen sind die **Zielsetzung** und die Effizienz der auswärtigen Kulturpolitik der DDR, gleichzeitig aber auch die Begrenztheit kulturpolitischer Einflußnahme erkennbar.

Zum Verständnis des Zusammenhangs von Sport und Politik war es notwendig, die wesentlichen außenpolitischen und innergesellschaftlichen Prinzipien in der Weise darzustellen, wie sie von den DDR-Theoretikern vertreten und durch den Sport zum **Ausdruck** gebracht werden sollen. Davon, daß es in ihrer praktischen Durchsetzung beständig zu Friktionen zwischen Theorie und Praxis, von Anspruch und Verwirklichung kommt, wurde abstrahiert, da der Sport seiner Natur nach als eine **gleichsam** idealtypische Version der gesellschaftlichen Perspektiven diesen kann und dient.

Die Erstellung dieser Arbeit machte erhebliche Schwierigkeiten, da die Quellenlage äußerst dürftig ist. Das breite Angebot an täglichen Sportinformationen täuscht darüber hinweg, daß über die wesentlichen Grundlagen des DDR-Sports wenig bekannt ist. Die bedeutsame wissenschaftliche Arbeit, die besonders an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig geleistet wird, deren Resultat die Leistungsstärke der DDR-Sportbewegung ist, ist der westdeutschen Forschung nicht zugänglich. Ebensowenig transparent sind die Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidung, so daß nur die in den wissenschaftlichen Periodika erscheinenden Diskussionsbeiträge und in westdeutschen Archiven zugänglichen Materialien als

Grundlagen dienen konnten. Darüber hinaus wurde anhand der in den Tageszeitungen und sonstigen Veröffentlichungen ausgewiesenen internationalen Kontakte der DDR-Politiker und -Sportler versucht, Aufschluß über Schwerpunkte der Kulturbeziehungen zu erhalten.

Ein weiterer Mangel bestand darin, daß in der Bundesrepublik lange Zeit weder die politische Relevanz kultureller Prozesse noch die kulturelle Bedeutung des Sports, und damit die Tragweite der Sportpolitik richtig erkannt wurde. Dies hat die praktische Folge, daß nur wenige Bibliotheken und Archive entsprechende Dokumente sammeln und Periodika führen.

Als für die Aufgabenstellung besonders ergiebig erwiesen sich die Bibliotheken der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, des Otto-Suhr-Instituts, Berlin und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Für den Verfasser äußerst hilfreich war auch, daß er das persönliche Archiv von Herrn Willi Knecht, Abteilungsleiter beim RIAS Berlin, einschauen konnte.

An dieser Stelle möchte ich mich für die Unterstützung durch verschiedene Personen und Institutionen bedanken, die mir bei der Beschaffung des Materials und durch ihre Unterstützung in der Bewertung der vorliegenden Dokumente geholfen haben.

Namentlich gilt dies für die Mitarbeiter der Bibliothek der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, die Mitarbeiter der Deutschland-Information, Berlin, und der Friedrich-Ebert-Stiftung,Bonn.

Persönlich danken möchte der Autor Herrn Dr. H. Zimmermann,(Berlin) und Herrn Willi Krecht (Berlin), die wertvolle Hilfestellung für diese Arbeit geleistet haben.

Besonderer Dank gilt dem Betreuer dieser Dissertation, Herrn Professor Dr. Hans Adolf Jacobsen,der an ihrer Entstehung beständigen Anteil genommen und **mir** wertvolle Anregungen und Hilfestellung gegeben hat.

Bonn im April 1976

1. EINLEITUNG

GEGENSTAND, FRAGESTELLUNG UND METHODE

Der Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 21.12.1972 und die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen markieren das Ende eines Kapitels deutscher Geschichte, in dessen Verlauf sich auf dem Boden einer Nation zwei souveräne Staaten antagonistischer Gesellschaftsordnung konstituierten. Damit wurde de facto die Existenz zweier Völkerrechtssubjekte festgestellt, für die, ihrem Selbstverständnis nach, eine Wiedervereinigung von geringerem Wert ist als die Erhaltung der eigenen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Im selben Jahr 1972 bot sich der DDR die Gelegenheit - terminlich zufällig, jedoch in der Logik der Entwicklung liegend - der ganzen Nation und vor Augen der gesamten Weltöffentlichkeit auf dem Boden der Bundesrepublik ihre Souveränität nachhaltig zu demonstrieren: das Forum der Olympischen Spiele in München.
Die Entwicklung im Bereich Sport ist charakteristisch für die wachsende Entfremdung der beiden Teile Deutschlands. Sie drückt in der dem Sport eigentümlichen öffentlichkeitswirksamen Weise die sich verschärfende politische und kulturelle Abgrenzung aus - beider Staaten voneinander. In der DDR wird diese Abgrenzung verstanden als ein objektiver historischer Prozeß, der in der gegensätzlichen ökonomischen Ordnung begründet ist. In der Bundesrepublik interpretiert man sie anders als subjektives, taktisch zu verstehendes Element der DDR-Politik, gültig vor allem im kulturellen Bereich. [1] Die Ablehnung des jeweils anderen Systems ist für beide Staaten konstitutiv: für die Bundesrepublik, wo, ausgedrückt in der Formel " Freiheit vor Einheit ", der Antikommunismus zum bedeutsamen Integrationsfaktor wurde [2], ebenso wie für die DDR, die ihre Legitimation aus der Erfüllung der Grundsätze des Potsdamer Abkommens und dem Anspruch der Errichtung einer für Gesamtdeutschland exemplarisch sozialistischen Gesellschaft herleiten. Der in der Abgrenzungspolitik erscheinende Widerspruch zwischen den Teilen gründet darin, daß jeder der Staaten in seiner gesellschaftlichen Ordnung die wesentlichen Gestaltungsprinzipien eines zukünftigen wiedervereinigten Deutschlands für verwirklicht hält, jeder

also im Anspruch des anderen einen nicht zu akteptierenden Übergriff sehen muß.[3)]

Die Teilung Deutschlands ist eine Folge der politischen und militärischen Interessengegensätze zwischen den Siegermächten des 2. Weltkriegs, die bei der Auslegung und Durchführung des Potdamer Abkommens zu Tage traten. Die Absicherung des eigenen Einflußbereiches stand für die Kontrollmächte vor dem nationalen Anliegen der deutschen Bevölkerung. So wurde beiden deutschen Staaten infolge des Auseinanderbrechens des Kontrollrates und der daraus resultierenden Versuche der Besatzungsmächte, in ihren Zonen die politische und ökonomische Verfassung eines künftigen Gesamtdeutschland durch die Errichtung einer separaten staatlichen Ordnung zu prädestinieren, der Rahmen für die Entfaltung ihres eigenen politischen und sozialen Systems vorgegeben. In den beiden Staaten war damit, ungeachtet der nationalen Option, die Einbeziehung in antagonistische Bündnissysteme von Grund auf angelegt. DDR und Bundesrepublik sind jedoch auch als selbständige Staaten in besonderer Weise aufeinander bezogen: durch eine gemeinsame Grenze, familiäre Bindungen, die gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Geschichte und eine kulturelle Tradition, deren positive Elemente jeder für sich zu reklamieren sucht. Die damit gegebene Wettbewerbssituation bleibt eine beherrschende Tatsache, die jeder Seite einen Rückzug auf ihre regionale Zuständigkeit verbietet.[4)]

Daß beide füreinander nicht Ausland sein können, gehört zu den unbetrittenen politischen und juristischen Grundsätzen der Bundesrepublik.[5)] Daß sie mehr als Ausland füreinander sind, stellt sich trotz der politischen und kulturellen Abgrenzung - und gerade in ihrer permanenten Notwendigkeit - auch im Handeln der DDR-Führung heraus. Gascard beschreibt diesen Zusammenhang so, daß beide Staaten sich teilweise (BRD) oder fast ausnahmslos (DDR) als Ausland behandeln, andererseits in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung jeder den anderen gegen seinen Willen noch als Inland begreift, und zum dritten, etwa im innerdeutschen Handel, besondere Nicht-Ausland-Beziehungen herrschen.[6)] Für die Bundesrepublik ist dieses Verhalten unmittelbar **einleuchtend**, da sie den Fortbestand der Nation durch das Nebeneinander der beiden staatlichen Ordnungen nicht tangiert sieht: " Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinn eine

deutsche Nation gibt und geben wird, soweit wir vorauszudenken vermögen." [7] Anders ist es jedoch, wenn, wie nach dem Verständnis der marxistisch-leninistischen Gesellschaftslehre, Phänomene wie Zusammengehörigkeitsgefühl oder kulturelle Errungenschaften als Elemente des Überbaus gelten, die von den materiellen Verhältnissen bestimmt werden. Dann kann es nach der Veränderung der ökonomischen Bedingungen in der DDR nicht länger eine deutsche Nation geben, dann ist auch retrospektiv die Geschichte dieser Nation dahingehend zu bestimmen, welche Traditionen als restaurative, welche als progressive im Sinne der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse über den Kapitalismus hinaus einzuordnen sind. Die Nation wird nach diesem Verständnis nicht als in sich geschlossene definiert, wie es im Begriff " Volk " unterstellt ist, sondern als in Klassen gespaltene, vom Klassenantagonismus geprägte.

" Da die Nation eine soziale Einheit von Klassen ist, genügt es nicht, einfach von einer Nation zu sprechen, sondern es ist erforderlich, ihren historischen Typ zu bestimmen... Es ist theoretisch und politisch falsch, von ' Nation ' schlechthin zu sprechen, denn der Begriff der ' Nation ' beruht hier auf einer künstlichen Abstraktion von den Widersprüchen zwischen den Klassen, die diese ' Nation ' bilden." [8]

Dieses Nationskonzept verlangt aber nicht nur eine verschiedene, abgrenzende Rezeption von Kulturleistungen und historischen Ereignissen, sie ermöglicht es der SED auch, die DDR als in der Tradition der deutschen Nation stehend zu begreifen und darüberhinaus, auch die Werktätigen der Bundesrepublik als potentiell der " sozialistischen Nation " zugehörig zu betrachten; bezogen auf sie für die DDR einen Vorbildcharakter in Hinsicht auf Gesamtdeutschland geltend zu machen.

Es liegt kein Widerspruch darin, daß die DDR besondere Beziehungen zwischen den Staaten bestreitet, besondere Beziehungen zur Gesellschaft der Bundesrepublik dagegen pflegt, da die Eigenstaatlichkeit der DDR die erste und Grundbedingung dafür ist, dem gesellschaftlichen System in Westdeutschland die eigene Ordnung als reale Alternative gegenüberstellen zu können. Abgrenzung ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß die kulturellen, ökonomischen und politischen Errungenschaften der sozialistischen DDR gegen die Entwicklung der Bundesrepublik geltend gemacht werden können.

Die nationale Option der Bundesrepublik äußerte sich bis zum Beginn der

siebziger Jahre in einem vorwiegend negativen Verhalten zur DDR: in der Ignoranz gegenüber dem gesellschaftlichen und staatlichen Konstitutionsprozeß; im Bestreiten der Legitimität; ja sogar der Möglichkeit souveränen politischen Handelns; in dem juristisch fixierten Interesse wurzelte, neben, und im Zuge der Entspannungspolitik gegen, eine konstruktive und erfolgreiche Deutschlandpolitik trat. Der Starrheit der politischen Doktrin entsprach im Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR die Konzeption und der Begriff des Totalitarismus. Obwohl Ludz schon 1968 dessen Mangelhaftigkeit und Inadäquatheit herausgestellt hat,[9] gibt er auch heute noch den theoretischen Hintergrund mancher DDR-Analysen ab; wie wir sehen werden, gerade in dem Bereich, den diese Arbeit behandelt. Wenn der damalige Bundeskanzler Kiesinger 1968 die DDR als ein " Phänomen " apostrophierte, dann war dies nicht allein Verlegenheit hinsichtlich der Benennung dieses Staates, es war auch ein Ausdruck für den Zustand der DDR-Forschung. Die Fiktion, der andere deutsche Staat sei gar keiner, hat sich nicht nur für die Politik der Bundesregierungen als hinderlich erwiesen, sie stand auch einer nachdrücklichen wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Gegenstand im Weg und ist einer der Gründe, warum die DDR für die meisten Bürger der Bundesrepublik ein " fernes Land " geworden ist. Dies verlangt nach einer DDR-Forschung, die ein umfassendes Bild von der Realität dieses Staates und seiner gesellschaftlichen Ordnung zu vermitteln vermag.[10]

Die notwendige Umorientierung der DDR-Forschung ging aus von einer Tagung in der Politischen Akademie Tutzing im September 1967, auf der Ludz die Bestimmungen einer neuen komparativen DDR-Forschung skizzierte.[11] Die Forderung wurde mit den Materialien zum Bericht der Bundesregierung von 1971 und in den folgenden Jahren von ihm selbst zum Teil eingelöst, doch weisen gerade die Materialien einen grundlegenden Mangel auf: Die willkürliche Zuordnung einzelner Lebensbereiche, die Gegenüberstellung abstrakter Daten und Kennziffern zu politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Erscheinungen trennt die sogenannten Tatsachen von dem ab, was sie erst zu inhaltlichen Aussagen macht: vom Nachweis der gesellschaftlichen Bedingtheit des einzelnen Phänomens. Ludz weist auf die tiefgreifenden politischen Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten und die Verschiedenheit der Gesellschaftsordnungen hin, deren Teilbereiche einem Ist-Vergleich unterzogen werden.[12] Dann haben seine

Aussagen aber nur begrenzt quantitativen Wert, da die Qualität der Daten überhaupt nur im Gesamtzusammenhang des jeweiligen Systems zu ermessen ist. Insofern erfüllen die Materialien nicht die Anforderungen, die Ludz selbst an die DDR-Forschung stellt: " Strukturen und Funktionen von Herrschaft, Gesellschaft und Wirtschaft in der DDR zu beschreiben und zu erklären; die Frage nach dem, was ist, mit den beiden, warum es ist, und warum es in der Immanenz des Systems so ist, wie es ist, miteinander zu verbinden." [13)]

In den auf Tutzing folgenden Diskussionen sind einige Grundzüge der DDR-Forschung herausgestellt worden, die auch für diese Arbeit gelten können.

- Die DDR ist stets im Kontext der wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Integration der sozialistischen Staaten zu beurteilen. Dies darf aber nicht dazu verleiten, ihre eigenständige Rolle im Bündnissystem zu unterschätzen. [14)]
- Die Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Deutschen Demokratischen Republik und dem in Ost und West in parteilicher Absicht über sie publizierten Material macht die Behauptung einer wertfreien, empirisch-analytischen Vorgehensweise von vornherein fragwürdig: " DDR-Forschung findet nun einmal in dem einen gesellschaftlichen System statt und bezieht sich auf das andere System. Das erfordert ein höheres Maß an Berücksichtigung der eigenen Ausgangslage, als das in anderen Bereichen der Fall sein mag. " [15)]
- DDR-Analysen sind ihrem Wesen nach verwiesen auf die zwischendeutsche Politik. Diese Beziehung darf aber nicht die einer instrumentellen Unterwerfung der wissenschaftlichen Tätigkeit unter die Erfordernisse und Maximen der Politik sein. [16)]
- DDR-Forschung kann, wenn sie der Komplexität ihres Gegenstandes gerecht werden will, letztlich nur interdisziplinär betrieben werden. Einzeluntersuchungen von der Art der vorliegenden Arbeit haben stets den Mangel, wichtige Momente des zu untersuchenden Bereiches außer Acht lassen zu müssen. [17)]

Aufgrund des negativen Verhaltens der meisten westdeutschen Wissenschaftler zur Souveränität des zweiten deutschen Staates ist besonders der Bereich der auswärtigen Politik vernachlässigt worden. Zwar gab es stets eine chronologische Beobachtung der Ereignisse, jedoch erübrigte es sich,

Analysen der Struktur, Ziele und Methoden der DDR-Außenpolitik anzufertigen, solange Konsens darüber bestand, daß sie ohnehin in Moskau konzipiert werde. Erst mit wachsender Präsenz von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik in internationalen Organisationen und in Staaten außerhalb des Einflußbereiches des Warschauer Paktes wurde der Mangel an Kenntnissen über die Spezifik der Ost-Berliner Außenpolitik offenkundig.
In den letzten Jahren sind mehrere Arbeiten veröffentlicht worden, die den außenpolitischen Entscheidungsprozeß der DDR transparenter zu machen versuchen. Anita Dasbach-Mallinckrodt hat ihre erste umfassende Strukturanalyse in der Weise angelegt, daß sie anhand der Erfahrungen und Persönlichkeitsbilder der " decision-makers " , der Träger des außenpolitischen Entscheidungsprozesses, Aufschluß über Motivation und Kompetenz zu gewinnen sucht. Sie vernachlässigt dabei zwangsläufig die Fragen von Organisation und Methoden der Durchsetzung außenpolitischer Ziele.[18] End konzentriert sich vorwiegend auf die Außenpolitik der Bundesregierung, hier insbesondere auf die Herausbildung und Anwendung der Hallstein-Doktrin; die Politik der Gegenseite nimmt er nur unter dem Aspekt der Reaktion auf westdeutsche Aktivitäten auf.[19] Radde untersucht den organisatorischen Zusammenhang und die personelle Entwicklung der verschiedenen mit Außenpolitik befaßten Institutionen. Bei ihm fällt die Bestimmung der politischen Zwecke der Außenpolitik, die Reflexion auf den Zusammenhang zwischen Maßnahmen im auswärtigen Bereich und dem gesamten politischen Wollen fast vollständig weg.[20] Den genannten Untersuchungen ist weiter gemeinsam, daß sie außenpolitische Aktivitäten der DDR unterhalb der Schwelle staatlich-diplomatischer Kontakte, vornehmlich im kulturellen Bereich, weitgehend ausklammern.
Lediglich End weist in den Abschnitten " Auswärtige Kulturpolitik " und " Öffentlichkeitsarbeit " kurz darauf hin.
Lindemann und Müller befassen sich ausführlich mit diesem Gegenstand und versuchen erstmals einen Gesamtüberblick über die verschiedenen Formen und die je nach Adressaten unterschiedliche Anlage dieser Politik zu geben, da bisher nur stets einzelne Länder oder einzelne Aktivitäten in Untersuchungen behandelt worden sind. Die Autoren stellen sich einleitend die Aufgabe, die Abgrenzungspolitik der DDR auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik zu betrachten, d.h. Kulturpolitik ist bei ihnen nur ein Mittel zur Darstellung dieses politischen Prinzips. Damit ist die auswärti-

ge Kulturpolitik der DDR von vornherein als defensive gefaßt: Aktivitäten zur Abwehr von Übergriffen von Seiten oder einer Identifikation mit der Bundesrepublik. Dies folgt schlüssig daraus, daß Lindemann und Müller von der Fortdauer einer einheitlichen deutschen Nationalkultur ausgehen.

Ihre Darstellung krankt jedoch an eben dieser Feststellung, da sie die objektive Distanz zwischen den beiden Staaten ignoriert, die Tatsache nicht berücksichtigt, daß die DDR sich nicht bloß abgrenzt, sondern auch offensiv operiert; durch gezielte Kulturpolitik ihre eigene staatliche und gesellschaftliche Entwicklung, partiell sicherlich erforderlich, als Modell für sich erst konstituierende Nationalstaaten propagiert. Dazu kommt, daß die Autoren trotz des Anspruchs umfassender Darstellung schlechterdings nicht alle möglichen Aktivitäten beschreiben können und infolgedessen gezwungen sind, Schwerpunkte zu setzen. Eine derartige Anlage der Analyse hätte dann aber zur Voraussetzung, deutlich zu machen, daß und wie in den skizzierten Unternehmungen die allgemeingültigen Prinzipien der auswärtigen Kulturpolitik der DDR als integrierter Bestandteil der Außenpolitik insgesamt nachweisbar sind. Lindemann und Müller kommen jedoch über eine Aufzählung von Erscheinungsformen nicht hinaus, da sie möglichst viele Kontaktarten und - ebenen erfassen wollen.[21)]

Eine umfassende Analyse der DDR-Außenpolitik den Ländern der 3.Welt gegenüber, ihrer Intentionen, Methoden und Instrumente ist 1976 von Lamm und Kupper vorgelegt worden.[22)]

Der Vorteil dieser Arbeit liegt insbesondere darin, daß die Autoren sich eingehend mit den ideologischen und politischen Grundlagen der DDR-Außenpolitik auseinandersetzen und den Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Anspruch der DDR, ein sozialistischer Staat mit, wenngleich beschränktem, Modellcharakter für Entwicklungen des politischen und ökonomischen Systems der Länder der 3. Welt zu sein, und den einzelnen, von der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik geprägten, Handlungen im außenpolitischen Bereich herzustellen versuchen. Sie messen der Kulturarbeit perspektivisch eine geringe Bedeutung bei, da ihrer Ansicht nach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den meisten jungen Nationalstaaten eine Intensivierung kulturpolitischer Kontakte erübrigt. Ihre Prognose geht dahin, daß lediglich die schon vorhandenen institutionellen

Formen der Einflußnahme gepflegt und genutzt werden sollen, als " zweites Bein " der DDR-Diplomatie.[23] Der Mangel der vorgelegten Analyse ist der, daß von den Verfassern zu wenig auf die inhaltliche Seite der einzelnen kulturpolitischen, propagandistischen und entwicklungspolitischen Aktivitäten eingegangen wird. So genügt es nicht, den prozentigen Anteil der nach Übersee ausgestrahlten Sendungen des DDR-Rundfunks anzugeben, hier wäre es gerade wichtig, welche Themen vorrangig behandelt werden.[24] Ebensowenig sagen Ausgaben über Ausstellungen, Freundschafts- und Solidaritätswochen und der gleichen mehr, wenn nicht mitgeteilt wird, was die jeweiligen Inhalte sind: propagiert die DDR etwa Ausstellungen bildender Kunstwerke vergangener Jahrhunderte, sich damit als Verwalter des kulturellen Erbes der deutschen Nation darstellend, oder Schöpfungen von DDR-Künstler, die den eigenen sozialistischen Aufbau darstellen wollen, geschieht beides und welche Reaktionen haben derartige Veranstaltungen der DDR eingebracht: auf solche inhaltlichen Bestimmungen gehen Lamm und Kupper nicht ein, so daß trotz der Fülle der von ihnen eingebrachten Informationen die Einschätzung der auswärtigen Kulturpolitik der DDR durch ihre Arbeit nicht erleichtert wird.

Daß erst 1974, mit der Studie von Lindemann und Müller, überhaupt eine umfassende Arbeit über die auswärtige Kulturpolitik der DDR erschien, hat mehrere Ursachen. Es verweist zuerst einmal darauf, daß die Bedeutung kultureller Selbstdarstellung im Ausland in der Bundesrepublik nicht gleich hoch geschätzt wurde wie in der DDR. Dies beruht auf der unterschiedlichen Ausgangsposition der beiden Staaten in der internationalen Politik. Die Bundesrepublik war dank ihrer überlegenen Wirtschaftskraft und der Unterstützung durch ihre Bündnispartner in der Lage, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Drittstaaten zu verhindern und in den meisten internationalen Organisationen ihren Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen. Für die Außenpolitiker der DDR bedeutet das, alle Mittel zur Verbesserung ihrer Position einzusetzen, je nach der gegebenen politischen Lage flexibel zu reagieren und die bestmögliche Form der Selbstdarstellung in einem Land zu finden, um eine einmal erreichte Stellung schließlich zu behaupten und auszubauen. Eine derartige Strategie erfordert langfristige Planung und genaue Abstimmung aller am Prozeß beteiligten Institutionen, Ausrichtung der einzelnen Mission an allgemeinen Grundsätzen des Auftretens, um durch Konzentration und Effektivierung

die strukturelle Unterlegenheit auszugleichen.[25)]

Das von der DDR entwickelte breite Instrumentarium der Selbstdarstellung und Einflußnahme unterhalb der offiziellen staatlichen Ebene ist in seiner Effektivität in der Bundesrepublik lange unterschätzt worden. Infolge ihrer ökonomischen Überlegenheit und der daraus folgenden, der DDR erheblich überlegenen Durchsetzungsfähigkeit der westdeutschen Diplomatie war die Bundesrepublik nicht darauf angewiesen, durch nichtdiplomatische, kulturelle oder andere Kontakte ihren Einfluß zu vergrößern. Man überließ dieses Terrain, da es seine Kosten nicht amortisieren schien, bereitwillig der DDR. Die Tragweite kultureller Verbindungen, insbesondere für die Ausbildung von Meinungsbildnern und Multiplikatoren der eigenen politischen Ziele, vermochten die meisten Politiker und Wissenschaftler nicht zu erkennen. Bezeichnend dafür ist etwa die folgende Äußerung von Kopp aus dem Jahr 1964: Die DDR setzt, schreibt er, ihren Außenhandel für politische Zwecke ein, " um auf eine unpolitische Weise den Weg zu baldigen politisch-diplomatischen Kontakten zwischen nicht-kommunistischen Staaten und der ' DDR ' zu bahnen... Ihre propagandistische Außenpolitik betreibt die SBZ nicht nur unter handelspolitischer Tarnung... Sie bemüht sich auch auf andere Weise. Sie findet kulturpolitische, geisteswissenschaftliche, technisch-naturwissenschaftliche und medizinische Vorwände, um einen Austausch von Delegationen mit nicht-kommunistischen Ländern zu erreichen. Sie erstrebt die Zulassung zu internationalen Organisationen und Tagungen aller Art. Mit Vorliebe pflegt sie sportliche und kommunalpolitische Verbindungen. Überall geht es der kommunistischen Regierung der SBZ darum, mit Hilfe unpolitischer Vorstufen schließlich internationale Anerkennung zu erlangen und die Bundesrepublik auszustechen." [26)]

Angesichts der wachsenden internationalen Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten ist die politische Bedeutung inzwischen nicht mehr zu leugnen. Die Beschäftigung mit den verschiedenen Elementen auswärtiger Kulturpolitik ist die notwendige Folge.

Die zweite Ursache für den Mangel an Analysen ist die Vielschichtigkeit dessen, was in der DDR unter kultureller Tätigkeit verstanden wird. Nach Staufenbiel " drückt der Kulturbegriff des dialektischen und historischen Materialismus den Prozeß der Vervollkommnung des Menschen als eines durch seine schöpferische Tätigkeit gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen sowie den Entwicklungsgrad der praktischen, intellektuellen,

moralischen und ästhetischen Fähigkeiten sowie Bedürfnisse der Menschen einer gegebenen Gesellschaftsformation aus. Kultur ist demnach nicht einfach die Summe aller materiellen und geistigen Werte, die der Höherentwicklung des Menschen dienen, sondern das System einander wechselseitig beeinflussender Beziehungen, Prozesse und Verhaltensweisen." [27]
Das Spezifikum der Kultur ist nicht das einzelne Element, sondern der in jedem Element erscheinende Zusammenhang des gesellschaftlichen Ganzen. Das einzelne Objekt, die individuelle Leistung, die bestimmte gesellschaftliche Erscheinung adäquat zu erfassen, heißt, an ihnen die Bedingtheit durch das gesellschaftliche Sein, in dem sie stehen zu erklären.

Weitere, wenn auch weniger bedeutende Gründe sind die ungünstige Quellenlage in vielen Bereichen und die unterschiedliche Bewertung der Wichtigkeit einzelner Sektoren der Kulturpolitik in der Bundesrepublik und in der DDR, was dazu führt, daß Aktivitäten, die in dem anderen Deutschland sich großer Fürsorger erfreuen, hier als unwichtig erscheinen, nicht wert, daß man sich ausführlich damit beschäftigt. Wenn die Komplexität des Kulturbegriffs es unmöglich macht, die ganze Bandbreite kulturpolitischer Möglichkeiten zu beschreiben, - was sich deutlich an dem fragmentarisch bleibenden Versuch Lindemanns und Müllers erweist -, dann erscheint ein Vorgehen legitim, das einen Bereich exemplarisch aufgreift und an ihm darstellt, wie die kulturellen Aktivitäten den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Zielen dienen, daß sie sich aus ihnen heraus begründen, ohne dem identischen Anspruch ihren spezifischen Charakter zu opfern. In der vorliegenden Arbeit sollen Körperkultur und Sport der DDR als ein solcher Bereich analysiert und nachgewiesen werden. Körperkultur und Sport sind organisatorisch und inhaltlich völlig mit dem gesellschaftlichen und staatlichen System der DDR verknüpft. Knecht, der darin die ' Unfreiheit ' der sozialistischen Sportbewegung im Gegensatz zum ' freien ' Sport im Westen begründet sieht, schreibt dazu: " Als Teilstück des Staates und Requisit bei der Formung der propagierten sozialistischen Menschengemeinschaft entbehrt der Sport des Anspruchs auf autonome Planung oder Handlungen. Die Aufgaben der Körpererziehung ergeben sich allein aus der Zuteilung der Verantwortlichkeit durch den Staat. Schwerpunkte bilden dabei die Hebung des Ansehens der ' DDR ' im Ausland und bei der eigenen Bevölkerung mit Hilfe spektakulärer Sporterfolge, die Erziehung der Jugend zum Kollektivismus und zur Parteilichkeit und die Vorbereitung der Werktä-

tigen auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution." [28]

In der Darstellung des gesellschaftlichen Auftrags geht er mit den Sporttheoretikern der DDR einig, mit Neugebauer z.B., der aber in der Integration eine Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und in der Beherrschung dieser Gesetzmäßigkeit eine notwendige Bedingung für den Erfolg der Sportbewegung sieht: " Die demokratische Sportbewegung bemüht sich, die Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik zu gesunden, lebensfrohen Menschen heranzubilden und zu erziehen, die sowohl fähig als auch bereit sind, die sozialistische Gesellschaftsordnung in Deutschland zu errichten und zu schützen. In diesem Sinne bekennt sich die demokratische Sportbewegung offen zu den gleichen politischen Zielen wie sie '... sich die Regierung und alle fortschrittlichen Kräfte unserer Deutschen Demokratischen Republik gestellt haben...' Wie in wohl allen Staaten wurde auch in der Deutschen Demokratischen Republik der hohe politische Wert nationaler und internationaler sportlicher Erfolge erkannt." [29]

In diesen beiden Einschätzungen desselben Faktums wird genau das deutlich, was in der Kulturdefinition Staufenbiels herausgestellt ist: Erst durch die bestimmte Zuordnung des Gegenstandes zu seinem gesellschaftlichen Kontext gewinnt er seine bestimmte Aussagekraft.

Daß der Sport vollständig in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung eingebettet ist, unterscheidet die DDR nicht von der Bundesrepublik oder anderen Ländern. Jede Gesellschaft versucht, die für ihre eigene Verfassung konstitutiven Prinzipien, sei es durch Maßnahmen der Verwaltung, sei es durch gesetzliche Regelung, für alle Teilbereiche, Gruppen und Organisationen verbindlich zu machen. Das unterscheidende Moment ist die bewußte, offene Verstaatlichung der Sportorganisation.

Die zentrale Planung und Leitung durch staatliche Organe gehört zu den Grundbedingungen der ökonomischen und kulturellen Entwicklung der DDR. Das Prinzip gilt nicht nur für den Sport, es gilt auch in der Sportbewegung, und zwar deshalb, weil es, wie Weichelt erklärt, unabdingbarer Bestandteil der Entfaltung der Potenzen des Gesamtsystems ist: Die gesellschafts- und staatsgestaltende Wirksamkeit aller gesellschaftlichen Organisationen verlangt " notwendig ihre Integration in das Gesamtsystem der sozialistischen Demokratie, ihre enge Verbindung zu den Volksvertretungen und den anderen staatlichen Organen. Dadurch erhöhen sie mit der Wahrnehmung ihrer spezifi-

schen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zugleich ihre eigene gesellschaftliche Wirksamkeit und die Wirksamkeit des Gesamtsystems der sozialistischen Demokratie." [30]

Die Verallgemeinerung der zentralen Leitungstätigkeit sichert also einerseits die Erfüllung spezifischer Aufgaben, verhindert jedoch andererseits, daß Sonderinteressen in einem Sektor in einen Gegensatz zur Gesamtentwicklung der sozialistischen Gesellschaft geraten.

Der besondere Wert von Sport und Körperkultur für die Politik der SED besteht darin, daß in diesem Teilbereich die Mittel und Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung exemplarisch demonstriert werden können. Die Probleme sind nach einem Wort Ulbrichts hier vom gleichen Typ wie in den anderen Entwicklungsbereichen, doch liegt es in der Natur des Gegenstandes, daß sie weit leichter zu bewältigen sind und damit die Leistungsfähigkeit des gesellschaftlichen Systems anhand einer erfolgreichen Sportorganisation weit eher ohne Friktionen nachzuweisen ist als an wissenschaftlich und technisch komplizierten Aufgaben.

Vom ersten Augenblick der Machtübernahme an stand die SED vor der Schwierigkeit, nach außen, gegenüber dritten Staaten und der Bevölkerung Westdeutschlands, wie nach innen, vor den Einwohnern der sowjetisch besetzten Zone, die Legitimität ihrer Herrschaft nachzuweisen, eine Legitimität, die, so End, letztlich nur aus der Effizienz des Systems ableitbar ist.[31]

Der Aufbau der beiden staatlichen Ordnungen ging unter den Bedingungen permanenter Konkurrenz vor sich. In der Bevölkerung beider Teilstaaten war das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit ein Faktor, den die Regierenden in Rechnung stellen mußten. Die Aufbauleistung jedes der Staaten wurde nicht allein an seinen immanenten Bedingungen gemessen, sondern auch an dem im anderen Teil Erreichten. Da in dem Wettbewerb um die beste gesellschaftliche Verfassung für die ganze Nation die Bundesrepublik zuerst einmal die politisch und ökonomisch günstigeren Startbedingungen hatte, mußte der SED der gesellschaftliche Sektor Kultur und Körperkultur als der am besten geeignete erscheinen, den Entwicklungsstand der DDR und ihre Überlegenheit über die Bundesrepublik zu demonstrieren. Helga Neidhard weist auf diese besondere Leistungsfähigkeit hin: " Da aber in Deutschland zwei völlig verschiedene Gesellschaftsordnungen aufeinanderstoßen, hat die Kultur und damit auch die Körperkultur ganz konkrete Aufgaben im Klassenkampf zwischen den beiden sich feindlich gegenüberstehenden deutschen

Staaten zu erfüllen." [32]

Die Ebene des Kampfes ist zunächst die der internationalen Politik, die Durchsetzung der Anerkennung der staatlichen Existenz durch Drittländer. Diese Feststellung folgt daraus, daß sich die wechselseitige Anerkennung nicht als notwendige Bedingung für die Errichtung zweier souveräner Staaten erwiesen hat, die Einbeziehung in die unterschiedlichen militärischen und ökonomischen Vertragssysteme dagegen und die Aufnahme von Kultur-, Handels- und diplomatischen Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Ländern für beide Staaten wesentliche Elemente der Selbstbehauptung waren und bleiben. In diesem Kampf spielte der Sport eine besondere Rolle insofern, als er auf der internationalen Ebene formal unabhängig von der Politik ist, politische Sanktionen wie etwa die Hallstein-Doktrin deswegen hier schwerer zu verwirklichen sind. Dazu kommt, daß ihm auf der ganzen Welt eine Beachtung zuteil wird, die für kaum eine andere gesellschaftliche Erscheinung zu verzeichnen ist, und daß sportliche Erfolge quantitativ unmittelbar und für jeden einsichtig nachzuvollziehen sind. Knecht hat in einem interessanten Aufsatz nachgewiesen, daß diese Erkenntnis so verschiedene Politiker wie de Gaulle, Robert Kennedy oder Walter Ulbricht veranlaßte, den Aufbau leistungsstarker Spitzensportbewegungen in ihren Staaten zu forcieren. [33]

Auch in der Bundesrepublik weiß man um diese Bedeutung des Sports für die Darstellung im Ausland, was nicht zuletzt die Durchführung von Weltmeisterschaften und einer Olympiade in der Bundesrepublik belegen. In einem Vortrag nannte der damalige Bundesaußenminister Brandt 1966 den Sport ein wichtiges Element der auswärtigen Kulturpolitik, einen der drei Pfeiler moderner Außenpolitik: Bonn setzte die an sich bescheidenen Mittel gezielt ein, was nichts anderes heißt, als daß man in der Bundesrepublik andere Formen des Kulturaustauschs für wichtiger hält. [34] Warum hier ein deutlicher Unterschied zur DDR besteht, erklärt Kremer mit dem andersartigen Begriff vom Sport. " Hohe sportliche Leistung wird als eine ' bedeutende kulturelle Leistung ' gewürdigt. Es ist eine Wertung, die in unserer westlichen Gesellschaft noch nicht recht verständlich ist, da der Sport hier im allgemeinen nicht überall als kulturelle Lebensäußerung anerkannt ist." [35]

Daraus folgt konsequent, daß die Körperkultur und der Sport, das System des Breitensports ebenso wie der Spitzensport, in der Selbstdarstellung

der DDR nach außen eine wesentlich gewichtigere Rolle spielen als für die bundesdeutsche Kulturpolitik. Wenn man die kulturelle Bedeutung des Sports ohnehin gering einschätzt, wie Kramer feststellt, und wie es etwa der Zustand des Schulsports in der Bundesrepublik tagtäglich belegt, dann ist es nur folgerichtig, sich seiner auch nicht als Mittel der Selbstdarstellung zu bedienen. Das schließt nicht aus, daß er es de facto ist, insofern der Sport überall in der Welt große Bedeutung findet und sportliche Erfolge aufmerksam registriert werden. In der offiziellen Selbstdarstellung der Bundesrepublik hatte und hat er äußerst geringen Stellenwert. - Man wird sich bei der Erklärung dieser Erscheinung allerdings nicht nur, wie Kramer, auf die bekannte Distanz der Intellektuellen zum Sport zurückziehen können. Eine Reihe von Auswüchsen des kommerziellen Sportbetriebs sind auch nicht dazu angetan,das kulturelle Renommee des Sports zu heben. -

Dies ist in der DDR grundlegend anders. Da die Entfaltung der körperlichen Anlagen als ein ebensolches Element des kulturellen Fortschritts gilt wie die Entwicklung der geistigen Potenzen, nimmt die Körperkultur ihren legitimen Platz ein als Nachweis der Qualität des gesellschaftlichen Systems als Ganzem.

Dies trifft in gleichem Maße für die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftsordnungen auf deutschem Boden zu. Trotz der staatlichen Abgrenzung besteht die These des Parteiprogramms der SED von 1963 weiter, daß der Aufbau des Sozialismus in der DDR den Werktätigen ganz Deutschlands den Weg zur Überwindung der Spaltung zu zeigen habe.[36] In friedlichem Wettbewerb sollen die Überlegenheit der gesellschaftlichen Ordnung - ihre Humanität, die aktuelle Leistungsfähigkeit der politischen und ökonomischen Ordnung sowie die langfristig überlegenen Potenzen gegenüber der Bundesrepublik - nachgewiesen werden.

Da dieser Nachweis im Sport am ehesten zu erreichen war, orientierte die SED die Sportorganisation zuerst auf das Überholen der Bundesrepublik.

" Das Ziel, im olympischen Jahr (gemeint 1956, der Verf.) an der Spitze ganz Deutschlands zu stehen, bestimmte auch 1955 die Arbeit der demokratischen Sportbewegung. Ihr erwächst die Pflicht "- heißt es im Perspektivplan für das Jahr 1955 - " vor allem den weiteren und schnellsten Anstieg der Leistungen zu sichern; ' denn die Siege unserer Sportler sind Friedenstaten, die von der Überlegenheit unserer Arbeiter- und Bauernmacht zeugen.' Die Gewißheit, daß auch auf sportlichem Gebiet das Ziel erreicht

werden wird, die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus unter Beweis zu stellen, gibt die Weltanschauung der Arbeiterklasse. " [37]
Kehrt man diesen Satz um, dann ist präzise bestimmt, was der Sport im Wettbewerb zwischen den deutschen Staaten leisten sollte: durch das Erreichen des Ziels ' Überlegenheit auf sportlichem Gebiet ' Hinweis auf die historische Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der DDR zu sein.
Damit ist auch die dritte Funktion eingeführt, die Knecht als Heben des Ansehens der DDR bei der eigenen Bevölkerung bezeichnet. Die Versöhnung von Staatsvolk und Trägern der staatlichen Macht in der DDR war angesichts der erheblichen Widerstände gegen den Kommunismus in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung, der wirtschaftlichen Schwäche der DDR und der schnell wieder zu wirtschaftlicher Stärke kommenden BRD das größte Problem der SED. [38] Natürlich konnte die Sportbewegung dieses Legitimationsdefizit nicht ausfüllen, doch wird ihr Anteil an der Herausbildung eines DDR-Staatsbewußtseins von westdeutschen Autoren betont, so von Mirrow: " Auch wenn, beispielweise, die kleine DDR im Olympiamedaillensegen vor der größeren BRD liegt, trägt das zum Selbstbewußtsein als Volk bei. Wenn die Bundesrepublik zu verhindern suchte, daß die DDR-Sportler unter eigener Flagge antraten, erzeugte das - auf negative Weise - mehr Staatsbewußtsein als ein Leitartikel im Neuen Deutschland. " [39]
Die SED nutzte eine derartige emotionelle Solidarisierung bewußt zur Durchsetzung ihres politischen Ziels der Abgrenzung, auch wenn Ablehnung diskriminierender Maßnahmen der Bundesrepublik noch keine positive Identifikation mit der DDR-Staatsführung bedeutet. " So sind heute wohl die meisten DDR-Bürger für eine Anerkennung ihres Staates auch in der Bundesrepublik; es wäre für sie zugleich eine Würdigung der Ergebnisse ihres eigenen Fleißes. " [40]
Mittel der Selbstdarstellung zu sein, ist eine Funktion des Spitzen- und Breitensports in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Systemen. Dieser Tatsache trägt man auch Rechnung, wenn durch Bezeichnungen wie ' demokratische ' oder ' sozialistische ', ' freie ' oder ' unfreie ' Sportbewegung der gesellschaftliche Kontext herausgestellt wird. Die einzelne Leistung, die örtlich, zeitlich und quantitativ genau festlegbar ist, gilt offensichtlich für sich genommen als wenig aussagekräftig. Sie wird erst durch ihre Zuteilung in den bestimmten Zusammenhang bedeutsam. Die ästhe-

tisch vollendetste oder in der Kraftentfaltung einmalige Übung ist nichts, wenn sie nicht registriert, festgehalten und zu anderen Aktionen gleicher Art in Beziehung gesetzt wird. Die Zuordnung hebt sie als einzelne auf und macht sie zur gesellschaftlichen, kulturellen Tat, mit einer über sie selbst hinausgehenden Aussagekraft.

Wenn jedoch die sportliche Leistung für eine bestimmte Gesellschaftsordnung sprechen soll, dann müssen an ihr wesentliche Bestimmungen dieses Systems auffindbar sein. Dem erzielten Ergebnis muß der Nachweis folgen, daß es nur aus dem Zusammenwirken verschiedenster, in besonderer Weise organisierter Handlungen entstehen konnte. In dieser Weise ist aufzuzeigen, wie eine scheinbar identische Erscheinung wie Körperkultur und Sport in antagonistischen Gesellschaften antagonistische Prinzipien verkörpern kann, ein Anspruch, der an die Sportbewegung der DDR gestellt wird.

2. DIE POLITISCHE RELEVANZ DES SPORTS

2.1. DER SPORT ALS GEGENSTAND SOZIALWISSENSCHAFTLICHER ANALYSEN

Die Kritik des Sports, eine Analyse seiner gesellschaftlichen und politischen Relevanz, allgemein und für die beiden deutschen Staaten, ist in der Bundesrepublik bisher wenig entwickelt. Die meisten darauf abzielenden Arbeiten wurden vor den Olympischen Spielen in München veröffentlicht und sind danach nicht weitergeführt worden. Das verwundert, wenn man in Rechnung stellt, daß kaum eine andere gesellschaftliche Erscheinung eine ähnlich große Beachtung in der gesamten Weltöffentlichkeit findet und daß auch in der Bundesrepublik erhebliche finanzielle und personelle Anstrengungen zur Durchführung des Sportbetriebs gemacht werden.
Der Grund für das geringe wissenschaftliche Interesse am Sport dürfte in der Einschätzung des Sports in der **west**deutschen Öffentlichkeit liegen. Sport gilt als eine Freizeitbeschäftigung von Privatbürgern, als ein gesellschaftlicher Bereich, in dem weltanschauliche und politische Neutralität herrschen soll. In diesem Sektor hat der staatliche Einfluß daher möglichst gering zu bleiben. Das führt andererseits dazu, daß man der Sportbewegung wenig politischen Einfluß beimißt. Diese Vorstellung beruht auf Erfahrungen mit den verschiedenen Formen der Verstaatlichung des Sports, im faschistischen Deutschland und später in der DDR. Die Ablehnung dieses ' Mißbrauchs ' des Sports durch den Staat hatte zur Folge, daß sich der Sport in der BRD als ' politisch unabhängig ' definierte, und führte zu einer weitgehenden Tabuisierung der Frage nach seiner politischen Qualität. Allerdings zeichneten sich auch DDR-Autoren nicht durch fundierte Analysen der realen Verfassung der westdeutschen Sportbewegung aus: ihre Arbeiten sind geprägt von dem Bemühen, die Sportorganisation der DDR gegenüber Dritten durch die Kritik der anderen Seite als die einzig und eigentlich legitime Organisation der deutschen Sportler nachzuweisen. Für diesen Sektor gilt vollinhaltlich, was Thomas zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen den deutschen Staaten allgemein feststellt: " Was man lange Zeit nur als ' Phänomen ' zu begreifen wußte, wurde dadurch - unbestimmt genug - eher zum Objekt von Spekulation und moralischer Entrüstung als zum Gegenstand emotionsfreier Analyse. ... Die DDR war ' ein Staat, der nicht sein darf ' (Richert), sie wurde daher

vorwiegend in Kategorien der Freund-Feind-Orientierung durch pauschalierende Disqualifikation dingfest gemacht und erfüllte darin für die BRD zuerst eine Funktion der innenpolitischen Selbstbestätigung. Eine Blickwendung auf die Darstellung der BRD in der DDR führt freilich zu nicht minder entmutigenden Ergebnissen." [41]

2.1.1. DAS SELBSTVERSTÄNDNIS DER SPORTBEWEGUNGEN

Analog den beiden gesellschaftlichen Systemen als Ganzen verstehen sich auch die Sportbewegungen, der Deutsche Turn- und Sportbund der DDR (DTSB) und der Deutsche Sportbund der Bundesrepublik (DSB), als konkurrierende und antagonistische Verbände. Während die verantwortlichen Vertreter des DTSB die gesellschaftliche und politische Verantwortung ihrer Organisationen betonen, bestimmte sich der DSB als eine ' freie ', in unmittelbarem Gegensatz zur Zweckbestimmtheit politischen Handelns stehende Vereinigung. Sport wurde hier dem profanen Bereich der Politik entrückt zur ' schönsten Nebensache der Welt ', eine Vorstellung, die um so fragwürdiger erschien, als mit der Entwicklung der Sportbewegung eine wachsende Unterstützung politischer und finanzieller Art zur unabdingbaren Voraussetzung für ihre Fortexistenz wurde. Trotz der offenkundigen staatlichen Förderung war und ist aber die Bezeichnung ' politischer Sport ' in weiten Teilen der Öffentlichkeit ein Synonym für die Sportbewegung der DDR. Ein für dieses Selbstverständnis des DSB wesentliches Moment ist die Erfahrung der Instrumentalisierung des Sports für die propagandistischen Zwecke des deutschen Faschismus und die aus der nationalsozialistischen Vergangenheit resultierende politische Belastung höchster Funktionäre. [42] Scheuch weist darauf hin, daß hier eine für die meisten gesellschaftlichen Sektoren typische Form der Verarbeitung von Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Herrschaft vorliegt: " Die Nazis hatten den Sport...auf eine vorher unbekannte Weise politisch in Pflicht genommen. Hier waren **erstmals** konsequent Olympische Spiele als nationale Leistungsschau organisiert, insbesondere als Qualitätsbeweis für ein System. Die Reaktion auf diese Erlebnisse der Nazi-Zeit war der Versuch, den Sport nachdrücklich und ausdrücklich als Vereinigung von privaten Bürgern zu organisieren. Der Sport vollzog damit eine parallele Entwicklung zur Veränderung des Organisationsprinzips für

andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Politische Parteien und Gewerkschaften organisierten sich zur gleichen Zeit ebenfalls über die traditionellen Trennungslinien hinweg zu einer weltanschaulich neutralen Form. " [43] Es liegt in der Konsequenz dieses Organisationsprinzip, daß die Sportfunktionäre die Durchsetzung ihrer Interessen, innerhalb der Bundesrepublik und im internationalen Raum gegenüber der DDR, als eine unpolitische, nur-sportliche Handlungsweise verstanden wissen wollten; sich selbst als Nicht-Politiker, die aber den permanenten Angriff von Politikern auf der anderen Seite ausgesetzt waren.
Von den Autoren der DDR wird die Theorie des unpolitischen Sports als eine Zwecklüge angegriffen, die darauf abziele, die Massen der Sportler bewußt zu entpolitisieren und sie so um so leichter für die Restauration und Aufrechterhaltung der Bourgeoisie einspannen zu können. Dem liegt die Auffassung zugrunde, daß zwischen Körperkultur und Politik Wechselbeziehungen objektiver Natur bestehen: Der bestimmte Zusammenhang eines gesellschaftlichen Systems macht sich in allen Sektoren gegen die subjektiv unterschiedlichen Zielvorstellungen geltend, auch wenn dies weder erkannt noch zugegeben wird. [44] Auch Scheuch, der den politischen Charakter des Sports nicht als in seinem Wesen liegend, sondern ihm von außen aufgezwungen sieht, gibt zu, daß die Trennung beider Bereiche in der Bundesrepublik rein formaler Natur ist. Eine inhaltliche Unabhängigkeit derart, daß eine von den allgemeinen Prinzipien der Bundesregierung abweichende Sportpolitik möglich oder gar verwirklicht worden sei, gibt es seiner Auffassung nach nicht: " Die Sportvereine haben auch in der Vergangenheit auf Wandlungen in der Politik reagiert. Meist nicht auf so vordergründige Weise, daß etwa Sportvereine Wünsche der politischen Führung unmittelbar zu den ihren gemacht hätten. Aber es bestand immer eine Abhängigkeit zwischen Struktur und Organisation der Politik sowie dem Sport. " [45]

2.1.2. DIE DISKUSSION UM EINE NEUBESTIMMUNG DES SPORTS IN DER BUNDESREPUBLIK

In dem Maße wie die gesellschaftliche und finanzielle Absicherung der olympischen Spiele in München die Hilfe des Staates und Engagement von Politikern für die Zwecke von Organisation und Finanzierung erforderte, veränderte sich das Selbstverständnis des DSB. Die Betonung der gesell-

schaftspolitischen Aufgabe wurde zum Hauptargument derer, die den enormen personellen und sachlichen Aufwand gegenüber einer Öffentlichkeit verteidigten, in der sich zunehmend Kritik an der Ungleichgewichtigkeit zwischen Sportförderung und Bewältigung anderer gesellschaftlich notwendiger Aufgaben artikulierte. Die daraus sich entfaltende Diskussion um die Funktion des Sports für die Erhaltung und Ausgestaltung der westdeutschen Gesellschaft wurde notwendig auch Ausgangspunkt einer Revision der Einschätzung der Sportbewegung in der DDR. Die Interdependenz von Sport und gesellschaftlicher Verfassung erscheint zunächst als Zusammenhang von Sportorganisation und Politik, genauer, als ein Verhältnis von Personen: Eingriff von Politikern in einen vorher ' politikfreien ' Raum. Das heißt nicht, daß Politiker als Privatpersonen nicht vorher Funktionen wahrgenommen haben können. Sie greifen jetzt aber in ihrer gesellschaftlichen Eigenschaft als Vertreter staatlicher Gewalt ein. Wenn ein solcher Zugriff möglich ist, und wenn er im Fall, wo es notwendig ist, erfolgen kann, ohne die Struktur des gesellschaftlichen Sektors wesentlich zu verändern, dann bedeutet das, daß es einen inneren Zusammenhang der beiden Elemente gibt, unabhängig davon, ob er auf der personellen Ebene erscheint. Der Sport, so erweist sich in diesem Fall, ist kein von der Gesamtgesellschaft unabhängiges Handlungssystem, im Gegenteil: Er verkörpert in spezifischer Weise ihre grundlegenden Merkmale.
Rigauer begründet das mit einer der ' Industriegesellschaft ' immanenten Tendenz zur Ausweitung von Momenten der Arbeitswelt auf jeden, auch formell von ihr getrennten Bereich. Er folgt darin der Auffassung von der Arbeitsaffinität des Sports, die von Vertretern der Frankfurter Schule betont wird. Habermas kritisiert etwa am Leistungssport, er sei angelegt wie der Produktionsprozeß und folge dessen immanenten Prinzipien. [46]
Das ist in generalisierender Weise vorher von Horkheimer als Kritik am philosophischen Pragmatismus formuliert worden, von dem er sagt, er sei " das Pendant zum modernen Industrialismus, für den die Fabrik der Prototyp des menschlichen Daseins ist und der alle Kulturbereiche nach der Fließbandproduktion oder nach dem rationalisierten Bürobetrieb modelt." [47]
Rigauer überträgt diese Aussage auf den Kulturbereich Sport: " In der Industriegesellschaft sind bestimmte Arbeits- und Produktionsweisen zu gesellschaftlich so sehr dominierenden Verhaltensmustern aufgestiegen, daß sie normativ bis in die sogenannte Freizeittätigkeit hineinwirken; dem

hat der Sport sich nicht entziehen können. Arbeitsteilung, Mechanisierung, Automation, Bürokratisierung, kurz: rationale Planung und Technisierung der Produktion von Waren und Dienstleistungen üben einen Druck auf Verhaltensweisen und Entscheidungen auch in jenen Bereichen aus, die nicht unmittelbar mit der industriellen Arbeitswelt zusammenzuhängen scheinen. " [48]

Seine Bestimmung ist für uns in zweifacher Hinsicht wichtig: Zum einen verkörpern sich nach ihr in der sportlichen Aktivität die allgemeinen Merkmale der Ökonomie. Dann muß es möglich sein, vom Sport auf sie zurückzuschließen. Unterschiedliche ökonomische Systeme fänden ihren verschiedenartigen Ausdruck im Erscheinungsbild des Sports.

Rigauer trifft jedoch keine derartige Unterscheidung an seinem Gegenstand. Er bezieht ihn vielmehr auf eine ökonomische und gesellschaftliche Kategorie ' Industriegesellschaft '. Für diese gibt er an, daß sie eine gesellschaftliche Produktionsform besitzt, in welcher der auch für den Sport konstitutive Leistungsbegriff ein zentrales Moment darstellt: " Leistungsfähigkeit in bezug auf hohe **Produktivität** , ökonomischen Wettbewerb, materiellen Verdienst, Berufsausübung, soziale Mobilität ist heute zu einem gesellschaftlich sanktionierten Verhaltensmuster avanciert. " [49]

Als entwickelte Industriegesellschaften, in denen die gesellschaftliche Entwicklung es dem Einzelnen ermöglicht, seine soziale Position nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit und seines Leistungswillens selbst zu bestimmen, verstehen sich beide deutsche Staaten. In der Verwendung der Kategorie ' Industriegesellschaft ' liegt, daß Rigauer keinen systematischen Unterschied zwischen der BRD und der DDR macht, seine Bestimmungen mithin auf die kapitalistische ebenso wie auf die sozialistische Gesellschaftsordnung zutreffen. In der Arbeit selbst nimmt er seinen Anspruch aber immanent zurück, indem er sich fast ausschließlich auf Phänomene der westdeutschen Gesellschaft bezieht.

Mit seiner These von der Arbeitsaffinität des Sports stellt Rigauer sich gegen die Auffassung vom Sport als Gegenraum zur Arbeitswelt, wie sie in der Sportbewegung der BRD vor allem unter Berufung auf Diem weit verbreitet ist und die Basis für das politikfeindliche Verhalten weiter Kreise der Sportler abgibt. [50] Dieses Verständnis läßt er nur für den Bereich des nicht-leistungsgebundenen Sports gelten, eigentlich also des Spiels. Das Spiel aber, an sich herrschaftsfreie Kommunikation unter Menschen und

zwischen Mensch und Natur, wie Marcuse definiert, [51] erhält im Sport eine gesellschaftlich bestimmte Form. Es wird, nicht in der Ausübung, aber in seiner Vermittlung an die Öffentlichkeit, Träger der herrschenden Wertvorstellungen und Repräsentant der Zielvorstellungen und Organisationsformen eines Systems. Im Resultat erscheint die athletische Leistung eines oder vieler Einzelner in einer selbständigen Form. Es ist das Resümee einer einmaligen Aktion, der es nicht eigentlich angehört und ohne die es fortexistiert. Das Resultat steht zu der Aktion in einem äußerlichen Verhältnis: Es gehört zu ihr, aber nicht zu dem, der die Leistung vollbringt, sondern zu dem, der sie an die Öffentlichkeit vermittelt. Es steht zu seiner Disposition. Während die Ausführung einer sportlichen Übung nur die individuelle Fähigkeit des Aktiven erkennen läßt, gilt das Resultat als Nachweis der Leistungsfähigkeit eines Vereins oder Landes, kann es ausgelegt werden als Indiz für die Qualität einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. [52] Der Sport, insbesondere der Schausport, wird so im Instrument der Sicherung der Massenloyalität, wie Winkler formuliert, gefördert zum Zweck der Integration der Bürger, der Identifikation mit dem politischen System, des Ablenkens von inneren Schwierigkeiten und nationaler Repräsentanz: " Im übrigen wird an der unterschiedlichen Bewertung des Schausports in den verschiedenen politischen Systemen auch etwas von deren Stabilität deutlich. Vereinfacht gesagt: je stabiler ein System ist, je mehr es seine Bürger als ' ihre ' Ordnung akzeptieren, desto weniger braucht der Schausport als Manipulation für Massenloyalität eingesetzt zu werden. " [53] Winkler unterscheidet in diesem Sinne zwischen den Sportorganisationen der beiden deutschen Staaten: Der DTSB sei ein Musterbeispiel für eine den Zielen des Systems dienende Sportvereinigung, während der DSB sich selbst überlassen geblieben sei, " bis die Erfolge der DDR und die Vergabe der Spiele an München stärkeres Interesse der politischen Führung am Schausport hervorriefen. " [54]
Folgt man diesen Feststellungen, dann erfüllt der DTSB eine Integrationsfunktion in der DDR und hat eine desintegrative Wirkung auf die Bundesrepublik: Erfolge der DDR-Athleten über ihre Konkurrenten aus der BRD lösen Zweifel an dem Legitimationsvorsprung aus, den die Bundesrepublik dank ihrer größeren wirtschaftlichen Effizienz hatte. Auf diese Loyalitätskrise reagiert die Bundesregierung in traditioneller Weise, durch Förderung des Schausports.

2.2. DIE FUNKTION DER DDR-KRITIK FÜR DEN DEUTSCHEN SPORTBUND

In solchen Aussagen wie denen von Winkler zeigt sich, daß nicht nur in der DDR Sport als ein Element des Wettkampfs der Systeme verstanden wird. Auch in der Bundesrepublik stellen vor allem Sportfunktionäre diese Rolle zunehmend heraus. Ihr Wortführer ist Willi Knecht, laut Richter, der " wohl fleißigste Faktensammler der deutsch-deutschen Sportproblematik," [55] in dessen Veröffentlichungen DDR-Kritik zugleich immer auch die Funktion hat, sportspezifische Interessen in der Bundesrepublik durchzusetzen. Hier liegt der Grund für eine ständige Ambivalenz seiner Argumentation, die in gleicher Weise auch von anderen Autoren, die sich auf Knecht stützen, gebracht wird.

Einerseits greift er den DTSB an, der sei eine politische Organisation, deren Aufbau, Entwicklung und Förderung ihre Rechtfertigung " im klassenkämpferischen Auftrag des DDR-Sports " finde. [56] In seinen Aufsätzen und Büchern führt er diesen stetigen Nachweis, der um so leichter gelingt, als Sporttheoretiker der DDR diesen Grundsatz immer wieder explizit betonen. Richter kritisiert deshalb Knecht zu Recht: " Stapel von DDR-Literatur und eine Vielzahl offizieller Aussagen belegen das, was bei uns dann als besonders findige und entlarvende Interpretation des DDR-Sportverständnisses dargeboten wird. " [57]

Das Insistieren auf dieser Tatsache ist erklärbar nur, wenn man als Grund das Interesse des DSB sieht, in der Bundesrepublik staatliche und gesellschaftliche Unterstützung zu erhalten, ohne Abstriche an der Selbstverwaltung der Mittel machen zu müssen.

Andererseits wirft Knecht dem DSB vor, zu ' unpolitisch ' zu sein, das meint: parteipolitische Neutralität mit politischer Abstinenz überhaupt zu verwechseln. Wenn dem DSB nicht die erforderliche staatliche Hilfe zuteil geworden sei, dann, weil er seine gesellschaftspolitische Aufgabe nicht erkannt und deshalb nicht entsprechend vertreten habe. Die verantwortlichen Funktionäre vorwärtszutreiben und die Öffentlichkeit empfänglich für Forderungen des Sports zu machen, sind die Motive, die diesen Autor bewegen, in der bestimmten Weise über die Sportbewegung der DDR zu berichten: " Ohne den Vorbildeffekt der DDR hätte im Deutschen Sportbund sicherlich noch zögernder die Abkehr vom traditionellen Hobbyismus begonnen, wäre es beispielweise dem Bundesausschuß zur Förderung des Leistungs-

sports wohl erst mit noch größerer Verspätung möglich gewesen, erprobte Teilsysteme des DDR-Sports unter Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Tatbestände umzuwandeln und zu kopieren. Ohne das ' Sportwunder DDR ' vor Augen, hätten Staat und Sport möglicherweise die zwingende Notwendigkeit enger Partnerschaft immer noch nicht ganz erkannt, wäre die am 22. Oktober 1970 in Bonn konstituierte Deutsche Sportkonferenz als Koordinationsgremium der beiden Partner vielleicht nie oder erst in Jahren gegründet worden. Ohne die Erkenntnis, daß Sozialisten offenbar dank handfester materieller Hilfen schneller laufen und eine ebenfalls nach Sportsiegen strebende bundesdeutsche Jugend einen solchen Zustand nicht auf Dauer ignoriert, wären Josef Neckermanns Spendenaufrufe an die bundesdeutsche Wirtschaft und Industrie weit weniger generös beantwortet worden. " [58]

Daß der Vorbildeffekt der DDR in den letzten Jahren zu den Strukturveränderungen im DSB und zu einer ' Partnerschaft von Sport und Staat ' geführt hat, ist ein Verdienst der journalistischen Tätigkeit Knechts; es ist ihm vor allem gelungen, die Herausforderung durch den DDR-Sport als eine gesellschaftlich wichtige nachzuweisen.

Knecht nimmt also die Herausforderung so auf, wie es in der DDR verstanden wird: daß sportliche Erfolge für die Qualität der Wirtschaftsordnung sprechen; daß also außer dem Staat auch die Wirtschaft reagieren muß, um die Jugend der Bundesrepublik von der Qualität der Gesellschaftsordnung zu überzeugen, und den Leistungssport materiell unterstützen muß.

2.2.1. DIE ERSTE GRUNDLAGE DER KRITIK DES DDR-SPORTS: DIE KONVERGENZHYPOTHESE

Für Knecht ist Sporterfolg ein bloß quantitatives Problem: Mit entsprechendem finanziellen Aufwand und einer Professionalisierung des Managements sind im Westen die gleichen Erfolge möglich wie im Osten Deutschlands. Dabei können sogar Methoden der DDR " unter Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Tatbestände " (Knecht) genutzt werden.

Das heißt aber: Sportliche Leistungsfähigkeit ist nicht an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Die Organisationsform im jeweiligen Gesellschaftssystem tangiert die wesentliche Identität des Sports nicht. Die Reduktion des Widerspruchs zwischen den beiden deutschen Sportbewe-

gungen auf ein vom Systeminteresse geprägtes Quantum an materieller Förderung unterstellt, daß Sport eine qualitativ stets gleiche Erscheinung ist: Ausdruck einer beiden Gesellschaftssystemen zugehörigen Gemeinsamkeit.

Die Grundlage dieser Aussage ist, wie wir schon bei Rigauer gesehen haben, daß beide deutsche Staaten, trotz der unterschiedlichen ökonomischen Strukturen, durch eine wesentliche Identität geprägt sind. Beide sind Industriegesellschaften. [59] Darum kann Knecht von einem Konkurrenzverhältnis derart sprechen, daß die gesellschaftlichen Systeme der DDR und der Bundesrepublik im Sport vergleichbar sind: Der Sport ist Ausdruck des für beide Ordnungen konstitutiven Leistungsprinzips und an der Entfaltung dieses gemeinsamen Prinzips sind die besonderen Organisationsformen zu messen: " Im Hintergrund steht die möglicherweise provozierende Teilfrage, ob breitensportliche Aktivitäten und insbesondere Spitzenleistungen im Sport nur unter Zwang erreicht werden können, ob der Verzicht auf zentralistisches Gängeln des Individuums den Verzicht auf Aktivitätsbereitschaft und speziell auf optimale Leistung einschließt, ob eine pluralistisch-demokratische Gesellschaft mit den ihr eigenen Mitteln der Menschenführung und ihren Organisationsstrukturen ebenso erfolgreich zu operieren vermag - wie ein autoritärer Funktionärsstaat. " [60]

Die These, daß beide gesellschaftlichen Systeme, das sozialistische wie das kapitalistische, nur verschiedene Entfaltungsformen eines gemeinsamen Prinzips sind: der Industrialisierung mit ihren systemunabhängigen Zielwerten und Regelungsnormen, gibt die Grundlage ab für Konvergenzhypothesen verschiedener Art. Hier kann auf die Zusammenfassung dieser Argumentationen bei von Bredow verwiesen werden, insbesondere auf dessen Kritik an Sorokin, der die Entsprechung der Oragnisationsformen des Sports in den USA und der UdSSR gleichrangig neben anderen kulturellen Phänomenen als Beleg für die Angleichung der Systeme begreift. [61] Einer der von Bredow angeführten Konvergenztheoretiker ist von Krockow, der die sozialistische wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung gleichermaßen als ' Übergangsgesellschaft ' zu einer industrialisierten, auf dem Gleichheits- und Leistungsprinzip beruhenden Gesellschaftsordnung versteht. Von Krockow legt ebenfalls besonderen Wert auf den Sport, in dem er das unverfälschte Symbol der Industriegesellschaft sieht: " Der Triumpf der Leistung (läßt sich) auf keinem anderen Gebiet so allgemeinverständlich, überzeugend, so durchsichtig darstellen wie auf dem des Sports " [62] und: " Der Sport

bringt die Prinzipien der Industriegesellschaft weit besser zum Ausdruck als diese selbst. " [63]

Die Vertreter der Konvergenztheorie im Sport argumentieren dabei widersprüchlich:

Man geht einerseits davon aus, daß es zwei antagonistische politische und ökonomische Systeme in Deutschland gibt, daß diese Staaten aus einem bestimmten Interesse heraus den Sport fördern - aus dem, sich in ihm darzustellen und ihre gesellschaftliche Ordnung durch ihn zu propagieren, - und daß an der Entwicklung des Sports der Leistungsstand dieser Staaten gemessen wird. Man sagt andererseits, daß zwischen den Sportbewegungen kein qualitativer Unterschied besteht - was daraus zu schließen ist, daß die Sportbewegungen Verkörperung qualitativer Differenzen der Gesellschaftsordnungen sein sollen - und daß der existierende quantitative Unterschied in beiden Staaten auf gleiche Weise ausgeglichen bzw. bewirkt wird: durch staatliche Förderung. In diesem Fall drückt sich im Sport aus, daß es eine wesentliche Identität der Systeme gibt: Beide zeigen ihre Qualität durch die Entfaltung der Leistungsfähigkeit in der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Sie unterscheiden sich nicht durch die Art und Weise, sondern die Quantität der Produktion. Die Sportförderung zielt darauf ab, den Entwicklungsstand zu dokumentieren, wobei es nahe liegt, daß gerade ein solcher Staat, ob der Leichtigkeit, mit der hier Erfolge zu erreichen sind, diesen Sektor ausrüstet, dessen Produktivität ansonsten zurückgeblieben ist. So drückt es in typischer Weise Scheuch aus: " Sport als Qualitätsbeweis des eigenen Gesellschaftssystems: Das wird vor allem von Regierungen betont, die sich in verschiedenen sonstigen Hinsichten als defizient verstehen. Ein ' Musterbeispiel ' ist die DDR. Wenn es trotz des Fleißes der Bewohner, trotz des Könnens der Menschen dort, nicht gelingt, so gute und billige Autos und Anzüge wie die Bundesrepublik zu produzieren, dann sollen wenigstens viele Goldmedaillen für das System werben. Sport ist in den kommunistischen Ländern noch weniger Spiel als hier und viel, viel vollkommener in Pflicht genommen für das, was Habermas das Verwertungsinteresse des Systems nennen müßte. " [64]

2.2.2. DER FEHLER DER KONVERGENZHYPOTHESE

Scheuch unterstellt, daß für die Staatsführung der DDR die Notwendigkeit einer Kompensation besteht und daß sie im Sport ein dem Zweck ausreichendes Mittel sieht. Es mag sein, daß der Sport eine solche kompensatorische Rolle spielen kann: daß er es in der DDR tut, wäre zu beweisen. Tatsächlich betonen die Regierenden der DDR, daß ihre Gesellschaftsordnung der westdeutschen überlegen sei, auch wenn dies nicht für den Bereich des privaten Konsums gilt. Die DDR gehört zu den zehn bedeutendsten Industriestaaten der Erde; sie hat einen Wirtschaftsaufschwung genommen, der neben dem der Bundesrepublik nicht zurückzustehen braucht, insbesondere wenn man die ungünstige Bevölkerungsstruktur, die Abwanderung von überdurchschnittlich hoch qualifizierten Arbeitskräften - Facharbeiter, Studenten, Akademiker - und die schlechte ökonomische Ausgangslage bedenkt, die durch die Rohstoffarmut einerseits und hohe Reparationsleistungen andererseits bedingt war. Die DDR hat erhebliche Rückstände in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Dazu ist anzumerken, daß die strukturellen Mängel der Wirtschaft dieses Staatsgebietes die Konzentration auf Grundstoff- und Schwerindustrie erzwangen. [65]

Nicht, daß die Fragen der Konsumgüterproduktion bisher nicht so gut gelöst sind, wie in der Bundesrepublik, sondern daß sie inzwischen angegangen werden können, die wirtschaftlichen Disproportionalitäten also weitgehend aufgehoben sind, ist das eigentlich Bemerkenswerte an der Entwicklung der DDR. Wenn Scheuch das Verhältnis von Sportförderung und wirtschaftlichem Entwicklungsstand in der Weise faßt, daß die eine die Unzulänglichkeit des anderen verdecken soll, dann zeigt sich daran eine unzureichende Beachtung der historischen Bedingungen und der realen Entwicklung. Mehr noch mißversteht er den Anspruch eines Systems, das eben keinen kapitalistischen Entwicklungsweg analog der Bundesrepublik gehen will, sondern die Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen - etwa im medizinischen oder Bildungsbereich - über die Befriedigung individueller Konsumbedürfnisse stellt. [66] Scheuch muß ihn mißverstehen, weil er den von ihm angeführten Weg als den einer Industriegesellschaft angemessen sieht, die DDR nicht an ihrem eigenen Anspruch, sondern an einem außer ihr liegenden Zweck mißt.

In der konvergenztheoretischen Unterstellung von ' Industriegesellschaft '

als das Gemeinsame beider Gesellschaftssysteme ist enthalten, daß in jeder gesellschaftlichen Ordnung der Profit aus der produktiven Tätigkeit der alleinige Maßstab der Entwicklung ist; zumindest aber, daß die Art und Weise der Produktion dem Produktionszweck gegenüber gleichgültig sei. Scheuchs Defizienz-Argument trifft eben nur dann, wenn man die Produktion bestimmter Güter in bestimmter Quantität für unumgänglich notwendig hält, also davon abstrahiert, daß die Erreichung eines bestimmten Zwecks: Schaffung der materiellen Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft, die bewußte Vernachlässigung vorfindbarer Bedürfnisse zugunsten als notwendig erkannter, aber erst langfristig sich auszahlender struktureller Maßnahmen erfordert. Gegen seinen Verweis also auf die Defizienz des Systems wäre der Einwand von Harrer und Jung gegen den Vergleich der Ökonomien in den ' Materialien ' von 1971 zu wiederholen: " Rationaliät und Humanität eines Wirtschaftssystems können nicht ausschließlich an dessen aktueller Effizienz und technischem Leistungsvermögen gemessen werden. Die Reduktion der Rationalität einer Wirtschaft auf einzelne Kennziffern und technische Daten läßt vielmehr die langfristigen Potenzen außer acht, die sich aus der Struktur der Gesamtgesellschaft ergeben. " [67]

2.3. DIE KRITIK DER DDR-SPORTBEWEGUNG ALS FUNKTION DER SELBSTDARSTELLUNG DES DSB

Die Beurteilung der ostdeutschen Sportbewegung, besonders durch die Autoren Gieseler und Knecht, auf der die meisten Darstellungen westdeutscher Wissenschaftler und Journalisten basieren, ist vom Selbstverständnis des DSB und seiner auf die Durchsetzung bestimmter Ansprüche an den Staat abzielenden Bestimmungen des Wesens der Sportbewegung geprägt. Der DSB begreift sich, wie wir festgestellt haben, als eine organisatorisch unabhängige, politisch neutrale Organisation von Privatbürgern zur Wahrung und Förderung sportbezogener Interessen. Diese Organisationsform gilt als ihrem Inhalt adäquat - im Gegensatz zur Sportbewegung der DDR, die offen politisch bestimmt ist und gesellschaftliche Verantwortung trägt, nach dem Verständnis des DSB also eine sportfeindliche, das Wesen des Sports verkehrende Organisationsstruktur besitzt. Als private Vereinigung fordert der DSB vom Staat als dem Repräsentanten des gesellschaftlichen Willens und Verwalter der zur Bewältigung allgemein-gesellschaftlicher

Aufgaben verfügbaren Mittel Unterstützung finanzieller und technischer Art bei gleichzeitiger Anerkennung seiner formalen und inhaltlichen Unabhängigkeit. Sollen Forderungen dieser Art durchsetzbar sein, dann muß der DSB nachweisen, daß er eine gesellschaftliche notwendige Aufgabe wahrnimmt, daß er diese Funktion richtig ausfüllt und daß er sie nur ausfüllen kann, wenn seine völlige Eigenverantwortung bei der Verwaltung und Verteilung der vorhandenen Mittel erhalten bleibt. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Durchsetzung sportbezogener Interessen gegenüber anderen Verbänden ist die Kritik des DDR-Sports ein Instrument zur Illustration und Begründung der DSB-Forderungen. Das wirkt sich so aus, daß die Kritik nicht immanent aus ihrem Gegenstand entwickelt wird, sondern den vorgegebenen Zweck reflektiert, indem sie die Bestimmungen der Sportbewegung im anderen Teil Deutschlands an dem Vorverständnis vom Sport in der Bundesrepublik mißt.

Dessen wesentliche Grundpositionen können folgendermaßen formuliert werden:

- Sport ist eine systemunabhängige, in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen qualitativ gleiche Form menschlicher Tätigkeit, " unkompliziert, in seinen Strukturen verständlich und einsichtig...ein Stück unproblematischer Gemeinsamkeit und Solidarität auch bei durchaus unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassung. ".[68)]
  Die Identität des Sports wird abgeleitet aus der ' Natur des Menschen ' einerseits, in der die Freude an der Entfaltung körperlicher Anlagen als Basis für Spiel und Sport überhaupt und die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Einzelnen als Grund für die Differenziertheit - vom bloßen Spiel bis zum Hochleistungssport - der Erscheinungsform angelegt sind; aus der ökonomischen Verfassung der Systeme andererseits, welche die gleichen industriellen Produktions- und Reproduktionsmethoden aufweisen.
- Auf der Basis qualitativer Gleichheit können Sportbewegungen in Beziehung zueinander treten, als Konkurrenten sich hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Athleten vergleichen.
  Dabei unterscheiden sie sich in quantitativer Hinsicht, einmal durch die Entwicklung des Breitensports, zum anderen durch die von Spitzensportlern errungenen internationalen Erfolge, die vor allem als Index für die allgemeine Leistungsfähigkeit gelten.

- Die quantitativen Differenzen der Sportbewegungen beruhen auf den unterschiedlichen personellen, finanziellen und technischen Möglichkeiten der Sportorganisationen.

  Im Gegensatz zu ihrem Inhalt, Sport an sich, sind die Organisationsformen abhängig von ihrer gesellschaftlichen Basis, an die vorgegebenen politischen und ökonomischen Strukturen gebunden. Die Regierungen fördern in den einzelnen Staaten oder Systemen den Sport in unterschiedlicher Weise, nach Maßgabe ihres politischen und propagandistischen Interesses.
- Die Folge dieser Förderung ist die Gefahr, daß die Politik Einfluß auf den ' unpolitischen Sport ' gewinnt, ihn im fortgeschrittensten Fall ganz vereinnahmt.

  Dadurch geht in das sportliche Tun eine Komponente ein, die ihm an sich wesensfremd ist: Es wird zum Repräsentanten der Leistungsfähigkeit einer gesellschaftlichen Ordnung in politischer, kultureller und ökonomischer Hinsicht. Darin sieht man eine Verfälschung des Sports, die aber bestimmend für seine Erscheinungsform in allen möglichen Staaten wird. Als Beispiel sei eine Aussage Neckermanns zitiert: " Wir haben von der Voraussetzung auszugehen, daß der Sport ein ausgezeichnetes Mittel zur nationalen Repräsentation ist. Man mag es bedauern, daß dem Hochleistungssport diese seinem eigentlichen Wesen nicht gemäße Komponente beigelegt worden ist; man mag es auch begrüßen, daß der Kampf, der Wettstreit und die Beurteilung des nationalen Ansehens sich in so starkem Maße auf den Sport verlagert hat. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß der Sport und hier wiederum in erster Linie der Hochleistungssport, heute ein nationales Aushängeschild ist, und daß die Gesellschaft sich im Sport und in ihren Spitzensportlern repräsentiert sieht und sich mit ihnen identifiziert. " [69)]

Die Sportbewegung der BRD, der Deutsche Sportbund, gerät infolge seines Selbstverständnisses in ein Dilemma: Aus den Bestimmungen der Allgemeinheit und Privatheit des Sports ist nicht herleitbar, daß er auf gesellschaftliche Unterstützung ein Recht hat noch daß er für sich Priorität anderer Staatsaufgaben gegenüber geltend machen kann. Am ehesten ist die Unterstützung aus medizinischen, sozialen und ökonomischen Gründen zu rechtfertigen. Die zunehmende Technisierung, Zerteilung und Automatisierung der Produktion führt zu wachsender Vereinseitigung der Bewegungsabläufe während der Arbeitszeit und zur Aufgabe sozialer Kommunikation am

Arbeitsplatz, Begleiterscheinungen negativer Art, die durch gemeinsame sportliche Aktivität aufgehoben werden können. Von daher und unter Verweis auf die Steigerung der ökonomischen Produktivität der Gesellschaft, ist es möglich, die Förderung breiter sportlicher Aktivität als der Allgemeinheit nützlich und deswegen als Gemeinschaftsaufgabe zu legitimieren. [70] Für den Hochleistungssport gilt dies aus mehreren Gründen nicht. Er dient weder der Gesunderhaltung der Vielen - nicht einmal der Athleten selbst - noch befördert er die soziale Kommunikation. [71] Er ist nicht die logische Konsequenz des Massensports, eher schon eine psychologische, ganz sicher eine finanzielle Schranke. " Der Hochleistungssport hat mit dem, was man Breitensport nennt, mit den Trimm-Dich-Aktionen und mit Volksgesundheit wenig bis gar nichts zu tun. Im Gegenteil, es gibt die begründete Furcht, daß der Hochleistungssport durch seine ' unerreichbaren ' Leistungsdaten den Normalbürger in die Ecke einer resignierenden Passivität drängt. Zweitens kann es sein, daß der Hochleistungssport, weil von hohem internationalen Prestigewert, überproportional mit öffentlicher Finanzmasse ausgestattet wird. " [72] Es leuchtet ein, daß angesichts begrenzter öffentlicher Mittel des Staates Ausgabe an irgendeiner Stelle immer Abzug an einer anderen ist, daß die dem Sport zugedachten Mittel bei der Bewältigung anderer Aufgaben eingespart werden müssen. [73] Aus diesem Grund betont der DSB gegenüber dem Staat stets seine Verantwortung für die vielen in seinem Bereich Aktiven, in der Trimm-Dich-Aktion auch über seinen eigentlichen Mitgliederstand hinaus. Innerhalb des Etatpostens Sport aber gelten dieselben Gesetze - Umverteilung zugunsten des einen ist zwangsläufige Vernachlässigung des anderen Bereichs. Dies erscheint permanent in der Konkurrenz etwa von Profi- und Amateursport, von Stadienbau und Errichtung von Spiel- und Sportanlagen für die vielen Freizeitakteure. Hält man an der Bestimmung fest, daß der Sport,obwohl infolge unterschiedlicher Leistungsmotivation und -fähigkeit differenziert, an sich stets gleich ist, dann gibt es für die Verteilung der Mittel nur quantitative Kriterien: Die Zahl der Aktiven und ihre notwendige räumliche und technische Ausrüstung. Tatsächlich wird aber für den Hochleistungssport ungleich viel mehr Geld aufgewandt, notwendig mehr, da die zeitliche, physische und psychische Belastung für den Athleten erheblich steigt, wenn er sich leistungsmäßig auch nur minimal verbessern will. Neckermanns Aussage belegt, daß dieses Mehr an Aufwand nicht immanent aus dem Wesen des Sports abgeleitet werden kann; daher sein

Verweis auf eine außer dem Wesen auch des Hochleistungssports liegende Komponente, die nationale Repräsentanz. Diese Rolle des Sports leuchtet keineswegs unmittelbar ein. Ist der Sport an sich stets gleichgeartet, dann kann die beste Leistung nicht mehr Repräsentanz sein als die schlechteste, zeugen sie doch beide nur von einer Ungleichartigkeit der vielen Individuen. Wenn das Argument Bedeutung haben soll, dann doch eher zugunsten des Breitensports: Er zeigt an, welchen Entwicklungsstand eine Nation hinsichtlich der Entfaltung der physischen Potenzen ihrer Bürger erreicht hat, letztlich wieviel freie Zeit neben der notwendigen Arbeitszeit für jeden Einzelnen und diese Gesellschaft als Ganze verfügbar ist. **Spitzensport** kann dagegen überall auch auf der Basis eines ausgedehnten Arbeitstages der Massen als Ausfluß des priviligierten Status einer Minderheit gedeihen - ein Fall, in dem er eher gegen als für eine gesellschaftliche Ordnung zeugen würde. [74]

2.3.1. DIE BEGRÜNDUNG VON SPORTFÖRDERUNGSMASSNAHMEN AUS DER SYSTEMKONKURRENZ

Die Notwendigkeit, den Sport überproportional mit finanziellen Mitteln auszurüsten, ist mithin aus der Repräsentanzfunktion nicht herzuleiten. Auch wenn man unterstellt, daß sich eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung in dieser Weise positiv auf den Leistungssport bezieht, kann daraus kein Anspruch abgeleitet werden: Eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die sich auf den bewußten und selbstbewußten Bürger als Konstituens gesellschaftlicher Macht beruft, kann nicht gleichzeitig eine Argumentation gelten lassen, wonach der Bürger seine Identifikation mit der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf Leistungen Dritter gründet. Von diesen Voraussetzungen aus erklärt sich das Insistieren westdeutscher Sportführer und -kommentatoren auf dem ' Mißbrauch ' des Sports durch die Politik in der DDR, dem mit staatlicher Hilfe hier begegnet werden müsse, wie Scheuch es ausdrückt: diese " Form der öffentlichen Unterhaltung und des Prestige-Wettbewerbs...(müsse) öffentlich subventioniert werden. " [75]

Öffentliche Subventionierung bedeutet teilweise Aufgabe der Freiheit des Sports, dessen also, was ihm hier eigentümlich sein soll. Als Begründung dafür wird der äußere Druck der Systemkonkurrenz genannt: " Länder mit totalitären politischen Systemen benutzen jeden Wettkampf zwischen

den Auswahlsportlern von Ländern - und selbstverständlich erst recht die Olympiade - als Selbstdarstellung." [76] In diese Reihe wird die DDR gestellt als ein Staat, " wo der Sport offiziell ein wichtiger Teil der Politik ist." [77]

Das Argument der politischen Verwertung der Sportbewegung der DDR zielt darauf ab, von der Tradition der bürgerlichen Sportbewegung, von der politisch-ideologischen Qualität, die sie stets hatte und hat, abzulenken. Exemplarisch für diese Kontinuität ist die Tätigkeit des langjährigen Rektors der Sporthochschule Köln, Diem, vor dem Krieg Organisator der Olympischen Spiele von Berlin und schon während der Kaiserzeit ein aktiver Verfechter des nationalen Gedankens im Sport. Von ihm stammt der folgende Ausspruch, der die Teilnahme deutscher Sportler an der Olympiade von 1916, bzw. die Durchführung dieser Spiele in Deutschland, zu propagieren sucht. " Es gilt in diesen Spielen ein Zeugnis deutscher Organisationskraft zu geben,(...) der herbeiströmenden Welt unser Vaterland in seiner Schönheit, in seiner industriellen, wirtschaftlichen und militärischen Macht zu zeigen; es gilt, durch das Können unserer Turn- und Sportjugend im Turnen und Sport den Beweis für die unversiegbare Quelle unserer Rüstigkeit und Volkskraft zu führen." [78]

Ulrike Prokop belegt, daß auch Coubertin, der Begründer des modernen Olympismus, im Sport ein politisches Phänomen sah. [79] Die Politisierung heute vornehmlich der DDR oder den sozialistischen Staaten anzulasten, heißt, zu verkennen, daß der Sport in besonderer Weise die Kategorien von formaler Gleichheit und Ungleichartigkeit, die Übernahme allgemein-verbindlicher Verhaltensnormen und die Konkurrenz repräsentiert, auf die sich die politische Organisationsform der bürgerlichen Gesellschaft, die Demokratie, bezieht. Der Sport ist gesellschaftlich formiertes Spiel, bevor er Repräsentant des Wettbewerbs werden kann, und nicht umgekehrt, wie in dem Vorwurf unterstellt wird, jene seien die Urheber der Politisierung des seinem Wesen nach ' unsportlichen Sports '. [80] Tatsächlich ist die DDR-Sportbewegung politisch und finanziell staatsabhängig und aufgrund der Förderung und der spezifischen Organisationsstruktur leistungsfähiger als die westdeutsche, wie Knecht feststellt: " Nach und nach wurden die wirklichen Ursachen der - zumindest relativ - weit größeren Effektivität des " DDR "-Sports erkannt. Das vorläufige Endergebnis der Untersuchungen führt zu der Feststellung, daß nicht etwa besonders gelungene Einzelmaßnahmen, sondern

das fast perfekte Zusammenspiel politischer, sportspezifischer, pädagogischer, wissenschaftlicher und planerischer Elemente den Aufschwung des " DDR "-Sports ermöglichte. Charakteristisches Kriterium der sozialistischen Körperkultur ist ihre absolute Verschmelzung mit der Gesellschaftspolitik der SED." [81] Der hohe Leistungsstand macht ihn zu einem wertvollen Mittel der Selbstdarstellung nach innen und außen, der auswärtigen Kulturpolitik und der ' nationalen ' Propaganda. Der Sportler steht somit wirklich unter einem gesellschaftlichen Anspruch - woraus der Vorwurf der Entwürdigung durch den Staat hergeleitet wird. " Die schrittweise Anpassung an die nationale Geltungssucht im Sport ist der schrittweise Verlust der Freiheit und der Menschenwürde im Sport. Der Staatssportler ist Agent im Staatsauftrag, ein von seinem Auftrag gefangener Mensch, ein manipulierbares Werkzeug des Staates und der Propaganda. Der Staatssportler muß trainieren und siegen. Der Perfektionsfanatismus des Rekordzwangs hat den Homo ludens von den Sportstätten vertrieben, um dem Sportroboter seine Stelle einzuräumen. " [82] Die Gegenleistung des Staates ist die materielle Absicherung des Sportlers, eine Form der Einvernahme des Athleten, aus der erhebliche Leistungsmotivation erwächst.
Knecht führt allerdings stets auch ein zweites, konträres Motiv an, das die DDR-Athleten zu Spitzenleistungen treibt, nämlich dies, daß der erfolgreiche Sportler sich gerade staatlicher Reglementierung entziehen und sich einen Freiraum schaffen kann, der in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht erwerbbar ist. Sicherlich befindet sich der Sportler aufgrund seiner Möglichkeiten zu Auslandsreisen, durch seine Kontakte zu ausländischen Sportlern, vor allem aus den westlichen Staaten, aber auch durch die sozialen Vergünstigungen, die er durch Erfolge erwerben kann, in einer priviligierten Situation der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber. Der Kern dieses Privilegs ist, daß er über Bewegungsfreiheit verfügt, die der Masse der DDR-Bewohner fremd ist. Dies widerspricht durchaus dem Bild des unmündigen Staatssportlers, das Georg von Opel zeichnet. [83]

2.3.2. DIE ZWEITE GRUNDLAGE DER KRITIK DES DDR-SPORTS: DER TOTALITARISMUS - VORWURF

Die theoretische Basis der Darstellung des DDR-Sports durch Knecht,Scheuch u.a. ist die Konzeption des Totalitarismus, dessen Strukturprinzipien:

Ausrichtung des geistigen und kulturellen Lebens an seiner richtungsweisenden Ideologie, Herrschaft einer Partei, zentrale Planung und Leitung des gesellschaftlichen Lebens sowie Kontrolle von oben nach unten, beim DTSB gesucht und also auch gefunden werden. Bekämpfung der totalitären Organisation, Nachweis der Überlegenheit der demokratischen Ordnung durch westdeutsche Sporterfolge über ostdeutsche Konkurrenten als primäre gesellschaftliche Aufgabe des DSB - von dieser Basis aus können an den Staat Forderungen nach größerer finanzieller Förderung des Leistungssports bei gleichzeitiger Respektierung der Freiheit, d.h. der Eigenverwaltung der Mittel, gestellt werden.
In die Kritik an der DDR geht als ' erkenntnisleitendes Interesse ' das Ziel der westdeutschen Sportführer an politischer Aufwertung ihrer Organisation ein, von der sie sich zu Recht eine finanzielle Aufwertung versprechen. Man stellt fest: " Sporterfolge der kommunistischen Länder sollen ebenso wie andere technische, wissenschaftliche, kulturelle Erfolge als Schrittmacher der Anerkennung des kommunistischen Systems dienen und damit der Ausbreitung des kommunistischen Einflusses ", [84] und fordert die verantwortlichen Politiker auf, dem adäquat zu begegnen. " Wenn auch überall im Westen systematische Vorbereitungen getroffen werden, wird es bald mit der kommunistischen Überlegenheit vorbei sein. " [85] Eine derartige Kritik muß aber, da sie wesentlich nicht den Gegenstand selbst reflektiert, sondern ein spezifisches Interesse dem Objekt gegenüber, am Gegenstand vorbeigehen, die gesellschaftliche Funktion der DDR-Sportbewegung ebenso ungeklärt lassen wie ihre Stellung im System der Außenpolitik. Sie verweist da, wo sie die DDR-Sportbewegung thematisiert, auf die Verbandsinteressen des DSB der Bundesrepublik.

2.4. DER MANGEL DER GEGENWÄRTIGEN AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM DDR - SPORT

Der Politisierungsvorwurf an die Adresse der DDR wurzelt also in einem unreflektierten Vorverständnis, wie Bruns kritisiert, in einem undefinierten Politikbegriff, in dem das affirmative Verhalten zu den allgemeinen politischen Prinzipien der westdeutschen Gesellschaft, etwa die Übertragung der Hallstein-Doktrin auf den Bereich der Sportbeziehungen, als die einzig mögliche Handlungsweise verstanden wird. [86] Zur Kritik der DDR-

Sportbewegung in der BRD können wir zusammenfassend feststellen: Sie beruht einerseits auf einer industriegesellschaftlichen Konvergenzhypothese. Sie unterstellt eine perspektivisch gleichgeartete Entwicklung der Systeme und den Sport als ein über den Systemen stehendes Handlungsgefüge gleichen Inhalts. Dieses Verständnis sucht zugleich den westdeutschen Sport von der Kritik auszunehmen: " Ein stereotyper Einwand gegen eine Analyse des Sports im Rahmen einer Kritik kapitalistischer Verhältnisse hat die Verwandtschaft der Strukturen des westlichen Sports mit denen des Sports in den Ostblockstaaten zum Inhalt. Verweisen nicht identische Wettkampfformen im östlichen und westlichen Gesellschaftssystem auf eine weitgehende Unabhängigkeit des Sports von alternativen Organisationsprinzipien industrieller Gesellschaften? ". [87)]

Die Kritik basiert andererseits auf der Totalitarismusvorstellung. Sie begreift an der Sportbewegung nur die Erscheinungsformen, in denen sich die Merkmale der gesellschaftlichen Ordnung der DDR in geradem Gegensatz zu den Prinzipien der pluralistischen Demokratie ausdrücken. Sie konstatiert, daß der DTSB ein Instrument zur Durchsetzung der politischen Ziele der SED ist; ganz so, wie Ewald als Präsident des DTSB es offen verkündet: Der Sport hat " aktiv an der Erziehung der Mitglieder zu sozialistisch denkenden und handelnden Staatsbürgern mitzuwirken. " [88)]

Sie kommt aber über eine anklagende Wiederholung dieses Faktums nicht hinaus zu den Fragen, wie der DTSB seine Funktion erfüllt und warum der Sport eine derartige Aufgabe übernehmen kann. Der Grund dafür ist, daß von den gleichartigen Erscheinungsformen im Sport auf eine Wesensgleichheit geschlossen wird, von der aus dann nur noch äußere, zwanghafte ' Inpflichtnahme ' als Erklärung für Differenzen zwischen den Sportbewegungen der beiden deutschen Staaten angeführt werden kann. Vinnai kritisiert die These von der wesentlichen Gleichheit des Sports, merkt aber dazu an: " Die Widerlegung dieser These setzt eine entfaltete Analyse des osteuropäischen Sozialismus voraus, in deren Rahmen die Funktion des Sports interpretiert werden müßte." [89)]

Bisher ist in der Bundesrepublik eine derartige Analyse noch nicht geleistet. Ein Phänomen wie der Sport ist ohne eine Bestimmung seiner gesellschaftlichen Basis auch nicht zu erklären, doch wird eine Analyse des DDR-Sozialismus nicht daran vorbeikönnen, den Stellenwert anzugeben, den die bewußt gestalteten Erscheinungen des Überbaus für das politische

Entwicklungskonzept der SED haben. 90)

3. DIE GESELLSCHAFTLICHE ROLLE DER SPORTBEWEGUNG IN DER DDR

3.1. ZUR KONZEPTION DER GESELLSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER DDR

3.1.1. DAS VERHÄLTNIS VON OBJEKTIVEM UND SUBJEKTIVEM INTERESSE

Der gesellschaftliche Zweck der Errichtung des Staates Deutsche Demokratische Republik war nach dem Willen der politischen Führung der Errichtung des Sozialismus auf deutschem Boden, eine revolutionäre Umwälzung der bestehenden Ordnung, die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung folgt. Der Entwicklungsprozeß dieses Teils Deutschlands wird demnach bestimmt als eine schrittweise und planmäßige Durchsetzung der materiellen Basis und der adäquaten Verkehrsformen für die Herrschaft der Arbeiterklasse. Der Widerspruch, in dem die Entwicklung sich vollzieht, ist der zwischen den subjektiven, partikularen Interessen der vielen Einzelnen, in denen sich ihre Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozeß widerspiegelt, und dem objektiven Interesse des gesellschaftlichen Zwecks, das zu vertreten die SED als die Partei der Arbeiterklasse für sich beansprucht. Die subjektiven Interessen sollen ihre Einheit haben im objektiven Interesse der Gesellschaft. Umgekehrt: das gemeinschaftliche Interesse muß sich durchsetzen in allen, subjektive Interessen befriedigenden, gesellschaftlichen Sektoren und Institutionen. Die Übereinstimmung aller Interessen " bildet sich auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln und des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen werktätigen Schichten aus und wird mehr und mehr durch die Interessen der Arbeiterklasse geprägt, die grundsätzlich mit den Interessen der gesamten Gesellschaft zusammenfallen. Diese Übereinstimmung ist nichts ein für allemal Gegebenes. Sie befindet sich im Prozeß der Höherentwicklung, in dem ständig Widersprüche auftreten und überwunden werden müssen." [91] Die Konsequenz dieser Auffassung von der notwendigen und folgerichtigen Entfaltung des objektiven Zwecks ist eine historische Betrachtungsweise, in der die einzelnen Etappen des gesellschaftlichen Aufbaus als erkannte und konsequent durchgesetzte Gesetzmäßigkeiten erscheinen. Der innere Zusammenhang von der ' antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ' (1945 - 1949), über die Übergangsperiode vom ' Kapitalismus zum Sozialismus ' (195o - 1961), mit den beiden Phasen

des ' Aufbaus des Sozialismus ' (1958), zur Periode des ' umfassenden Aufbaus des Sozialismus ' (1963-1971) und schließlich der ' Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ' (1971) ist der des stetigen Aufbaus der Staatsmacht als des Instruments, mit dem die Arbeiterklasse, vertreten durch ihre Partei, ihren historischen Beruf erfüllt. Diese Periodisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hat einen eindeutig legitimativen Charakter. Sie verweist aber doch darauf, daß die Durchsetzung des politischen Willens der SED keineswegs widerspruchsfrei sich vollzog, daß jede einschneidende politische Maßnahme an die Bevölkerung nicht nur vermittelt werden, sondern um ihre Zustimmung ringen muß.

Die Vorstellung einer sich administrativ, gestützt auf totalitäre Staatsgewalt durchsetzenden Parteiführung verwischt ebenso wie eine umgekehrt die Identität von Staat und Gesellschaft verkündende Herrschaftsideologie die " Existenz realer Interessengegensätze unterschiedlicher sozialer Klassen und Schichten und verkennt, daß der Anspruch des Staates zuweilen auf gesellschaftliche Strukturbedingungen trifft, die durch dirigistische Steuerung nicht verändert werden können, sondern ihrerseits auf das politische Kalkül einwirken. " [92] Ein tiefgreifender sozialer Umgestaltungsprozeß, wie ihn die SED in der DDR angegangen ist, erfaßt logischerweise alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens; alle diese Sphären müssen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Eigenart qualitativ verändert werden. Ihmels versucht nachzuweisen, daß die SED in der Sportpolitik zielstrebig eine Spaltung der deutschen Sportbewegung betrieben habe, um sich ein Instrument der Durchsetzung ihrer gesamtdeutschen und DDR-bezogenen Zielvorstellungen zu schaffen. Er skizziert die Entwicklung der Sportorganisation, von den Kommunalsportgemeinschaften ausgehend bis zur Gründung des DTSB und seiner Unterstellung unter das Staatliche Komitee für Körperkultur als einen Prozeß zunehmender Verstaatlichung. [93] Er sagt damit ebenso wie Knecht Richtiges in bezug auf die Herausbildung der Systemkonformität der Sportbewegung. Dies ist mit entsprechenden Aussagen von DDR-Autoren zu belegen: " Die Partei der Arbeiterklasse zog aus der Geschichte der deutschen Körperkultur die richtigen Schlußfolgerungen. Mit ihrer Hilfe und durch ihre ständige Fürsorge war es möglich, eine einheitliche, gefestigte sozialistische Turn- und Sportorganisation und ein einheitliches System der Körperkultur zu schaffen. Damit hat nach

mehr als hundertjährigem Kampf die Arbeiterklasse auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport die Führung übernommen. Die SED hat stets weitsichtig und konsequent die Belange der Sportjugend vertreten. Sie wies die Perspektiven für die Entwicklung von Körperkultur und Sport, die als untrennbare Bestandteile der sozialistischen Nationalkultur ihre volle gesellschaftliche Anerkennung erhielten. " [94]

Ihmels begreift dies als einen Entmündigungsprozeß, als einen fortschreitenden Verlust sportlicher Souveränität. In der DDR wird es so aufgefaßt, daß die Sportbewegung in diesem Prozeß erst zu einem selbstbewußten Moment des Klassenkampfs geworden sei, weil darin die Mitglieder des DTSB sich die Grundlagen für einen erfolgreichen Entwicklungsweg geschaffen haben: " Die Tätigkeit des Menschen wird vor allem von seinem Bewußtsein bestimmt. Ohne erfolgreiche sozialistische Erziehung der Mitglieder ist der Auf- und Ausbau der Sportbewegung undenkbar. Das sozialistische Bewußtsein gibt Mitgliedern und Funktionären des DTSB die Kraft, die Körperkultur der DDR zu hoher Blüte zu führen. " [95]

Wir haben oben gesagt, daß diesem konträren Verständnis des gleichen Entwicklungsweges eine differierende Bestimmung des Wesens einer gesellschaftlichen Vereinigung zugrunde liegt. Ihmels orientiert sich an der Organisationsform einer bürgerlichen pluralistischen Demokratie, in der die gesellschaftliche Entwicklung das Resultat der Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen, auf der Basis der vorgegebenen ökonomischen Verfassung partikulare Zwecke verfolgenden Vereinigungen ist. Die Aussagen der DDR-Autoren basieren auf der Behauptung einer Gesellschaft, in der es keine antagonistischen Widersprüche mehr gibt, so daß sie sich als Resultat der gemeinsamen praktischen Gestaltung aller Bereiche nach einem gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsplan entfaltet; was für die einzelnen Vereinigungen und Institutionen bedeutet, sich als Organe der Durchsetzung des gemeinsamen Willens zu bewähren. In analoger Weise zum historischen Entwicklungsweg des Staates wird deshalb in der DDR-Literatur auch die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Sportbewegung als eine etappenweise Durchsetzung des objektiven Interesses der Arbeiterklasse bestimmt: Schaffung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Sportbewegung (1945-1948), Gründung und Aufbau der demokratischen Sportbewegung (1948-1949), Festigung der antifaschistisch-demokratischen Sportbewegung (1949-1952) und Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Sport-

bewegung (1952-1957), Gründung der sozialistischen Sportorganisation (1957), Entfaltung der sozialistischen Sportorganisation (1958-1967), Ausgestaltung der sozialistischen Sportorganisation im entwickleten gesellschaftlichen System des Sozialismus (1968). [96]

In dieser Periodisierung spiegeln sich die vielfältigen Schwierigkeiten, die Sportbewegung für die Verwirklichung der politischen Ziele des Systems zu nutzen. Die Affinität vieler Menschen zu den Traditionen der vorfaschistischen bürgerlichen und der Arbeitersportbewegung, die Folgen der faschistischen Instrumentalisierung des Sports und das Fehlen organisatorischer und sportpolitischer Kader waren objektive Hindernisse, ebenso wie der Mangel an Anlagen und ausgebildeten Trainern für den Breiten- und Leistungssport. Die Überwindung der Mängel wurde jedoch so systematisch und erfolgreich angegangen, daß der DTSB nach seiner Gründung in kurzer Zeit zu einer innen- wie außenpolitisch erfolgreichen Massenorganisation wurde. [97]

Der Aufbau der ' demokratischen Sportbewegung ' erfolgte unter der gemeinsamen Verantwortung von FDJ und FDGB, durch die Massenorganisationen also, die den Führungsanspruch der Partei in der Jugend und die Wahrnehmung der Interessen der Werktätigen sichern sollen. Im Aufruf vom 4.8.1948 zur Schaffung der Sportbewegung, den für die FDJ Erich Honecker und für den FDGB Hans Jendretzky unterzeichneten, heißt es: " Getragen von dem Vertrauen der fortschrittlichen Jugendlichen in Deutschland sowie der Millionen organisierter Werktätigen, rufen die Freie Deutsche Jugend und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund alle sportbegeisterten Menschen auf, an der Schaffung einer neuen deutschen Sportbewegung mitzuwirken. Von den besten Traditionen der deutschen Sportbewegung ausgehend, wollen wir gemeinsam alle Anhänger eines wahrhaften Volkssportes und einer echten Körperkultur für die Ideale der Einheit Deutschlands, der Demokratie und der Völkerverständigung gewinnen. " [98] Als Grundsätze und Ziele wurden proklamiert, den körperlichen, geistigen und sittlichen Aufstieg des deutschen Volkes zu fördern, dem Frieden und der Völkerverständigung zu dienen, die Kampfbereitschaft gegen Militarismus, Imperialismus und Faschismus zu stärken. [99] Für die Mitglieder der Sportorganisation konnte demnach kein Zweifel daran bestehen, einer politisch zweckbestimmten Organisation anzugehören, einer Massenorganisation, die unter dem allgemeinen Anspruch stand, die Mehrzahl der Bevölkerung für den Aufbau des

Sozialismus zu gewinnen.

" Die Massenorganisationen in der DDR haben eine Reihe von **Funktionen** wahrzunehmen. Neben Mobilisierung der organisierten Mitglieder für die jeweiligen politischen und sozioökonomischen Ziele der Partei und der Staatsführung dienen sie auch als Fachverbände, deren Sachverstand zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen wird. Daneben sind die Massenorganisationen Instrumente der sozialen Kontrolle. Schließlich haben die Massenorganisationen umfangreiche Aufgaben im agitatorischen und propagandistischen Bereich. " [100] Die Existenz von Massenorganisationen verweist auf fortdauernde subjektiv unterschiedene, private Interessen in einer Gesellschaft, die sich als Verwirklichung des ' objektiven Interesses ' versteht. Ihr Charakter ist geprägt von der Wahrung subjektiver Ansprüche an Staat und Gesellschaft und von der Funktion der Durchsetzung der bestimmten Ziele der Gesellschaft, die als die ' objektiven ' Ziele der Arbeiterklasse behauptet und von der SED als politische Organisation der Klasse verwirklicht werden sollen. Aus dieser doppelten Aufgabenstellung heraus ergeben sich für die organisatorische Verfassung und inhaltliche Zweckbestimmung jeder Massenorganisation Konsequenzen in bezug auf ihr Verhältnis zur SED und zu den staatlichen Organen.

Im politischen System organisierter Interessen ist die subjektive Zielsetzung das konstitutive Moment eines Interessenverbandes. Sein Einfluß auf die Ausgestaltung der Gesellschaft wird um so größer sein, je wichtiger die Funktion der in ihm Organisierten im Produktionsprozeß der Gesellschaft ist oder je größer die Zahl der Bürger, die ihm angehören oder den von ihm vertretenen Zweck unterstützen. Sein Einfluß auf staatliche Entscheidungen hängt ab vom Gewicht der durch den Verband vertretenen Interessen oder von der Durchsetzungsfähigkeit der sich mit ihm identifizierenden Staatsbürger. [101] In diesem System wird der Staat als Garant der Einheit der Gesellschaft und als Vermittler zwischen den antagonistischen Interessen begriffen. Interessenverbände und Staat müssen also unabhängig voneinander sein.

3.1.2. DAS VERHÄLTNIS VON STAAT UND MASSENORGANISATIONEN

In einer Gesellschaft, die für sich beansprucht, sich nach richtig erkannten, objektiven Gesetzmäßigkeiten zu entwickeln, ist das Verhältnis von

Staat und Interessenverband notwendig ein anderes. Als Instrument der Arbeiterklasse zur Durchsetzung des ' objektiven Interesses ' sucht der Staat auf die Organisationsformen partikularer Zwecke Einfluß zu nehmen, um die differierenden Verbände unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Inhalte auf den allgemeinen Zweck auszurichten. Wie die Staatsmacht sind auch die gesellschaftlichen Massenorganisationen Instrumente des allgemeinen Willens, sie erweisen sich als Verlängerung der Staatstätigkeit in den gesellschaftlichen Raum. Die Staatsmacht der DDR ist bestimmt dadurch, " daß sie diejenige politische Organisation ist, mit deren Hilfe die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei die gesamte Bevölkerung erfaßt... Diese gesellschaftliche Grundfunktion des sozialistischen Staates, die der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei hinsichtlich der gesamten Gesellschaft das notwendige Maß an Verbindlichkeit und Durchschlagkraft sichert, kann durch keine andere Organisationsform des politischen Systems des Sozialismus verwirklicht und ersetzt werden. Jede dieser politischen Organisationsformen erfaßt entsprechend ihrer spezifischen Funktion bestimmte Gruppen der Werktätigen in bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Ihre Beschlüsse verfügen nicht über die umfassende, für alle geltende Verbindlichkeit, wie sie das vom Staat gesetzte sozialistische Recht besitzt. " [102]

In dieser Feststellung von Weichelt ist deutlich das Verhältnis von Massenorganisationen und Staat beschrieben. Die Existenz subjektiv unterschiedlicher Interessen - auch wenn sie nach der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse nichtantagonistischen Charakters sind - trägt in sich die Gefahr der Verselbständigung. Den Massenorganisationen obliegt es, die Interessenvertretung so zu organisieren, daß die Verwirklichung partikularer Zwecke nicht in einen Gegensatz zu den allgemeinen Zielvorstellungen gerät. Der Staat seinerseits setzt den Rahmen und sichert die bestmöglichen Bedingungen der Entfaltung. " Diese Aktivität der gesellschaftlichen Massenorganisationen der Werktätigen erleichtert der sozialistischen Staatsmacht die Lösung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben, wie umgekehrt die zielstrebige, gut und rationell organisierte, auf die Entwicklung der Aktivität der Massen gerichtete Leitungsfähigkeit des sozialistischen Staates die gesellschaftliche Wirksamkeit aller anderen politischen Organisationen der Werktätigen fördert und voranbringt. " [103]

Die Massenorganisationen in der DDR sind also zweifach bestimmt:
Als Sachwalter der Staatsmacht entfalten und verwirklichen sie in ihrem spezifischen Sektor die gesellschaftlichen Ziele der SED. Sie sind Vertreter des ' objektiven Interesses '.
Als Vertreter der vorfindlichen Bedürfnisse und Wünsche der Werktätigen vermitteln sie zwischen politischer Führung und Staatsvolk, sind sie Anwalt der ' subjektiven Interessen '. Dies hat zunächst organisatorische Konsequenzen. Die Durchsetzung des politischen Willens der SED erfordert, daß institutionelle und personelle Voraussetzungen erfüllt sein müssen: Institutionell gilt für die Massenorganisationen das Prinzip des demokratischen Zentralismus - Wahl aller Organe, Rechenschaftspflicht der unteren gegenüber übergeordneten Instanzen; personell wird der Einfluß durch die Ausbildung der Kader abgesichert. Die Erfüllung der Bedürfnisse der Mitglieder erfordert eine finanzielle Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Massenorganisationen, eine Aufgabe, die den staatlichen Institutionen zufällt. Die Massenorganisationen stehen also in engem politischem, personellem und finanziellem Zusammenhang mit der SED und der Staatsmacht und garantieren so eine möglichst umfassende und einheitliche Entwicklung der Gesamtgesellschaft. Die inhaltliche Konsequenz ist, daß die Massenorganisationen politische Organe sind. Sie nehmen außer ihrer eigentlichen Funktion auch allgemeine Aufgaben wahr: Schulungs- und Übersetzungsarbeit unter den Mitgliedern, Propagierung und Begründung von Maßnahmen der SED und der Regierung sowie Mobilisierung der Mitglieder für außerhalb ihres Interessenbereichs liegende Aufgaben. In der Tätigkeit der Massenorganisationen drückt sich das Bemühen der Staatsführung der DDR aus, die Zustimmung breiter Schichten der Bevölkerung für die gesellschaftliche Entwicklung zum Sozialismus zu gewinnen, indem sie an ihre subjektiven Bedürfnisse anknüpft und ihren Zusammenhang mit dem Ausbau der Potenzen des Gesamtsystems erläutert. Heitzer betont, daß solche Überzeugungskraft eine notwendige Voraussetzung für die allmähliche Verwirklichung der Ziele der SED sei: " Man kann den Sozialismus nicht dekretieren oder ' einführen '. Der Sozialismus ist nur möglich, wenn die Mehrheit der Menschen ihn will, wenn sie fähig und bereit ist, die sozialistische Ordnung zu errichten. "[104]
Die politische Willensbildung nach innen ist aber nur die eine Seite der Aufgaben. Im selben Maße können die Massenorganisationen Instrumente der Außenpolitik werden. Sie knüpfen Beziehungen zu ausländischen gesellschaft-

lichen Institutionen, leisten ihren spezifischen Beitrag zur Selbstdarstellung des Staates und dienen so vor allem dort als Repräsentanten der DDR, wo politische Beschränkungen offizielle staatliche Maßnahmen verhindern.

3.1.3. DAS VERHÄLTNIS DER SPORTORGANISATION ZU FDJ UND FDGB

Die beiden wichtigsten Massenorganisationen sind die Freie Deutsche Jugend als die Jugendorganisation der SED und gleichzeitig einzige in der DDR, und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund als die umfassende Klassenorganisation der Werktätigen. Ihre besondere Stellung beruht darauf, daß sie spezifische Organisationen der Arbeiterklasse sind, während in allen anderen Verbänden auch Angehörige anderer, nach offizieller Darstellung ' verbündeter ', Klassen und Schichten der Bevölkerung erfaßt sind. Der Deutsche Turn- und Sportbund der DDR ist nicht zufällig von diesen beiden Organisationen gegründet worden. In dieser Maßnahme sollte vielmehr zum Ausdruck kommen, daß sportliche Interessen keineswegs auf die Arbeiterklasse beschränkt sind, daß gerade durch Sport bürgerliche Kreise erfaßt, bzw. Menschen aller Berufsgruppen und Klassen im Ausland angesprochen werden, daß aber die Arbeiterklasse, d.h. die SED als ihre politische Vertretung, nicht darauf verzichten kann und will, diesen sozialen Sektor nach ihrem gesellschaftlichen Interesse zu gestalten und die Sportorganisation für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. In einem Kommentar zur Gründung des DTSB schreibt der Sportler Gerhard Mitzschke, gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB, dazu:
" Jugendverband und Gewerkschaften haben großen Anteil daran, daß auch im Sport die führende Rolle der Arbeiterklasse gewährleistet ist und Körperkultur und Sport im Interesse der Werktätigen organisiert werden. Durch die Arbeit der Gewerkschaften war es möglich, einen großen Teil unserer Werktätigen für eine sportliche Betätigung zu gewinnen... Ihre reichen Erfahrungen in der gesamtdeutschen Arbeit, der politischen Massenarbeit und der Leitungstätigkeit übermittelten die Gewerkschaftsleitungen den Betriebssportgemeinschaften... Durch die Hilfe der Gewerkschaftsleitungen und die Aktivität der Arbeiter in den Betriebssportgemeinschaften wird die führende Rolle der Arbeiterklasse im Sport gesichert und damit die wichtigste Voraussetzung gegeben, die demokratische Sportbewegung auf die

Aufgaben des Aufbaus des Sozialismus zu orientieren. Um die politische Massenarbeit und die Erziehung der Sportler zu verbessern, gilt es, die teilweise Unterschätzung der Sportarbeit zu überwinden und zu erkennen, daß Körperkultur und Sport wichtige Mittel der politischen Massenarbeit sind und die Tätigkeit der Sportfunktionäre eine bedeutende gesellschaftliche Arbeit ist. " [105)]

Der DTSB erfaßt durch seine Arbeit DDR-Bürger jeden Alters und verschiedenster gesellschaftlicher Stellung. Seine Bedeutung übersteigt bei weitem die Zahl der organisierten Mitglieder - 1975 rund 2,5 Millionen Menschen - da er dank der breiten Öffentlichkeit für Sport, die durch die Medien geschaffen wird, auch nicht-organisierte Bürger erreicht. Neben der passiven Beteiligung der Zuschauer an internationalen Wettkämpfen, in denen die aktive Mobilisierung von Freizeitsportlern durch Urlaubsbetreuung, Förderung von Touristik und Wandern, Organisation von Wettbewerben für den Ausgleichssport, Maßnahmen, durch die politisch wenig interessierte Bürger mobilisiert werden.

Welche hohe Wertschätzung der politischen Rolle des Sports zuteil wird, zeigt sich darin, daß er in Kapitel 2: Ökonomische Grundlagen, Wissenschaft, Bildung und Kultur der DDR-Verfassung vom 6.4.1968 aufgenommen ist. Im Art. 18, Abs. 3 heißt es: " Körperkultur, Sport und Touristik als Elemente der sozialistischen Kultur dienen der allseitigen körperlichen und geistigen Entwicklung der Bürger. " [106)]

Wir werden im folgenden aufzeigen, in welcher Weise der Sport als Element der sozialistischen Kultur zum kulturpolitischen und damit zum Instrumentarium der DDR-Politik überhaupt gehört und welche spezifischen außen- und innenpolitischen Funktionen er erfüllt. [107)]

4. DIE STELLUNG DES SPORTS IM SYSTEM DER AUSWÄRTIGEN KULTURPOLITIK

4.1. DAS VERHÄLTNIS VON AUSSENPOLITIK UND GESELLSCHAFTLICHEM SYSTEM

4.1.1. KULTURPOLITIK ALS INSTRUMENT DER AUSSENPOLITIK

Arnold betont, daß die auswärtige Kulturpolitik der DDR keine Politik sui generis ist, " daß diese Politik ihren Anlaß und Ausgangspunkt nicht primär in kulturellen Entwicklungen, sondern in machtpolitischem Kalkül hat, dem das Kulturelle als Mittel zum Zweck untergeordnet und dienstbar gemacht wird ". [108] Das bedeutet, die Kulturpolitik steht generell unter den Bestimmungen der Außenpolitik bzw. unter dem Anspruch, der an die Außenpolitik der DDR als Element der Entwicklung des Sozialismus gestellt ist. End stellt fest, daß die erste Voraussetzung dafür gegeben ist - die organisatorische Absicherung: " Im Gegensatz zu den zahlreichen kulturellen Privatinitiativen der Bundesrepublik im Ausland konnten - angesichts der zentralistischen Verstaatlichung des Kultursektors - kulturelle Außenaktivitäten der DDR als halbamtliche Manifestationen im Dienste außenpolitischer Ziele erscheinen." [109] Organisatorische Maßnahmen reichen für sich genommen jedoch nicht aus. Sollen die kulturellen Kontakte nicht nur von der bloßen Existenz der Deutschen Demokratischen Republik zeugen, sondern auch ihre gesellschaftliche Ordnung verdeutlichen, dann muß in jeder einzelnen Sphäre Wesentliches von dieser Ordnung vorfindbar sein.

Die Bereiche Kultur und Sport sind, wie wir schon gesagt haben, nicht selbständig gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen, weder personell noch strukturell, schon gar nicht in finanzieller Hinsicht. Sie sind zu verstehen als Teilsysteme der Gesellschaft, die sich analog dem Gesamtsystem entwickeln und seinen immanenten Wertstrukturen unterliegen. Das Gesamtsystem seinerseits ist nichts anderes als die Totalität der einzelnen Momente: " Die gesellschaftliche Totalität führt kein Eigenleben oberhalb des von ihr Zusammengefaßten, aus dem sie selbst besteht. Sie produziert und reproduziert sich durch ihre einzelnen Momente hindurch ... So wenig jenes Ganze vom Leben, von der Kooperation und dem Antagonismus seiner Elemente abzusondern ist, so wenig kann irgendein Element auch bloß in seinem Funktionieren verstanden werden, ohne Einsicht in das Ganze, das

an der Bewegung des Einzelnen selbst sein Wesen hat. System und Einzelheit sind reziprok und in ihrer Reziprozität zu erkennen. " [110] Diesen Gedanken von der Bedingtheit des Einzelnen durch das gesellschaftliche Ganze faßt Eichhorn in den Kategorien eines kybernetischen Systembegriffs als Verhältnis von Detailmoment der Politik und Gesamtstrategie der SED: " Eine wesentliche theoretische und praktische Leistung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands besteht im Nachweis, daß auch die sozialistische Gesellschaft als umfassendes gesellschaftliches System verstanden und gestaltet werden muß, in dem auf der Grundlage des ökonomischen Systems der Sozialismus alle Teilsysteme (das System des sozialistischen Staates, das Bildungssystem usw.) der sozialistischen Gesellschaft auf das gleiche fortgeschrittene Niveau gebracht werden müssen." [111] Bezogen auf die Außenpolitik heißt das, daß sie ihre Grundbestimmung aus den sozialen Verhältnissen und dem daraus resultierenden Zielen des Staates erfährt. Hänisch und Krüger bezeichnen dies als die Dialektik von Innen- und Außenpolitik, ein Verhältnis, in dem sich die innergesellschaftliche Entwicklung als Bestimmungsfaktor für die Außenpolitik, die bestimmte Außenpolitik als Bedingung für die Kontinuität der Entwicklung des Sozialismus erweisen. [112] In seinem Rechenschaftsbericht zum 8. Parteitag der SED stellt Honecker die Gültigkeit dieser These heraus: " Unverändert lassen wir uns in der Außenpolitik von dem Bestreben leiten, die günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. " [113] Diese allgemeine Zweckbestimmung sagt natürlich nichts über die je konkrete Ausformung der Politik, in der sich die unterschiedlichen sachlichen, politischen und historischen Bedingungen auswirken, gibt aber den Anspruch an, auf das jedes Moment der Außenpolitik von vornherein orientiert ist: Kulturpolitik und Sport dienen der Verwirklichung der Ziele, die sich aus dem Selbstverständnis der DDR als sozialistischem Staat, ihrer Integration in das sozialistische Bündnissystem und aus der besonderen Bezogenheit auf den anderen Staat ableiten - sie beanspruchen nicht, weltanschaulich neutral zu sein. Es erscheint von daher systematisch sinnvol, die allgemeinen Richtlinien dieser Politik aufzuführen, bevor anhand regionaler und sachlicher Schwerpunkte der Stellenwert von Kultur- und Sportbeziehungen für die Durchsetzung der Intentionen der Außenpolitik beschrieben wird.

4.1.2. SPORTPOLITIK ALS INSTRUMENT DER EINFLUSSNAHME AUF DIE ÖFFENTLICHKEIT

Die Außenkontakte der DDR werden von Honecker in ihrer Wichtigkeit nach dem gesellschaftlichen Entwicklungsstand des Partners so unterschieden, " als Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft ständig zu ihrer Festigung beizutragen, stets internationalistische Solidarität mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern zu üben. Wir lassen uns von dem Bestreben leiten, alles zu tun, um die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen und aktiv den Kampf gegen den aggressiven Imperialismus zu führen. So leisten wir auch mit den Mitteln der Außenpolitik unseren Beitrag zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und des Friedens." [114] Die unterschiedliche Bedeutung der drei Faktoren - sozialistische Bündnispolitik, anti-imperialistischer Kampf und aktive Koexistenzpolitik - wird einerseits begründet aus der Tradition, sie ist andererseits abzuleiten aus der Entstehungsgeschichte der DDR und ihrer engen Verbindung mit der Sowjetunion.
Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, den realen Entwicklungsprozeß der Außenpolitik nachzuvollziehen. Sie entwickelt sich keineswegs so bruchlos aus den allgemeinen Bestimmungen sozialistischer Politik, wie dies in den Darstellungen der Außenpolitik post festum konstatiert wird. Es ist jedoch ein Spezifikum der Kultur-, insobesondere der Sportpolitik, daß sie die Zwecke der Außenpolitik gegenüber des eigenen Staates wie denen der ausländischen Adressaten besser zu verdeutlichen imstande ist als diese selbst. Das ist die Folge der leichten Planbarkeit dieses sozialen Sektors, der seiner Natur nach unproblematischer zu entwickeln ist als der ökonomische oder etwa der Erziehungsbereich. Es ist zweitens ein Ausdruck der geringen Bedeutung solcher internationaler Kontakte, die zwar das Bild eines Staates im Ausland mitbestimmen, gegenüber handelspolitischen, ökonomischen und militärischen Erwägungen jedoch keine eigenständige Bedeutung haben. Drittens erlaubt die Tatsache, daß es sich um Beziehungen nicht-diplomatischen und nicht-staatlichen Charakters handelt, über gesellschaftliche und private Institutionen Einfluß- und Darstellungsmöglickeiten zu schaffen und Bevölkerungsschichten anzusprechen, die von offiziellen staatlichen Maßnahmen nicht erreicht werden. Das Zusammentreffen dieser drei Bedingungen erlaubt es, den Sport nach innen

wie nach außen als eine geradezu idealtypische Darstellung der politischen Prinzipien und sozialen Errungenschaften zu nutzen, als eine Darstellung nicht des Seins, aber des Sollens, so daß im Zusammenhang mit der Sportpolitik die politischen Grundsätze der DDR nicht von der Art ihrer Verwirklichung, sondern von ihrer Darstellung und Begründung in der Literatur und Presse her gefaßt werden müssen. Dort werden die Maßnahmen der politischen Führung so beschrieben, wie es dem Selbstverständnis der regierenden Politiker entsprechend sein soll. In eben dieser Weise stellt sich die DDR im Sport dar, nicht zuletzt deshalb, weil auch der Sport, wie wir in einem späteren Teil sehen werden, seine gesellschaftliche Erscheinungsform wesentlich nicht seiner eigenen Natur, sondern der Berichterstattung, d.h. der konkreten Vermittlung der abstrakten Daten an die Öffentlichkeit verdankt.

4.2. DIE VERANKERUNG DER DDR IN DER SOZIALISTISCHEN STAATENGEMEINSCHAFT

4.2.1. DIE BEGRÜNDUNG DES SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALISMUS AUS DEM PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

Die DDR beansprucht für ihre Politik, daß sie sich aus den von Marx, Engels und Lenin für die internationale Arbeiterbewegung gegebenen Bestimmungen ableite und in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehe. " Das Bewahren historisch progressiver Traditionen ist für die ganze Staatspolitik der DDR ebenso charakteristisch wie ihr bewußtes Einordnen in die revolutionären Erfordernisse unserer Epoche, die die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus darstellt." [115] Die Berufung auf die Tradition zum Nachweis einer Kontinuität der Entwicklung zum Sozialismus und auf die historische Notwendigkeit ist nicht zufällig, sie ist bedingt aus der Konstitution dieses Staates. Er ist nicht aus der revolutionären Tat der Arbeiter und Bauern hervorgegangen, auf die er sich beruft; die herrschende Partei gelangte allein durch einen Hoheitsakt der Besatzungsmacht und durch die kontinuierliche Unterstützung in die staatlichen Schlüsselstellungen. Die folgende Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse war ein revolutionärer Akt, dem nicht alle Teile der Bevölkerung zustimmten, obwohl für sie

die kapitalistische Produktionsweise durch den Faschismus als den sozialen und politischen Ansprüchen der Menschen nicht gerecht werdend diskreditiert hatte. Sie verbanden damit jedoch keineswegs die Vorstellung einer konsequent sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als einziger Alternative.

Hinzu kam, daß der Konstitutionsprozeß der DDR wie der BRD die Spaltung der Nation für die nächste Zeit festschrieb. Unter diesen Bedingungen war und ist es für die SED unabdingbar, ihre Politik aus der Geschichte dieser Nation zu legitimieren und die ihr vorausgesetzten Beschränkungen, d.h. besonders die Zugehörigkeit zu der sozialistischen Staatengemeinschaft, als historisch notwendig auszuweisen. Unter Berufung auf Marx wird als die Grundlage der Außenpolitik das Ziel der Emanzipation der Arbeiterklasse angegeben, die ihrem Wesen nach internationalistisch ist als Reflex auf die allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Die Außenpolitik, von der Marx spricht, ist eine der Arbeiterklasse, keine Politik von Staaten. Wenn seine Kategorien zur Begründung für die Außenpolitik der sozialistischen Staaten herangezogen werden, dann machen sich hierdurch Modifikationen geltend, die als solche zu reflektieren sind. Internationalismus bedeutet für Marx eine bewußte Abstimmung und Gemeinsamkeit der einzelnen nationalen Arbeiterparteien im Verhältnis zu seiner Tendenz nach internationalen, weil auf den Weltmarkt drängenden Kapital. Internationalismus als Bestimmung der Politik von Parteien und Staatsparteien ist demgegenüber qualitativ anders nicht aus dem Widerspruch der Klassen, sondern aus der Notwendigkeit, bestehende staatliche Machtkonstellationen zu behaupten, abgeleitet. Hesselbarth gibt zu, daß hier eine Revision der Marxschen Bestimmungen vorliegt: " Ziele und Methoden proletarischer Außenpolitik, wie sie Marx und Engels als erste entwickelten, beruhten auf den historischen Verhältnissen des 19.Jahrhunderts. Seitdem hat sich viel verändert. Es sind neue Aspekte der Außenpolitik aufgetreten, die für Marx und Engels noch nicht sichtbar waren, wie der sozialistische Internationalismus, die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung." [116]

Hesselbarth bezeichnet die Veränderung der internationalen Bedingungen durch die Oktoberrevolution und die Errichtung eines sozialistischen Weltsystems und durch die Konstitution der DDR als eine qualitativ neue Stufe der Politik der Arbeiterklasse. Dann genügen die Marxschen Katego-

rien jedoch nicht mehr zur Begründung der auswärtigen Politik sozialistischer Staaten, sie sind bloß ideologische Instrumente der Legitimation primär staatlicher Herrschaftsinteressen. Mit dem Hinweis auf die Oktoberrevolution als dem Ausgangspunkt qualitativ neuer internationaler Bedingungen wird die Bedeutung der Aussagen von Marx darauf reduziert, historisch relevant gewesen zu sein, aktuell jedoch nur noch in der Leninschen Rezeption ein Element der Begründung sozialistischer Außenpolitik abzugeben. " Die Grundprinzipien der Außenpolitik der DDR - Internationalismus und Frieden - sind Ausdruck des Klassencharakters der sozialistischen DDR und der ihrer Innen- und Außenpolitik zugrunde liegenden marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie und Weltanschauung... Die konsequente Verwirklichung der Lehre des Marxismus-Leninismus, das Erbe der revolutionären deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die Anwendung der großen theoretischen wie praktischen Erfahrungen der Außenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Bruderländer verleihen der Außenpolitik der DDR ihr wissenschaftlich fundiertes Profil. " [117]
Die Ableitung der Außenpolitik aus den theoretischen Bestimmungen revolutionärer sozialistischer Politik, eine Ableitung, zu der, obwohl sie wissenschaftliche Begründung erfahren zu haben behauptet, eine Analyse der gegenwärtigen Durchsetzungsbedingungen nicht zu gehören scheint, verweist eher auf das Gegenteil: daß nicht revolutionäre Aktion, sondern eine defensive Grundposition die Außenpolitik der DDR bestimmt. Internationalismus als Absicherung der staatlichen Existenz und Frieden als Bedingung für die Kooperation mit kapitalistischen Staaten zugunsten der innerstaatlichen Entwicklung sind die beiden Komponenten, welche die günstigen äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in einem Teil Deutschlands gewährleisten sollen. Trotz der revolutionären Phraseologie hat diese Außenpolitik einen wesentlichen auf Selbsterhaltung und internationale Anerkennung gerichteten Charakter. Sie entwickelte sich weniger aus der inneren Logik des gesellschaftlichen Systems als aus der Reaktion auf die Politik der Regierungen der Bundesrepublik:
Durch das Bündnis mit der Sowjetunion in ihrer Existenz als souveräner Staat gefestigt, versuchte die DDR, internationale Anerkennung gegen den Widerstand Bonns zu erreichen. Dabei waren neben den Staaten des Warschauer Pakts vor allem Länder der 3. Welt, auf die die Bundesrepublik keinen oder wenig Einfluß ausüben konnte, Ansatzpunkte für die Anerkennungspoli-

tik. Hierin trifft sich die außenpolitische Konzeption der DDR mit jener der Bundesrepublik. Die Außenpolitik beider deutschen Staaten war zuerst Außenpolitik gegen den anderen zur Behauptung nationaler Souveränität. " Die kontradiktorische Außenpolitik der beiden Deutschland war in dem von den Großmächten gesteckten Rahmen eine Folge der endogenen Spaltung: Außenpolitik war für beide Staaten zunächst einmal Deutschlandpolitik. Das Verhältnis zum Ausland wurde als Funktion der Beziehung der beiden Staaten zueinander verstanden." [118]

4.2.2. DIE SOZIALISTISCHE STAATENGEMEINSCHAFT ALS GARANT DER STAATLICHEN EXISTENZ DER DDR

Die Entstehungsgeschichte der beiden Staaten reflektiert die divergenten Nachkriegsziele der drei Alliierten und das besonders auf Desintegration Gesamtdeutschlands abzielende Interesse Frankreichs. [119] Ihre Folge ist die Einbeziehung der BRD und der DDR in verschiedene Bündnissysteme, ohne die keiner der beiden sich als souveräner Staat hätte entwickeln können. Für die DDR war die Absicherung durch die UdSSR und die Verbindung zu den neu entstandenen sozialistischen Staaten erste Bedingung für die gesellschaftliche Entwicklung ebenso wie für die außenpolitische Durchsetzungsfähigkeit. Aümann beschreibt das als Konsequenz des Sieges der Arbeiterklasse, versucht also, für die äußere Notwendigkeit eine innere Gesetzmäßigkeit anzugeben: " Vom ersten Tage ihres Bestehens an hat die DDR eine aktive Politik enger freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Friedensstaat und den Ländern des sozialistischen Lagers betrieben. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ging dabei von den Hinweisen Lenins aus, daß die Arbeiterklasse ohne internationale Beziehungen keine wirksamen Erfolge erringen kann und darum ' die engste Vereinigung und völlige Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Nationen der Welt ' erstreben müßte. Eben deshalb betrachtet die Deutsche Demokratische Republik die allseitige Festigung des sozialistischen Weltsystems mit der UdSSR an der Spitze als entscheidenden Beitrag für neue Erfolge der fortschrittlichen Kräfte in der Welt. " [120] Radde weist nach, daß sich die politisch-militärische Abhängigkeit auch in personeller Hinsicht zeigt. Seine Analyse der außenpolitischen Führungselite ergibt, daß nach Kriegsende die in der Sowjetunion geschulten und mit ihr verbundenen Politiker

das absolute Übergewicht hatten. Er widerspricht von daher der Behauptung Hänischs, die DDR habe von Anfang an eine eigenständige Außenpolitik geführt: " Wenn Werner Hänisch... behauptet, daß die DDR von Anbeginn an eine eigene Außenpolitik geführt hat, so kann der Verfasser (Radde) dem nur teilweise zustimmen. Zutreffend ist die These von Hänisch meiner Meinung nach nur für die Außenpolitik im Bereich der außenpolitischen Planung, Organisation und Durchführung. Hingegen vermute ich, daß die Konzeption der Außenpolitik seit jeher in Absprache und Koordinierung mit Moskau formuliert worden ist, wobei der Druck, den Moskau bei der Abstimmung der Außenpolitik auf die DDR ausübt, seit 1949 beträchtlich an Wirkung verloren hat. " [121] Raddes Befund, daß es kontinuierlich zu einer Verfachlichung der Besetzung von Spitzenpositionen im außenpolitischen Apparat der DDR gekommen ist – Verfachlichung im Sinne eines höheren akademischen Ausbildungsniveaus –, wobei vor allem bei Vertretungen im westlichen Ausland Fachleute für Handels–, Technologie– und Produktionsfragen bevorzugt an führende Stellen gelangten [122], deutet darauf hin, daß mit der Konsolidierung der politischen Position auch die Durchsetzungskraft spezifischer Interessen der DDR gegenüber den anderen sozialistischen Staaten einschließlich der UdSSR wuchs. Die DDR stieg, wie Osten sagt, zweifellos vom Sateliten der UdSSR zum ' wichtigsten ' Partner auf. [123] Die Etappen dieses Wegs sind der Beitritt zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 1950, die Souveränitätserklärung vom 25.3.1954, die Beteiligung der DDR am Warschauer Vertrag vom 14.5.1955 sowie die Teilnahme von DDR-Truppen am bewaffneten Eingriff in die innere Entwicklung der Tschechoslowakei am 21.8.1968. Durch eine Reihe bilateraler Freundschafts– und Beistandsverträge wurde das multilaterale System der sozialistischen Integration gestützt, das als Ausdruck des sozialistischen Internationalismus ein gleichberechtigtes Moment neben den Prinzipien der Souveränität, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Staaten sein soll. Der Anspruch der Integration wird hergeleitet aus dem proletarischen Internationalismus [124]: die gemeinsame Gesellschaftsordnung, d.h. die Herrschaft der Arbeiterklasse, soll die Grundlage darstellen für zwischenstaatliche Beziehungen die sich durch gegenseitige wirtschaftliche, kulturelle, politische und militärische Unterstützung mit dem Fernziel der Integration auszeichnen. Über die zentralen Gremien des RGW und des Warschauer Pakts wird beständig versucht, die Effektivie-

rung der Entwicklungen und Initiativen in den einzelnen Ländern zu steigern, neue Formen internationaler Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zu finden und so die Grundlagen für eine Integration der Wirtschaftsordnungen zu schaffen. Im Artikel 6, Abs.2 ihrer Verfassung verpflichtet sich die DDR dementsprechend dazu, " die allseitige Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten " zu pflegen und zu entwickeln. [125]

4.2.2.1. DAS ÖKONOMISCHE INTERESSE AN DER INTEGRATION

Damit ist keineswegs ein bloßes Lippenbekenntnis abgelegt, es ist vielmehr ein ernstes politisches, militärisches und ökonomisches Interesse der SED, die, laut Ludz, " - stärker als die UdSSR auf eine sozialistische Staatengemeinschaft drängt. " [126] Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur.
Die DDR verdankt ihre Existenz der Deutschlandpolitik der UdSSR, die darauf abzielte, die ökonomischen Grundlagen des Nationalsozialismus in ganz Deutschland zu beseitigen, sich aber faktisch mit der Umwälzung der Verhältnisse in ihrer Besatzungszone begnügen mußte. Die Bodenreform vom September 1945 und die Enteignungsmaßnahmen in der Industrie auf der Grundlage der Volksabstimmung in Sachsen vom 30. Juni 1946 schufen die Bedingungen für die Errichtung eines separaten Staates Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949. Diese Maßnahmen der Sowjetischen Militäradministration nennt Vogelsang " strukturelle Veränderungen ", durch die die Besatzungsmacht " eine kalte sozialistische Revolution " ermöglichte. [127] Seine Einschätzung ist insofern falsch, als sie der Tatsache nicht gerecht wird, daß die Enteignungsmaßnahmen sich breiter öffentlicher Zustimmung erfreuten, Zustimmung auch von vielen, die damit nicht die Perspektive eines sozialistischen Staats- und Gesellschaftssystems verbanden. [128] Richtig ist aber, daß sie die politische Herrschaft der SED begründeten, die ohne den Rückhalt durch die Besatzungsmacht nicht durchsetzbar gewesen wäre. Dies gilt in gleichem Maße nach innen - wie die Krise von 1953 bewies - wie nach außen, gegenüber dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. Ludz bezeichnet deshalb das Bedürfnis nach Sicherheit als " Grundmotiv der Ostberliner Politiker " [129], ein Bedürfnis, dem einzig durch eine wirtschaftliche Absi-

cherung im östlichen Vertragssystem Rechnung getragen werden konnte.

Die DDR ist ein rohstoffarmes Land mit hoch entwickelter Technologie. Wirtschaftliche Integration, Kooperation und Arbeitsteilung innerhalb des RGW bedeuten für die Kompensation der strukturellen Schwächen, die eine Folge der Spaltung des Wirtschaftsgebietes Deutschland sind, Zugang zu den Rohstoffgebieten in anderen sozialistischen Staaten und Behauptung und Ausbau des eigenen hohen technologischen Entwicklungsstandes: " Die wissenschaftlich-technische Revolution kann sich in ihrer Komplexität und gesellschaftlichen Konsequenz nur unter sozialistischen Produktionsverhältnissen zum Wohle der Menschheit entfalten. Nur unter sozialistischen Bedingungen kann der Mensch als Schöpfer der wissenschaftlich-technischen Revolution zugleich Nutznießer sein. Die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution ist eine gemeinsame Aufgabe der brüderlich verbundenen sozialistischen Staaten. Das erfordert die Vertiefung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation in Forschung und Entwicklung sowie in der Produktion. " [130] Das dritte Moment ist die Überwindung des nationalen Defizits. Darauf zielen vor allem Maßnahmen im kulturellen Bereich. Das ist die notwendige Konsequenz daraus, daß das nationale Erbe in verschiedener Weise rezipiert wird als eine Fülle von bürgerlichen und der Arbeiterklasse zugehörigen Leistungen. Die Kultur der Arbeiterklasse reflektiert in dieser Rezeption immer schon den internationalen Charakter, der sich aus ihrer die Nationen übergreifenden Identität als Klasse ergibt. Die bewußte Pflege und Entwicklung der Internationalität der Kultur soll das nationale Defizit nicht bloß beseitigen, sondern in ein neues gesellschaftliches Bewußtsein aufheben. Dazu schreibt John: " Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, daß sich die DDR als unverrückbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft und in enger Freundschaft mit der Sowjetunion entwickelt, - ' weil durch die Zusammenfassung der Kräfte der Bruderländer die Vorzüge des Sozialismus zum Wohle der Werktätigen jedes sozialistischen Landes und damit auch unserer Deutschen Demokratischen Republik am schnellsten und besten zur Geltung gelangen '...". [131]

4.2.2.2. DAS VERHÄLTNIS VON INTEGRATION UND SOUVERÄNITÄT

Das Dringen auf die sozialistische Integration wirft andererseits die Frage nach der Souveränität der sozialistischen Staaten auf, für die DDR ein Problem von besonderer Bedeutung, da sie in der internationalen Politik gegen die Bundesrepublik stets auf ihre legitimen souveränen Rechte bestand. Zur Begründung der Politik des sozialistischen Internationalismus werden neben den Aussagen von Marx und Engels auch die Bestimmungen Lenins über die Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion angeführt, wobei der anders gearteten historischen und politischen Situation dadurch Rechnung getragen wird, daß die gültigen Prinzipien als folgerichtige Weiterentwicklung behauptet werden. [132] Die Entwicklung des sozialistischen Systems wird als Gesetzmäßigkeit gefaßt, die " marxistisch -leninistische Grunderkenntnisse und Leitsätze (widerspiegelt), deren Anwendung durch die kommunistischen Arbeiterparteien eben solche Erfolge ermöglicht. " [133] Indem man aber die Herausbildung sozialistischer Verhältnisse in den einzelnen Ländern als die historische Tat der Arbeiterparteien darstellt, unterschlägt die parteioffizielle Darstellung die Rolle der Sowjetunion und ihrer Armee bei der Befreiung der einzelnen osteuropäischen Länder vom Nationalsozialismus und bei der Durchsetzung der Herrschaft der kommunistischen Parteien, woraus sich die Führungsrolle der Sowjetunion innerhalb des östlichen Bündnisses herleitet. Notwendiges Korrelat dieser Darstellung, die die äußere Bedingtheit der Vorherrschaft leugnet, ist deshalb die Betonung ihrer inneren Notwendigkeit: " Im Bruderbund der sozialistischen Staaten fällt der Sowjetunion eine besondere Rolle zu. Sie verfügt politisch, wirtschaftlich und militärisch über die größten Potenzen von allen sozialistischen Staaten. Sie hat den längsten Weg sozialistischen Aufbaus erfolgreich durchschritten und besitzt naturgemäß die umfangreichsten Erfahrungen. Als erster Staat der Welt hat sie die Aufgabe in Angriff genommen, die materiell-technische Basis des Kommunismus zu schaffen...Gesetzmäßig gehen deshalb auch von der UdSSR die richtungsweisenden Impulse und Initiativen für die Verstärkung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf allen Gebieten aus. Die steht im Zentrum dieses welthistorischen Prozesses und bildet den Kern der Gemeinschaft der Bruderländer. Der Grad und die Intensität der Zusammenarbeit mit der UdSSR sind für jeden sozia-

listischen Staat entscheidend dafür, wie sich der sozialistische Aufbau in seinem Inneren weiter vollziehen wird. " [134] In dieser Bestimmung des Verhältnisses zwischen den sozialistischen Staaten wird das Prinzip der staatlichen Souveränität nicht angetastet, gleichzeitig jedoch an die gesellschaftliche Identität der Staaten gebunden. Kröger richtet sich gegen westliche Interpretatoren der ' Breshnew-Doktrin ' einer begrenzten Souveränität mit dem Verweis auf die Klassennatur des Staates. Souveränität ist für ihn die derjenigen Klasse, deren Machtinstrument der Staat ist, mit dessen Hilfe sie ihr gesellschaftliches Ziel durchsetzt: " Das heißt aber, daß es in der gesellschaftlichen Wirklichkeit keine Souveränität ' an sich ' gibt, sondern stets nur die konkrete klassenbestimmte Souveränität eines gegebenen Staates als Machtinstrument einer bestimmten Klasse. " [135] Das ist der Versuch zwischen Integration und Selbständigkeit so zu vermitteln, daß Interessenkonflikte zwischen den Staaten nicht als Gegensatz zum, sondern als Unvollkommenheit bei der Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus verstanden werden, was die partikularen Zwecke nicht ausschließen würde. Sie wären jedoch an dem übergeordneten Gesamtinteresse zu orientieren. Kröber faßt denselben Tatbestand systemtheoretisch so, daß die einzelnen sozialistischen Staaten als Teilsysteme untereinander in vielfältigen Beziehungen dynamischer Natur stehen, die ihren besonderen Charakter durch das Gesamtsystem erhielten: " Was seine Systemeigenschaft angeht, so ist völlig klar, daß es sich beim sozialistischen System nicht um ein einfaches Nebeneinander mehrerer sozialistischer Staaten handelt, sondern daß ihre Beziehungen zueinander und aller gegenüber dem Weltsystem Züge der Gemeinsamkeit und vor allem der Ganzheit tragen. Es handelt sich beim sozialistischen Weltsystem mithin nicht um etwas Additives mit nur summativem Verhalten. " [136] Durch eine solche Auffassung wäre das Problem der Eigenständigkeit der Teile dadurch gelöst, daß sie an die gesamtsystemimmanenten Erfordernisse gebunden wären, ihre eigenen Ziele unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen an den Zwecken des Gesamten auszurichten hätten. In dieser Darstellung schlägt sich der Versuch nieder, die Lehren aus den Erfahrungen mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei 1968 zu ziehen: einerseits im Nachhinein eine innere Berechtigung für den militärischen Eingriff der Warschauer-Pakt-Staaten anzugeben, die Wahrung des Gesamtinteresses gegen ein verselbständigtes Teilinteresse als Bedingung für die Ver-

wirklichung der Ganzheit der Entwicklung, andererseits von vornherein einem zukünftigen Versuch vorzubeugen, nationale Entwicklungen ohne Zustimmung der Bündnispartner anzugehen; in der Sprache Kröbers: sich bloß additiv zu verhalten. Zu Ende gebracht bedeutet Kröbers Definition, daß er auch die besondere Stellung der Sowjetunion in Frage stellt. Auch sie wäre dem Gesamtsystem verpflichtet mit allen sich ergebenden Konsequenzen. Deshalb modifiziert er auch seine Aussage: " Die Tatsache, daß die Sowjetunion über die größten Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus verfügt, das stärkste ökonomische, wissenschaftlich-technische und militärische Potential hat und somit auch in der politischen Auseinandersetzung mit dem Weltimperialismus die stärksten Positionen innehat, bewirkt weiter, daß das Verhalten, die Veränderungen und die Stabilität des gesamten sozialistischen Weltsystems in erster Linie von ihrem Verhalten, den Veränderungen und der Stabilität dieses Teilsystems abhängt. Das sozialistische Weltsystem ist mithin ein um die Sowjetunion zentriertes multistabiles System. Hierbei ist zu beachten, daß die Begriffe ' Zentrum ' und ' Zentrierung ' im systemtheoretischen Sinne gebraucht werden. Das zu betonen ist deshalb wichtig, um nicht die Vorstellung aufkommen zu lassen, es handele sich bei diesem Zentrum um ein organisatorisches, die anderen Teilsysteme steuerndes Zentrum, also um eine Art einheitliches Führungsorgan. Ein solches einheitliches Führungsorgan gibt es heute im sozialistischen Weltsystem nicht. " [137] Kröbers Definition des Zusammenhangs zwischen den sozialistischen Staaten spiegelt genau das Interesse der DDR wider: Als Teilsystem mit eigenen Bedingungen besitzt sie jene Souveränität, auf die sie sich in der auswärtigen Politik gegenüber nicht paktgebundenen Staaten, den Verbündeten des westlichen Vertragssystems und gegenüber der Bundesrepublik, aber auch - etwa in der Frage des innerdeutschen Handels, d.h. also bei der Behauptung besonderer Beziehungen zur EG - gegenüber anderen RGW-Staaten beruft. Als Repräsentant auch der Ganzheit des Systems erhebt sie den Anspruch, die Souveränität der sozialistischen Staaten am Klasseninteresse zu messen, so wie sie ihre Identität im Gegensatz zu anderen Staaten notwendig nur aus der Herrschaft der Arbeiterklasse und nicht aus der nationalen Einheit ableitet. In der Betonung der zentralen Stellung der Sowjetunion trägt sie der Abhängigkeit von den Potenzen der UdSSR bei der Wahrung und Entwicklung ihrer Gesellschaftsordnung Rechnung. In dem Hinweis darauf, daß es

sich jedoch um kein Führungszentrum organisatorischer Art handelt, gibt Kröber aber auch dem gestiegenen Selbstbewußtsein der DDR Ausdruck, ohne dabei den Anspruch zu wiederholen, die DDR könne einen Vorbildcharakter für andere RGW-Staaten haben.[138)]

Die von der DDR geforderte Integration liegt durchaus nicht in demselben Maß im Interesse anderer Staaten. Vysocky weist auf das Programm der 25. RGW-Tagung vom 27. - 29.7.1971 hin, in dem die Frage einer ' Integration in die Horizontale ' in einen Bezug zu den unterschiedlichen Ausgangspositionen gesetzt worden ist. Er nennt in diesem Zusammenhang historische, ethnographische und ökonomische Unterschiede, so den, daß der Wirtschaftskomplex der DDR in der Vergangenheit Teil der Wirtschaft einer der imperialistischen Hauptmächte, Bulgarien dagegen Agrarland war. Er spricht von Formen der Kooperation in politischer Hinsicht, Abstimmung diplomatischer Aktivitäten und Effektivierung der Zusammenarbeit und bleibt damit unter den von DDR-Autoren geforderten Formen der Gemeinsamkeit. Die planmäßige Verflechtung aller Phasen, Elemente und Stufen der Reproduktion der sozialistischen Volkswirtschaft unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien setzt einen ökonomischen Entwicklungsstand voraus, der in den meisten Staaten des RGW-Bereichs im Gegensatz zur DDR noch nicht erreicht ist, und trägt deshalb ihren Interessen zu wenig Rechnung.[139)]

4.2.2.3. DAS POLITISCHE INTERESSE AN DER INTEGRATION

Die Entschiedenheit, mit der von den verschiedenen Politikern der DDR die Frage der Souveränität dem Systembedürfnisse untergeordnet wird, ist eine Folge der Ereignisse von 1968. Die seither entwickelte Konzeption einer durch den Internationalismus begrenzten Selbständigkeit stellt qualitative Veränderung dar. In dem 1972 erschienen Kompendium über die ' Sozialistische Staatengemeinschaft ' heißt es: " Aus der Ableitung des Inhalts der Souveränität des sozialistischen Staates aus den Erfordernissen seines Wesens, einschließlich des internationalistischen Zusammenwirkens mit den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, resultiert zum einen, daß seine Souveränität vor allem in jenem Maße gewährleistet ist, wie er den objektiv gegebenen Erfordernissen der sozialistischen Staatenkooperation gerecht wird, und zum anderen, daß Festigkeit

und Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft in entscheidendem Maße von einer in diesem Sinne verstandenen und praktizierten Souveränität abhängen ... Die gelegentlich in der sozialistischen Literatur gebrauchten Darstellungen des Prinzips der Souveränität etwa derart, daß es aus zwei Hauptelementen, und zwar dem der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der im Weltsystem verbundenen sozialistischen Staaten einerseits und dem der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und brüderlichen gegenseitigen Hilfe andererseits bestehe, ist eine mechanistische Betrachtung, die dem dargelegten internationalistischen Wesen der Souveränität nicht gerecht wird und das Problem letztlich undialektisch darstellt. " [140]

Eine solche Feststellung verwischt, daß auch in der DDR das Prinzip lange entsprechend interpretiert wurde. Martin unterstreicht in einem Aufsatz 1958 unter Hinweis auf die Moskauer Erklärung der Warschauer Paktstaaten vom 16.11.1957, daß die Beziehungen der sozialistischen Staaten solche der brüderlichen Hilfe auf der Basis völliger Gleichberechtigung, der Respektierung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten seien. [141] Es ist nicht zu leugnen, daß nach der Konsolidierung der sozialistischen Staatsmacht in der UdSSR die Rolle der Sowjetunion als führende Kraft im Weltkommunismus unbestritten war und die Beziehung zu ihr das Maß der inneren Entwicklung der kommunistischen Bewegung in einem Land abgab, doch wurde durch das Verhältnis der Parteien die Frage der staatlichen Souveränität nicht berührt. Auch die veränderte Situation nach dem 2. Weltkrieg, die Herausbildung eines Systems sozialistischer Staaten und die Spaltung Europas in zwei antagonistische Militärblöcke bedeutet nicht, daß die Sowjetunion die nationale Selbständigkeit der einzelnen Staaten von vornherein in Frage gestellt hätte, wie die Tatsache bestätigt, daß das multilaterale System stets durch bilaterale Verträge der Paktstaaten ergänzt wurde. Im Programm der KPdSU von 1961 wird vom sozialistischen Staatensystem als einem neuen Typus zwischenstaatlicher Beziehungen gesprochen, dessen Charakteristika " volle Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, brüderliche gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit " sind. [142]

Wenn diese Auffassung der Gleichgewichtigkeit der Elemente in dem DDR-Kompendium als undialektisch kritisiert wird, dann drückt sich darin aus,

daß für sie die Integration von wesentlich größerer Bedeutung ist und vor allem zur Vermeidung von Gefahren, wie sie ihrer Auffassung nach 1968 drohten, für notwendig erachtet wird. Die Autoren des Bands fassen den sozialistischen Internationalismus neu als die Grundlage der folgenden Prinzipien:

" - Prinzip der Verbindung der Interessen der einzelnen Länder mit den gemeinsamen Interessen aller Länder des sozialistischen Weltsystems;
- Prinzip der brüderlichen Freundschaft zwischen den sozialistischen Staaten;
- Prinzip der souveränen Gleichheit;
- Prinzip der gegenseitigen Hilfe;
- Prinzip des gegenseitigen Vorteils ". [143)]

Die DDR versteht sich also aus Gründen innerer wie äußerer Stabilität als untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Lagers und als Motor seiner Verschmelzung zu einer ökonomischen und politischen Einheit, in der die besonderen Qualitäten jedes Teils zur Entwicklung des Gesamtsystems genutzt werden sollen. Ihr Verhältnis zur Sowjetunion ist dadurch bestimmt, daß sie Garant ihrer Existenz, andererseits Partner ist auf der Basis des Prinzips des gegenseitigen Vorteils. Ihre Beziehungen zu den übrigen Staaten des Warschauer Vertrages sind die einer freundschaftlichen und gleichrangigen Beziehung, wobei sie Formen der Kooperation und Arbeitsteilung anstrebt, die ihrem besonderen,hohen Entwicklungsstand Rechnung tragen.

Schultze bezeichnet diese Außenbeziehungen der sozialistischen Staaten zueinander als nicht-sozialistisch. " Ihr Außenverhalten ist noch von bürgerlichen Faktoren bestimmt, was in der Austragung der politischen Konflikte und der Regulierung von ökonomischen Interaktionsformen zum Ausdruck kommt. Beispiele dafür sind:

a) die Liquidierung und Ersetzung einer proletarischen Weltpartei durch die staatlich organisierte Form von Bündnissen und Beistandsakten;
b) die Instrumentalisierung der Bündnisstrukturen durch die Blockführungsmacht zur Durchsetzung ihres Hegemonialanspruchs, der sich manifestiert im Begriff der ' begrenzten politischen Souveränität ';
c) die ungleichen und die Blockführungsmacht begünstigenden ökonomischen Austauschverhältnisse innerhalb des RGW-Bereichs;
d) die mangelhafte Plankoordination, die arbeitsteilige Produktionsspezi-

fizierung und -ausrichtung auf die dominante Führungsmacht innerhalb des RGW-Bereiches;

e) die Reparationsleistungen der DDR für die faschistischen Verbrechen in der UdSSR; das bedeutet, daß die Arbeiterklasse eines sozialistischen Staates für die Verbrechen des Faschismus durch Entnahmen aus der laufenden Produktion zu zahlen hatte. " [144)]

Er weist damit auf die inneren Widersprüche in den Prinzipien des von den DDR-Autoren vertretenen sozialistischen Internationalismus hin, der die ungleiche politische Stärke der Partnerstaaten, die sich aus ihrer militärischen und ökonomischen Situation ergibt, nicht aufhebt, sondern durch die Priviligierung der Sowjetunion und der DDR im Westhandel und durch die Festschreibung der internationalen Arbeitsteilung, d.h. der strukturellen Benachteiligung der rohstofffliefernden und Agrarländer, verstärkt. Er deutet vor allem aber in seinem letzten Punkt die besondere Schwierigkeit an, die für die SED besteht: die Erfahrungen der DDR-Bevölkerung mit der Reparationspolitik der UdSSR, den Sowjetischen Aktiengesellschaften und die Identifikation der Besatzungsmacht mit den repressiven Maßnahmen von 1953 und 1961 sind Faktoren, die dem gesellschaftlichen Anliegen der SED objektive Schranken entgegensetzen. Die objektiven Schwierigkeiten der Integration und die subjektiven Ressentiments in der DDR-Bevölkerung der Vereinheitlichung gegenüber sind der Grund dafür, daß sich die SED eines Mediums bedienen mußte und weiterhin bedient, um die Richtigkeit der politischen und ökonomischen Maßnahmen vor der Öffentlichkeit der Partnerstaaten wie vor der DDR-Bevölkerung zu begründen: des Kulturaustauschs und hier insbesondere des Sports.

4.2.2.4. DIE BILATERALEN BEZIEHUNGEN ZU DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN

Das Verständnis der DDR zu den osteuropäischen Staaten und zur Sowjetunion war von Anfang an in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die UdSSR sah in dem von ihren Truppen besetzten Teil Deutschlands zunächst ein Pfand für die Ertschädigung für die Folgen des nationalsozialistischen Angriffs. Durch Reparationsmaßnahmen, Demontagen, Entnahmen von Mitteln aus der laufenden Produktion und andere Mittel suchte sie die Kriegsschäden in der Sowjetunion auszugleichen und belastete dadurch den Aufbau einer leistungsfähigen Volkswirtschaft in der SBZ. Die Anordnung der SMAD

verfolgten in erster Linie die Absicherung der obengenannten Leistungen, zielten aber nicht auf die Errichtung eines Separatstaates. Erst nach der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz ändert sich die Linie der Sowjetunion dahingehend, Maßnahmen der SED zur politischen Konsolidierung ihres Herrschaftsbereichs zu unterstützen. Am 9.10.1947 wurden von der SMAD Maßnahmen verkündet zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. [145] Gleichzeitig wurde der Reparationsdruck verringert: " Die Demontagen wurden in der sowjetischen Besatzungszone eingestellt. Die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion wurden herabgesetzt. Schuhe, Kleidung, Kali waren von den Wiedergutmachungsverpflichtungen ausgenommen. " [146]

In der Bevölkerung der SBZ hatten die Maßnahmen der SMAD den weit verbreiteten Antikommunismus und mehr noch die Abneigung gegen die Besatzungsmacht verstärkt. Die KPD-Führung, und nach der Vereinigung der Arbeiterparteien die SED, mußten gegenüber der Bevölkerung das Verhalten der UdSSR rechtfertigen. Sie mußten die Rote Armee gegenüber dem Vorwurf der Mitschuld an den Kriegsverwüstungen, der Abspaltung der Ostgebiete und den daraus resultierenden Vertreibungen verteidigen. Gleichzeitig waren sie konfrontiert mit den Verbitterungen, die aus Vergewaltigungen und Plünderungen der sowjetischen Truppen bei der Eroberung Berlins entstanden waren. [147]

In den östlichen Nachbarstaaten, der Tschechoslowakei und Polen, war die Einstellung der Bevölkerung wie der Regierungen ebenfalls geprägt von der Tatsache, daß die SBZ, und die spätere DDR, ein Teil Deutschlands, der aggressiven Besatzungsmacht war. Vor allem das Verhältnis zu Polen war belastet dadurch, daß DDR-Politiker noch 1947 die Oder-Neisse-Linie als Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen anzweifelten. [148] Seit der DDR-Gründung und nach dem Abschluß des Abkommens über die Oder-Neisse-Grenze im Jahr 1950 bemühte sich die SED-Führung daher besonders um gute Kontakte. " In den Anfangsjahren der DDR haben in erster Linie führende Vertreter der Partei, der Regierung und als Multiplikatoren Spitzen der zahlreichen ' demokratischen Massenorganisationen ', unter ihnen der Volksbildungsminister Wandel, hohe Funktionäre und Wissenschaftler die konsequente Umerziehung der Bevölkerung im Geiste freundschaftlicher Beziehungen zu dem neuen Polen eingeleitet. Als erstes ging es darum, mit Hilfe der Kommunikationsmittel die politische Entscheidung über die Oder-

Neisse-Grenze plausibel zu machen." [149] Zu den anderen Ostblockstaaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien war das Verhältnis unkomplizierter, während die Beziehungen zu Jugoslawien durch dessen Ausschluß aus dem Kominform belastet wurden. End schätzt die außenpolitischen Kontakte der DDR nach 1949 gering ein: " Wie die Bundesrepublik zunächst nur Beziehungen zu westlichen Staaten anknüpfte, so nahm auch die DDR nur Kontakte zu Staaten des Ostblocks auf. Nachdem die Sowjetunion vorangegangen war, anerkannten bis zum Frühjahr 1950 alle kommunistischen Staaten in Europa und Asien, mit Ausnahme von Jugoslawien, die DDR. In all diesen Fällen handelte es sich um De-jure-Anerkennungen, doch wurden nur diplomatische Missionen und noch keine Botschaften errichtet. Der Intensitätsgrad der Beziehungen war sehr unterschiedlich. Die Anerkennungsbotschaften Polens und der CSSR waren in ihrem Tenor noch kühl und abweisend. Alle Anerkennungen enthielten keine Anzeichen dafür, daß die DDR als Fortsetzung des Deutschen Reiches und als Vertretung Gesamtdeutschlands anerkannt werden sollte. Das Mißtrauen gegenüber der DDR innerhalb des Ostblocks war ebenso groß wie das gegenüber der Bundesrepublik im Westen, und die Sowjetunion schien noch keineswegs daran interessiert zu sein, ' ihrem ' deutschen Staat allzuviel internationales Prestige zu gestatten." [150]
Von diesem Ausgangspunkt aus sind die Zwecke zu bestimmen, denen die kulturellen und sportlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten dienten: Abbau des Mißtrauens gegen die DDR, Beweise guter Nachbarschaft und solidarischer Gefolgschaft zur Sowjetunion als das außenpolitische, Abbau antisowjetischer, antipolnischer und anderer Ressentiments in der DDR-Bevölkerung und Nachweis erfolgreicher Kooperation zugunsten der Menschen im gesamten Deutschland als innenpolitisches Ziel.

4.2.3. DIE ERSCHEINUNGSFORMEN DER BILATERALEN BEZIEHUNGEN IM SPORT

4.2.3.1. DAS VERHÄLTNIS ZUR SOWJETUNION

Durch die Direktive 23 des Alliierten Kontrollrats vom 17.12.1945 über die " Beschränkung und Entmilitarisierung des Sportwesens in Deutschland " wurden die vor dem 8.Mai 1945 bestehenden Sportvereine in ganz Deutschland aufgelöst: " Allen vor der Kapitulation in Deutschland bestehenden sportlichen, militärischen oder paramilitärischen athletischen Organisationen

(Klubs, Vereinigungen, Anstalten und anderen Organisationen) wird jede Betätigung untersagt, und sie sind bis zum 1.Januar 1946 spätestens aufzulösen." [151] Dank der Verwirklichung dieses Beschlusses in der sowjetisch besetzten Zone konnte die KPD mit Hilfe der SMAD eine völlige Neustrukturierung des Sports vornehmen. Die SMAD gestattete zunächst nur den kommunalen Sportbetrieb und kam damit der KP-Führung entgegen, da diese noch nicht über die Kader zur Organisation eines überregionalen Sportbetriebs verfügte. Dieser Mangel wurde dadurch abgebaut, daß mit der Gründung der FDJ am 7.3.1946 ein der SED verantwortlicher Verband die kommunalen Sportämter schrittweise durch FDJ-Sportabteilungen ablöste. " Mit der Übergabe der vollen Verantwortung an die FDJ wurde die Zweigleisigkeit in der Organisierung und Leitung des Sports und das Fehlen eines zentralen und koordinierenden Gremiums beseitigt." [152] Der nächste Schritt war die Gründung des Deutschen Sportausschusses durch FDGB und FDJ am 1.1o.1948 und die Errichtung der Betriebssportgemeinschaften als Grundeinheiten der Sportbewegung nach sowjetischem Vorbild.

Dem Prozeß der organisatorischen Ausrichtung an der Sowjetunion folgte die inhaltliche Anpassung. Die Parole ' Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen ' wurde auch auf den sportlichen Bereich ausgedehnt. Trainer und Spitzensportler aus der Sowjetunion beteiligten sich aktiv an der Ausbildung des Breiten- und Spitzensports. Trainer aus der DDR wurden nach dem Beispiel sowjetischer Institutionen und Methoden ausgebildet. Die ' Geschichte der Körperkultur ' verzeichnet dies als Akt internationaler sozialistischer Hilfe: " Bis 1949 waren es vor allem Angehörige der SMAD gewesen, die Rat und Hilfe gegeben hatten. Nach der Gründung der DDR vollzog sich die Hilfe in anderer Form. Schon März 195o weilte eine kleine Delegation sowjetischer Sportler bei den 1. Wintersportmeisterschaften der DDR in Schierke ... Zur Vorbereitung der Weltfestspiele weilten 16 sowjetische Trainer längere Zeit in der DDR, um die Trainer und Sportler der Demokratischer Sportbewegung zu unterstützen." [153] Hier wird offenbar unterschieden zwischen der Periode bis 1949 und der Phase der ersten Jahre nach Gründung der DDR. Während die Unterstützung seitens der SMAD einen Hoheitsakt der Besatzungsmacht darstellte, handelte es sich nach der Konstitution des Staates DDR um Kooperation zweier souveräner sozialistischer Länder. Dabei anerkannte die DDR die Überlegenheit der UdSSR in wissenschaftlicher und technischer Hinsicht und nutzte selbst-

verständlich die Möglichkeit, durch Zusammenarbeit mit sowjetischen Wissenschaftlern, Trainern und Sportlern das Leistungsniveau des eigenen Spitzensportes in kurzer Zeit entscheidend zu erhöhen. Neben der sportlichen Ausbildung legte die SED besonderen Wert auf die Ausbildung des politischen Bewußtseins vor allem der Kader. In seiner Dissertation über die Aufgaben des Trainers im Leistungssport der DDR betont Röder die " Anerziehung des sozialistischen Internationalismus " als ein wichtiges Element der Sportarbeit: " Von besonderer Bedeutung ist die Freundschaft unserer Sportler mit der SU und denen der anderen sozialistischen Staaten. Es gilt, den Sportlern das Wesen dieser Freundschaft, das aus der Gleichartigkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ziele und Interessen der Länder des sozialistischen Weltsystems entspringt, deutlich zu machen. " [154] Bei Röder ist das Verhältnis zur Sowjetunion jedoch anders bestimmt als in den ersten Jahren der DDR. Er spricht von einem Zusammenwirken der Sportbewegungen zu beiderseitigem Vorteil: " Im Geiste des Internationalismus denken und handeln, bedeutet für unsere Trainer mit den Trainern und Sportlern der UdSSR und der Volksdemokratien brüderlich zusammenzuarbeiten, von ihnen zu lernen und ihnen zu helfen. Die Stellung zur Sowjetunion ist auch für jeden Trainer ' das Kriterium, an dem sich erweist, ob er Patriot und Internationalist ' ist. Die Freundschaft zur SU sollte für alle ' Herzenssache ' sein, hat doch die SU unserer jungen Sportbewegung seit vielen Jahren und in selbstloser Weise geholfen ... Heute, da unsere Sportbewegung in den verschiedenen Sportarten und Disziplinen internationale Erfolge aufweist, ist es für unsere Trainer selbstverständlich, mit den sowjetischen Freunden ihre Erfahrungen auszutauschen und einander zu helfen, um noch größere Siege und Erfolge für die sozialistische Körperkultur zu erringen." [155]
An dieser Aussage läßt sich die Veränderung in der Stellung der DDR innerhalb des sozialistischen Systems festmachen. In der Zeitspanne von 1945 bis 1960 war es der SED gelungen, die DDR ökonomisch und politisch zu festigen und zu stärken, daß sie keineswegs mehr als Schüler und Imitator des sowjetischen Entwicklungsweges, sondern als selbstbewußter Partner auftreten und den Anspruch erheben konnte, ihrerseits helfend und beispielgebend tätig zu werden. [156] Die sportliche Entwicklung läuft hier der allgemeinen gesellschaftlichen parallel. Politische Vereinbarungen werden durch Abkommen zu den verschiedenen gesellschaftlichen

Sektoren ergänzt, um so das Bild einer sich als Ganzes fortentwickelnden Gesellschaft zu bekräftigen, deren einzelne Teile sich gleichermaßen entfalten.

Ein Beispiel dafür ist der Vertrag zwischen den Sportorganisationen der DDR und der UdSSR vom 8.5.1966. In der Präambel des Vertrages heißt es, daß die Vereinbarungen erfolgen, " ausgehend von dem Vertrag über Freundschaft,gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 12.6.1964." [157] Die sportlichen Kontakte beruhen also auf einer umfassenden politischen Basis und sind Ausdrucksformen des politischen Verhältnisses der beiden Staaten. Wie im politischen und militärischen Bereich die multilateralen Abkommen zwischen den sozialistischen Staaten ergänzt werden durch ein Netz bilateraler Verträge, so sollen auch im Bereich Sport Abkommen zwischen den Organisationen der einzelnen Länder zu einer Vereinheitlichung der Bedingungen und Erkenntnisse in der Sporttechnik und -wissenschaft führen. In dem Vertrag verpflichten sich die Partner zu gegenseitiger Hilfe bei der Entwicklung des Leistungssports, der wissenschaftlichen und technischen Grundlagen der Körperkultur und zur politischen Erziehung der Sportler zu sozialistischem Internationalismus. Die DDR tritt hier eindeutig als gleichwertiger Partner der Sowjetunion auf, dessen Erfolge auf auch für die UdSSR beispielhaften wissenschaftlichen und organisatorischen Grundlagen basieren. Zum Selbstbewußtsein der DDR-Sportführung trugen aber nicht allein die internationalen Sporterfolge bei; es ist zu sehen auf dem Hintergrund des Handelsabkommens zwischen der DDR und der UdSSR vom 3.12.1965, worin die UdSSR sich vorwiegend zur Lieferung von Rohstoffen, die DDR zum Export von Maschinen, Fahrzeugen und kompletten Industrieanlagen verpflichteten. [158] In dem Vertrag zwischen den Sportverbänden wird inhaltlich die führende Rolle der Sowjetunion bestritten, bzw. von der Gleichwertigkeit der beiden Partner ausgegangen. Formal wird sie jedoch dadurch herausgestellt, daß in der Berichterstattung und durch die Terminwahl des Vertragsabschlusses die historischen Verdienste der UdSSR betont werden. Der Präsident des DTSB Ewald verweist auf den 8. Mai als den 21. Jahrestag der Befreiung und führt dazu aus: " Für uns, für die ganze Bevölkerung und besonders für die Sportler, hat dieser Tag eine hohe Bedeutung ... Daß wir in der DDR den Sozialismus aufbauen können, verdanken wir den Heldentaten und dem Sieg der Roten Armee, die unter Führung der Kommu-

nistischen Partei den Faschismus schlug. Die Sportler der DDR haben von Anbeginn Hilfe und Unterstützung für ihre Arbeit gespürt. Wir krönen mit diesem Vertrag eine zurückliegende Etappe der Zusammenarbeit und geben einen neuen Richtpunkt für die Zusammenarbeit in der Zukunft. " [159]
Knecht glaubt, daß die neue Stufe der Partnerschaft zwischen einer erstarkten und im Bereich der Sportwissenschaft führenden DDR und der UdSSR erstmals 1969 zu einer konträren Haltung geführt habe: " Die Folgen dieses Höhenflugs und der realistischen Selbsteinschätzung auch im direkten Vergleich mit der UdSSR erstreckten sich im August 1969 erstmals bis in die Bereiche der Sportpolitik; Ost-Berlin winkte ab, als Moskau aus vordergründigen politischen Motiven, - in Wirklichkeit jedoch zur Tarnung der sowjetischen Leistungsstagnation -, den Boykott der 9. Leichtathletik-Meisterschaften in Athen unter der Regie der griechischen Militärjunta annoncierte. " [160] Mit zunehmendem Leistungsvermögen nahm die Bereitschaft der DDR ab, die bürgerliche gegenseitige Hilfe höher einzustufen als ihr Selbstdarstellungsinteresse. Knecht stellt sogar die These auf, daß das Selbstbewußtsein der Sportnation DDR gerade gegenüber dem Lehrmeister so groß geworden sei, daß die politische Führung gegenlenkend eingriff. Nach den für sie überaus erfolgreichen Leichtathletik-Europameisterschaften von 1971 verlor die DDR-Nationalmannschaft überraschend einen Länderkampf gegen die Sowjetunion und Polen - einkalkuliert, wie Knecht behauptet, um die Maßstäbe nicht völlig zu verrücken. [161]
Zieht man ein Fazit der Entwicklung in den Sportbeziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, so gilt, daß in dem gleichen Maße, wie die DDR ökonomisch und politisch erstarkte, sie auch im Sport ihre Position gegenüber der SU verbesserte und ausbaute: von der Übernahme der grundlegenden Methode und Organisationsprinzipien über die Kooperation zu gegenseitigem Vorteil bis hin zum Export überlegener sportwissenschaftlicher und -medizinischer Erkenntnisse. [162] Die Kooperation im Sport ist analog den staatlichen Beziehungen vertraglich festgelegt und soll nach dem Willen der SED beispielhaft die Vorteile von Integration und Arbeitsteilung im Rahmen des sozialistischen Vertragssystems vorführen. So wurde am 12.7.1973 in Moskau ein Protokoll ergänzend zum Freundschaftsvertrag zwischen den Sportverbänden von 1966 beschlossen, daß die Zusammenarbeit, den Austausch von Erfahrungen auf allen Ebenen und die Vereinheitlichung der sportpolitischen Maßnahmen auf internationaler Ebene vorsieht. [163]

4.2.3.2. DIE SPORTBEZIEHUNGEN ZUR VOLKSREPUBLIK POLEN UND ZUR CSSR

Von anderer Art wie gegenüber der UdSSR waren die Probleme zwischen der DDR und den Nachbarstaaten CSSR und Polen. Das Verhältnis zwischen den Völkern war durch die Kriegsereignisse und durch Terrorakte der deutschen Besatzung ebenso belastet wie umgekehrt durch die Aussiedlung und Vertreibung von Deutschen aus diesen Staaten gehörenden Gebieten. Krüger umschreibt die Ausgangsposition verklausuliert, aber zutreffend: " Als die DDR 1949 gegründet wurde, konnte ihre Regierung bereits einen Prozeß fortsetzen und dessen erste Ergebnisse nutzen, der durch große Anstrengungen vor allem der Partei der Arbeiterklasse zur Ausmerzung von Nationalismus, Rassismus und Völkerhaß im Bewußtsein des Volkes gekennzeichnet war. " [164] Die Beziehugen waren von beiden Seiten aus gespannt. Vor allem der DDR mußte daran gelegen sein, die Bedeutung zukünftiger Freundschaft und Zusammenarbeit mit der VR Polen und der CSSR herauszustellen. Die Kulturpolitik erschien als ein dazu besonders geeignetes Mittel, Vorurteile abzubauen und um Freundschaft zu werben, da der politische Zweck indirekt verfolgt wird, in einer Form, die auf weniger Ressentiments und politisch begründete Vorbehalte stößt. Vor allem können solche Aufgaben den staatlichen Organen abgenommen und den der Bevölkerung näheren Massenorganisationen übertragen werden. Am 6.7.1950 unterzeichneten Vertreter der DDR und der Volksrepublik Polen ein Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit, das am 8.1.1952 durch ein Abkommen zu den Gebieten Hochschulwesen, Volksbildung, Presse, Theater, Film, Funk und Körperkultur ersetzt wurde. Ähnliche Vereinbarungen wurden im Protokoll über die kulturelle Zusammenarbeit mit der CSSR vom 23.7.1950 getroffen, dem am 19.2.1953 ein förmliches Abkommen folgte. Krüger äußert zu diesem Abkommen: " Artikel 7 formulierte eine für die DDR damals besonders aktuelle Zielsetzung: ' Beide Regierungen werden bei der Beseitigung faschistischer und imperialistischer Ideologien zusammenarbeiten. In dieser Tätigkeit werden sie moralisch und materiell insbesondere das Bestreben der Massenorganisationen unterstützen '. " [165]

Die Grenzfrage zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wurde am 6.6.1950 durch Abkommen geregelt. Dadurch war die Grundlage für gutnachbarliche Beziehungen gelegt. Wilhelm Pieck schrieb an den polnischen Präsidenten, damit sei " ein düsteres Kapitel, in dem Jahrhunderte hindurch die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern vergiftet wurden,

endgültig abgeschlossen." [166] Durch einen wechselseitigen Verzicht auf Gebietsansprüche wurden am 23.6.1950 auch die Beziehungen zur Tschechoslowakei politisch bereinigt: " Unsere beiden Staaten haben keine Gebiets- oder Grenzansprüche, und ihre Regierungen betonen ausdrücklich, daß die durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst ist. " [167]
Diese Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten mußten indes von den verantwortlichen Politikern an die Menschen in den drei Staaten vermittelt werden, wenn sie nicht bloße Deklaration bleiben sollten. Als einer der wichtigsten Übersetzer der politischen Absichten diente der Sport, insbesondere der Radsport durch die Radfernfahrt Warschau - Prag, die nach Einbeziehung der DDR als drittes Veranstalterland unter der Bezeichnung ' Friedensfahrt ' zum hervorragenden Symbol der Aussöhnung und der sozialistischen Freundschaft wurde. Der Chefredakteur des ' Neuen Deutschlands ' Rudolf Herrenstadt betrieb aus innenpolitischen Erwägungen die Beteiligung der DDR an dieser Sportveranstaltung: " ... Radsport (ist) Massensport. Dorthin - auf die Landstraßen kommen die Menschen zu Hunderttausenden von allein, strömen an allen Orten und in einer Vielfalt zusammen, wie wir sie für eine politische Veranstaltung nie gewinnen können." [168] Im Politbüro der SED trat besonders Ackermann als Förderer dieser Idee auf, der die ideale Möglichkeit erkannt hatte, die freundschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarn durch sportliche Zusammenarbeit zu untermauern. [169] Die Massenorganisation des Sports nimmt hier also eine innen- wie außenpolitisch wichtige Funktion wahr, solche Bürger der DDR und der Nachbarstaaten von dem friedlichen Charakter der DDR-Politik und der Vorteilhaftigkeit gutnachbarlicher Beziehungen zu überzeugen, die der Politik der SED ansonsten ablehnend oder desinteressiert gegenüberstehen. [170]
Sportler aus Polen und der Tschechoslowakei waren auch auf dem I.Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten 1950 neben Teilnehmern aus der Sowjetunion die ersten, die in größerer Zahl an einer internationalen Veranstaltung in Ostberlin teilnahmen. Die Beziehungen zwischen den Sportorganisationen der DDR und Polens haben sich seitdem problemlos weiterentwickelt, da es zwischen den beiden Staaten keine gravierenden Differenzen gegeben hat, die sich auf die Beziehung im kulturellen Sektor ausgewirkt hätten. Die Begegnungen zwischen DDR-Bürgern und den Bewohnern der Volksrepublik

Polen wurden außerdem erleichtert durch die Einführung des paß- und visafreien Reiseverkehrs am 1.1.1972, durch den sich ein starker Reiseverkehr in beide Richtungen entwickelt hat. Zur Kennzeichnung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten kann man die Einschätzung Tomalas übernehmen, daß es sich weitgehend problemlos entwickelt habe, ohne daß allerdings genauere Aussagen über die Einstellung der Bevölkerung gemacht werden können. [171] Die Beziehungen im Sport sind der Ausdruck dieses spannungsfreien Verhältnisses der Staaten, wie der Chefredakteur der Warschauer Sportzeitung ' Przeglad Sportowy ' betont: " Die Menschen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik verbindet sehr viel. Angefangen beim Abkommen über die Oder-Neisse-Friedensgrenze im Jahr 1950, haben viele weitere Manifestationen der Freundschaft und der brüderlichen Hilfe auch Einfluß auf die Entwicklung der sportlichen Beziehungen." Er nennt darunter die Friedensfahrt an erster Stelle und gemeinsame Vorbereitung auf Sportwettkämpfe wie die Olympischen Spiele, gemeinsames sportpolitisches Auftreten für die friedliche Verständigung der Jugend und " gegen jegliche Versuche..., die Olympischen Spiele für Zwecke zu mißbrauchen, die der Idee des Friedens und der Verständigung feindlich gesinnt sind. Diese Gemeinsamkeit zu betonen, ist mir ein Bedürfnis, wenn ich an den heute vor fünf Jahren in Warschau unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der VR Polen und der DDR denke." [172]

Wie auf der Ebene des Leistungssports werden auch Begegnungen der Freizeitsportler vom DTSB oder der FDJ organisiert und touristische Unternehmungen gestartet, die im System der sozialistischen Körperkultur einen hohen Rang einnehmen, vor allem als Ausdauer- und Orientierungswanderungen. [173] Die SED und die Massenorganisationen sind bemüht, durch Kontakte vor allem der Jugendlichen zu den Bürgern der Nachbarstaaten enge Beziehungen zwischen den Bürgern ihrer Länder zu initiieren, weil solche Maßnahmen letztlich behilflich sind, die nationalen Bindungen an die Menschen in der BRD abzubauen zugunsten der sozialistischen Integration und damit wesentlich zur Konsolidierung der DDR als einem nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich und kulturell souveränen Staates beizutragen. Insofern sind die freieren Bewegungsmöglichkeiten nach dem Aufheben des Visazwanges vor allem in ihrem Interesse, wie im Bericht des Politbüros an die 3. Tagung des ZK 1971 deutlich herausgestellt wurde:

" Besonders der Jugend unserer Länder öffnet der Sozialismus große Räume für die Touristik - vom Harz und an den Thüringer Bergen bis zu den masurischen Wäldern, von der Ostseeküste bis zum Böhmerwald und zur hohen Tatra. Wir möchten den Bruderparteien und den Regierungen der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit dieser Übereinkunft unseren herzlichen Dank aussprechen." [174]

Nicht so problemlos wie zu Polen stellt sich das Verhältnis zur CSSR dar, da durch die Beteiligung von DDR-Truppen an der militärischen Intervention gegen die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen vom 21.8.1968 die Beziehungen erheblich belastet sind. Lindemann/Müller sprechen davon, daß die offizielle Kulturpolitik Ost-Berlins sich in der folgenden Zeit verstärkt um eine Selbstdarstellung bemühte [175], um so die negativen Auswirkungen zu vermindern, die die Invasion für das Ansehen der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik hatte. Deutlichstes Signal für die gespannten Sportbeziehungen war die Nichtteilnahme tschechoslowakischer Sportler an der Friedensfahrt 1968, obwohl auch auf einer Etappe das Staatsgebiet der CSSR berührt wurde. Dagegen lud der tschechoslowakische Radsportverband zu einer Rundfahrt 1969 durch Böhmen Radsportler westlicher Länder einschließlich der BRD ein, nicht aber der DDR, Polens und der UdSSR. Die Nationalriege der Kunstturner startete beim 18. Kieler Sportpressefest am 25.1.1969, mehrere Eishockeyspieler kamen legal zu westdeutschen Vereinen,und Vertreter der Nationalversammlung der CSSR vereinbarten ein Fußballfreundschaftsspiel mit der Mannschaft des deutschen Bundestages. [176] Die offenen Westkontakte, insbesondere die demonstrative Zuwendung zur Bundesrepublik,stellte von seiten des Sportverbands der Tschechoslowakei einen Bruch mit der Tradition überaus enger Verbindungen mit dem DTSB und eine offene politische Herausforderung dar, auf die man in der DDR mit dem Hinweis auf die vertraglichen Verpflichtungen und die politischen Folgen, nicht aber mit besonderen sportbezogenen Maßnahmen reagierte. So nahm der Vizepräsident des DTSB Heil Bezug auf die Konferenz der Parteiführer der Warschauer Paktstaaten vom 3.8.1968 und auf das 7. Plenum des ZK der SED am 7.8.1968, um die Beziehungen zu den Sportorganisationen der anderen sozialistischen Staaten zu charakterisieren, eine eindeutig an die Adresse der CSSR gerichtete Warnung, die Grundsätze des proletarischen Internationalismus zu wahren. [177] Besonders intensive oder aber deutlich reduzierte

Kontakte auf sportlicher Ebene lassen sich von Seiten der DDR nicht nachweisen. Daß nach dem 21. August die Zahl der Begegnungen deutlich zurückging, war eine Reaktion der tschechoslowakischen Sportverbände, auf die die DDR keinen Einfluß nehmen konnte. Dabei verhielten sich auch die CSSR-Gremien nicht gleichartig: Zur gleichen Zeit, da der Radsportverband die Friedensfahrt 1969 boykottierte, nahmen die Fußballjunioren an einem internationalen Turnier in der DDR teil. Die Presse der DDR enthielt sich jedes direkten Kommentars, kritisierte die Maßnahmen des Radsportverbandes allerdings indirekt durch die Wiedergabe einer Meldung von CTK, wonach das Exikutivkomitee des Parteipräsidiums der KPC die Handlungsweise mißbilligte. [178] Im ' Neuen Deutschland ' wurde die Nichtteilnahme eines Veranstalterlandes trotz ausführlicher Berichterstattung nicht erwähnt. Daß eine besondere Situation herrschte, geht nur aus zwei Meldungen hervor, der einen, daß auf einem Empfang in der DDR-Botschaft in Warschau der Botschafter Rossmeisl gegenüber der DDR-Mannschaft die große politische Bedeutung dieser Friedensfahrt unterstrichen habe, [179] und der anderen, daß das Rennen auf der Etappe vom 16.5. einen 112 km-Weg durch die CSSR genommen habe. [180] Die Nichterwähnung kennzeichnet den Bruch allerdings am deutlichsten. Daselbe gilt für eine Meldung des ' Neuen Deutschland ' vom 18.5.1969, daß es bei der Turn-Europameisterschaft der Frauen einen neuen Eklat wegen der Protokollfragen gegeben habe. Vordergründig richtet sich der Angriff gegen die Bundesrepublik, doch heißt es in der Meldung: " Der geschlossene Protest der Delegationen aus der UdSSR, der DDR, aus Polen, Bulgarien und Ungarn, von anderen real denkenden Kräften in der Föderation unterstützt..." habe zur Anwendung des vollständigen Protokolls geführt. [181] Auch hier liegt in der Nichterwähnung der eigentliche Angriff: Die CSSR hat demnach das Anliegen der DDR nicht unterstützt, sie steht außerhalb der Solidarität der sozialistischen Staaten. Es gibt kaum einen deutlicheren Hinweis auf den Primat der Politik: Der Sport spielte in den Ereignissen von 1968 eine völlig passive Rolle. Wie sich erst nach der Ablösung der Parteiführung der KPC auf dem Septemberplenum des SK vom 25. und 26.9.1969 das politische Verhältnis ' normalisierte ', so besserte sich auch in diesem Sektor das offizielle Klima erst nach der Auswechslung der Sportkader im tschechoslowakischen Sportverband. Daß trotz der seither wieder üblichen Freundschaftsbeteuerungen die Folgen der Ereignisse von 1968 nachwirken, läßt sich anhand von Indi-

zien nachweisen.[182] Von der Zahl und der Durchführung sportlicher Begegnungen zwischen Vertretern beider Länder her ist festzustellen, daß der politische Normalisierungsprozeß im Bereich des Sports adäquat nachvollzogen ist.

4.2.3.3. DAS VERHÄLTNIS ZU DEN ANDEREN SOZIALISTISCHEN STAATEN

Die Sportbeziehungen zu den anderer sozialistischen Staaten, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und anderen sind keinen derartigen Belastungen politischer Natur ausgesetzt gewesen. In der Literatur wird die Tatsache, daß die Aussperrung von DDR-Sportlern von internationalen Wettkämpfen erstmals von Ungarn anläßlich der Weltfestspiele der Jugend in Budapest durchbrochen wurden, erwähnt, aber keineswegs in analoger Weise zu den Verdiensten der UdSSR oder der beiden Nachbarn Polen und CSSR gewürdigt. Typisch dafür ist die Berichterstattung über die Pressekonferenz Manfred Ewalds während der olympischen Spiele in München, bei der er auch auf das Abschneiden der sozialistischen Staaten eingeht. " Ich glaube, daß die sozialistischen Länder insgesamt gesehen noch niemals so gut abgeschnitten haben wie bei den olympischen Spielen hier ", betont er. Der Leiter der Mannschaft der DDR verwies schließlich auf die große Hilfe der sozialistischen Staaten, auf die sich die DDR bei der Entwicklung des Leistungssports stützen konnte. Diese Hilfe sei außerordentlich stark von seiten der Sowjetunion gewesen, aber auch andere sozialistische Staaten, insbesondere die Nachbarländer Polen und die CSSR, hätten Impulse und wertvolle Hilfe gegeben. "[183] Ewald umschreibt hier exakt die außenpolitische Konzeption des sogenannten ' Eisernen Dreiecks ' Berlin-Warschau-Prag, die Konzeption einer über den allgemeinen Entwicklungsstand der Integration hinausgehenden politischen Koordination. Der Sport propagiert die Perspektive der sozialistischen Staatengemeinschaft: Erfolg durch immer stärkeres Zusammenwachsen; in ihm ist die Einheit aller sozialistischen Staaten antizipiert.
Lindemann/Müller kommen bei der Wertung der kulturellen Beziehungen innerhalb der Warschauer Vertragsstaaten dazu, von einem Sonderfall Rumänien zu sprechen.[184] Sie machen dies primär an der Betreuung und Absprache der deutschsprachigen Einwohner fest. Es ist einleuchtend, daß es für den Sportbereich keine Parallele zu den anderen kulturellen Aktivitäten gibt,

man von einer besonderen Rolle nicht sprechen kann, da der Sport nicht spezifische Teile der Bevölkerung anspricht, sondern gleichermaßen bei allen Bevölkerungsgruppen auf Interesse stößt.

Wenn von einem Sonderfall im Sport die Rede sein kann, dann gilt es für Kuba. Als sozialistischer Staat ist Kuba hier nur mit Vorbehalt einzuordnen, da es einen beträchtlichen Entwicklungsrückstand aufweist. Trainer der DDR und anderer sozialistischer Staaten leisten hier eine Aufbauarbeit, die sonst in dieser Weise nur in den Staaten der dritten Welt vorfindbar ist. Im ' Neuen Deutschland ' wird anhand einer Volleyballbegegnung die Frage aufgeworfen, wie diese Hilfe zu verstehen sei, " ob dies ' Entwicklungshilfe der DDR für Kuba ' sei ". Die Frage wird dahingehend beantwortet, daß ungeachtet der unterschiedlichen ökonomischen Position beide Staaten gesellschaftlich identische Entwicklungswege haben und sich hieraus die besondere Form der Beziehung ergibt: " Mit dem Sieg der Revolution kam der Sport für jeden ins Land und mit dem Sport für jeden auch viele Freunde. Trainer, die in anderen Ländern arbeiten, sind gewiß keine Sensation, aber andere tun es des Geldes willen. Dieter Grund (der kubanische Trainer aus der DDR, der Verf.) und viele andere der Freundschaft zuliebe." [185] Kuba gehört dem RGW erst seit 1972 an, erst 1973 wurde zwischen den beiden Staaten ein Arbeitsplan über die kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart, so daß diese Beziehungen sich von denen zu den europäischen sozialistischen Staaten schon durch die kurze Zeit hinsichtlich der Intensität unterscheiden. Die anderen ins Gewicht fallenden Faktoren, die geographische Entfernung und die wirtschaftliche Diskrepanz, führen dazu, daß ein kultureller und sportlicher Austausch derzeit nur auf der höchsten Ebene des Leistungssports stattfinden kann.

Andere Sonderfälle im Verhältnis zu sozialistischen Staaten sind Jugoslawien, Albanien und die VR China. Gerade diese Staaten sind Musterbeispiele dafür, daß der Sport dem Primat der Politik unterliegt. Zu den beiden letzten Staaten bestehen derzeit keine Sportkontakte, was allerdings auch durch die Bestimmungen der internationalen Verbände begünstigt wird, denen die jeweiligen chinesischen und albanischen Organisationen zumeist nicht angehören.

Jugoslawien zählt zu den Partner, mit denen die DDR im Rahmen des international üblichen Sportverkehrs mit nicht sozialistischen Ländern verkehrt. In Statistiken über die internationalen Erfolge der sozialistischen

Staaten wird Jugoslawien nicht aufgeführt.

4.2.4. DIE MULTILATERALEN SPORTBEZIEHUNGEN ZU DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN

Die bilateralen Beziehungen zwischen den Sportorganisationen der einzelnen Länder und dem DTSB, die vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit auf den Gebieten der Sportwissenschaft und -technik und die Begegnungen auf den verschiedenen sportlichen Ebenen sind nur die eine Seite der Verbindung zu den sozialistischen Staaten. Die andere ist, daß die DDR stets auch eine multilaterale Abstimmung analog der RGW-Vereinbarungen, d.h. eine sportpolitische Integration anstrebte. Ihr Interesse daran leitete sich aus der Schwierigkeit ab, als gleichberechtigtes Mitglied neben den Sportorganisationen der Bundesrepublik in die internationalen Föderationen aufgenommen zu werden. Dies war nur möglich, da die Vertreter der osteuropäischen Länder sie in dieser Frage geschlossen unterstützten.
Für die Öffentlichkeit wurde die Unterstützung vor allem deutlich nach dem Entscheid der DDR-Regierung vom 1.1o.1959 das Staatswappen auf beiden Seiten der Flagge zu zeigen, um bei internationalen Kongressen oder Sportveranstaltungen die beiden deutschen Staaten voneinander abzugrenzen. Daran entzündeten sich ständige Protokollstreitigkeiten, die dank der erheblich gewachsenen Leistungsfähigkeit der DDR-Athleten und der entschiedenen Absicherung ihrer Protestmaßnahmen durch die sozialistischen Staaten zu Isolation und Prestigeverlusten auf westdeutscher Seite führten. In einer Dokumentation des Deutschen Sportbundes vom Oktober 1966 schreibt der Generalsekretär Gieseler, daß die Haltung der Bundesregierung gegenüber den DDR-Symbolen zu einer erheblichen Verschlechterung der Position der BRD in den internationalen Gremien geführt und sie selbst bei den westlichen Partnern Verruf gebracht habe. " In ungefähr 25 Fällen wurden Welt- und Europameisterschaften zwischen 1961 und 1965 allerdings auch ohne SBZ (und die gelegentlich in ' sozialistischer Solidarität ' wegbleibenden UdSSR, CSSR, Polen, Jugoslawien oder Bulgarien) durchgeführt, was durchweg zu schweren Auseinandersetzungen in den Führungsgremien der Internationalen Föderation geführt hat, so daß sich dieser Weg schnell abnutzt und außerdem noch die Position der bundesdeutschen Verbände in den Internationalen Föderationen zusehends mehr belastet." [186]
Einige Beispiele solcher Solidaritätsgesten sind

- das Fernbleiben der UdSSR und der CSSR vom UEFA-Turnier der Fußballjugend in Bath/England im April 1963, weil der DDR-Mannschaft kein Einreisevisum erteilt worden war;
- aus dem gleichen Grund Fernbleiben von den Europameisterschaften der Schützen in Oslo August 1963 (UdSSR, CSSR, Bulgarien);
- Nichtteilnahme an der Kanu-Weltmeisterschaft in Essen 16.8.1962 (CSSR, UdSSR);
- weiterhin die Verlegung von Weltmeisterschaften und internationalen Wettkämpfen aus west- in osteuropäische Länder, um die Teilnahme der DDR-Sportler und eine protokollgerechte Durchführung der Wettkämpfe zu gewährleisten.

Ein Versuch des westdeutschen Kanu-Verbandes auf dem Ostberliner Kongreß 1966, eine ' Entnationalisierung ' des internationalen Sportverkehrs - d.h. Verzicht auf Flaggen, Hymnen, Embleme und Staatsbezeichnungen - durchzusetzen, was sich gegen die Prestigebestrebungen der DDR richtete, wurde " von einem Gegenantrag der UdSSR gekontert, Flaggen, Hymnen und Embleme von jetzt an bei WM, EM etc. verbindlich zu fordern; nur weil der DKV seinen Antrag zurückzog, verfiel der sowjetische noch einmal ganz knapp der Ablehnung." [187] Angesichts dieser ständigen Querelen beschlossen die internationalen Verbände nacheinander die gleichberechtigte Mitgliedschaft der DDR bis hin zum Internationalen Olympischen Komitee, das am 12.10.1968 in Mexiko mit 44 gegen 4 Stimmen das NOK der DDR als Vollmitglied anerkannte. Der Staatssekretär für Körperkultur und Sport, Weissig, würdigte die Rolle der sozialistischen Länder anläßlich der Verabschiedung der DDR-Olympiamannschaft von München: " Zum ersten Mal wird eine Olympiamannschaft der DDR völlig gleichberechtigt und mit allen souveränen Rechten an Olympischen Sommerspielen teilnehmen ... Das ist das Ergebnis eines jahrelangen, eng mit dem ständigen Vorwärtsschreiten unserer Republik verbundenen Kampfes. Es ist das Resultat der solidarischen Haltung der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie aller friedliebenden Kräfte im Weltsport." [188]

In kaum einem anderen Sektor hat die DDR so viel auffälligen unmittelbaren Nutzen aus der politischen Koordination gezogen wie im Sport, so daß ihr Anliegen, vor allem der eigenen Bevölkerung, aber auch den Menschen in den anderen sozialistischen Staaten den Vorteil von Zusammenarbeit und Integration vor Augen zu führen, hier voll erfüllt wurde. Es ist eine lo-

gische Folge, daß heute, da die DDR die leistungsstärkste Sportvertretung innerhalb der sozialistischen Staaten stellt, in den Zeitungen der DDR die sozialistischen Länder stets als Einheit auftauchen, oder durch publizistisch breite Darstellung der Erfolge der Bruderländer einer aufkommenden Überheblichkeit oder gekränktem Nationalstolz entgegenzuwirken versucht wird.

4.3. DAS VERHÄLTNIS DER DDR ZU DEN STAATEN DER 3.WELT

4.3.1. DIE AUSSENPOLITIK DER DDR GEGENÜBER DEN NICHTPAKTGEBUNDENEN STAATEN

Gute und vielfältige Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Staaten sind für die Deutsche Demokratische Republik aus politischen und ökonomischen Gründen unabdingbar. Die Begründung und Durchsetzung der Eigenstaatlichkeit erfordert, daß der betreffende Staat in der Lage ist, seine Bürger auch international zu vertreten, daß die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen als souveräne Mitglieder in internationalen Gremien mitwirken können. Der DDR wurde hier jedoch durch die Politik der politisch und wirtschaftlich stärkeren Bundesrepublik Schranken gesetzt, die sie aus eigener Kraft und durch die alleinige Unterstützung seitens der ihr vertraglich verbundenen Staaten nicht überwinden konnte. Die Aufnahme in internationale Organisationen politischer oder kultureller Natur war an Mehrheiten geknüpft, die nur durch ein Zusammengehen der Fachverbände der Ostblockstaaten mit einer Mehrzahl der Entwicklungsländer zugunsten der Verbände und Massenorganisationen der DDR erreichbar waren. Dementsprechend suchte auch die Bundesrepublik stets sich der Stimmen der Vertreter der 3. Welt zu versichern, um ihren Alleinvertretungsanspruch durchzusetzen.
Die nichtpaktgebundenen Staaten sind also der Ort, an dem die Konkurrenz der beiden Deutschland politisch, wirtschaftlich und kulturell unmittelbar hervortritt. [189] Da beide Staaten fest in Bündnissysteme verankert waren, was sie und ihre Partnerländer zu besonderer Solidarität verpflichtet, können sie außenpolitische Konkurrenz, die auf Gleichheit basiert, nur außerhalb des Geltungs- und Einflußbereichs der Bündnissysteme entwickeln. Für die DDR ist der günstige Ansatzpunkt dort gegeben, wo Staa-

ten der 3. Welt sich aus der Kolonialherrschaft politisch lösen und nun auch wirtschaftliche und kulturelle Abhängigkeit zu überwinden suchen, um sich als wirklich souveräne Staaten zu konstituieren. [190] Die Ostberliner Politik zielt darauf, schon vor der eigentlichen Staatsgründung Einfluß zu gewinnen, indem sie solche gesellschaftlichen Bewegungen unterstützt, die den nationalen Befreiungskampf zu initiieren und zu tragen vermögen. Die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung im Unabhängigkeitskampf und der selbständig gewordenen Staaten bei der Überwindung der ökonomischen und kulturellen Deformationen der Kolonialzeit bedeutet notwendig eine Unterstützung der nationalen Bourgeoisie als jener sozialen Kraft, die in der Lage ist, eine eigene Industrie und eine an den Bedürfnissen des Landes orientierte Volkswirtschaft aufzubauen. Der Entwicklungsweg dieser Staaten ist dehalb nach der Einschätzung der DDR kein sozialistischer, sondern ein nationaler und demokratischer. [191] Die Basis für eine gemeinsame Politik dieser Staaten und der DDR in internationalen Organisationen stellt also nicht die gleichgeartete, sozialistische, Entwicklungsperspektive dar, wie es für Kuba gilt, sondern die Negation des Kolonialismus: " In der Außenpolitik der DDR nehmen die Beziehungen der nationalen Befreiungsbewegung sowie zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einen bedeutenden Platz ein. Es ist nicht allein die Vielzahl dieser Beziehungen, die besonders ins Gewicht fällt, sondern vor allem ihr Inhalt. Sie beruhen auf antiimperialistischen Grundlagen und spielen eine bedeutende Rolle im internationalen Ringen um die Sicherung und Festigung des Friedens, die Ausschaltung des Krieges aus dem Leben der Völker, um gleichberechtigte Zusammenarbeit sowie im Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt. " [192] Der hier genannte Inhalt der Beziehungen, die beiderseitige antiimperialistische Zielrichtung der Politik, bestimmt sich lediglich negativ aus der Ablehnung der Politik der kapitalistischen Staaten, dagegen ist aus ihm nicht ableitbar, welche spezifische Leistung die DDR als ein sozialistischer Staat für die jungen Nationalstaaten zu erbringen vermag. Der national-demokratische Entwicklungsweg, den die DDR als den richtigen bezeichnet, schließt eine sozialistische Perspektive dieser Gesellschaft nur keimhaft ein; die Behinderung und sogar Verfolgung von Kommunisten in der VAR während der Periode der engen Zusammenarbeit Nassers mit der Sowjetunion, die Ausschaltung der algerischen KP oder auch der kubanischen während des Be-

freiungskampfes sind Indizien dafür, daß beide zumindest zeitweilig in einen direkten Gegensatz geraten können. Von daher begründet es sich, daß von Autoren aus der DDR nicht die eigentlich sozialistische Entwicklung, sondern der nicht-kapitalistische Aufbau in den sozialistischen Staaten, nach der offiziellen Geschichtsschreibung also lediglich die Frühphase der staatlichen Entwicklung der DDR, als vorbildlich für die Staaten der 3. Welt angeführt wird. Es wird geltend gemacht, daß die sozialistischen Staaten eine wesentliche Bedingung antiimperialistischer Politik erfüllt haben, die Loslösung und Unabhängigkeit von ausländischem Kapital, und daß sie damit den Weg zum Aufbau einer souveränen gesellschaftlichen Ordnung aufzeigen: " Die Inanspruchnahme von Auslandkapital ist nicht lebensnotwendig für diese Länder. Das Beispiel der Sowjetunion und der anderen Länder, die den Weg des Sozialismus beschritten haben, bestätigt, daß die ehemals unterdrückten und ausgeplünderten Völker sehr wohl in der Lage sind, eine moderne Industrie und Landwirtschaft ohne kapitalistische Hilfe aufzubauen. " [193] Die gemeinsame Bais der sozialistischen Staaten und der souveränen Nationalstaaten auszubauen, bedeutet einerseits zu verhindern, daß die koloniale Abhängigkeit als ökonomische weiterexistiert, indem Exportartikeln dieser Länder handelspolitische Präferenz eingeräumt wird; andererseits, ihnen aktiv finanzielle und technische Hilfestellung bei der Bewältigung der anstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben zu geben. [194]

Das Erstere wird mit der Agitation gegen ausländische Kapitalhilfe angegangen, die eine Einschränkung der politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung zur Folge habe. Knirsch stellt dazu fest, daß in der DDR-Literatur die Verhinderung neuer ökonomischer und damit nach marxistischer Auffassung politischer Abhängigkeit als Hauptgrund für die weitgehende Ablehnung ausländischer Kapitalhilfe genannt wird. Die Begründung nennt er in gewissem Umfang richtig, weil in der Regel mit ausländischer Kapitalhilfe auch wirtschaftlicher und politischer Einfluß verbunden sei. [195] Dies gilt vor allem, wenn es sich um private Investitionen und Kapitalbeteiligungen handelt,trifft letztlich aber auch für öffentliche Hilfsmaßnahmen zu. Die DDR gibt selbst kaum direkte finanzielle Mittel, worin sich nach Einschätzung Knirschs allerdings weniger politische Abstinenz als objektive finanzielle Schwäche zeigt. " Das Problem der kommunistischen Staaten im allgemeinen und der SBZ im besonderen besteht aber darin,

daß ihre Möglichkeiten zur Kapitalhilfe für die Entwicklungsländer gering sind. Die eigenen Entwicklungsnotwendigkeiten, die hochgesteckten politischen Zielsetzungen machen für sie angesichts ihres beschränkten Wirtschaftspotentials eine mit den westlichen Möglichkeiten vergleichbare Kapitalhilfe unmöglich." [196] Die Unterstützung ist also notwendig eine andere, weniger kostspielige: Sie betrifft primär den personellen Sektor: Die DDR hilft durch Ausbildung technischer, wissenschaftlicher und politischer Kader aus Entwicklungsländern an DDR-Hochschulen und Institutionen und durch die Entsendung von eigenen Experten, die vom FDGB, von der FDJ oder anderen Massenorganisationen ausgewählt werden. [197] Nach Angaben von Lamm und Kupper waren 1947 über 1400 Experten in Lädern der 3. Welt tätig, während 4200 Bürger aus Ertwicklungsländer in der DDR ausgebildet wurden. Schwerpunktländer waren dabei vor allem die arabischen Staaten sowie einiger afrikanische Staaten, insbesondere Guinea, Tansania, Sudan, Mali und Somalia. [198] Inzwischen ist auch die VR Angola ein Schwerpunktbereich geworden. Lamm/Kupper unterscheiden zwischen politisch-ideologisch neutralen Sektoren wissenschaftlich-technischer Hilfe, wozu sie vor allem Landwirtschaft, Gesundheitswesen, die Wissenschaft und das Funk- und Fernmeldewesen rechnen, und politisch-ideologisch relevanten Gebieten, Sport, Schulwesen, Kultur (im engeren Sinne), Presse, Buch- und Druckereiwesen, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, Kommunalpolitik, Ökonomie. [199] Diese Unterscheidung wird von den Autoren nicht weiter begründet. Sie scheint weder sachlich haltbar noch gerechtfertigt zu sein, da gerade die als ' neutral ' eingestuften Sektoren breite Möglichkeiten politischer Einflußnahme bieten, sei es direkt oder indirekt durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die aus der DDR stammenden Wissenschaftler, Techniker, Journalisten können in ihrer Arbeit, durch die Weitergabe von Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem Aufbauprozeß in der DDR und durch ihren Einfluß auf die einheimischen Experten, die von ihnen ausgebildet und eingewiesen werden, Einfluß nehmen. Sie nutzen diese Möglichkeiten auch.

Neben den personellen Hilfeleistungen spielen nach Darstellung von Spröte und Hahn vor allem handelspolitische Maßnahmen eine wichtige Rolle, Kooperationsbeziehungen in der Produktion, Vergabe von Produktionslizenzen sowie " die Erarbeitung und Planung langfristiger Entwicklungskonzeptionen für die Wirtschaft und Gesellschaft der jungen Nationalstaaten." [200]

Wir haben oben gesagt, daß Autoren aus der DDR in diesem Zusammenhang auf die frühere Entwicklungsphase ihres eigenen Staaten rekurrieren. Die DDR reklamiert für sich einen besonderen Vorbildcharakter für die Herausbildung autonomer politischer, kultureller und wirtschaftlicher Strukturen in den Entwicklungsländern. Sie leitet diesen Anspruch daraus ab, daß sie sich, im Gegensatz auch zu den anderen sozialistischen Staaten, erst als souveränes politisches Gebilde konstituieren mußte, unter Auflösung der überkommenen gesellschaftlichen, nationalen Strukturen, und daß sie die politischen, strukturellen und materiellen Defizite, die aus ihrem Charakter als Teilgebiet einer größeren Wirtschaftseinheit resultieren, weitgehend ohne fremde Hilfe und unter der besonderen Belastung der Kriegsfolgen zu überwinden hatte. Die Vermittlung der Erfahrungen auf diesen Sektoren nennt Renate Wünsche den besonderen Beitrag der DDR zur Lösung der Entwicklungsprobleme: " Die Überwindung der kolonialen Rückständigkeit auf allen Gebieten, die Schaffung einer nationalen Industrie, die Veränderungen der Agrarverhältnisse, die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen usw. sind gewaltige Probleme ... Dabei spielen auch die Erfahrungen der DDR aus der Periode des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus sowie der sozialistischen Phase der Entwicklung eine große Rolle. Auf diesem Gebiet der Vermittlung von Erfahrungen existieren bereits langjährige enge Beziehungen der DDR zu einer Reihe solcher Staaten." [201] Hier kommt zum Ausdruck, daß gerade der Arbeit mit den zukünftigen Kadern besonderer Wert beigemessen wird, da diese als Träger und Initiatoren gesellschaftlicher Veränderungen zu ihren Ländern langfristig einen politischen Einfluß der DDR garantieren. [202] Darin zeigt sich zugleich eine Stärke und eine Schwäche der internationalen Position. Die Beziehungen zwischen den meisten Staaten der 3. Welt und Ost-Berlin erstreckten sich bis zum Abschluß des Grundvertrages auf die nicht-diplomatischen Gebiete, d.h. auf Kontakte zu gesellschaftlichen Organisationen, auf Handelsbeziehungen und auf die Mitarbeit in verschiedenen multilateralen Gremien, da die Bundesrepublik ihre größeren wirtschaftlichen Ressourcen erfolgreich zur Durchsetzung ihres Alleinvertretungsanspruchs in dritten Staaten und internationalen Organisationen einsetzte. Nur dort, wo durch den Erfolg nationaler Befreiungsbewegungen, durch Staatsstreich oder infolge politischer Konfrontation mit der BRD oder einem ihrer Verbündeten Regierungen nichtpaktgebundener Staaten allgemein engeren Kontakt zur Sowjetunion und

den Staaten des Warschauer Pakts suchten, konnte die DDR schon vorher diplomatische Beziehung herstellen. [203]

Diese aktuelle Schwäche zwang die Staatsführung der DDR zu einer langfristigen Konzeptionierung ihrer Außenpolitik. Die Ausbildung ihr nahestehender oder verbundener Kader im politischen, kulturellen und im industriellen Bereich stellte die Bedingungen für eine reale Konkurrenz zur Bundesrepublik her.

Zusammenarbeit mit Staaten und Organisationen der 3. Welt auf verschiedensten Gebieten war stets wesentlich Kampf für die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin, und jede Anerkennung einer DDR-Organisation als autonomes Mitglied in einem internationalen Verband ein Sieg über die außenpolitische Konzeption Bonns: " Diese völkerrechtswidrige Doktrin stellte eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und dritter Staaten dar. Im Verlaufe der Zeit erwies sie sich als ein immer untauglicheres Mittel, um Beziehungen zwischen der DDR und anderen Staaten, insbesondere afro-asiatischen und lateinamerikanischen, zu verhindern. Gemeinsam mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, insbesondere der Sowjetunion, setzten sich die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für den legitimen Anspruch der DDR auf gleichberechtigte internationale Mitarbeit ein. " [204] Die Präsenz von DDR-Vertretern in internationalen Verbänden wissenschaftlicher oder kultureller Natur wurde in den meisten Fällen erst durch die Unterstützung von Staaten möglich, die offizielle diplomatische Beziehungen allein zur Bundesrepublik unterhielten. Darin spiegelt sich ein gesellschaftlicher Einfluß der in der DDR ausgebildeten oder ihr besonders verpflichteten Kader auf die Politik der betreffenden Länder wider, was nicht notwendig vollständig sichtbar werden, d.h. in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck kommen muß - ein Akt, der aus opportunistischen Gründen von diesen Kadern meist gar nicht angestrebt wurde, um nicht die materielle Unterstützung der BRD zu verlieren, und auch deswegen, weil die Drohung mit der Anerkennung Ost-Berlins die Verhandlungsposition gegenüber westdeutschen Gremien stärkte. [205] End bemerkt zu diesem Komplex, daß bis 1969 die Entwicklungspolitik Bonns immer in engem Zusammenhang mit der Anerkennungsfrage gestanden hat: " Diese Abhängigkeit der Entwicklungshilfe von der deutschlandpolitischen Zielsetzung läßt sich einmal dadurch belegen, daß Länder besonders bedacht wurden, die anerkennungsverdächtig waren, zum anderen aber dadurch, daß die Hilfe im

Fall einer erfolgreichen Eindämmung der DDR wieder aufgenommen wurde."[206] Während von seiten der Bundesrepublik die Rückbindung der Entwicklungshilfe an die deutschlandpolitischen Zielsetzungen offen eingestanden wurde,[207] deklarierte die DDR ihre - wesentlich geringeren - Leistungen als uneigennützige Hilfe. Zweifellos sind die von ihr angestrebten außenpolitischen Intentionen jedoch wie in der BRD der Maßstab für die Zuwendungen an Entwicklungsläder. " Entwicklungshilfe wurde in erster Linie an jene Staaten vergeben, in denen sich die DDR eine Chance ausrechnete, ihre völkerrechtliche Anerkennung durchzusetzen."[208] Einer der wichtigsten Gründe für diese Beschränkung ist die Devisenschwäche, die die Möglichkeiten unmittelbarer finanzieller Zuwendungen objektiv beschränkt. Wesentlich größere Bedeutung kommt daher der mittelbaren Hilfe durch nichtdiskriminierende Handelsbeziehungen zu, die, wie Nitz schreibt, auf dem Prinzip ausgeglichener Handelsbilanzen fußt, die Stärkung der nationalen Wirtschaft fördert, indem sie die einseitige Bindung an das ' Mutterland ' aufhebt und so politische Souveränität wirtschaftlich absichern hilft.[209] In diesem Sinn betont auch Renate Wünsche, daß sich der Außenhandel mit den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas positiv entwickelt habe: " Die DDR exportiert in diese Länder vor allem Anlagen und Ausrüstungen, Werkzeugmaschinen, Schiffe, Ausrüstungen für die polygraphische Industrie, für die Bekleidungs- und Textilindustrie, optische und mechanische Geräte und Schienenfahrzeuge. Mit diesen Lieferungen trägt die DDR zur Verwirklichung der nationalen Entwicklungskonzeption dieser Länder bei. Durch den Aufbau von Industrieprojekten und den Ausbau der Infrastruktur stärkt die DDR die Entwicklungsländer in ihrem Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit vom Imperialismus. Die DDR wiederum ist am Import von Waren für die Versorgung der Volkswirtschaft interessiert, wie zum Beispiel Baumwolle, Erdöl, Südfrüchte, Phosphate, Kautschuk, Buntmetalle, Kaffee, Kakao und Hölzer. Mit der Abnahme dieser Erzeugnisse kommt die DDR dem Bestreben der Entwicklungsländer entgegen, mit den traditionellen Landesprodukten Handel zu treiben."[210] Folgt man dieser Aussage, dann betreibt die DDR ungeachtet ihres Anspruchs einer Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse doch eine Handelspolitik, die primär ihren spezifischen Bedürfnissen, dem Rohstoffmangel und dem Bedarf an Naturprodukten, Rechnung trägt, den unterentwickelten Ländern dagegen die traditionelle Rolle des Exporteurs von Rohstoffen und Importeurs von verarbeiteten Industriegütern beläßt,

die ein Hauptgrund der Unterentwicklung ist. Die, wie Wünsche es nennt, " traditionellen Landesprodukte " sind in der Regel solche Güter, die aufgrund jahrhundertelanger Ausrichtung an der Wirtschaftsstruktur des jeweiligen Mutterlandes die vorwiegenden und einzigen Exportartikel sind, was als die Ursache der wirtschaftlichen Labilität dieser Staaten gelten muß. [211] Die DDR trägt durch ihre Handelsbeziehungen zwar zu einer Umverteilung der Exportpräferenzen in diesen Ländern bei, nicht aber zu einer wirklichen Strukturveränderung der Wirtschaft der Nationalstaaten, die nicht in ihrem Interesse liegt. Es ist deshalb kaum verwunderlich, wenn Bischof zu dem Ergebnis kommt, daß es auch nach der erfolgten Anerkennung der DDR im Anschluß an die Vereinbarungen zwischen den deutschen Staaten keine spürbare Veränderung der entwicklungspolitischen Konzeption gegeben habe, da sich weder an der Devisenknappheit noch an der langfristigen Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft vom Import billiger Rohstoffe aus Ländern der 3. Welt Grundlegendes geändert hat.

Bischof nennt an weiterhin geltenden Entwicklungshilfemaßnahmen: die technische Hilfe auf den Sektoren Landwirtschaft, Transportwesen, Nachrichtenübermittlung und bei der Ausrüstung mit Maschinen, Hilfen im medizinischen, kulturellen und Bildungsbereich, die Vergabe mittel- und langfristiger zinsgünstiger Kredite und die Ausbildung von Kadern in der DDR oder durch DDR-Bürger, Maßnahmen, die auch vor der Anerkennung durchgeführt wurden. [212] In Zukunft gilt nach seiner Einschätzung auch, daß die Entwicklungshilfe vor allem auf die Länder konzentriert wird, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung eingeschlagen haben. [213]

Es sind letztlich also spezifisch handels- oder bündnispolitische Interessen, die für die Unterstützung eines Entwicklungslandes den Ausschlag geben, nicht aber die bloße Einschätzung, daß der betreffende Staat im Begriff ist, sich von der Kolonialherrschaft zu emanzipieren. Zu einer solchen Streuung fehlen einerseits die notwendigen Ressourcen, andererseits hat das Beipiel der Bundesrepublik gezeigt, daß ein quantitativ größerer Aufwand an Entwicklungshilfe nicht unbedingt mehr politischen Effekt besitzt als ein geringeres, aber gezielt eingesetztes Volumen. Bischof weist darauf hin, daß die DDR auch nach der Anerkennungswelle von 1972 und 1973 bevorzugt statt der Regierungen gesellschaftlich einflußreiche Gruppen unterstützt, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungs-

weg propagieren. Sie führt die zuvor erfolgreiche Linie auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fort, weniger die offiziell staatlichen Beziehungen zu intensivieren als die Kontakte zwischen der SED und den jeweiligen Staatsparteien der nichtkommunistischen Staaten oder zu einflußreichen Arbeiterorganisationen. Sie sichert auf diese Weise durch die Herausbildung ihr verbundener Kader ihren Einfluß auch im Fall kurzfristiger politischer Kurswechsel, bei Sturz oder bei Ablösung einer Regierung, zu der gute Beziehungen bestanden, gesellschaftlich ab. [214)]

4.3.2. DIE ORGANISATION KULTURELLER KONTAKTE ZU DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

4.3.2.1. DIE AUFGABE DER ' LIGA FÜR VÖLKERFREUNDSCHAFT '

Für die gesellschaftlichen Kontakte zu den Entwicklungsländern zeichnen neben der SED auch die verschiedenen Massenorganisationen, Verbände, Forschungsinstitute, Parteien und andere Gremien verantwortlich, die auf ihren jeweiligen Sektoren Verbindung zu Partnerorganisationen herstellen und entwickeln. Ihre Tätigkeit wird zusammengefaßt durch die ' Liga für Völkerfreundschaft ', die am 15.12.1961 gegründet wurde und als Hauptorgan der Auslandspropaganda die am 7.6.1952 eingerichtete ' Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland ' abgelöst hat. Der Liga fiel vor der Periode der Anerkennung die Funktion zu, die nichtstaatliche Auslandsarbeit dort durchzuführen, wo den offiziellen außenpolitischen Organen durch die Machtmittel der Bundesrepublik eine Schranke gesetzt war, wo dagegen Kontakte auf einer privaten gesellschatlichen Ebene von den Sanktionen der Hallstein-Doktrin nicht erfaßt und verhindert werden konnten. Die Liga vermittelt auch weiterhin über ihre Unterorganisationen in einzelnen Ländern oder Regionen, die sogenannten ' Freundschaftsgesellschaften ', zwischen den Massenorganisationen und ihren entsprechenden Partnern in der 3. Welt. Organisatorisch handelt es sich bei der ' Liga für Völkerfreundschaft ' um einen Dachverband, dem mehr als 90 gesellschaftliche Organisationen angehören und der koordinierend und planend in Erscheinung tritt. Da sie von staatlichen Organen formal unabhängig ist, ist ihre Tätigkeit eine wertvolle Ergänzung zur offiziellen Außenpolitik. Zu diesem Zweck ist die Liga vollinhaltlich in das außenpolitische Gesamtkon-

zept der Partei- und Staatsführung integriert. Der Vorsitzende der Organisation Paul Wandel, ist ebenso wie ihr Generalsekretär Herbert Schönfeld und der überwiegende Teil der Führungsspitze, Mitglied der SED, die über das ' Sekratariat für internationale Beziehungen ' im Zentralkomitee die Initiativen der Liga leitet. [215] Für die Verbindung zum außenpolitischen Staatsapparat gibt es ebenso institutionelle und personelle Absicherungen, was sich etwa darin zeigt, daß die beiden stellvertretenden Außenminister Georg Stibi und Peter Florin zu den leitenden Mitgliedern der Liga zählen.

4.3.2.2. DER DEUTSCHE TURN- UND SPORTBUND ALS ORGANISATOR KULTURELLER VERBINDUNGEN

Als eine der größten Massenorganisationen der DDR gehört auch der Deutsche Turn- und Sportbund zu den aktivsten Mitgliedsorganen der Liga. Er tritt in diesem Rahmen in ähnlicher Weise wie die anderen gesellschaftlichen Verbände als Medium der Außenpolitik in Erscheinung: als Partner der Sportorganisationen der 3. Welt in den jeweiligen Ländern in internationalen Gremien, bei internationalen Veranstaltungen und durch die Ausbildung von Trainern, Sportmedizinern und sportpolitischen Kadern in der DDR. Der DTSB ist dabei einer der erfolgreichsten Verbände. Der Vizepräsident des Sportverbandes Heinze stellte dies in einem Artikel zum 25.Gründungstag des DTSB am 1.10.1973 besonders heraus: " Der DTSB schenkt, wie auch in den vergangenen 25 Jahren, der Entwicklung und Festigung der sportlichen Verbindungen zu den Sportorganisationen der engen Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die von den Grundsätzen des Friedens, der Freundschaft, der Solidarität, der gegenseitigen Achtung und der Interessenübereinstimmung im Weltsport getragen werden, größte Aufmerksamkeit. Dabei lassen wir uns stets vom Standpunkt eines aufrichtigen Freundes leiten, der entsprechend seinen Möglichkeiten vor allem jungen Sportorganisationen Hilfe und Unterstützung bei der Überwindung des kolonialen Erbes auf dem Gebiet des Sports und beim Aufbau einer nationalen Körperkultur durch die Vermittlung von Erfahrungen und Erkenntnissen gewährt. Diese Beziehungen haben schon einen beachtlichen Umfang angenommen, so daß wir gegenwärtig mit etwa 40 Sportorganisationen dieser Staaten in vielgestaltiger Art und Weise sportliche Kontakte pflegen." [217]
Heinze nennt im einzelnen

- den Austausch von Sportmannschaften,
- die Ausbildung qualifizierter Trainer und Lehrkräfte,
- die Entsendung von Sportfachkadern der DDR in diese Länder,
- sportwissenschaftliche Zusammenarbeit.

Insgesamt hat die DDR, Heinze zufolge, bis 1973 neunhundertdreißig Trainer, Diplomsportlehrer, Magister und Sportärzte ausgebildet, die nun unterstützt von Fachleuten aus Deutschland, in ihren Ländern arbeiten. Dazu kommen Fortbildungskurse wie die Sommerkurse der DHFK Leipzig, in denen ausgebildete Fachkräfte in mehrwöchigen Kursen ihr Wissen erweitern und Einblick in die Struktur des DDR-Sports wie der gesamten Gesellschaft gewinnen sollen. Wesentlich für die politische Intention ist besonders die Arbeit mit Sportführungskadern, wovon 43 aus 24 Ländern in den Jahren 1971 und 1973 sich in der DDR aufhielten. Einflußreiche Multiplikatoren für die politische Linie Ost-Berlins sind dank ihrer sozialen Stellung in ihren Heimatländern auch die Sportärzte, die in die DDR kommen, um von dem hohen Leistungsstand der DDR auf sportmedizinischem Gebiet zu profitieren. Insgesamt erweist sich der DDR-Sport infolge seiner überaus erfolgreichen Entwicklung in den letzten 15 Jahren als wirkungsvoller Exportartikel gerade in den Entwicklungsländern. Die Gründe dafür sind darin zu suchen, daß die Regierungen der jungen Nationalstaaten sich in der Phase der Integration und Stabilisierung ihrer ethnisch und soziologisch meist sehr divergenten Staaten des Sports in traditioneller Weise bedienen: durch Förderung des Breitensports in Schulen und staatlichen Organen wie Armee und Polizei und durch Ausbildung und Unterstützung von Leistungssportlern versuchen, sich der Massenloyalität zu versichern, Identifikation zwischen Staat und Gesellschaft herzustellen und durch Erfolge auf nationaler und internationaler Ebene der politischen Struktur des Landes Legitimation durch Nachweis ihrer Effektivität zu verschaffen. Dies gilt für Länder unterschiedlicher sozialer Struktur gleichermaßen, für Kenia, Zaire, Äthiopien ebenso wie für Ägypten oder Tansania, für Mexiko und auch im Fall Kuba. Dabei sind die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt, andererseits stehen sie, wenn der politische Zweck erreicht werden soll, unter deutlichem Erfolgszwang. Nachweisbare Erfolge im Sport sind am ehesten erreichbar, da die personellen Bedingungen erfüllt sind, - sportliche Leistungsfähigkeit erfordert ein Minimum der Ausbildungskosten, die für handwerkliche, technische oder wissenschaftliche Tätigkeit aufgebracht werden

müssen, ist mithin schneller und billiger erreichbar als jede andere kulturelle Leistung -, da der Sport nicht die Spuren der Kolonialherrschaft trägt, sondern als ureigenste Tat des frei seine Potenzen entfaltenden Volkes erscheint, und weil Körperkultur und Sport das Betätigungsfeld der breiten Masse sind, wogegen die bildende Kunst, die Musik und Literatur weitgehend die Domäne der nach kolonialer Manier erzogenen nationalen Elite bleibt. Der Sport ist daher ein zentraler Ort des gesellschaftlichen Lebens in vielen dieser Länder, der stark von Fachleuten geprägt wird, die eine Ausbildung an der Deutschen Hochschule für Körperkultur erhalten haben [218] oder die Kontakte zwischen den Sportorganisationen ihrer Länder anstreben, weil das Entwicklungsmodell des DDR-Sports den an sie gesetzten Ansprüchen entgegenkommt. [219]

4.3.2.3. DIE ORIENTIERUNG DER SPORTBEZIEHUNGEN: KADERAUSBILDUNG STATT LEISTUNGSVERGLEICH

Es fällt auf, daß die Sportpolitiker der DDR darauf orientieren, solche Kontakte zu pflegen, die wenig spektakulär sind, dafür jedoch langfristig Erfolg bringen. Der Hauptakzent liegt in der Trainer- und Kaderausbildung. Wettbewerbe wie Länderbegegnungen oder Auftritte hervorragender DDR-Athleten finden in den Entwicklungsländern kaum statt. Abgesehen von vereinzelten Begegnungen der Fußballer oder Radfahrer mit Auswahlmannschaften vor allem südamerikanischer und arabischer Länder treten die Spitzensportler im kulturellen Austausch kaum in Erscheinung. [220] Die Gründe dafür sind unschwer zu erkennen. Erstens fehlt es den meisten der betreffenden Staaten an technischen und persollen Voraussetzungen für derartige Spitzensportveranstaltungen. Die herausragenden Athleten aus Ländern der 3. Welt sind in der übergroßen Mehrzahl in Laufsportarten zu finden, wogegen in den technischen und mannschaftssportlichen Disziplinen der Entwicklungsrückstand derzeit noch zu groß sein dürfte. Zweitens sind Reisen der DDR-Athleten in diese Länder äußerst kostspielig und werden daher wahrscheinlich aus Gründen der Devisenknappheit auf niedrigem Niveau gehalten.

Der wesentliche Grund ist jedoch der der propagandistischen Effektivität. Die bedeutendsten Erfolge des DDR-Sports wurden bei den großen internationalen Veranstaltungen erzielt, bei Sportereignissen also, die große öffentliche Aufmerksamkeit finden, wie Weltmeisterschaften, sonstige Ti-

telkämpfe oder Olympischen Spiele. Ohne die öffentliche Beachtung wären die Leistungen der Spitzensportler irrelevant, so daß die verantwortlichen Planungsgremien des DTSB offensichtlich nur dort an ihrem Auftreten interessiert sind, wo ihnen eine entsprechende mediale Aufmerksamkeit zuteil wird. [221]

Der Leistungssport braucht überall die begleitende Information. In den Ländern der 3. Welt sind die Voraussetzungen, eine breite sportinteressierte Öffentlichkeit und ein umfassendes Radio-, Fernseh- oder Pressenetz, nicht so entwickelt, daß der Auftritt der Sportler genügende Resonanz fände. [222] Die DDR entgeht damit einer weiteren Gefahr, durch die Demonstration ihrer sportlichen Überlegenheit Ressentiments zu wecken. In den meisten Staaten vor allem Afrikas ist der Prozeß der Herausbildung einer nationalen Identität verbunden mit einer überaus großen Sensibilität gegenüber allzu demonstrativen Beweisen kultureller, ökonomischer oder sonstiger Überlegenheit. In dieser Situation kann den verantwortlichen Kulturpolitikern nichts daran gelegen sein, Objekt negativer Identifikation mit kolonialer Politik zu werden. Sie verfahren umgekehrt so, daß sie hervorragende farbige Leistungssportler in die DDR einladen, wo diese unter günstigsten Bedingungen trainieren und an Wettkämpfen teilnehmen können. Hier verhält sich die DDR-Sportbewegung ganz adäquat der Konzeption des Kulturimports statt -exports, die Mehnert für die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik propagiert hat.

Die Beziehungen der DDR-Sportbewegung zu den Entwicklungsländern sind voll in das Gesamtkonzept der Außenpolitik integriert. Sie zielen darauf ab, bei der Entwicklung der eigenen Potenzen der Partnerverbände so mitzuwirken, daß die Einflußnahme nicht als Einmischung interpretiert werden und zu Aggressionen führen kann. Dabei zeigt sich, daß die Orientierung auf die sportmedizinischen, -technischen und -politischen Kader außerordentlich wirkungsvoll ist. Der DTSB verfügte stets über sehr intensive Kontakte zu den Sportorganisationen der Entwicklungsländer, gerade auch in der Zeit, als offizielle diplomatische Beziehungen noch nicht bestanden. Es gelang ihm, die Unterstützung dieser Sportvertreter in seinem Anerkennungskampf zu gewinnen, da er erfolgreich eine Interessenidentität insbesondere im Bereich der internationalen Sportverbände nachweisen konnte. Man kann dies in vielen Fragen der Sportpolitik beweisen; in fast allen Gremien ist dies der Fall gewesen, am deutlichsten in der Frage der

nationalen Symbole, die für die Länder der 3. Welt wie für die DDR von besonderer Bedeutung war. Dagegen unternahmen die Vertreter der Sportverbände der Bundesrepublik eine Reihe von Versuchen, den Sportbetrieb zu ' entnationalisieren ', womit sie gegen die Mehrheit der Mitglieder standen, wie Gieseler feststellte: " Man kann feststellen, daß in den Föderationen, in denen der Ostblock Einfluß hat und viele junge Nationen Mitglieder sind, heute kaum noch eine Chance für Vorstöße zur Entnationalisierung des internationalen Sportverkehrs besteht. Die Vertretung aus den östlichen, jungen und (nationalistischen) westlichen Nationen wollen die politischen Feldzeichen in den Stadien und bringen alle entgegengesetzten Bemühungen zu Fall." [223] Ausgehend von dieser Interessenidentität gelang es den Sportpolitikern des DTSB, im internationalen Sportverkehr die Isolation durch die Bundesrepublik zu durchbrechen, weil zur solidarischen Hilfe der politisch Verbündeten aus den sozialistischen Staaten in zunehmenden Maße die Unterstützung durch die Sportpolitiker aus den Reihen der farbigen Völker hinzukam. Der internationale Sport war der erste gesellschaftliche Sektor, in dem die Hallstein-Doktrin sich als unwirksam erwies. Das Konzept der Kaderausbildung statt spektakulärer Leistungsdemonstrationen wurde weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorangetrieben. Die entsprechenden Kontakte führten über gesellschaftliche Organisationen und nicht über offizielle Regierungsstellen, so daß sie für die westdeutschen Diplomaten kaum greifbar und mithin nicht einzudämmen waren. In den internationalen Sportverbänden konnten darüberhinaus politische Sanktionen kaum durchgesetzt werden, da ihnen die Erhaltung ihrer Eigenständigkeit gegenüber den verschiedensten Formen politischer Einflußnahme von höherem Wert war als die Befriedigung partikularer Interessen der westdeutschen Sportverbände. Zuletzt hat auch keine Bundesregierung versucht, ihre politischen Möglichkeiten im sportlichen Bereich voll auszunutzen, da die möglichen Konflikte ein zu hoher Preis gewesen wären. So konnte die DDR im internationalen Sportverkehr sehr schnell Fuß fassen. Jedoch ist nirgendwo feststellbar, daß sportliche Beziehungen über diesen Bereich ausdehnbar gewesen sind. Gegenüber wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten der Einflußnahme und Penetration erweisen sich die kulturellen Maßnahmen wie auch der Sport als zweitrangig, wobei allerdings festzuhalten ist, daß der Bekanntheitsgrad sportlicher

Zusammenarbeit bei der Masse der Bevölkerung in diesen Bereichen größer sein dürfte, was möglicherweise langfristige Auswirkungen haben kann. Für die schließliche Anerkennung der DDR durch die meisten nichtpaktgebundenen Staaten und ihre Aufnahme in die UNO und weitere multilaterale politische Organisationen sind jedoch ausschließlich die politischen Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten von Bedeutung, spielen die auf kulturellem Wege angebahnten Kontakte keine Rolle.

4.4. DAS AUSSENPOLITISCHE PRINZIP DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ ALS GRUNDLAGE DER BEZIEHUNGEN ZU KAPITALISTISCHEN STAATEN

Das Verhältnis der DDR zu nahezu allen kapitalistischen Staaten Europas, Nordamerikas und zu den asiatischen Mitgliedsstaaten des SEATO-Pakts unterlag stärker noch als die Beziehungen zu den Entwicklungsstaaten dem Einfluß der Bundesrepublik, was der Generalsekretär der KPdSU Breshnew auf dem VIII. Parteitag der SED mit der Bemerkung charakterisierte: " Es hat wohl keinen anderen Staat der sozialistischen Gemeinschaft gegeben, der auf dem Weg zu seiner internationalen Anerkennung so viele Hindernisse zu überwinden hatte wie die Deutsche Demokratische Republik. Die kapitalistische Welt suchte eine weltweite politisch-diplomatische Blockade der Deutschen Demokratischen Republik herbeizuführen." [224] Nur in einigen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas reichte der Einfluß der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Pakts hin, um diese Blockade zu durchbrechen, in den kapitalistischen Ländern ebnete dagegen erst das Abkommen über die Grundlage der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten den Weg zur diplomatischen Anerkennung und zum Abschluß von Folgeverträgen in den ökonomischen und kulturellen Sektoren. Der Artikel 4: " Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, daß keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann " und Artikel 6: " Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jeder der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten ", [225] ziehen den Schlußstrich unter die Nichtanerkennungs-

politik, die für Bonn ein erfolgreiches Instrument der Eindämmung der DDR bezogen auf den Bereich der westlichen Industriestaaten gewesen ist. Erst der Verzicht der sozialliberalen Regierung auf dieses deutschlandpolitisch und ebenso entwicklungspolitisch erfolglose Konzept, nicht aber die eigene Durchsetzungskraft oder die ihrer Partnerstaaten machten den Weg für die schließliche Anerkennung der DDR durch die meisten kapitalistischen Staaten im Jahr 1973 frei.

4.4.1. ZUR BEGRÜNDUNG DER POLITIK DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Von dieser Sachlage hat man auszugehen, wenn es darum geht, die Bestrebungen Ost-Berlins zu vertraglichen Vereinbarungen mit den Regierungen oder mit nichtstaatlichen Organisationen der betreffenden Staaten zu charakterisieren, den Dualismus der Argumentation: mit dem Geist und den Regeln des internationalen Rechts gegenüber den Regierungen, durch Verweis auf ihre Leistungsfähigkeit in den verschiedenen Bereichen gegenüber den Gesellschaften.

Die Basis der Außenpolitik der sozialistischen Staaten und Länder mit kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bildet die Einschätzung, daß die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Nationen und ihrer Wirtschaftsstruktur auf längere Zeit zu einem Nebeneinander der beiden Gesellschaftsordnungen führen wird. Für die sozialistischen Staaten bedeutet dies, daß sie ihre Existenz gegen die Versuche absichern müssen, die gesellschaftlichen Entwicklungen im Sinne kapitalistischer Politik rückgängig zu machen. Für die kapitalistischen Länder gilt in dieser Einschätzung, daß die antagonistischen Widersprüche zwischen den Klassen zur Destruktion ihrer gesellschaftlichen Strukturen und ebenfalls zur Herausbildung sozialistischer Produktionsweisen führen werden. Da dies ein innerstaatlicher Prozeß ist, der eine Einwirkung von außen nicht erfordert, streben die sozialistischen Staaten solche Beziehungen an, die ihre gesicherte Existenz in Frage stellen, andererseits die Entwicklung des Kapitalismus der historischen Gesetzmäßigkeit entsprechend zur sozialistischen Gesellschaftsform fördern. Dieses außenpolitische Konzept, das näher bestimmt ist als Prinzip der friedlichen Koexistenz, wird in der Literatur der sozialistischen Länder als ein von Lenin entwickeltes dargestellt,[226] ist aber, wie Osten richtig anmerkt, aus der Stalinschen

Konzeption vom Nebeneinander der beiden entgegengesetzten Systeme abzuleiten und erst durch Chruschtschow zur Generallinie der sowjetischen Außenpolitik geworden. [227] Die von Chruschtschow eingeführte Fassung des Begriffs der friedlichen Koexistenz erweitert die ursprüngliche, indem sie als zweites Moment neben der Gleichzeitigkeit der sozialen Systeme antagonistischen Charakters die Entwicklung der modernen Waffentechnik, insbesondere die atomare, einführt, die den Krieg zu einem untauglichen Mittel der Politik gemacht habe. [228]

Der Verweis auf die modernen Waffensysteme allein ist jedoch nicht hinreichend, um eine marxistische Strategie der Außenpolitik zu begründen. Die atomaren Vernichtungspotentiale garantieren an sich keinen Frieden - erzwingen lediglich die Regionalisierung bewaffneter Auseinandersetzungen -, sie schaffen die sozialen Gegensätze innerhalb der einzelnen Staaten nicht ab, sie bewirken letztlich nur eine Abgrenzung der Gesellschaftssysteme, die den internationalen machtpolitischen Status quo absichert. [229] Um dennoch die Koexistenzpolitik als revolutionär-sozialistische Politik auszuweisen, argumentieren die Vertreter dieser Konzeption, es sei wesentlich, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten über diese Waffen verfügten, weil einzig sie durch den Besitz und die Drohung ihres Einsatzes den wirklichen Einsatz dieser Waffen verhinderten und damit den äußeren Frieden als die Bedingung progressiver innerer Veränderungen erzwängen. Der stellvertretende Außenminister der DDR, Moldt, stellt in diesem Sinn fest, die imperialistischen Mächte in Europa und den USA würden zur Koexistenz gezwungen: " So sind auch in Europa günstige Bedingungen für die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entstanden. Das können selbstverständlich niemals Beziehungen sein, durch die die Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus aufgehoben werden. Es geht vielmehr darum, die unvermeidliche Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die unsere Epoche als den weltweiten Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt, nicht mit den Mitteln des Krieges auszutragen. Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz ist darauf gerichtet, dem Weltimperialismus den Ausweg aus seiner sich verschärfenden allgemeinen Krise in neue Kriege zu versperren. Damit werden auch günstige internationale Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zur Beseitigung der Herrschaft der Ausbeu-

terklasse...geschaffen." [230] In der hier beschriebenen politischen Strategie wird eindeutig die soziale Auseinandersetzung in den einzelnen Staaten den Maximen der internationalen Politik untergeordnet, indem der Kampf zwischen den Machtblöcken dem Kampf zwischen den Klassen gleichgesetzt wird, gleichzeitig die revolutionäre Qualität der staatlichen Außenpolitik durch den Verweis auf die dadurch günstigeren Kampfbedingungen der Arbeiterklasse nachgewiesen werden soll. [231]

4.4.2. KOEXISTENZPOLITIK UND ÖKONOMISCHER UND KULTURELLER WETTBEWERB

Der Koexistenzpolitik liegt das Interesse der sozialistischen Staaten zugrunde, in kürzerer Zeit störungsfrei die Leistungsfähigkeit ihrer gegenüber den kapitalistischen Ländern zurückbleibenden Volkswirtschaften dadurch zu heben, daß das wissenschaftlich-technische und finanzielle Potential der westlichen Industriestaaten durch Kooperationsverträge und gegenseitig vorteilhafte Handelsbeziehungen zur Steigerung der Produktivität der eigenen Industrie nutzbar gemacht wird. In der Strategie der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegungen in den kapitalistischen Staaten, soweit sie die Politik der osteuropäischen sozialistischen Staaten unterstützen, reflektiert sich dies darin, daß sie unter weitgehender Zurücknahme oder Aufgabe ihrer spezifischen Zielvorstellung ein breites Bündnis antiimperialistischer Kräfte anstreben, die im Sinne der Koexistenzkonzeption Einfluß auf die Außenpolitik ihrer Regierungen zu nehmen suchen. Von Seiten der UdSSR wird ein solches Verhalten gefordert, weil " die Entwicklung und der Ausgang politischer Ereignisse in jedem Winkel der Erde letztlich nicht nur Zustand der inneren Kräfte im jeweiligen Raum bestimmt (werden). Sie sind organisch verbunden mit der Gruppierung und dem Verhältnis der Klassenkräfte im globalen Maßstab, d.h. vor allem mit dem Kräfteverhältnis zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Staaten." [232] Die Rolle der kommunistischen Bewegung soll also zweifach die einer eigenständigen politischen Kraft in den sozialen Auseinandersetzungen ihres Landes und die eines Vermittlers der gesellschaftlichen Anliegen der sozialistischen Staatengemeinschaft sein: des Friedens, der Zusammenarbeit, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenhei-

ten und die Anerkennung der Souveränität der territorialen Integrität, die den osteuropäischen kommunistischen Staaten als unabdingbare Voraussetzungen für eine bestmögliche Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit erscheinen.

Wird der Krieg infolge der Entwicklungen in der Waffentechnik ein untaugliches Mittel der Auseinandersetzung **zwischen** den Gesellschaftsordnungen, dann muß der Wettbewerb zwischen den antagonistischen **Systemen** in anderer Form, als ökonomischer und kultureller, geführt werden. Der ökonomische Wettbewerb ist dabei der wichtigere, weil in der Art der Organisation der materiellen Produktion und am Erfolg der **Reproduktion** der materiellen Grundlagen der Gesellschaft darüber entschieden wird, welche kulturellen, physischen und psychischen **Bedürfnisse** in einer Gesellschaft entwickelt werden und befriedigt werden können. Die kulturellen **Leistungen** einer Gesellschaft sind abgeleitete und von dem Stand der **Produktivität** der Arbeit abhängig. Es geht im ökonomischen Wettbewerb nicht allein um die höhere Produktivität der Arbeit und die ökonomischen Resultate der Wirtschaftstätigkeit, die in abstrakten Kennziffern verglichen werden können, es geht mehr noch und wesentlich um die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Menschen auf der Basis des jeweiligen Entwicklungsstands der Produktion, um die Aufhebung der entfremdeten Arbeit und die Ausdehnung der geistig-kulturellen Tätigkeit des Menschen auf Kosten der Notwendigkeit und äußeren Zweckmäßigkeit der Arbeit. [233] Dies gilt primär für die Entfaltung der inneren Potenzen der sozialistischen Wirtschaft, da die Identifikation der unmittelbaren Produzenten mit den Zwecken der Gesamtproduktion auf dem Zusammenwirken materieller und kultureller Faktoren beruht, wie in dem Lehrbuch der Politischen Ökonomie der DDR festgehalten wird: "... die Steigerung der Arbeitsproduktivität, verbunden mit der Senkung der Selbstkosten, ist das wichtigste Mittel, um das Nationaleinkommen, das Reineinkommen der Betriebe und die Löhne und Gehälter der Werktätigen zu erhöhen. Die Aneignung ist nicht auf die ökonomischen Resultate der sozialistischen Wirtschaftstätigkeit allein beschränkt. Die sozialistische Aneignung schließt die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesamtheit der sozialen und kulturellen Bedingungen und die volle Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit ein. Gerade in ihrer Einheit sind materielle und ideelle Interessen wesentliches Element der Vorzüge und Triebkräfte des **Sozialismus**." [234] Wie nach innen, gilt dies auch nach außen, d.h. gegenüber den Menschen in den kapitalistischen Staa-

ten, daß der Entwicklungsstand der Produktivität nur im Zusammenhang mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen ein Moment des Wettkampfs der Sozialordnungen ist. Die Kraft des **Beispiels** der sozialistischen Staaten, die revolutionierend auf die westlichen Gesellschaften einwirken soll, kann kein rein ökonomisches sein, insbesondere, da die sozialistischen Staaten einen historisch bedingten industriellen Entwicklungsrückstand haben, was sich in den Losungen des ' Überholens ' der kapitalistischen Staaten, bzw. des ' Überholens, ohne einzuholen ' niedergeschlagen hat; in typischer Form im Gesetz über den Siebenjahrplan, das die Volkskammer der DDR am 1.10.1959 verabschiedete. [235)]

4.4.2.1. DIE IDEOLOGISCHE FUNKTION ÖKONOMISCHER LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Das Beispiel der DDR ist hier besonders deutlich, da sie in unmittelbarem Vergleich zur Bundesrepublik die Vorzüge der sozialistischen Wirtschafts- und **Gesellschafts**ordnung nachzuweisen hat. Wie Steinhaus konstatiert, ermöglichte das von Anfang an bestehende Konsumgefälle zwischen den beiden deutschen Staaten es " dem westdeutschen Propagandaapparat,

- viele Werktätige der DDR politisch-ideologisch zu verunsichern, was den sozialistischen Aufbau erschwerte;
- der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung die Überlegenheit des Kapitalismus zu suggerieren oder sie doch wenigstens zu entpolitisieren."[236)]

Die ökonomische Leistungsfähigkeit hat also nach seiner Auffassung eine explizit ideologische Funktion, weil die Überzeugungskraft eines Gesellschaftssystems von der Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse abhängt. Er erklärt von daher die auf den privaten Konsum orientierende Wirtschaftspolitik der BRD, die folgerichtig zu einer Vernachlässigung wesentlicher, jedoch erst langfristig amortisierbarer Infrastrukturinvestitionen - im Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen, im Bereich des Umweltschutzes etc. - geführt haben. Mit dem Konsumdefizit begründet er auch das ideologische Defizit der BRD, das jedoch stetig abnehme, je deutlicher die Erfolge der DDR im Bereich der sozialen Sicherheit, der Infrastruktur und der individuellen Versorgung der Bürger werde: " Die Überlegenheit einer Gesellschaftsordnung drückt sich zwar zunächst nicht in erster Linie in wirtschaftlichen Daten und Kennziffern aus, sondern vor allem in der Stellung der Menschen in der Produktion und Gesellschaft.

Doch die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen werden den Menschen um so eher bewußt, je deutlicher sie sich in Erfolgen des wirtschaftlichen Aufbaus ausdrücken." 237)

Das Konzept der ' friedlichen Koexistenz ' ist das, einerseits die internationalen Bedingungen zum Ausgangspunkt des politischen Handelns zu nehmen, so wie sie sich aufgrund der gesellschaftlichen und militärischen Strukturen darstellen, d.h. von der auf absehbare Zeit nicht zu ändernden Existenz antagonistischer Gesellschaftssysteme ausgehend ökonomische, kulturelle und diplomatische Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil anzustreben; andererseits die Verbindungen als Ausdruck von Wettbewerbsbeziehungen deutlich zu machen, gestützt auf die Einschätzung, daß die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die ökonomisch und kulturell fortgeschrittenere historische Entwicklungsstufe ist und sich langfristig im Wettbewerb überlegen zeigen wird. " Sozialistische Politik braucht nach der Vorstellung des Marxismus-Leninismus nicht aggressiev zu sein, d.h. sie kann auf militärische Druckmittel verzichten, weil der Sieg des Sozialismus auch ohne Aggressivität und ohne militärische Druckmittel sichergestellt werden kann." 238)

4.4.2.2. FRIEDLICHE KOEXISTENZ ALS EINHEIT VON ABGRENZUNG UND BEEINFLUSSUNG

Die Politik der friedlichen Koexistenz ist eine Politik der Einheit von Abgrenzung und Beeinflussung. Abgrenzung insofern, als die antagonistischen Systeme auf militärische Sicherung nicht verzichten, ihre eigenen ökonomischen Prinzipien und gesellschaftlichen Einrichtungen als unantastbar geltend machen und auf der Basis der Verschiedenheit und Souveränität miteinander verkehren; Beeinflussung deshalb, weil der Wettbewerb nicht allein um jederzeit ausweisbare Produktivitätsziffern und Marktanteile, sondern wesentlich um die besten, weil der geschichtlichen Entwicklungsstufe der Menschen adäquateste und deshalb erfolgreichsten, gesellschaftlichen Verkehrsformen geht, um Errungenschaften also, die den Menschen vermittelt werden müssen, da sie nicht stets unmittelbar einsichtig sind. Der Wettbewerb muß nach der marxistisch-leninistischen Konzeption daher vor allem ein ideologischer sein. Wenn auch der Export der Revolution auf militärischem Weg abgelehnt wird, weil er zur

Vernichtung der Menschheit führen müßte und weil die Umwälzung der sozialen Verhältnisse die ureigenste Tat der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes ist [239], so können die sozialistischen Länder doch nicht auf die Unterstützung des sozialistischen Kampfs in den westlichen Industriestaaten durch die Kraft des Beispiels, das meint: auf den ideologischen Kampf, verzichten: " Der friedliche Wettkampf ist Klassenkampf in all seinen Formen, ökonomisch, politisch und ideologisch. Die Ideologie aus dem Prinzip zwischenstaatlicher Beziehungen auszuklammern ist schon deshalb unmöglich, weil sie objektiv mit dem ökonomischen und politischen Klassenkampf der Staaten verbunden ist. Ist es denn möglich, daß es in zwischenstaatlichen Beziehungen keine Probleme der Ideologie gäbe? Ist es denn denkbar, daß die ökonomischen und politischen Maßnahmen der einzelnen Staaten völlig losgelöst und unabhängig von ideologischen Fragen sind? Die Wirklichkeit lehrt etwas anderes ... Dieser Kampf wird vor allem in Form der kritischen Einschätzung und Würdigung der jeweiligen kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen für den menschlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ausgetragen. " [240]

4.4.3. DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN DEUTSCHEN STAATEN ALS SONDERFALL DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Wir haben gesagt, daß die Politik der friedlichen Koexistenz gleichzeitig Abgrenzung wie Beeinflussung beinhaltet, die wechselseitige Anerkennung als Staaten und den Wettbewerb der Systeme. Wir stützen uns dabei auf die Definition Jegorows: " Die Leninsche Formel der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung enthält einerseits den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten, ihre Regelung durch Verhandlung, die umfassende Entwicklung ökonomischer, kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens zwischen den Staaten, die Achtung ihrer territorialen Integrität, die Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveranität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten." [241]
Wenn demnach Koexistenzpolitik wechselseitige Anerkennung als gleichwertige Staaten, ungeachtet der qualitativen Differenz der gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung bedeutet, dann folgt daraus, daß zwischen den beiden

deutschen Staaten keine derartige Politik möglich war. Sontheimer/Bleek stellen richtig fest, daß es unter den äußeren Bedingungen der Viermächte-Verantwortung für ganz Deutschland und angesichts fehlender direkter staatlicher Beziehungen keine normale, d.h. mit diplomatischen Mitteln arbeitende Außenpolitik geben konnte. [242]

Beziehung zum anderen Staat bedeutet für die Bundesrepublik und für die DDR Ansprache gesellschaftspolitisch in Opposition zum System stehender Gruppen und Organisationen. Den Wettbewerbs- und Konkurrenzbeziehungen der deutschen Gesellschaftssysteme lag und liegt zugrunde, daß sie sich auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit auf der Grundlage einer identischen, der eigenen gesellschaftlichen Ordnung beziehen und zu diesem Zweck innerhalb ihres Teilbereichs den Nachweis der höheren ökonomischen Effizienz, der größeren kulturellen Leistungsfähigkeit, eines höheren Maßes an sozialer Sicherheit und an Gerechtigkeit zu erbringen suchen.

Dieser Anspruch ist in der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ebenso festgehalten als Verpflichtung " in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden " [243], wie noch in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6.April 1968, wenn es dort heißt, sie sei beschlossen worden, " getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen." [244]

Es gibt eine Vielzahl von Äußerungen Ulbrichts, die eindeutig die nationale Option der SED in der DDR betonen. Für Ulbricht stellte ich die Frage der Systemkonkurrenz primär als ökonomische, dies ein Ausdruck einer volkswirtschaftlichen Konzeption, wie sie auf dem V. Parteitag der SED beschrieben wurde: die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland durch einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern zu beweisen. [245]

In diesem Konkurrenzverständnis fällt die wesentliche Leistung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, neue Beziehungen des Menschen zu seiner Tätigkeit und zwischen den Menschen zu schaffen, heraus zugunsten eines sich am Kapitalismus und seinen Erfolgen in der Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften und der Konsumgüterversorgung orientierenden Leistungsdenkens.Der Wettbewerb zwischen den antagonistischen Teilen

der Nation, soweit er ideologischer Kampf als Ausdruck der verschiedengearteten wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung ist, reduziert sich auf den Vergleich und Bewertung der Produktions- und Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaften. [246]

Der Anspruch der SED, in der DDR beispielhaft für die Arbeiterklasse der ganzen Nation, d.h. gerade auch für die westdeutsche Gesellschaft, den Sozialismus aufzubauen und als eine reale gesellschaftliche Alternative zur Staat- und Gesellschaftsordnung der BRD zu entwickeln, an der sich der Kampf um die Gestaltung des westdeutschen Staates orientieren könnte, ist nicht zuletzt an dieser ökonomistischen Konzeption gescheitert. Die strukturellen und politischen Defizite waren zu stark, als daß es in den angegebenen Zeiträumen und Planperioden möglich gewesen wäre, die wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik zu erreichen. Die Verwirklichung der Planziele mit rein ökonomischen Mitteln zur Steigerung der Produktivität, Normfestsetzungen, -erhöhungen, Organisation von Wettbewerben zwischen einzelnen Arbeitern und Kollektiven und ähnlichen Maßnahmen, führte ohne die entsprechenden Veränderungen in den Verhältnissen der Produktion zu einem entschiedenen Widerstand der Arbeiter gegen die staatlichen Organe. [247] Die notwendige Konsequenz des ökonomischen Mißerfolgs, hinter der Bundesrepublik zurückzubleiben, war die ideologische Niederlage. Die Republikflucht gerade von qualifizierten Arbeitern und Teilen der Intelligenz, die Destruktion der Ansätze kommunistischer Politik in der BRD und der wachsende Antikommunismus in der westdeutschen Bevölkerung sind die Folge der Praxis der SED, die gesellschaftliche Qualität des Sozialismus auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, der industriellen Leistungsfähigkeit, zu beschränken und auch die nichtökonomischen Sektoren daran auszurichten. Damit wird hinfällig, was der Entwicklung des Sozialismus eigentümlich sein soll: die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse, die prozessuale Aufhebung der Trennung zwischen planender und dirigierender Tätigkeit und der unmittelbaren produktiven Arbeit, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Wird der produktive Prozeß auf bloß quantitative Resultate reduziert, dann unterscheidet die sozialistische Gesellschaft von der kapitalistischen nichts als der je registrierbare Ausstoß von Waren und Dienstleistungen. Dann schlägt der historische Vorsprung der kapitalistischen Länder gegenüber den heute sozialistischen ehemaligen Agrarstaaten des Ostens der historische Vorsprung und die Überlegenheit

an natürlichen Ressourcen der Bundesrepublik gegenüber der DDR in der Weise zu Buch, daß der von ihnen erreichte Lebensstandard uneinholbar erscheint, das aktuelle Defizit der DDR also Widerlegung ihres Anspruchs auf die historische Überlegenheit des Sozialismus.

4.4.4. DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN VON DEN KONFÖDERATIONSVORSCHLÄGEN ZUR THESE VON DER ' SOZIALISTISCHEN NATION '

Die gesamtdeutsche Orientierung des Aufbaus in der DDR, die Ulbricht explizit in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung im Februar 1958 hervorhob [248], die politisch ihren Ausdruck in verschiedenen Zusammenarbeits- und Konföderationsangeboten Ulbrichts vom 31.12.1957, des Ministerrates der DDR vom 26.7.1957 sowie im Deutschlandplan der SED vom 17.4.1960 fand [249], wurde im selben Maße zugunsten einer Politik der Stabilisierung und Konsolidierung der Eigenständigkeit des Staates DDR und der Herausbildung einer souveränen ' sozialistischen Nation ' revidiert, wie sich das Scheitern des Siebenjahresplans von 1958 abzeichnete. Endgültig wurde sie aufgegeben, als sich die DDR aus ökonomisch und politisch notwendigen Gründen der Selbstbehauptung durch die Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin von der Bundesrepublik und Westberlin abgrenzte.

Die danach erfolgenden Konföderationsvorschläge basieren auf einem völlig veränderten Verhältnis zwischen den beiden Staaten. Die durch den Bau der Mauer erfolgte Konsolidierung ihres Herrschaftsbereichs gab der SED die Gelegenheit, auch in Deutschland Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen separaten und einander respektierenden Staaten zu fördern, auch wenn sie infolge der nationalen Verbundenheit eine besondere Form der Koexistenz konzedierte. Die Abgrenzung war die notwendige Voraussetzung, um eine solche außenpolitische Konzeption auch zwischen den beiden Staaten anzugehen. Götting betont in einem Artikel von 1964, in dem der Konföderationsvorschlag wiederholt wird, man müsse dabei die besondere Situation berücksichtigen, die aus der Existenz zweier Staaten antagonistischer Gesellschaftsordnung auf dem Boden einer " gespaltenen Nation " entstehe. [250] Der Terminus der ' gespaltenen Nation ' stellt eine qualitative, die Ereignisse von 1961 reflektierende, Veränderung gegenüber der Begrifflichkeit des Deutschlandplans dar, weil darin die These

der nationalen Einheit als das Verbindende zwischen den Teilen im Ansatz bereits aufgegeben ist zugunsten dessen, was in den folgenden Jahren von DDR-Wissenschaftlern als die Klassenspaltung jeder bürgerlichen Nation bezeichnet worden ist, die in Deutschland zur Konstitution zweier nationaler Einheiten geführt habe. Während Götting den Konföderationsgedanken noch nicht aufgibt, der ethnischen Komponente der unter dem Begriff ' Nation ' zusammengefaßten Gemeinschaft das gleiche Gewicht wie der sozialen und kulturellen beimißt, werden in späteren Analysen die kulturelle Spaltung und der Antagonismus der Klassen als Triebkräfte gesehen, die die ethnische und sprachliche Einheit der Gemeinschaft sprengen. Kosing resümiert, daß mit der ökonomischen Stabilisierung der DDR ein Prozeß der Destruktion der ' deutschen ' Nation zusammengegangen sei: " In dem Maße, wie die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR geschaffen wurden, veränderten sich allmählich die nationalen Beziehungen und nationalen Prozesse, und es entstanden in diesem revolutionären Umgestaltungsprozeß Voraussetzungen und Elemente der sozialistischen Nation. Schon Mitte der fünfziger Jahre begann sich in der DDR allmählich die sozialistische Nation herauszubilden. Anfang der sechziger Jahre, nachdem die Grundlagen des Sozialismus geschaffen waren und die Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einsetzte, hatte dieser Prozeß schon einen bestimmten Reifegrad erreicht, und gegenwärtig - nachdem die sozialistischen Produktionsverhältnisse uneingeschränkt herrschen und die politisch-moralische Einheit des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gefestigt ist - können wir bereits von einer sozialistischen Nation mit allen ihren Attributen sprechen. " [251] Kosing zieht aus den Veränderungen der Besitzverhältnisse, den kulturellen Entwicklungen, aus der politischen Orientierung und dem verschieden historischen Entwicklungsstand, kapitalistisch und sozialistisch, der beiden deutschen Staaten den Schluß, daß sie nicht zu leugnende ' Gleichheit der Abstammung ' ihre konstitutive Kraft hinsichtlich der Nation eingebüßt habe. Soweit er den Fortbestand einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit ' Deutschland ', als beide Staaten umgreifend, negiert, ist ihm zuzustimmen. Die im Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgehaltene Rechtsposition der Fortexistenz Gesamtdeutschlands ist unhaltbar, wenn man unter der Formel ' deutsche Nation ' nicht mehr als den " Begriff einer im Bewußtsein der Bevölkerung vorhandenen Sprach- und Kultureinheit " versteht. [252]

Die Definition, mit der Ludz und seine Mitarbeiter operieren, um den Charakter einer Nation trotz der Zweistaatlichkeit festzuhalten - " Nationen als ebenso historisch-politisch wie sozio-ökonomisch geformte Einheiten werden als besonders verdichtete Kommunikations- und Handelsstrukturen begriffen, in denen Menschen aufeinander bezogen und zu einer Einheit werden. Insofern sind Nationen das Produkt des Handelns und der Kommunikation ihrer Angehörigen. Die Angehörigen einer Nation verbindet sowohl das handlungsorientierende Bewußtsein von der nationalen Identität als auch der Wille, eine solche Einheit zu gestalten und aufrechtzuerhalten "[253]-, erscheint sogar geeignet, Kosings positive Aussage, daß sich in der DDR eine 'sozialistische Nation ' herausbilde, zu bestätigen. Kommunikations- und Handlungsstrukturen von der Art, wie sie die Autoren beschreiben, solche, die nicht über sekundäre, verwandtschaftliche oder durch Freizeitaktivitäten bewirkte Kontakte entstehen, sondern aus dem unmittelbaren gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsprozeß herrühren und durch die politischen und kulturellen Aktivitäten der Betroffenen gestaltet werden, entwickeln sich zwar in den Teilstaaten, nicht jedoch über die Systemgrenzen hinweg. Ein handlungsorientierendes Bewußtsein von der nationalen Identität, sofern es für die Ausgestaltung der jeweiligen Sozialordnungen überhaupt noch relevant ist, wird unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz der Identifikation mit der eigenen Aufbauleistung im jeweiligen Teilstaat weichen müssen und den Gedanken einer Wiederherstellung Gesamtdeutschlands dem der Selbstbehauptung des eigenen Gesellschaftssystems unterwerfen. Kosing formuliert diese Perspektive deutlich: " Die Frage, ob in späterer Zeit, wenn auch in der BRD die sozialistische Revolution gesiegt hat und eine sozialistische Nation entstanden sein wird, wieder eine einheitliche sozialistische deutsche Nation entstehen kann, ist von den gegenwärtigen Voraussetzungen weder positiv noch negativ beantwortbar. Das wird von geschichtlichen Bedingungen abhängen, die heute niemand vorhersehen kann." [254]

Die Folge der Konsolidierungspolitik der BRD einerseits und die de-facto-Anerkennung durch die Bundesrepublik, die ihren Ausdruck im Grundlagenvertrag finden, ist, daß nun auch zwischen den beiden deutschen Staaten Beziehungen möglich werden, die man unter den Begriff der friedlichen Koexistenz fassen kann. Bisher war die Forderung der DDR nach Herstellung normaler Beziehungen zur Bundesrepublik lediglich ein Kampfbegriff, der

auf die Anerkennung der staatlichen Existenz abzielte, der jedoch keine weitergehenden Konzeptionen für die Zusammenarbeit bezeichnete. Erst im nun anlaufenden Normalisierungsprozeß, in dem die DDR von einer gleichberechtigten Position ausgehen kann, kann ein friedlicher Wettbewerb um die beste Sozialordnung in Deutschland stattfinden. Die reale Distanz zwischen den Gesellschaften beider Staaten ist inzwischen jedoch so groß, daß diese Beziehung zwischen anderen kapitalistischen und sozialistischen Ländern unterscheidet. Beide Staaten sind politisch, wirtschaftlich und kulturell eher auf die Integration in die verschiedenen umfassenden politischen Ordnungen, mit denen sie vertraglich verbunden sind, gerichtet, als auf eine eventuelle Wiedervereinigung. Die einzige Besonderheit ist die der verschärften Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik auf ideologischem Gebiet, die in der Bundesrepublik eine innenpolitische Parallele findet, eine Abgrenzung, die letztlich aber nur darin gründet, daß das individuelle Bewußtsein den wirklichen Veränderungen nachhinkt und die, als ein Generationsproblem, zunehmend einer selbstbewußten Vertretung der eigenen Errungenschaften Platz machen wird. Der Prozeß der Normalisierung der Beziehung ist insofern auch ein Prozeß der Stabilisierung der bestehenden Ordnungen und der Auflösung der einen Nation im Bewußtsein der Bürger beider Staaten.

4.4.5. DIE KULTUR- UND SPORTBEZIEHUNGEN ZU DEN KAPITALISTISCHEN STAATEN

4.4.5.1. DAS VERHÄLTNIS ZU DEN STAATEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Der Impetus der auswärtigen Kulturpolitik Ost-Berlins gegenüber den kapitalistischen Staaten ist der, die politische und kulturelle Autonomie der DDR als sozialistischer deutscher Staat nachzuweisen. Das ist in zweifacher Hinsicht zu verstehen:

- Formell ist die DDR seit ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen und mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den meisten kapitalistischen Staaten als Folge der Ost-West-Abkommen als souveräner Staat anerkannt. Damit haben sich die Bedingungen ihrer Außenpolitik grundlegend verändert. In den ersten 25 Jahren ihrer staatlichen Existenz

dagegen war die Kulturpolitik der Bereich, der die DDR am ehestens im Bewußtsein der westlichen Gesellschaft auszeichnete. Da keine staatlichen Beziehungen auf diplomatischer Ebene bestanden, konnten die Ost-Berliner Außenpolitiker dem Einfluß der Bundesrepublik auf die Politik der westlichen Staaten nicht entgegensetzen. Ebenfalls reichte die Wirtschaftskraft und -struktur nicht hin, die vorhandenen Handels- und Wirtschaftskontakte politisch als Pendant zur Bonner Politik geltend zu machen.[255]

Die kulturelle Selbstdarstellung war unter diesen Bedingungen das einzige Mittel der wirkungsvollen Einflußnahme auf die westliche Gesellschaft und ist es in erheblichem Ausmaß auch nach der Normalisierung.

- Inhaltlich ist mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen keineswegs auch die Anerkennung der Autonomie der DDR als sozialistischer Staat gegeben. Die staatliche Souveränität schließt nicht per se die gesellschaftliche ein, vielmehr muß die DDR den Beweis ihrer Eigenständigkeit stets noch erbringen, da sie, anders als die Bunddesrepublik, sich nicht mit der gesamten deutschen Geschichte und kulturellen Tradition identifiziert, sondern sich nur auf eine bestimmte Linie dieser Tradition beruft, in der ausländische Öffentlichkeit aber Gefahr läuft, nicht von der Bundesrepublik unterschieden zu werden. Die Bedrohung, die darin nach Einschätzung der SED liegt, ist außen- wie innenpolitisch relevant. John stellt sie als eine existentielle Gefährdung dar: " Innerhalb des erbitterten ideologischen, politischen, ökonomischen und kulturell-ideologischen Klassenkampfes...spielte und spielt besonders gegenwärtig der Versuch eine erhebliche Rolle, mit dem Schlagwort von ' nationalen Gemeinsamkeiten ', ' besondere innerdeutsche Beziehungen ' usw. ideologische Diversion zu betreiben, die DDR ' aufzuweichen ' und endlich der erneute Versuch, das Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus territorial zu erweitern."[256]

Hier handelt es sich um das Eingeständnis, daß die DDR, obwohl gegen äußere Bedrohung gesichert, innergesellschaftlich noch nicht so stabilisiert ist, wie es ihrem Anspruch einer ' sozialistischen Nation ' entspricht. Dieser Labilität wird innenpolitisch durch eine Strategie der Beschränkung von Kontakten auf familiärer oder freundschaftlicher Ebene

und einer gleichzeitigen Forcierung solcher offizieller ' Länder '-begegnungen, etwa im Leistungssport, entgegengearbeitet, die ein hohes Maß an emotioneller Solidarisierung mit den eigenen Vertretern bewirken. Es ist jedoch für die SED genauso unabdingbar, daß die DDR-Bevölkerung sich in der internationalen Politik von ihrer Regierung, und nur durch sie, vertreten weiß. [257]

Insofern genügte und genügt es nicht, daß die DDR überhaupt aktive Kulturpolitik betreibt, sie muß vor allem deutlich machen, daß die jeweiligen Künstler, Sportler usw. als Vertreter ihres Staates auftreten. Sie mußte bemüht sein, sich durch das Auftreten von DDR-Bürgern als souveräner, dynamischer, leistungsstarker und friedliebender Staat vor der ausländischen Öffentlichkeit zu profilieren und damit eine gesellschaftliche Basis in den einzelnen Ländern zu schaffen, von der aus die Regierungen für eine diplomatische Anerkennung Ost-Berlins beeinflußt werden konnten. Der erste Ansatzpunkt für so bestimmte kulturelle Aktivitäten sind logischerweise die kommunistischen und Arbeiterbewegungen in den kapitalistischen Staaten, die als Organisatoren und Träger von Veranstaltungen zugunsten der DDR-Politik auftreten: dies wären die KPF, die CGT und andere sozialistische Organisationen in Frankreich, die KPI und Teile der Gewerkschaftsbewegung Italiens, die Partei der Arbeit und die kommunistische Partei der Niederlande und Belgiens, die KP und Teile der Labour Party in England sowie entsprechende Gruppen und Organisationen in anderen Ländern. Diese Vereinigungen geben auch in den meisten Ländern die soziale Basis der DDR-Freundschaftsgesellschaften und Anerkennungsbewegungen ab, selbst wenn die Einschätzung richtig sein sollte, daß sich die soziale Bandbreite vergrößert hätte, über den Kern des kommunistischen Einflußbereichs hinaus, auch bürgerliche Kreise zunehmend den Anerkennungskampf unterstützt hätten. [258]

Im wesentlichen geht der kulturelle Einfluß in den westlichen Staaten nicht über die Grenzen der politisch der DDR und den sozialistischen Staaten nahestehenden Gruppen hinaus. Lindemann/Müller konstatieren noch weitergehend, daß sogar innerhalb dieses Kernbereichs Differenzierungen nach dem Grad der Übereinstimmung mit der Politik der sozialistischen Staaten zu verzeichnen sind: " Auf den ersten Blick erscheint es rätselhaft, weshalb der DDR in einem Land wie Italien mit der stärksten KP Westeuropas weit weniger Erfolge in der Kulturpropaganda beschieden wa-

ren, als im benachbarten Frankreich. Zurückzuführen ist das vorwiegend auf das Verhältnis der SED zu den beiden kommunistischen Parteien. Die Beziehungen der SED zur KP Frankreichs waren nur selten - und dann lediglich vorübergehend - getrübt. Hingegen sind die Beziehungen zwischen der SED und der Italienischen KP seit 1956 oft großen Belastungen ausgesetzt gewesen ... Noch schwieriger hat es die DDR in den Niederlanden, da sie dort von kommunistischer Seite mit keinerlei Unterstützung rechnen kann, weil die holländischen Kommunisten nicht sowjetfreundlich sind." [259]
Eine ähnliche Konstellation wie in Holland findet sich in Japan vor, wo die SED lediglich in der Sozialistischen Partei, nicht aber in der prochinesischen KP eine verläßliche Stütze gefunden hat.[260]
Zusammenfassende Darstellungen der kulturellen Tätigkeiten der DDR in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft [261] kommen zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß die öffentliche Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen äußerst gering ist, daß die Freundschaftsgesellschaften bei der Vermittlung von Kulturleistungen der DDR an die Bevölkerung entweder an einem generell geringen Interesse scheiterten oder aber die spezifische Qualität der Darbietungen deshalb nicht nachweisen konnten, weil es sich um Kunstwerke, musikalische Darbietungen oder Theaterstücke aus der deutschen Kulturtradition handelte, die auch zum selbstverständlichen Repertoire westdeutscher Kulturexporte gehören. [262] Generell gilt für die westeuropäischen und kapitalistischen Staaten, daß die politische, wirtschaftliche und kulturelle Potenz der DDR allein nicht ausreichte, um den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik staatlich und gesellschaftlich zu destruieren. Nach dem Eingeständnis von Müller wäre ohne die Absicherung durch die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, ohne die solidarische Unterstützung durch die kommunistischen und Arbeiterorganisationen in den einzelnen kapitalistischen Staaten eine breitere Anerkennungsbewegung nicht initiierbar gewesen. Die schließliche Anerkennung und Normalisierung der Beziehungen resultierte nicht aus eigener Durchsetzungsfähigkeit: " Letztlich war dieser Schritt...ein Ergebnis politischer Überlegungen. Ohne die Regelung des Verhältnisses der kapitalistischen Staaten zur DDR konnte weder eine europäische Sicherheitskonferenz Erfolg haben, noch wäre es möglich gewesen, eine dauerhafte Entspannung in Mitteleuropa herbeizuführen. Diese Zusammenhänge wurden allmählich auch den Regierungen der kapitalistischen Staaten klar. So entsprach es

schließlich ihren aus den neuen internationalen Bedingungen entspringenden objektiven politischen Interessen, den Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zur DDR zu gehen und damit auch Wege für den erwünschten Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und anderen Zusammenarbeit zu ebnen. " [263]

4.4.5.2. DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN SKANDINAVISCHEN STAATEN

Eine Sonderstellung in den Fragen politischer und kultureller Kommunikation nehmen die Staaten Skandinaviens ein. Der Grund dafür ist der, daß zwischen den Ostseeanliegerstaaten eine stärkere gemeinsame Interessenlage in Fragen der Verkehrswege, des Umweltschutzes, der wirtschaftlichen Nutzung der Fischereibestände, der Touristik u.ä. besteht als zwischen der DDR und geographisch entfernteren Staaten. In der Rostocker Ostseewoche hat sich die DDR ein spezielles Forum zur Pflege und Intensivierung der kulturellen und politischen Zusammenarbeit mit den skandinavischen Nachbarn geschaffen, das wirkungsvoller als andere Aktivitäten in den kapitalistischen Ländern durch die Kombination sportlicher, politischer und touristisch-folklorischer Elemente das DDR-Image bestimmte. Im Zuge der Normalisierung hat die Ostseewoche erheblich an Bedeutung verloren.

Für die Ost-Berliner Kulturpolitik wirkungsvoll war auch die Konzeption, Künstler, Sportler und Politiker aus den skandinavischen Ländern einzuladen, ihnen einen attraktiven DDR-Aufenthalt zu ermöglichen und dem publizistische breite Aufmerksamkeit zu schenken. Lindemann/Müller weisen darüber hinaus auf die nicht unbedeutende Rolle der Verbindungen zwischen den protestantischen Kirchen Skandinaviens und der DDR hin. Hier gilt vor allem für die schwedische Kirche, daß sie enge Kontakte pflegt, was der Ost-Berliner Kulturpolitik erheblich Nutzen bringt. [264]
So intensiv im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten die kulturellen Beziehungen auch sind, so bleibt doch festzuhalten, daß die diplomatische Anerkennung durch die skandinavischen Staaten ebenfalls erst nach dem Abschluß der Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgt ist. Das öffentliche Ansehen und der Bekanntheitsgrad von Kulturleistungen der DDR hat die politische Durchsetzungsfähigkeit Ost-Berlins nicht feststellbar erhöht. Gerade am Beispiel Skandinaviens erweist sich, daß die auswärtige Kulturpolitik als Instrument der Außen-

politik keine autonome Relevanz besitzt, daß sie dem Primat politischer und ökonomischer Zweckmäßigkeit unterliegt und infolgedessen gesellschaftliche Wertschätzung noch keine ausreichende Basis für staatliche Anerkennung darstellt. Durch die diplomatische Anerkennung wird diese grundsätzliche Priorität der Ökonomie und Politik in der Beziehung zweier Staaten nicht in Frage gestellt, so daß man dem Schluß Ends zustimmen kann, " daß die Bundesrepublik nach der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches an internationalem Prestige gewinnen und als ' mächtigerer ' Staat in Deutschland immer noch als der deutsche Kernstaat gelten wird, während die DDR erleben muß, daß Anerkennung allein noch kein Indiz für Einfluß ist. " 265)

4.4.5.3. DER LEISTUNGSSPORT ALS ELEMENT DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DEN KAPITALISTISCHEN STAATEN

Da der DDR in den westlichen Industriestaaten gesellschaftliche Anerkennung weitgehend versagt blieb, - ihre kulturellen Leistungen von entsprechenden Aktivitäten der Bundesrepublik nicht grundlegend unterscheidbar sind -, hat der Sport als eine leicht verstehbare und in der breiten Öffentlichkeit registrierte Form der Selbstdarstellung im System der auswärtigen Kulturpolitik einen besonderen Platz. Anders im Fall der sich konstituierenden Staaten der 3. Welt verfolgt die Ost-Berliner Politik in den entwickelten, politisch und kulturell dem eigenen System antagonistischen Industriestaaten nicht das Ziel, die Beispielhaftigkeit ihres gesellschaftlichen Entwicklungsmodells nachzuweisen oder über das Medium Sport unmittelbaren Einfluß zu gewinnen. Ihre Absichten sind vielmehr defensiver Natur: die DDR vor den Bürgern der ihr politisch unzugänglichen Nationen als eine autonome, stabile Leistungsgesellschaft bekannt zu machen. Diese Funktion fällt dem Spitzensport zu. Die erste Voraussetzung für die Erfüllung des politischen Auftrags ist eine hohe Leistungsfähigkeit der Sportbewegung. Die Vertreter des DTSB in den internationalen Leistungsvergleichen müssen ihren sportlichen Gegnern überlegen sein, sie haben zumindest die Minimalbedingung positiver Abgrenzung zu erfüllen, eine dominante Stellung gegenüber Vertretern aus der Bundesrepublik zu erlangen und zu behaupten. Auf die Verwirklichung dieser ersten Bedingung orientierte Walter Ulbricht persönlich die Sportbewegung, die

bekanntlich solange vom internationalen Sportverkehr ausgeschlossen blieb, wie die Organisation Westdeutschlands ihren Alleinvertretungsanspruch geltend machen und durchsetzen konnte. Die von Ulbricht ausgegebene Losung: " Die Spitzensportler der Deutschen Demokratischen Republik haben jetzt die Möglichkeit, sich im sportlichen Wettstreit mit den sowjetischen, ungarischen, polnischen, tschechoslowakischen und anderen Sportlern zu messen. Dabei werden sie viel lernen und Höchstleistungen erreichen, die sie befähigen, in nicht allzu ferner Zeit in allen entscheidenden Sportarten den höchsten Leistungsstand in Deutschland zu erreichen " [266], bezeichnet sehr deutlich diesen Zusammenhang von Außendarstellung und Abgrenzung inhaltlicher und organisatorischer Art von der Bundesrepublik. Tatsächlich ist festzustellen, daß der Emanzipationsprozeß des DDR-Sports, die in den einzelnen Sportorganisationen von den sozialistischen und einigen nichtpaktgebundenen Staaten durchgesetzte gleichberechtigte Mitgliedschaft, nicht primär ein sportpolitischer Akt als vielmehr ein an die sportliche Leistungsfähigkeit geknüpfter Vorgang war: Je wertvollere und spektakulärere Erfolge von Athleten aus der DDR erzielt wurden, desto größer wurde nicht nur das Interesse an den Ursachen dieses Aufschwungs, desto mehr nahm vor allem das Verständnis und die Bereitschaft zu einem weiteren Ausschluß des DTSB von den internationalen Wettbewerben ab. [267] Der seinerzeitige IOC-Präsident Brundage erklärte damit die Anwesenheit von mehr als 2oo ausländischen Sportvertretern, darunter viele aus Staaten, die nur zur Bundesrepublik offizielle diplomatische Beziehungen unterhielten, beim V. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig 1969: " Die Teilnahme so vieler internationaler Gäste bezeugt das große Interesse der Welt an der sportlichen Entwicklung der DDR. In der kurzen Zeit ihrer Existenz hat die DDR einen großen Fortschritt gemacht, und ich denke, die übrige Welt wünscht ihn kennzulernen und zu erfahren warum." [268] In diesen Worten drückt sich ein Effekt aus, der, wie wir gesagt haben, mit dem Medium Sport verfolgt wird: Nicht allein dem sportlichen Erfolg, sondern, vermittelt durch ihn, der Entwicklung der Gesellschaft als Ganzer gilt Brundage's Anerkennung.

4.4.5.3.1. DIE NUTZUNG DER MEDIEN

Ein hoher Leistungsstandard reicht für sich genommen nicht hin für die

Erfüllung des politischen Zwecks. Wie wir an früherer Stelle gesagt haben, bedarf die einzelne Leistung der sorgfältigen Registratur, um als gesellschaftlich aussagekräftiges Mittel der Selbstdarstellung dienen zu können. Der Einsatz des Spitzensports im Bereich der westlichen Industriestaaten beruht auf dieser zweiten Voraussetzung: einem entfalteten Kommunikationsnetz für die Verbreitung der Information an möglichst viele Menschen, ein Kommunikationsmittel, in dem Sportberichterstattung einen breiten Raum einnimmt und eine Öffentlichkeit, die an der Information über Sport interessiert ist und sie in einen politisch-gesellschaftlichen Rahmen einzuordnen imstande ist. Eine statistische Auswertung der Anteile von Sportberichterstattung in den Medien zeigt, daß der Leistungssport in der Spitze der permanent behandelten Themengruppen steht: " Im Wochendurchschnitt beansprucht der Sportteil der Zeitungen etwa 8,5 Prozent des redaktionell verfügbaren Platzes, montags werden ihm bis zu 3o Prozent eingeräumt. Im Zweiten Deutschen Fernsehen erhielt die Sportredaktion 1967 9,6 Prozent der Sendezeit,im Fußballweltmeisterschaftsjahr 1966 sogar 13,3 Prozent. In über der Hälfte der Eurovisionssendungen wurden in den Jahren 1954 bis 1961 über Sportereignisse berichtet." [269] Mit dieser Informationsbreite kommen die Medien einem Bedürfnis der Konsumenten entgegen. So zeigte eine Befragung unter Zeitungslesern anläßlich des Newe Yorker Druckerstreiks vom 8.12.1962 bis zum 1.4.1963, daß unter den am meisten vermißten Bestandteilen der Zeitung Sportberichterstattung den zweiten Platz hinter der allgemeinen Nachrichtenvermittlung einnahm - eine Position, die um so bemerkenswerter ist, als es sich beim Sport um einen spezifizierten Gegenstand im Gegensatz zum disparaten Spektrum von Meldungen jedweder Art handelt.[27o] Angesichts des Verbreitungsgrades sportbezogener Informationen erweisen sich die Wettkämpfe zwischen den DDR-Sportlern und Vertretern aus den kapitalistischen Industriestaaten, sei es in der Form bilateraler Ländervergleiche, sei es bei großen internationalen Wettbewerben, Meisterschaften etc., als eine ideale, und mit vergleichsweise niedrigem Kostenaufzu nutzende Plattform für die Anerkennungswerbung. Ergänzend dazu bewarb sich die DDR selbst um die Organisation solcher Veranstaltungen, da neben der Erfolgswerbung hier die Möglichkeit besteht, Sympathiewerbung zu betreiben durch die Art der Betreuung der ausländischen Sportler und Berichterstatter. [271]

Den verantwortlichen Kulturpolitikern in Ost-Berlin genügt es nun nicht,

mit eigener Flagge und Hymne als souveräner Staat bekannt zu werden. Dem formalen Abgrenzungs- und Anerkennungsakt kommt nur wenig Bedeutung zu: wesentlich ist die gesellschaftliche Anerkennung, d.h. dem Nachweis der Souveränität hat der Nachweis der Legitimität zu folgen, da die Existenz der DDR zwar militärisch und politisch gesichert ist, von gesellschaftlicher Stabilität jedoch erst gesprochen werden kann, wenn im Ausland die Auffassung der Bundesrepublik von der Einheit der Nation und damit von der Nichtexistenz einer speziellen DDR-Staatsbürgerschaft abgelehnt wird und die eigene Regierung für alle DDR-Bürger als die einzig legitimierte Vertretung sichtbar wird. So wie die Abriegelunge der Staatsgrenze zum Westen Deutschlands den Integrationsprozeß innerhalb des Staates befördert hat, wird auch die souveräne Vertretung ihrer Staatsbürger im Ausland die Vorstellung von der Endgültigkeit der Existenz zweier Staaten im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung festigen.

4.4.5.3.2. DIE GEZIELTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DEN GASTGEBERSTAATEN

Die SED erhebt zur Legitimation ihrer Herrschaft den Anspruch, in ihrem Einflußbereich die Grundlagen des deutschen Militarismus und Faschismus endgültig zerstört zu haben, den gesellschaftlich progressiven und friedliebenden deutschen Staat aufzubauen und dem kapitalistischen System der Bundesrepublik in der sozialistischen DDR eine reale Alternative entgegenzusetzen. Die Verbreitung dieses Anspruchs im Ausland erfordert ein bestimmtes Verhalten der Sportler. Gezielte, an den historischen Erfahrungen und Traditionen des Gastgeberlandes sich orientierende Maßnahmen einer publikumswirksamen Öffentlichkeitsarbeit zeugen davon, daß die Auftritte der Sportdelegationen sehr intensiv und sachkundig vorbereitet und an den allgemeinen politischen Zielsetzungen ausgerichtet werden. Die Sportler sollen durch Leistung und Auftreten für die DDR werben, wie der Staatssekretär Neumann formuliert: " Wir wünschen Ihnen, daß sich ihre fleißige und gründliche Vorbereitung auf den internationalen Wettstreit...umsetzen möge in reiche Erfolge zum Ruhm unserer DDR. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie durch Ihre Leistungen und Ihr Auftreten als Bürger des ersten deutschen Friedensstaates die DDR würdig repräsentieren und die internationale Sportfreundschaft fördern helfen." [272)]

Das wohl deutlichste Beispiel für eine bewußt politische Demonstration führt Lerch an: Die Kranzniederlegung zu Ehren französischer Widerstandskämpfer gegen den Faschismus sowohl bei den Internationalen Sportwochen 1967 als auch während der Olympischen Spiele 1968. Er bemerkt dazu: " Die Franzosen registrierten mit Aufmerksamkeit: Den Gästen aus der DDR war es ein Bedürfnis,die Helden der Résistance zu ehren, und sie waren die ersten und einzigen, die auf diese Weise den Patrioten Frankreichs Achtung erwiesen." [273] Gerade diese Tatsache, daß eine derartige bewußte politische Geste einzig von den DDR-Mannschaften gezeigt wurde, verweist auf die gezielte Vorbereitung, die den Unterschied zwischen der ostdeutschen und westdeutschen Gesellschaft unterstreichen soll. [274] Lindemann/Müller bezeichnen die Olympischen Spiele von Grenoble 1968 als die erste Begegnung einer breiten französischen Öffentlichkeit mit den Leistungen der DDR-Sportler.[275] Vor allem die Sportzeitung ' L' Equipe ' registrierte aufmerksam die sportlichen Erfolge der ostdeutschen Mannschaft. Die politische Demonstration wurde dagegen von ' L' Humanite 'als einziger der großen Tageszeitungen herausgestellt.

Daß die Zeitung der KPF als einzige die Nachricht von diesem Auftritt der DDR-Sportler verbreitete, kann nicht verwundern, da sie damit lediglich die Funktion erfüllt, die den jeweiligen kommunistischen Parteien und Arbeiterorganisationen im System der auswärtigen Kulturpolitik der DDR zukommt. Der offenen politischen Betätigung der Sportler sind in aller Regel im Ausland durch die Gesetze des Gastgeberlandes enge Grenzen gesetzt. Ihre Repräsentantenrolle ist also wesentlich darauf beschränkt, durch Freundschaftsgesten und betont diszipliniertes und korrektes Auftreten während der Wettkämpfe und außerhalb der Stadien als Gäste der ortsansässigen Freundschaftsgruppen, von Parteiorganisationen oder auf privaten Veranstaltungen, die parallel zu den Sportwettkämpfen zur Werbung für die DDR-Anerkennung und für den Ausbau der offiziellen Beziehungen organisiert werden, ihren propagandistischen Auftrag zu erfüllen. Diese Auftritte ihrem Zweck entsprechen bekannt zu machen und sie zum Anlaß für eine Abgrenzung und Unterscheidung des gesellschaftlichen Systems der beiden deutschen Staaten zu nehmen, liegt in der Hand der Presseorgane der befreundeten Organisationen oder bei der Allgemeinen Nachrichten Agentur (ADN) der DDR. Der Erfolg der propagandistischen Tätigkeit beruht darauf, daß sie nicht den Anschein der

Aufdringlichkeit erweckt, des Geplanten oder des Außergewöhnlichen. Durch die Arbeitsteilung zwischen den Akteuren und den - inländischen - Kommentatoren wird die Effektivität zweifellos vergrößert. Der Sport steht hier also vollständig unter den gleichen Bedingungen wie die anderen Veranstaltungen der auswärtigen Kulturpolitik.
Der Sport ist nicht aus eigener Kraft in der Lage gewesen, die Isolation durch die Alleinvertretungsstrategie des westdeutschen Sports zu durchbrechen, sondern brauchte dazu die Vermittlung und Unterstützung der kommunistischen und Arbeitersportverbände in Westeuropa. In der ' Geschichte der Körperkultur ' heißt es dazu: " Enge und freundschaftliche Beziehungen unterhielt der DTSB zu den Arbeitersportverbänden Finnlands (TUL), Frankreichs (FSGT), Italiens (UISP) und weiterer europäischer Länder, die in mehr als hundert freundschaftlichen Sportbewegungen (bis 1961, der Verf.) ihren Ausdruck fanden." [276] Die Sportbewegung benötigt dieselbe Unterstützung wie andere Aktivitäten. Der DTSB war als Verband allerdings erfolgreicher als andere im Bereich der Anerkennungswerbung tätige Organisationen. Die Anerkennung des NOK der DDR als provisorisches Mitglied im IOC 1955, die Durchsetzung der Gleichberechtigung mit dem NOK der Bundesrepublik am 8.1o.1965, die Aufnahme der einzelnen Sportverbände in die internationalen Organisationen, die Beteiligung von DDR-Funktionären in den Führungsgremien dieser Organisationen sowie die Vergabe internationalen Meisterschaften in die DDR - dies alles sind Erfolge, die keine Entsprechung in anderen gesellschaftlichen Unternehmungen finden. Die erfolgreiche Teilnahme an Europa-, Weltmeisterschaften und Olympiaden machten die Sportler der DDR in der ganzen Welt bekannt und trugen viel zur Verbesserung des Images der DDR als einer erfolgreichen Leistungsgesellschaft bei. Insofern kann man den DDR-Autoren zustimmen, die von einem Sieg über die Hallstein-Doktrin sprechen, und Knecht nennt zu Recht den DDR-Sport einen " Wegbereiter der Weltgeltung ". [277] Man muß hier jedoch differenzieren.

4.4.5.4. DIE GRENZEN KULTURELLER SELBSTDARSTELLUNG UND EINFLUSSNAHME

Cramer schreibt in einem Kommentar zur veränderten internationalen Position der DDR nach der Anerkennung, daß bis zum Ende der sechziger Jahre die Politik der Nichtanerkennung, " dieser in den Jahren davor errichtete

Kunstbau erstaunlich gut gehalten (habe). Bis 1972 waren es nur dreißig Staaten gewesen, die Ost-Berlin diplomatisch anerkannt hatten. Darunter war jedoch nicht ein westliches Land." [278] Die diplomatische Nichtanerkennung hat im Sport eine deutliche Parallele. Vor der Anerkennung bestanden durchaus Kontakte zwischen der DDR und den westlichen Staaten auf dem Gebiet des Handels, der Wissenschaft und der Kultur. Sie unterhielt nach einer Zusammenstellung von Osten am 7.6.1969 die Handelsvertretungen, allerdings nicht auf Regierungsebene, in Brüssel, Kopenhagen, Paris, Athen, London, Reykjavik, Rom, Den Haag, Oslo, Wien, Stockholm und Ankara, eine Handelsvertretung auf Regierungsebene in Helsinki und Nikosia, Verkehrsvertretungen in Kopenhagen, Wien und Stockholm.[279] Der Außenhandel mit den Westlichen Industrieländern machte 1971 auf der Einfuhrseite rund 30 %, auf der Ausfuhrseite etwa 25 % des gesamten Außenhandels aus, wobei allerdings etwa die Hälfte auf die Bundesrepublik entfiel. [280] In den skandinavischen Staaten, Italien, Frankreich, England und anderen Staaten bestehen Städtepartnerschaften zu DDR-Städten und kann die DDR über feste Einrichtungen wie Kulturzentren verfügen. Allen diesen Beziehungen und Einrichtungen ist aber gemeinsam, daß sie die staatliche Anerkennung fördern, aber nicht durchsetzen konnten. Ähnlich ist im Sport bis zum Ende der sechziger Jahre zu verzeichnen: daß die DDR wohl bei multilateralen Sportveranstaltungen erfolgreich auftreten konnte. Offizielle bilaterale Länderkämpfe, die den größten propagandistischen Effekt versprechen, weil sie die größte Beachtung in den Medien finden, am engsten mit nationalen Emotionen und Identifikationsverhalten verknüpft sind und vor allem in den Massensportarten, insbesondere im Fußball, das Profil eines Landes im Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit festigen, haben jedoch bis 1970 nicht stattgefunden. Wie Lindemann/Müller vermerken, ist man auf die Existenz der Sportler aufmerksam geworden, doch kam es erst 1971 zum ersten offiziellen Kontakt zwischen Vertretern des DTSB und des französischen " Staatssekretariats für Jugend, Sport und Freizeitgestaltung ". Dieser Kontakt war vermittelt worden durch den ' Französischen Arbeiter-Turn- und Sportverband ', der auch für die Unterrichtung der Presse sorgte. Als Ergebnis der Unterredung wurde für den Juni 1972 der erste Länderkampf vereinbart. " Außer diesem Leichtathletik-Länderkampf, den die DDR hoch gewann, wurden weitere sportliche Veranstaltungen zwischen der DDR und Frankreich vorwie-

gend zwischen kommunistischen Sportvereinen ausgetragen." [281]
Analog zu diesem französischen Beispiel erfolgt auch die Normalisierung der Sportbeziehungen zu den USA, Großbritannien und anderen kapitalistischen Staaten erst in den Jahren 1971 bis 1974. Die Staaten, zu denen schon vor 1970 engere Sportbeziehungen bestanden, sind Schweden, Dänemark und vor allem Finnland. Die skandinavischen Staaten nehmen bekanntlich aus geographischen Gründen, aber auch infolge ihrer politischen Bedingungen, eine Sonderrolle im Verhältnis zur DDR ein. Daneben ist auch Österreich stärker im Sportverkehr mit der DDR engagiert gewesen. Man kann darin wohl einen Reflex auf die politische Neutralität sehen.
Eine Aufstellung aller bis 1970 stattgefundenen offiziellen Länderkämpfe zwischen Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und aus den westlichen Industriestaaten ergibt das folgende Bild:

- Die meisten dieser Länderbegegnungen fanden im Rahmen internationaler Meisterschaften staat. Sie ergaben sich als Resultat der gleichberechtigten Mitgliedschaft der Sportverbände der DDR in den internationalen Föderationen; waren also kein Ausdruck einer spezifischen Anerkennung.[282]
  Die Effektivität dieser Treffen als Elemente der Öffentlichkeitsarbeit in den betreffenden Ländern dürfte gering gewesen sein. Sie fanden zumeist in dritten Ländern statt, so daß der wichtige direkte Kontakt zum Publikum fehlte und keine Ansatzpunkte für die Folgeaktivitäten der Freundschaftsorganisationen bestanden. Damit konnte der oberflächliche Eindruck nicht, wie es nötig gewesen wäre, vertieft werden.
- Andere, bilaterale Wettkämpfe wurden infolge der Beschränkungen für Auftritte von DDR-Bürgern in einzelnen westlichen Staaten in Städten der DDR ausgetragen. In diesen Fällen gilt für die Resonanz im breiten Publikum das Obengesagte.
  Die Zahl solcher Begegnungen ist darüber hinaus äußerst gering, da ohne Rückkampfmöglichkeiten solche Begegnungen für die westlichen Sportverbände sportlich und finanziell wenig attraktiv sind.
- Länderbegegnungen zwischen Mannschaften aus der DDR und aus kapitalistischen Staaten im Ausland beschränken sich vor 1970, wie wir schon gesagt haben, auf die skandinavischen Sportverbände und Österreich. Darüber hinaus sind nur neun weitere Länderkämpfe in den

Sportarten Fußball, Gewichtheben, Hallenhandball, Leichtathletik und Radsport mit den Ländern Portugal, Niederlande, Frankreich, England und Belgien zu verzeichnen.[283)]

Die Schlußfolgerung aus dieser Bilanz ist die, daß die Sportbewegung der DDR, worüber die glänzenden Erfolge von Leistungssportlern aus Ostdeutschland bei Olympiaden, Welt- und Europameisterschaften und anderen Wettkämpfen auf multilateraler Ebene hinwegtäuschen, die Schranken der Politik ebensowenig gesprengt hat wie andere kulturelle Aktivitäten. Zwar hat der Deutsche Sportbund der Bundesrepublik seinen der Hallstein-Doktrin analogen Alleinvertretungsanspruch nicht durchsetzen können, weil er nicht über die Sanktionsmittel verfügte, insofern ist es gerechtfertigt, von einer Niederlage der Hallstein-Doktrin im Sport zu sprechen. Gleichzeitig beweist die Tatsache der Isolation auf bilateraler Ebene jedoch eindeutig, daß noch so intensive Anstrengungen auf sekundären gesellschaftlichen Ebenen wie Sport und Kultur gegen ökonomische und politische Zweckmäßigkeiten keinerlei Durchsetzungskraft haben, daß im Gegenteil sie nur in dem Rahmen sich geltend machen können, der durch die politischen Bedingungen vorgegeben sind. Erst die politische Entspannung zwischen Ost und West und die Einigung zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten haben die Voraussetzung dafür geschaffen, daß Teilnehmer aus der DDR bei offiziellen Länder- oder Einzelwettbewerben unter nichtdiskriminierenden Bedingungen starten dürfen. Unter diesen Umständen aber wird die Leistungsstärke der DDR-Sportbewegung und ihre Überlegenheit über die Konkurrenten aus der Bundesrepublik die Abgrenzung zwischen den Staaten im Bewußtsein der ausländischen Beobachter verstärken und das gesellschaftliche Ansehen der DDR als leistungsfähiger Industriestaat festigen können.

4.4.6. DIE SPORTBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN

Handelt es sich bei den Sportverbindungen, die der DTSB zu den Organisationen in den kapitalstischen Staaten anzuknüpfen versuchte, um Hilfsmittel der unter dem Zweck der Anerkennung stehenden auswärtigen Kulturpolitik, um einen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ohne eigene ideologische Qualität, so definiert man die Funktion des sportlichen Wettbewerbs in bezug auf die deutsche Öffentlichkeit, auf die westdeutsche

Bevölkerung ebenso wie auf die der DDR, anders als ein Element des Klassenkampfes der Systeme. Abgeleitet von dem Selbstverständnis des sozialistischen Teils der Nation der historisch entwickeltere und langfristig überlegene deutsche Staat und gleichzeitig Grenz- und Vorposten des sozialistischen Weltsystems, (geographisch und ideologisch), gegenüber dem kapitalistischen zu sein, werden alle Formen der gesellschaftlichen Beziehungen als Wettbewerbsformen ideologischer Natur gefaßt.
Frenkin merkt deshalb zur Rolle des Sports an: " Friedliche Koexistenz auf dem Gebiet der Ideologie ist unmöglich; die Menschen denken über den sozialen Sinn der Ereignisse nach. Insbesonders das große Interesse von Millionen von Menschen am Sport, die große Popularität hervorragender internationaler Wettkämpfe und großer Sportler, die natürlicher Wirksamkeit, der große emotionelle Wert des Sports und nicht zuletzt auch der Umstand, daß die Prinzipien der sportlichen Ehre immer mehr Charakter eines politischen Prestiges annehmen, all das vergrößert die Möglichkeit einer propagandistischen Einwirkung des Sports auf das Bewußtsein der Massen." [284] Der Zweck der Einwirkung auf die westdeutsche Bevölkerung ist eine der wichtigsten Ursachen für die hohen Aufwendungen zum Aufbau der Sportbewegung in den ersten Jahren nach der DDR-Gründung gewesen und ist eine der Konstanten in der der Geschichte dieser Sportbewegung zumindest bis hin zu den Olympischen Spielen in München, wie wohl die Formen der Einwirkung, d.h. die politischen Zielsetzungen, die der Sport verkörpern sollte, sich änderten infolge der Veränderungen in der Stabilität und dem Verhältnis der Staaten.

4.4.6.1. DER WIEDERVEREINIGUNGSGEDANKE IM SPORT

Der Ausgangspunkt der Bemühungen war ein gesamtdeutscher, der Reflex einer am nationalen Vereinigungsgedanken sich orientierenden Bewegung in beiden deutschen Staaten. Die politischen Führungen der Bundesrepublik und der DDR begleiteten ihre Politik der Befestigung und Ausgestaltung ihres separaten Herrschaftsbereichs notwendigerweise mit verbalen Bekenntnissen zur Einheit, weil eine offene Orientierung auf die Konstitution souveräner Teilstaaten den entschiedenen Widerstand weiter Bevölkerungskreise gefunden hätte. Der Sport war in dieser Situation der am besten geeignete Repräsentant des nationalen Gedankens - wegen seiner hohen emotionellen

Wirksamkeit und seiner realen Bedeutungslosigkeit. [285] In einer Erklärung des ZK der SED vom 15.3.1951 heißt es zum gesamtdeutschen Auftrag: " Eine ihrer Hauptaufgaben sieht die demokratische Sportbewegung in der Führung des Kampfes um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschlands." [286] Zu diesem Zwecke sollte ein gesamtdeutscher Spielverkehr durchgeführt, eine einheitliche Nationalvertretung in den verschiedenen Sportarten und ein gesamtdeutsches Nationales Olympisches Komitee geschaffen werden. Trotzdem wurde am 22.4.1951 ein eigenes Nationales Olympisches Komitee der DDR unter Vorsitz des ehemaligen Leichtathleten des Hamburger SV, Kurt Edel, gegründet. Dieses sollte zwar gemäß einem Satzungsauftrag den Zusammenschluß mit dem NOK der Bundesrepublik anstreben, brachte zunächst jedoch nichts als den Anspruch der Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit der beiden Sportverbände als Repräsentanten ihres Staatsgebietes zum Ausdruck. [287] Die Gründung des eigenen NOK war ein erster Abgrenzungsakt gegenüber dem Westen, dem allerdings dort das Gegenstück keineswegs fehlte: Eine am 25.5.1951 in Stuttgart tagende Mitgliederversammlung des NOK der Bundesrepublik beschloß für den Sportverkehr mit der DDR Bedingungen: Verhinderung jedweder politischer Beeinflussung oder Anspielung (als sei nicht schon eine solche Bedingung Anspielung genug), Beachtung der international geltenden Bestimmungen über Preise, Geschenke, Andenken, womit vorgängig nur der geltende Amateurparagraph beschrieben wurde, tatsächlich aber der DDR-Sport als dazu in Widerspruch stehend denunziert werden sollte, und Verhinderung politischer Demonstrationen durch Behörden, Presse, Parteien und Rundfunk, sowie Abbruch der Beziehungenbei Verletzung einer dieser Bestimmungen [288], die für eine bewußt Partei ergreifende Sportbewegung unannehmbar sein mußten. Vor allem aber wurde, darauf weist Krüger ausdrücklich hin, der DDR-Sport faktisch ausgebürgert: " Da man nun verlangte, daß jeder einzelne Start von Sportlern der Bundesrepublik in der DDR vom jeweiligen Fachverband genehmigt werden müsse, erklärte man de facto die DDR zum Ausland; denn die gleiche Regelung galt für ausländische Verbände; und wie im Umgang mit diesen wurden Wettkampfsperren gegen Sportler verhängt, die trotz des Verbots in der DDR an den Start gingen." [289]

Die Spaltung der nationalen Sportbewegung wurzelt in der Zerschlagung des konfessionellen Sports auf der einen, der Arbeitersportbewegung auf

der anderen Seite durch den deutschen Faschismus und in der gewaltsam durchgesetzten Monopolisierung des Sportbetriebs durch den Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübung (NSRL). Die Tatsache, daß im Gebiet der DDR ehemalige Arbeitersportler wie Franz Müller, Helmut Behrendt, Arthur Priefert u.a., unterstützt durch die KPD, an die Neuorganisation einer Sportbewegung gingen [290], während im Westen neben ehemaligen Antifaschisten auch viele in der nationalsozialistischen Sportbewegung tätige Funktionäre den Wiederaufbau vorantrieben - der spätere DSB-Präsident Daume etwa war seit 1944 Gau-Fachwart für Handball gewesen [291] -, bedeutet, daß die Ursachen und Anlässe der Spaltung nie aufgehoben worden sind. Die bei Ihmels, aber auch von Knecht, Gieseler und anderen, vertretene These, die Spaltung des deutschen Sports sei ein Werk der SED gewesen, ist nicht nur deswegen falsch, weil Abgrenzung die Politik beider Sportorganisationen bestimmte. Sie trifft den Kern der Entfremdung insbesondere deshalb nicht, weil sie die Spaltung auf die Nachkriegsperiode zurückführt. Tatsächlich hat es aber keine Vereinigung nach dem Krieg gegeben, rückblickend kann man sogar feststellen, daß wahrscheinlich unter den politischen und ökonomischen Bedingungen einander widersprechender Interessen der Alliierten auch keine reelle Chance zur Wiedervereinigung in diesem gesellschaftlichen Sektor bestanden hat. Auch hier erweist sich der Sport als ein konzentriertes Ebenbild und als ein unlösbarer Bestandteil der gesamten Entwicklung. [292]

1951, als dem Westdeutschen NOK der ehemalige SA-Mann Ritter von Halt vorstand, und andere ehemalige Mitglieder des NSRL wieder Schaltstellen im Deutschen Sportbund besetzt hatten, während dem Deutschen Sportausschuß der DDR mit Waldemar Borde ein ehemaliger Vorsitzender des FDJ-Landesverbandes Mecklenburg vorstand und Mitglieder der SED zentrale Funktionen wahrnahmen, war die organisatorische und politische Differenz zwischen den Sportbewegungen schon zu groß, als daß eine Verschmelzung noch möglich gewesen wäre.

4.4.6.2. DIE KONFÖDERATIONSPROBLEMATIK IM SPORT

Die Bedingungen, unter denen eine Wiedervereinigung im Sport erreichbar gewesen wäre, waren 1951 also schon verschieden von den in den ersten Nachkriegsjahren geltenden. Sie waren schon von der Tendenz zur Konsoli-

dierung der Einflußbereiche durch Integration in entgegengesetzte Bündnissysteme geprägt, die am 9.5.1955 durch den Nato-Beitritt der Bundesrepublik am 14.5.1955 durch die Aufnahme der DDR in den Warschauer-Pakt Wirklichkeit wurde. Der Weg der Einheit konnte danach nur noch ein bundesstaatlicher, die Souveränität beider Staaten respektierender Entwicklungsprozeß sein. Die Eigenstaatlichkeit zu überwinden, bedeutete, sie zunächst zur Basis der Zusammenarbeit zu machen. Der DDR-Sport wurde in Periode ein wichtiger Vermittler der Ost-Berliner Konföderationspläne. Er konnte es werden, weil eine äußere Institution eine Zusammenarbeit der beiden Verbände über die Sektorengrenze hinweg erzwang, die anderenorts aus eigenem Antrieb kaum noch möglich war. Der 5o. IOC-Kongreß in Paris beschloß die Anerkennung des NOK der DDR und stellte damit eine Gleichwertigkeit beider Seiten her. Er legte die Teilnahme der Sportler beider Staaten an den Olympischen Spielen 1956 in Form einer Mannschaft fest.

Damit lieferte der Sport einen Bezugspunkt für die auf Föderation abzielende Agitation und Propaganda. Ausschlaggebend war dabei nicht, daß es eine inhaltliche Zusammenführung der Vertreter aus Ost und West gegeben hätte - sie bestand nicht, wie Krüger bestätigt: " An den Spielen von Cortina d'Ampezzo und Melbourne nahmen dann tatsächlich die Athleten der DDR und der BRD gemeinsam teil, auch wenn sich die Gemeinsamkeit fast nur in Äußerlichkeiten erschöpfte. Zu tief war die Trennung zwischen beiden bereits geworden. Die beiden Mannschaften reisten getrennt an und ab. Gemeinsam waren Kleidung und Emblem." [293] Für die Zwecke der nationalen Propaganda reichte die formale Verklammerung vollständig aus, um am Gegenstand ' Gesamtdeutsche Mannschaft ' die Richtigkeit ihres Föderationskonzepts nachzuweisen. Das Zentralkomitee der SED machte dem DTSB zur Auflage, sowohl der DDR-Bevölkerung als auch den Bürgern der BRD ihr Wiedervereinigungsprogramm vorzutragen [294]; die in der Tat " verblüffende Ähnlichkeit in der Struktur der gesamtdeutschen Mannschaft und der von Ulbricht Ende 1956 vorgeschlagenen Föderation " [295] nicht als zufällige Übereinstimmung, sondern als eine dem gesellschaftlichen Ziel entsprechende notwendige Parallelität zu verdeutlichen. Der eigentliche Höhepunkt der Föderationspropaganda im innerdeutschen Sport waren die Vorgänge um die Bildung der Olympiamannschaft für Rom 196o. Durch den Beschluß der DDR-Regierung vom 7.1o.1959, eine " Staatsfahne der

DDR " zu schaffen, geriet die Olympiaqualifikation mitten in die politische Auseinandersetzung, da die Bundesregierung Adenauer in der Flaggenfrage eine kompromißlose Haltung einnahm und sich mehrmals gegen gesamtdeutsche Mannschaften aussprach, wenn sie die Hoheitsrechte der Bundesrepublik durch die Wahl einer neutralen Flagge beeinträchtigen sollten. Daß die Bundesrepublik unter diesen Umständen die Sportbeziehungen abbrechen wollte - am 29.Juli 196o erklärte der damalige Kanzler, er sei im Grundsatz gegen die gesamtdeutsche Mannschaft, da es besser sei, den Status der Zweiteilung ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit zu rufen als ihn weiterhin zu verschleiern [296]-, während die DDR zwar zwei Fahnen und Embleme für angemessen hielt, jedoch sehr schnell einlenkte, gab letzterer die beste propagandistische Möglichkeit, sich als Sachwalter der Wiedervereinigungsgedanken, die Bundesrepublik dagegen als den Spalter der Sportbewegung darzustellen: " Die Konzeption der Verständigung und der gleichberechtigten Zusammenarbeit, die Konzeption des NOK der DDR, hatte über die Bonner Konzeption der Feindschaft, der Alleinvertretungsanmaßung und der Diskriminierung gesiegt." [297] Die Wirkung der Föderationsvorschläge und ihrer Propagierung durch den Sport ist gering gewesen. Die westdeutsche Arbeiterschaft als der erste Adressat dieser Politik orientierte sich an anderen als sportbezogenen Kriterien zur Beurteilung der gesellschaftlichen Konzeptionen beider deutscher Staaten. Erfolge hatte die Strategie des DTSB hingegen in der internationalen Sportbewegung zu verzeichnen, wo es gelang, die westdeutschen Organisationen zunehmend in eine defensive Position zu bringen und ihre Widerstand gegen eine völlig souveräne Sportbewegung der DDR zu brechen.

4.4.6.3. DIE ENDGÜLTIGE TRENNUNG DER SPORTBEWEGUNGEN

Durch die Abriegelung der DDR gegen den Westen war auch für den Sport der Weg zur formalen Trennung vorgezeichnet. Der Start einer gemeinsamen Mannschaft bei der Olympiade 1964, bei der die DDR erstmals die Mehrheit der der Mannschaft und damit den Chef der Mission stellte, war vom IOC erzwungen und wurde von keiner der Sportorganisationen begrüßt. Er war dazu ein völlig isolierter Akt, da es seit dem Düsseldorfer Beschluß der westdeutschen Sportführer vom 16.8.1961, alle Beziehungen zum DTSB abzubrechen, keine zwischendeutschen Begegnungen auf unterer Ebene mehr gab.

Der Beschluß des IOC im Oktober 1965, zwei deutsche Mannschaften zur Olympiade zuzulassen, war die einzig mögliche Konsequenz der Spaltung der Nation in zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, zwischen denen nur noch Wettbewerbsbeziehungen negativer Art herrschten. Der Kompromiß, mit einer Fahne und einer neutralen Hymne bei den Olympischen Spielen in Mexico anzutreten, war von vornherein nur begrenzt durchsetzbar, da die politischen Gegebenheiten letztlich die Maßstäbe setzen. Durch Willensbekundungen der Sportgremien sind nur über kurze Zeit hinweg außergewöhnliche Verhältnisse herstellbar. Die Macht der politischen Bedingungen bestimmt jedoch auf eine längere Zeit hin auch diesen gesellschaftlichen Bereich. Insofern war die Beseitigung der letzten gemeinsamen Symbole des deutschen Sports nach den Olympischen Spielen von Mexico eine zwangsläufige Folge der Konstitution zweier Staaten und das Aufeinandertreffen der besten Sportler aus beiden Teilen Deutschlands als gleichberechtigte Konkurrenten in München 1972 nicht das von vielen beschworene nationale Desaster, sondern ein erster Akt der Normalisierung der Verhältnisse beider deutscher Staaten, der Beginn eines geregelten Nebeneinanders. [298] Allerdings ist dieses Nebeneinander erst noch aus dem Stadium der Distanzierung hinauszuführen. Die Abkommen zwischen den Staaten sind hier die Basis, auf denen normale Sportkontakte auf mittlerer und unterer Ebene erst wiederhergestellt werden müssen. Für die Konkurrenz des Leistungssports bedeutete München aber schon eine Wende insofern, als die Sportler selbst, im Gegensatz allerdings zu den Medien, nicht mehr die Vertreter des jeweils anderen deutschen Sportverbandes als ihre wichtigsten Konkurrenten betrachteten, sondern offensichtlich eine entkrampftere Beziehung als in früheren Wettbewerben bestand. Auf die Bedeutung der Olympischen Spiele in München werden wir an anderer Stelle noch eingehen.

4.4.6.4. DER SPORT ALS FAKTOR DER GESELLSCHAFTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG IN DEUTSCHLAND

Die Rolle des Sports ist mit der Erklärung seiner Funktion für die Darstellung der verschiedenen Formen zwischenstaatlicher Beziehungen in Deutschland noch nicht hinreichend beschrieben. Seine gesellschaftspolitische Aufgabe greift über diesen Rahmen hinaus. Die Eigenstaatlichkeit

der DDR zu veranschaulichen ist die eine Seite, die andere den gesamtdeutschen Impetus der SED-Politik zu verdeutlichen. Spezifische Teile der westdeutschen Gesellschaft sollten vermittelt über den Leistungsvergleich der Sportbewegungen angesprochen und von der Vorteilhaftigkeit eines sozialistischen Entwicklungsmodells für das ganze Deutschland überzeugt werden.

Der Kampf um die ersten Plätze im Stadion steht nach dieser Konzeption für den Kampf um die beste soziale Verfassung. Bei der Propagierung des Konföderationsgedankens, bzw. der Koexistenzpolitik ist die Abgrenzung der Sportorganisationen wesentlich - die formal-organisatorische Souveränität beider Mannschaftsteile als Bedingung für eine partielle Integration in gesamtdeutschen Vertretungen.

Diese Funktion der Abgrenzung endete spätestens mit dem Augenblick der Anerkennung der Selbständigkeit beider Staaten im Grundlagenvertrag. Für die andere Aufgabe gilt, daß die Besonderheit des Verhältnisses der Sportler in beiden Teilen Deutschlands, die unmittelbare Beziehung zueinander festzuhalten ist - die Beziehung, auch wenn sie bloß negativ in der Formel auszudrücken ist, daß die Hauptaufgabe des DDR-Sportlers sei, seinen Konkurrenten aus Westdeutschland zu besiegen, würde erst in dem Augenblick einer vollständigen Abkehr von Wiedervereinigungsgedanken gegenstandslos. Davon kann aber, trotz der Betonung der objektiven gesellschaftlichen Distanz zwischen den Staaten, nicht gesprochen werden, wenn man die Äußerung Honeckers ernst nimmt, die Novellierung der DDR-Verfassung vom 7.1o.1974 und die Abgrenzung seien keineswegs einer Absage an das nationale Selbstverständnis der DDR als deutscher Staat gleichzusetzen.[299)]

In der Argumentation hinsichtlich der Einflußnahme auf die westdeutsche Öffentlichkeit und das Bewußtsein der Arbeiterklasse sind dabei zwei Bestimmungen zu unterscheiden: daß direkt und indirekt eingewirkt werden soll. Die erste direkte Form der Einwirkung besteht darin, die Überlegenheit der DDR-Vertreter in internationalen und innerdeutschen Sporttreffen als Ausdruck der Überlegenheit des gesamten Systems zu fassen. Dies soll keineswegs in der kurzschlüssigen Weise geschehen, von Sieg auf Überlegenheit, d.h. vom sportlichen Erfolg auf eine generelle gesellschaftliche Dominanz zu schließen. Die Sportsiege sollen vielmehr als Ausdruck einer Reihe von organisatorischen, produktionstechnischen, psychologischen und sozialen Faktoren erklärt und so nicht selbst Argument, sondern Ausgangs-

punkt der Argumentation werden. In der so beschriebenen Aufgabenstellung wird der Zusammenhang von Ökonomie und Sport reflektiert, daß breiter sportlicher Erfolg, ein hoher Leistungsstand der Spitze und die Mobilisierung der Massen für körperliche Betätigung in der Freizeit, an einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivität gebunden sind. Die Forderungen der politischen Führung an alle Sportler der DDR, der westdeutschen Arbeiterklasse auf ihrem Sektor den Weg zum Sozialismus zu weisen, ging daher immer mit den Aufrufen parallel, die westdeutsche Volkswirtschaft einzuholen und zu überholen. Daß die Sportplanung besonders in den Perioden an dem gesamtdeutschen Ziel orientiert wurde, als die gesamte staatliche Planung auf das Überholen der Bundesrepublik ausgerichtet war - nach der 2. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12.7.1952 und in der Etappe des Siebenjahresplans ab 1959 -, verweist darauf, daß die Propagierung dieser ersten Form der Einwirkung eine wesentliche auf die DDR selbst gerichtete Bedeutung hatte. In der Agitation für den Sieg in Sport und Wirtschaft sollte offensichtlich die Mobilisierung nationaler Tendenzen in der Masse der Sportler ein zusätzliches Stimulans darstellen. Davon zeugt die folgende Aussage Hoffmanns: " Die Deutsche Demokratische Republik wird durch gesteigerte Leistungen und Erfolge unserer Werktätigen auf allen Gebieten des Lebens zum großen Beispiel für ganz Deutschland und zeigt allen friedliebenden Deutschen die Perspektiven, die sich unseren Völkern in einer Gesellschaftsordnung eröffnen, die den schöpferischen Kräften der übergroßen Mehrheit des Volkes Wirksamkeit verleiht und den Werktätigen ein Leben nach ihren Fähigkeiten und Leistungen sichert. Ein Gleiches gilt von der Körperkultur, von den auf diesem Gebiet erreichten Leistungen, von unseren nationalen und internationalen Erfolgen bei sportlichen Wettkämpfen." [300]

Hoffmann verbindet unmittelbar den Auftrag, die DDR aufzubauen mit der nationalen Orientierung, den Sport mit der Ökonomie. Das eigentliche Bemerkenswerte an dieser Aussage ist jedoch, daß sie im Juli 1953 veröffentlicht wurde, zu einem Zeitpunkt also, da der Widerstand der Arbeiter gegen die rigorosen Normerhöhungen de facto das Entwicklungskonzept der SED destruiert und sich im Aufstand vom 17.6.1953 die nationale Emotion gegen, statt für die Stärkung der DDR geltend gemacht hatten.

Wie dieser erste endete auch der zweite Versuch, die Defizite gegenüber dem Westen in kurzer Zeit aufzuholen, der Siebenjahresplan von 1959, am

Widerspruch der Bevölkerung, der sich in der Fluchtbewegung geltend machte und zur Abriegelung Ost-Berlins am 13.8.1961 führte. Damit war auch jede Grundlage einer Agitation der westdeutschen Arbeiterschaft über das direkte Beispiel der DDR zerstört. Die Effizienz der politischen Werbung durch den Sport, die ohnehin niedrig anzusetzen ist gegenüber den anderen, ökonomischen und sozialen Indikatoren des Entwicklungsstandes eines Staates oder Systems, beruht auf direkter Vergleichung und einer dem Sportvergleich folgenden politischen Erläuterung der allgemeinen Bedingungen des sportlichen Erfolgs. Durch die Errichtung der Mauer war diese Form der Agitation nicht mehr möglich. Die, etwa bei den Olympiaausscheidungen zustandegekommenen, Begegnungen der Sportler auf höchster Ebene waren von vornherein durch die erbitterte Konkurrenz und die emotionale Solidarisierung mit den eigenen Athleten ungeeignet, einen positiven politischen Ansatzpunkt abzugeben. Die direkte Einwirkung hat damit keine akute Bedeutung mehr.

Die indirekte Beeinflussung der Gesellschaft der BRD durch die Existenz der DDR als reale politisch-systemare Alternative gilt dagegen auch über die Spaltung in zwei praktisch kommunikationslose Staaten hinaus, da sie einer Vermittlung aus der DDR heraus nicht bedarf. Was unter indirekter Beeinflussung zu verstehen ist, sei hier anhand eines Aufsatzes von Steinhaus erläutert, der unter bezug auf entsprechende Äußerungen westdeutscher und DDR-Autoren zu dem Schluß kommt, die bloße Existenz des Staates DDR habe die Kampfbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse verbessert, denn sie beinhalte " die Gefahr, daß dieser im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung zu einer gesellschaftlichen Alternative werden konnte. Diese Möglichkeit schränkte die politische und sozialökonomische Manövrierfähigkeit der Großbourgeoisie auch innerhalb Westdeutschlands ein."[301] Indirekt kann die Beeinflussung demnach insofern genannt werden, als sie keine besondere Aktivitä der SED außerhalb des Hoheitsgebiets der DDR erfordert. Vielmehr ist es gerade die Selbstbeschränkung auf die eigenen Möglichkeiten und die Ausrichtung an den immanenten Bedingungen statt der Orientierung auf die überlegene Bundesrepublik, die das Spezifische der gesellschaftlichen Entwicklung im Osten Deutschlands zu einer realen Alternative macht. Bezogen auf die Organisation des Sports hieße das, je weniger fremdbestimmt die Leistungsanforderungen in der Breite und Spitze waren, je stärker die besonderen Bedingungen und Traditionen in der DDR

anstelle der von der Bundesrepublik vorgegebenen Leistungsnormen zum Maßstab der Planung wurde, desto mehr entwickelte sich ein eigenständiges DDR-Sportsystem, das schließlich auch in der Bundesrepublik bestimmte Strukturveränderungen bewirkte.
Steinhaus konstatiert eine indirekte Einwirkung derart, daß die Existenz der sozialistischen DDR positiv die Durchsetzungsfähigkeit sozialökonomischer Forschungen der Gewerkschaften beeinflusse. Sie wirke gleichsam als " dritte Tarifpartei " [302], indem sie die Bereitschaft der Kapitaleigner zu Kampfmaßnahmen beeinträchtigte und die Position der Arbeitnehmer stärke. Seine Argumentation ist hinsichtlich der Beeinflussung der Ökonomie durch die politische Auseinandersetzung der Systeme deswegen fraglich, weil er von einer Dominanz der Staatstätigkeit gegenüber den immanenten Entfaltungsmöglichkeiten einer kapitalistischen Wirtschaft ausgeht, ohne diese Behauptung zu begründen. Die von ihm genannten Beispiele belegen das keineswegs. [303] Am Sport läßt sich diese Argumentation dagegen unmittelbar nachvollziehen. Strukturell-organisatorische Reformen, private und staatliche Hilfsmaßnahmen für den Breiten- und Leistungssport der BRD verdanken sich entscheidend der Konkurrenz zwischen beiden Staate, genauer den zunehmenden Erfolgen von DDR-Athleten über ihre westdeutschen Konkurrenten. Knecht beschreibt dies wie folgt: " Die Angst vor weiteren Prestigeverlusten vermittelte stärkere Antriebsmomente, als es vorher alle noch so klugen Postulate vermocht hatten." [304] Die Wirkung der DDR-Erfolge auf die westdeutsche Öffentlichkeit war die, daß die Notwendigkeit zu vermehrter Sportförderung allgemein akzeptiert wurde. Sie vertieften gleichzeitig die Entfremdung zwischen den Menschen, indem sie die Beziehung zueinander als eine Konkurrenzbeziehung offenbarte. Die durch die augenscheinliche Überlegenheit der ostdeutschen Sportbewegung initiierte Modernisierung der Planungs- und Leistungszentren für den Spitzensport, die Verwissenschaftlichung der Förderungsmethoden, auch die Intensivierung des Breitensports wurden in der westdeutschen Öffentlichkeit nicht als positive Wirkung des Systemwettbewerbs, sondern als Bewältigung einer im Kern sportfeindlichen Herausforderung rezipiert. [305] Die indirekte Beeinflussung des westdeutschen Sports durch die SED ist nicht bezweifelbar. Die öffentliche Reaktion erweist sie aber als ein untaugliches Mittel nationaler Propaganda der DDR. Die Erfolge der DDR-Athleten über BRD-Sportler führten zu dem Resultat, daß

interessierte Organisationen und Presseorgane ein auf die Bundesrepublik bezogenes Nationalbewußtsein mobilisierten, um die gesellschaftliche und finanzielle Position der westdeutschen Sportbewegung zu stärken. Insbesondere die Berichterstattung der auflagenstarken Boulevardpresse hat den Gedanken der nationalen Konkurrenz und damit das Zwei-Staaten-Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gefördert.[3o6)] Indem sie die latente Abneigung weiter Bevölkerungsschichten gegen die SED-Regierung und kommunistische Politik überhaupt gerade auch gegen die DDR-Sportler kehrte, verstärkte sie die Tendenz zu einem autarken gesellschaftlichen Bewußtsein und zur Abgrenzung von den im Herrschaftsbereich der SED verbleibenden Deutschen. Andererseits gab sie so der Staatsführung in Ost-Berlin die Gelegenheit, den berechtigten Stolz der DDR-Bevölkerung auf ihre Sportler als die Repräsentanten ihrer eigenen Leistungsfähigkeit zur Popularisierung und der autonomen Ausgestaltung des zweiten deutschen Staaten zu nutzen.[3o7)] Die Niederlagen der BRD-Athleten und die Reaktionen der westdeutschen Presse waren für die Journalisten der DDR das beste Material zur Abgrenzung der beiden deutschen Staaten.[3o8)]
Die Aktualisierung eines Nationalgefühls in der Bundesrepublik, die Nutzung der integrativen Kraft des Sports zur Konsolidierung der gesellschaftlichen Strukturen und zur Stimulierung eines neuen Selbstbewußtseins der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs - Winkler behauptet, daß der Sieg einer westdeutschen Elf bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 mehr zur Entwicklung eines BRD-Nationalgefühls beigetragen habe als das letztlich aus dem Eingriff der USA resultierende ' Wirtschaftswunder '[3o9)] - wirkte notwendig desintegrativ auf das Verhältnis zwischen den Menschen in der Bundesrepublik und der DDR.[31o)] Das Zusammentreffen der Sportler und der Schlachtenbummler aus beiden Teilen Deutschlands während der Olympischen Spiele von 1972 und der Fußballweltmeisterschaft von 1974 machte den Grad der Entfremdung evident: die nicht überbrückbare Distanz zwischen der alltäglichen Erfahrung und Gewohnheiten ebenso[311)] wie die kalkulierte Abgrenzung der Westdeutschen von den Ostdeutschen in der Sportberichterstattung, wobei sich die Boulevardzeitung ' Bild ' entgegen dem offiziellen Kurs ihres Verlegers besonders hervortat: " Gerade Springer, der immer ' von einer unteilbaren Nation' usw. spricht, läßt die ' Sogenannten ' zum Phänomen werden, wenn er nach acht DDR-Goldmedaillen Heide Rosendahl als

' Schlager der Nation ' feiert, nachdem sie erstes Gold für die westlichen Deutschen errungen hat." 312)

5. DIE INNERGESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER SPORTBEWEGUNG

5.1. ZUR INNERPOLITISCHEN BEDEUTUNG DES SPORTS FÜR DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Wir haben bisher die außenpolitische Bedeutung der Sportbewegung, ihre Rolle bei der Ansprache der westdeutschen Bevölkerung durch die SED und die desintegrative Wirkung der sportlichen Konkurrenz als Element der Systemkonkurrenz auf das Bewußtsein der nationalen Einheit thematisiert und dabei festgestellt, daß der eigentliche politische Effekt gering ist. Um die Funktion des Sports richtig zu erfassen, reicht dies nicht aus, vielmehr muß die nach innen gerichtete Intention dazu angesprochen werden. Wenn die Staatsführung der DDR und die SED unter den äußerst schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit und trotz der permanenten Mittelknappheit diesen unmittelbar unproduktiven gesellschaftlichen, kulturellen Bereich über das normale Maß hinaus förderte und ihn durch ein dichtes Netz von Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, durch die Errichtung eigener wissenschaftlicher und technischer Institutionen und unter unmittelbarer Kontrolle der höchsten Staats- und Parteiorgane zu einen der effektivsten Sektoren der DDR-Gesellschaft, den DTSB zu einer der leistungsfähigsten Sportbewegung der Welt, ausbaute, dann resultiert das aus der Absicht, die eigene Herrschaft vermittels der Sporterfolge zu legitimieren. Diese Herrschaft ist brüchig - dies zeigte sich im Arbeiteraufstand des Juni 1953, in der Fluchtbewegung und in der fortdauernd notwendigen Abriegelung der Grenze gegen den Westen. Die Instabilität basiert auf der zunächst deutlichen ökonomischen Unterlegenheit gegenüber der BRD, deren Gründe den Wenigsten unmittelbar einsichtig waren und von einer unglaubwürdigen Propaganda eher verschleiert als erhellt wurden. Sie ist eine Konsequenz der Repression bei der Durchsetzung der grundlegenden sozialen Veränderungen. Ihre Herrschaft zu stabilisieren heißt für die SED, durch den exemplarischen Nachweis der Funktionstüchtigkeit, der Effizienz und der positiven Entwicklungstendenzen des sozialistischen Gesellschaftsystems sie zu legitimieren. Der Sport ist dieses Exempel. An ihm soll sich erweisen, daß die ökonomischen und politischen Strukturen der eigenen sozialen Ordnung denen der Bundesrepublik überlegen sind und für jeden Bürger und die Gesellschaft als Ganze eine größtmögliche Selbstentfal-

tung garantieren. Die grundlegenden Prinzipien der Ökonomie und der politischen Leitung müssen sich demnach in der Sportbewegung wiederfinden und als Ursache der hohen Leistungsfähigkeit erkennbar sein.

5.1.1. DAS PRINZIP DES DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus leitet sich her aus den Grundsätzen der Organisation einer Kaderpartei, die Lenin für die KPR (B) entwickelte.[313] Dieses Organisationsprinzip besagt, daß alle Parteiorgane von unten nach oben demokratisch gewählt werden, daß die gewählten Organe gegenüber ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind, andererseits Beschlüsse höherer Organe für untergeordnete unbedingt verbindlich und in strafer Disziplin durchzusetzen sind.[314] Faktisch bedeutet es die Zentralisierung des politischen Willens und der Entscheidungskompetenz beim höchsten Parteiorgan bzw. dem Sekretariat und eine von ober nach unten gehende Ausführungskontrolle. Die Übertragung dieses Organisationsprinzips auf alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft setzt als objektive Bedingungen voraus, daß die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion in einer Weise organisiert ist, die zentrale Planungs- und Leitungsformen möglich machen, daß also Privateigentum als Schranke staatlicher Gesamtplanung aufgehoben ist. Andererseits soll die zentrale staatliche Planung und Kontrolle des Wirtschaftsprozesses das Auseinanderfallen der Interessen verhindern, Tendenzen der Subsidiarität unterbinden und die partikularen Entscheidungen untergeordneter und lokaler Instanzen in den gesamtgesellschaftlichen Rahmen einbinden. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus ist so die adäquate Durchsetzungsform der auf dem Anspruch einer wissenschaftlichen Erkenntnis objektiver Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen, ökonomischen Entwicklung begründeten Politik der SED. " Sein politischer Inhalt ist die Verbindung von sozialistischer Staatsmacht, von gesellschaftlichem, sozialistischem Gesamtinteresse mit der politisch bewußten Aktivität der Massen für den Sozialismus. Er bringt die Einheit von zentraler staatlicher Planung und Leitung der Gesellschaft und demokratischer Eigeninitiative der Werktätigen, ihrer Betriebskollektive sowie der örtlichen Volkvertretungen zum Ausdruck." [315] Die Konsequenzen dieser Planungs- und Durchsetzungsform reichen weit: Sie hebt nicht nur die Verfügungsgewalt individueller Eigentümer über Produktions-

mittel auf, selbst da, wo sie überhaupt noch bestehen, sie schränkt darüber hinaus auch diejenigen liberalen Freiheitsrechte ein, die sich aus der Stellung des unmittelbaren Produzenten als freier Verkäufer der Ware Arbeitskraft ergeben: Freizügigkeit, die freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Streikrecht - Freiheitsrecht, die auf der Stellung des Arbeiters als gleichberechtigtem Konkurrenten des Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt basieren und die mit der partiellen Aufhebung des Marktmechanisumus selbst partiell aufgehoben werden. Die Aufhebung dieser Freiheit ruft solange den entschiedenen Widerstand der Arbeitenden hervor, wie sie nicht als notwendige Voraussetzung einer besseren Wirtschaftsordnung nachgewiesen und bewußt gemacht wird, sondern nur als repressive Beschränkung der Entwicklungsfähigkeit des Einzelnen erfahren wird.
Daraus folgt, daß die Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Richtigkeit solch einschränkender Maßnahmen ständig nachzuweisen ist.
Der Sport ist der Bereich, in dem durch das deutliche Überholen der Bundesrepublik der Nachweis der Effizienz zuerst gelungen ist.
Die Sportbewegung ist wie alle Massenorganisationen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert. Der DTSB ist der Verwaltungsgliederung des Staates analog regional in Bezirks- und Kreisverbände gegliedert, fachlich in Fachverbände. Die Grundeinheiten, Sportklubs, Betriebssportgemeinschaten, Hochschulsportgemeinschaften, Armeesportgemeinschaften usw., erfassen in ihren verschiedenen Sportsektionen die Sportarten vor allem im Breiten- und Jugendsport. Der Leistungssport wird daneben in besonderen Einheiten gefördert. Durch Wahlen in den Grundeinheiten werden auf Vorschlag der jeweiligen Sekretariate und übergeordneten Leistungen die Präsidien der Regionalorgane gebildet, die ihrerseits den Bundesvorstand, das Präsidium und die zentrale Revisionskommission des DTSB ernennen. Die organisatorische Leitung obliegt dem Sekretariat des Präsidiums, das sowohl gegenüber den Regionalverbänden wie den Fachverbänden gegenüber die Weisungsbefugnis des Präsidiums gewährleistet.
Dem Präsidium des DTSB stehen auf staatlicher Ebene das Staatssekretariat für Körperkultur und Sport beim Ministerrat, von Seiten der SED die Abteilung Sport des Zentralkomitees zur Seite, so daß in einer beinah idealtypischen Weise im Sport die Dualität und das Ineinandergreifen von Partei und Staat erscheint. Durch diese Organisationsform wird gewährleistet, daß alle vom DTSB erfaßten auf dem Gebiet des Sports tätigen Organe direkt

oder indirekt nach Maßgabe der Zielvorstellungen der SED geleitet und durch die finanzielle und gesetzgeberische Absicherung durch den Staat zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben befähigt werden. Die Erfolge der Sportbewegung können dann aber auch als Ausdruck der Vernünftigkeit des demokratischen Zentralismus als Leistungsprinzip und als Nachweis seiner Adäquatheit zu den gesellschaftlichen Aufgaben gewertet, die Leistungsfähigkeit als Ausdruck richtiger Nutzung der gesellschaftlichen Ressourcen und der Planbarkeit sozialer Systeme ausgegeben werden. [316]
Wenn die Zentralisierung der Tätigkeit der Staatsorgane wie der Massenorganisationen nicht zu völliger Passivität und Lähmung des gesellschaftlichen Fortschritts führen soll, dann muß sie sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit als notwendig und erfolgreich verankern. Die souveräne Stellung der SED gegenüber dem Staat und der Gesellschaft, die Hüttenberger so bezeichnet, daß sie den gesamten sozialen Prozeß mit der Zielrichtung der Umgestaltung der Gesellschaft steuert [317], birgt für sie die Gefahr, daß jeder Mißerfolg, ungeachtet seiner realen Gründe, als generelles Versagen dieser Leitungsstruktur interpretiert wird. Andererseits signalisieren die Erfolge im Sport, daß die sozialistische Ordnung langfristig zu positiven Resultaten führt, und tragen auf ihre Weise dazu bei, ausgleichend zwischen einer als repressiv rezipierten zentralen Planungs- und Leitungstätigkeit und dem subjektiven Anspruch auf individuelle Entfaltung und Selbstbestimmung zu vermitteln. Die Zentralisierung der Entscheidungskompetenz weist sich darin als die notwendige Form aus, in der die Entwicklung der Gesellschaft als geplante Entwicklung vorangetrieben werden muß, die Planung als die Garantie langfristiger Erfolge.

5.1.2. DIE ZENTRALE PLANUNGSTÄTIGKEIT

In einer Würdigung des DDR-Sports schreibt Knecht: " Hätte der von einer der Bundesrepublik ökonomisch unterlegenen Staatswirtschaft abhängige DDR-Sport - ebenfalls beeinflußt von mangelhafter Gesamtverantwortung der nur Teilsysteme begünstigenden Fachverbandsvertreter - das ihm zur Verfügung stehende Geld nach einem ähnlichen Gießkannenprinzip ausgeschüttet (wie der westdeutsche, der Verf.), es würde kein ' Sportwunder DDR ' geben." [318] Die von Knecht konstatierte ökonomische Unterlegenheit der DDR ist nicht zu leugnen, die Mittel der westdeutschen Gesellschaft zur

Bewältigung kultureller Aufgaben erheblich größer. Aus einem bloß quantitativen Vergleich heraus ist nicht begründbar, wieso der DDR-Sport dennoch den höheren Standard erreicht. Konsequent führt Knecht dafür die qualitative, systemare Differenz an, Gesamtverantwortung der Vertreter der einzelnen Sparten und rationale Verwendung der begrenzten Ressourcen. Damit stellt er selbst ein vorhergehendes Postulat in Frage, das der ' unterlegenen Staatswirtschaft '. Insofern Wirtschaft als Einheit der quantitativen und qualitativen Faktoren zu fassen ist, was Knecht im Begriff ' Staatswirtschaft ' auch tut, scheint die Überlegenheit im Sport der Ausdruck höherer Rationalität einer planwirtschaftlichen gegenüber einer in den Formen der Konkurrenz sich vollziehenden Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel. Das von Knecht negativ,in der Form der Bezeichnung der grundlegenden Mängel des DSB, als Grund angeführte Moment der Übereinstimmung von Gesamtplanung und Entwicklung im Detailbereich ist dasjenige, das von DDR-Autoren als Spezifikum ihrer gesellschaftlichen Ordnung begriffen wird: " Wenn die Entwicklung von Körperkultur und Sport im allgeimeinen und des Leistungssports im besonderen mit sozialer Planung in Verbindung gebracht wird, so gebietet die historische Wahrheit, darauf hinzuweisen, daß noch vor wenigen Jahren die bürgerliche Sporttheorie den gesellschaftlichen Sinn und die Realität solcher Planungen im Sozialismus negiert und als ' autoritären staatlichen Eingriff ' in den angeblich wertfreien und unpolitischen Sport diskreditiert hat." [319] Mit dieser Äußerung bezieht sich Erbach auf die westdeutschen Kritiker, die, wie Knecht, das spezifische Element der Sportentwicklung, die prognostische Bestimmung der Kapazitäten und zentrale Erfassung der Leistungsdaten sowie die Verteilung der Mittel nach ökonomischen Prinzipien, als ein äußerliches Übertragen sportfremder Kategorien auf den Sport, nicht als ein systembedingtes immanentes Verfahren begreifen. Erbach kennzeichnet es dagegen in dieser Weise und erhebt darüber hinaus den Anspruch, daß der Sport Symbol für die Prinzipien der Gesamtgesellschaft ist: " In der Planung und Leitung solcher komplexen gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse wie der des Sports, besonders des Hochleistungssports, werden soziale Grundpositionen deutlich, die einen Einblick in die Sozial- und Machtverhältnisse geben." [320]

Nach Erbachs Auffassung werden im Leistungssport insbesondere zwei Fakto-

ren der sozialökonomischen Grundstrukturen sichtbar, die " Entwicklung und Reife der gesamtgesellschaftlichen Planung " und als Grundlage dafür " die Beherrschung der qualitativen Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution ". [321)]

Er unterscheidet zwischen der langfristigen Konzeption, die Bereiche des Kinder- und Jugendsports, des Breitensports wie die Förderung von Leistungssportlern über längere Zeiträume hinweg, die vor allem Maßnahmen im Bildungsbereich erfordern, und dem Jahresplan, der vorwiegend die Erstellung der notwendigen personellen, materiellen und finanziellen Bedingungen der sportlichen Betätigung zum Inhalt hat. Solche Planung kann effektiv nur möglich sein, wenn sie auf detailliertem Wissen über die Anzahl der Sporttreibenden, das Niveau der sportlichen Betätigung und die dafür notwendigen Anlagen beruht. Dazu müssen wissenschaftlich begründete Vorgaben über die technische und personelle Entwicklung gemacht und ihre Durchsetzung ohne wesentliche Reibungsverluste gesichert werden. Diese zentrale, wissenschaftlich fundierte Leitung des Sports ist für Erbach nur in der Form des ' demokratischen Zentralismus ' möglich: " Es entspricht einem Grundprinzip der sozialistischen Demokratie, daß die Sportler es selbst sind, die ihre Pläne, ihre Vorhaben für die weitere Gestaltung des Sporttreibens erarbeiten, beraten, verabschieden und schließlich realisieren. Daraus entstehen schöpferische Initiative und Bereitschaft zur Mitarbeit, die in der Leitung, Planung und Gestaltung von Körperkultur und Sport zum Ausdruck kommen. Diese Planung auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport verbindet daher wenige zentrale und einheitliche Vorgaben mit einer breiten Initiative der Sportler in den volkseigenen Betrieben, Städten und Gemeinden, so daß überall bei Verwirklichung der gemeinsamen Grundlinien die differenzierten Interessen, Traditionen und Bedingungen für das Sporttreiben Berücksichtigung finden." [322)]

Die Aussagen Erbachs bringen deutlich zum Ausdruck, warum der Bereich Sport als Modellfall des Planungsprozesses gelten kann. Die Organisationsstruktur des DTSB sichert, daß die Vorgaben der höchsten Organe des Sports hinsichtlich der Verteilung der im Staatshaushalt vorgesehenen Mittel und der von der SED gesetzten gesellschaftliche Prioritäten verwirklicht werden.

Die unmittelbare Interessiertheit der Betroffenen und die in der Natur des Sports liegende dezentralisierte Durchführung des Sportbetriebs er-

möglichen andererseits eine breite Eigeninitiative und Selbstregulierung in den unteren Organen, so daß die in der Theorie als gleichwertig behaupteten Planungsmomente einen gleichermaßen wichtigen Raum einnehmen, den sie im ökonomischen Prozeß nicht haben. Der Sportplanung fällt also die Aufgabe zu, die Kriterien und Durchführungsbedingungen des Plans zu popularisieren, da ihr als einem Phänomen des gesellschaftlichen Überbaus weder die Schwierigkeit materiell-technischer Art noch die Interessengegensätze zwischen den Planungsstäben und den unmittelbaren Produzenten entgegenstehen, sie wohl aber die gleiche allgemeine Struktur aufweist wie die Wirtschaftsplanung. Gleichzeitig ist die Übernahme von Methoden aus der materiellen Produktion, Ermittlung von Arbeitsnormen, Grad der Ausnutzung produktiver Anlagen, so auch die Übertragung der Multimomentmethode auf das Training der Athleten [323] einer der wichtigsten Gründe für den Aufschwung des DDR-Leistungssports.

5.1.3. DIE NUTZUNG WISSENSCHAFTLICHER ERKENNTNISSE

Die exakte Planung und Durchführung einer sportlichen Hochleistung wie die Ausweitung und Intensivierung der sportlichen Betätigung insgesamt setzt intensive wissenschaftliche Arbeit voraus: Kenntnis der momentanen Ausgangsbedingungen, der personellen und materiellen, ständige Verbesserung der Trainingsmethoden und Sportmaterialien, Verbreitung des Wissens durch quantitative und qualitative Intensivierung der Sportlehrerausbildung und die möglichst rasche Umsetzung sportwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis: " Praxiswirksamkeit und Effektivität sind entscheidende Kriterien für den Wert und die Anerkennung der sportwissenschaftlichen Forschung, Lehre und Erziehung der Sportkader. Gemeinschaftsarbeit und Eigeninitiative prägen die sozialistischen Beziehungen der Sportwissenschaftler, Sportärzte, Studierenden, Sportlehrer, Trainer, Sportfunktionäre und Sportler...
Prognostisches Denken und wissenschaftliche Leitungstätigkeit sind unabdingbare Voraussetzungen, um den Verlauf der sportwissenschaftlichen Forschung zu sichern, wissenschaftliche Grundlagen für die weitere Gestaltung der Planung und Leitung des Systems der Körperkultur zu erarbeiten und verantwortlich an der Lösung der Aufgaben mitzuwirken." [324] Das zentrale Institut der Sportwissenschaft ist die Deutsche Hochschule für

Körperkultur (DHFK) in Leipzig, eine in ihrer Art in der Welt einzigartige Einrichtung, die man wohl als die bestfunktionierende integrierte Gesamthochschule bezeichnen kann. An den rund 2o Instituten, neun Spezialsporthallen, in den Laboratorien und medizinischen Einrichtungen sowie in den technischen Werkstätten erarbeiten Wissenschaftler aus so verschiedenen Disziplinen wie Soziologie, Geschichte, Psychologie, Biomechanik, Bewegungslehre, Sportpädagogik, Sportmedizin, Physik und Chemie zusammen mit dem technischen Personal und den aktiven Sportlern und Trainern an dem Produkt ' Hochleistung '. Dabei geht es hauptsächlich darum, die vorhandenen Informationen über die Leistungsfähigkeit und -entwicklung eines Sportlers zu sammeln und auszuwerten, neue Erkenntnisse über die Verbesserung der materiellen Bedingungen und körperlichen Voraussetzungen der Leistungssportler zu gewinnen und sie in möglichst kurzer Zeit in meßbare Erfolge umzusetzen. Da der Staat einerseits die dazu notwendigen Mittel in offenbar ausreichendem Maß gewährt, andererseits die zentrale Planungs- und Weisungsbefugnis die Möglichkeit absichert, über längere Zeit hindurch ein Programm durchzuführen und die Sportler in dieser Zeit an der DHFK oder in einem Leistungszentrum zusammenzufassen, sind die besten äußeren Voraussetzungen gegeben: Unter diesen Umständen kann sich auch das Kommunikationssystem innerhalb des Hochschulkomplexes optimal entfalten: Die Erfolge der DDR-Athleten sind zu allererst das Produkt dieser hohen Wissenschaftlichkeit, die Knecht zu Recht die " Basis der sozialistischen Körperkultur " nennt. [325] Wissenschaftlichkeit wird in der DDR-Literatur als ein entscheidender Faktor in der Gesellschaftsentwicklung bezeichnet, wobei sie nicht als eine gesellschaftliche entwickelte Fähigkeit des Gesamtarbeiters, d.h. an den Menschen gebundene Entwicklung der Produktivität der Arbeit, sondern als eine objektive, selbständige Produktivkraft unterstellt wird. Die Herausbildung der ' Produktivkraft Wissenschaft ' im Sozialismus gilt als ein entscheidender Faktor der Überlegenheit der sozialistischen Ökonomie über die kapitalistische - die auf Wissenschaft gründenen Sporterfolge als ein spezifischer Ausdruck der entwickelteren gesellschaftlichen Ordnung -, die sich langfristig erweisen soll: " Die Wissenschaft entwickelt sich in der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft immer mehr zu einer Produktivkraft. Gesicherte Kenntnisse und Erkenntnisse sind eine Anleitung zum Handeln, sie helfen mit, die Gesetzmäßigkeiten zum Wohle

der Menschen in der gesellschaftlichen Praxis durchzusetzen. Wissenschaftliche Grunderkenntnisse für die Entwicklung der Körperkultur werden durch die Gesellschaftswissenschaften (Philosophie, Geschichte, Pädagogik u.a.) und die Naturwissenschaften (Biologie, Physik, Chemie, Medizin u.a.) vermittelt ... Erkenntnisse der Wissenschaften, insbesondere der Sportwissenschaften, fördern und bestimmen in zunehmendem Maße die Gesamtentwicklung der Körperkultur." [326]

5.1.4. DAS PRINZIP DER MATERIELLEN INTERESSIERTHEIT

Die sportliche Höchstleistung ist wie das industrielle Produkt das Ergebnis kollektiver Tätigkeit von Wissenschaftlern, Technikern und Sportlern. Die Integration der Detailarbeiten hat als Resultat die subjektive Spitzenleistung, sie bildet die Grundlage, auf der sich ein hoher Standard einzelner Sportler und Sportarten entwickelt. Der gemeinsame Zweck, die Leistungsfähigkeit eines bestimmten Athleten zu einem bestimmten Zeitpunkt, der Erfolg, wird in langfristiger, sorgfältig geplanter und kontrollierter Einzelarbeit angestrebt und kooperativ verwirklicht. Der hohe Entwicklungsstand der DDR-Sportbewegung ist dieser bewußten Zusammenarbeit zu verdanken. Er beweist, daß insbesondere an der DHFK in Leipzig das Ziel der von 1966 an betriebenen Hochschulreform verwirklicht ist, " Lehre und Forschung entsprechend den Bedürfnissen der Volkswirtschaft, der Wissenschaften und der gesellschaftlichen Entwicklung so zu konzentrieren und zu profilieren, daß ein wissenschaftlicher Vorlauf für die Volkswirtschaft geschaffen wird, produktiv zu nutzende Forschungsergebnisse schnell zur Verfügung stehen und sozialistische Kader ausgebildet werden, die über breite wissenschaftliche Grundlagenkenntnisse verfügen, schnell wirksam werden und schöpferisch arbeiten können." [327]
Die kollektive Arbeit ist die Basis der Hochleistung, doch bleibt diese gebunden an den einzelnen Sportler, seinen Einsatz, seinen Willen und seine Motivationen. Die subjektive Verwirklichung des objektiv Möglichen macht erst die Wirksamkeit des Sports für innen- wie außenpolitische Zwecke aus. Die Stimulierung des Einzelnen durch eine besondere Honorierung der von ihm erbrachten Leistung ist gleichsam das zweite Bein, auf dem die Sportbewegung steht: sein Interesse an einer möglichst raschen und reibungslosen Umsetzung des theoretisch Erkannten in die Pra-

xis. Die Honorierung heißt in der Sprache der DDR-Ökonomie Verwirklichung des Prinzips der materiellen Interessiertheit. Auch dieses Prinzip ist weder dem Sport spezifisch noch ein ihm äußeres Prinzip. Die Anerkennung für sportliche Leistung, der Preis für den Sieg, hat schon in der Antike einen handfesten materiellen Charakter. Die im Amateurgedanken des modernen Olympismus erscheinende Bestimmung des Sports als einer sich selbst genügenden, zweckfreien körperlichen Übung ist nicht originär olympisch, sie beruht viel mehr auf der sozialen Verfassung Englands im frühen 19. Jahrhundert, dessen sporttreibende Aristokratie die Exklusivität ihrer Freizeitbeschäftigung absicherte, indem sie das Geldnehmen verbot. [328] Tatsächlich ist der Spitzensport heute ohne die Bereitstellung erheblicher finanzieller Mittel unmöglich und jeder Leistungssportler nur dann in der Lage, das höchste Niveau zu erreichen, wenn er den Sport wie einen Beruf betreibt. Die Sportbewegung der DDR geht bewußt von dieser Tatsache aus, indem sie den Athleten in besonderer Weise fördert. Durch ein nach Leistungsstufen gegliedertes Kadersystem wird ihm ermöglicht, ohne Einkommensverluste den größten Teil des Tages, in der höchsten Stufe ganztägig, zu trainieren und sich auf eine berufliche Tätigkeit nach Abschluß der Sportkarriere vorzubereiten. Diese Priviligierung wird noch verstärkt durch ein Prämiensystem, das für bestimmte Leistungen eine bestimmte Geldsumme auslobt. [329] Der Leistungssportler hat also ein unmittelbares materielles Interesse an der erfolgreichen Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse. So verwirklicht er mit seinem subjektiven Zwecke zugleich die Ziele der Sportpolitik, genauer der Politik mit dem Sport. Das Prinzip der materiellen Interessiertheit als Steuerungs- und Stimulationsmittel ist ein durchgängiges Prinzip der DDR-Ökonomie und Gesellschaft. Die Honorierung einzelner Taten soll eine Übereinstimmung gesellschaftlich gesetzter Ziele mit subjektiven Interessen von Gruppen, Kollektiven und Individuen bewirken, zwischen den subjektiven und objektiven Bedürfnissen vermitteln und so die Entwicklung des Staates und der Gesellschaft befördern, ohne daß die Leitung durch die SED als unmittelbare Machtausübung deutlich wird: " Indem die Gesellschaft die gesellschaftlich-produktiven Leistungen jedes ihrer Glieder materiell anerkennt, werden ihr Leistungswille gefördert sowie die moralisch-ideologischen Motive ihres sozialistischen Handelns." [330] Materiell ist hier nicht einfach in dem Sinne von Geldleistung zu verstehen. Es werden vielmehr andere

Formen der Anerkennung, der Beförderung und Ehrung ebenso genutzt. Für die Sportler gilt, daß neben den Geldzuwendungen, wie sie auch im Westen üblich sind, die Chance einer beruflichen Qualifikation erhalten, eine soziale Aufstiegsmöglichkeit, die nach den Aussagen in die Bundesrepublik übergewechselter DDR-Sportler gleichrangig neben der Prämierung in Bargeld steht. Für die verantwortlichen Funktionäre des DTSB, für die Strategie der SED, mit Hilfe der Sportler ihre Politik zu popularisieren, ist die zweite Komponente die eigentlich relevante, weil die soziale Absicherung, obgleich wesentlich teurer als die direkte Honorierung, die Sportler langfristig an das System bindet und auch zukünftig für eine positive Beziehung auf die SED-Politik spricht. Dies ist gerade dann wichtig, wenn diese Sportler nach Beendigung ihrer Karriere ihrerseits als Kader und Trainer für Jugendliche tätig werden. Die Trainer, als die für den Entwicklungsgang eines Sportlers umfassend verantwortliche Kader, werden daher zu größter Aufmerksamkeit nicht allein hinsichtlich des sportlichen, vielmehr auch des beruflichen Werdegangs der Aktiven angehalten. [331)]

5.1.5. DIE SPORTLER ALS BEISPIEL FÜR DIE JUGEND

Der sportlich und beruflich erfolgreiche Athlet soll exemplarisch für die Jugendlichen die Perspektiven vorführen, die der sozialistische Staat dem leistungsfähigen und leistungswilligen Bürger eröffnet.
" Der Sport gehört bei der DDR-Jugend nicht nur zu den am höchsten eingeschätzten Freizeitinteressen - er prägt auch für den großen Teil der 14 - 17-jährigen Jugendlichen das tatsächliche Freizeitverhalten. Die breite Förderung des Sports in der DDR entspricht der Interessenstruktur eines großen Teils der DDR-Jugend ... Die starke Identifikation der Jugendlichen mit dem Sport und mit Spitzensportlern wirkte sich auf die Vorbildwahl aus. K. Ihmels berichtet von einer Umfrage des Organs des Zentralrates der FDJ, ' Forum ', nach der 84 % der Befragten ein Vorbild angaben; von den 1758 genannten Namen entfielen 21 % auf Sportler, 16 % auf Politiker, 15 % auf Kosmonauten. Verschiedene Spitzensportler, wie z.B. Täve Schur erhielten mehrere Prozent der Stimmen." [332)] Identifikation mit den Sportlern hat mehrere Folgen. Allgemein fördert sie über den Stolz und die Freude über Siege dieser DDR-Vertreter die Identifikation mit dem eigenen Staat. Wenngleich das politische System damit nicht legitimiert

und gesichert wird, bedeutet solche Identifikation, daß in der älteren Generation noch wachen, nationalen Vorbehalte gegen die DDR an Bedeutung verlieren und eine selbstverständliche Beziehung auf die immanente Möglichkeiten an die Stelle eines Verhaltens tritt, das die DDR-Gesellschaft an den Errungenschaften der BRD mißt.

Besonders über den Sport vermittelte Verhaltensweisen sind kollektives Verhalten und Leistungsdenken. Die Vermittlung des Leistungsprinzips wird als erste der " Wertvollen Eigenschaften " des Sports im Staatsratsbeschluß von 1968 betont:

- " Der Sport orientiert die Jugend durch regelmäßiges Üben und Trainieren auf die Leistung; es bilden sich Gewohnheiten und Verhaltensnormen heraus, die zur bewußten, gesunden Lebensführung der jungen Generation im Sozialismus gehören.
- Sportliche Wettbewerbe und Wettkämpfe fördern den Leistungsvergleich der Jugend, ihren Wunsch nach Bewährung, der Sport gibt jungen Menschen Perspektiven und entwickelt das Gefühl für gegenseitige Hilfe im Kollektiv.
- Der Sport bestärkt die Erkenntnis, daß man sich im Leben stets vervollkommnen muß, um große Leistungen zum Wohl der Gesellschaft zu vollbringen." 333)

Indem die Spitzensportler durch ihre Leistungen und ihren Ausbildungsweg zum Sporttreiben anregen, Beispiele für sozialen Aufstieg und für die Honorierung von Einsatz seitens des Staates geben, tragen sie entscheidend zur Popularisierung der obengenannten gesellschaftlich wichtigen Verhaltensweisen bei. Leistungsvergleiche und Wettbewerbe bestimmen nicht allein das sportliche Leben, sie sind zentrale Kategorien auch im Wirtschaftsprozeß. Hier ist natürlich ein gravierender Unterschied festzuhalten. Bei den ökonomischen Aufgeboten und Wettbewerben handelt es sich um bewußt organisierte Leistungsvergleiche zwischen Kollektiven, Brigaden oder Betrieben, deren Zweck die Erfüllung oder Übererfüllung des Plans ist, um systematisch entwickelte Konkurrenz zwischen den unmittelbaren Produzenten, die unschwer den Zweck der Intensivierung des Arbeitsprozesses erkennen läßt. Diese Formen des Wettbewerbs entbehren jeglichen spielerischen Charakters. Insofern ist die Übertragung von Begriffen aus dem Bereich des Sports in die Arbeitswelt nichts anderes als der Versuch, mit den akzeptierten Kriterien der Sportwelt den Konkurrenzgedanken

zu verbreiten, ohne seine negativen Begleiterscheinungen wie mangelnde Kooperation, Verweigerung wechselseitiger Hilfe etc. in Kauf nehmen zu müssen. Die ' Versportung der Sprache ' im ökonomischen Bereich ist darüber hinaus ein deutlicher Beleg dafür, daß im Sport keine anderen als die allgemeinen gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen aufzufinden sind. Die Verhaltenweisen, und nicht allein die Begriffe, die im Sporttreiben von den Jugendlichen eingeübt werden, lassen sich in die Arbeitswelt in spezifischer Form transponieren und erweisen sich als nützlich.

Die indirekte Beeinflussung der Jugendlichen durch den Spitzensport und das Beispiel der Sportler, die Einübung erwünschter Verhaltensnormen durch eigenes Sporttreiben ist für die Politik der SED äußerst wirkungsvoll. [334] Dasselbe ist allerdings nicht von den direkten Appellen zu sagen: Die öffentlichen Bekenntnisse von Sportstars zur SED-Politik, ihre Auftritte für und mit der Partei- und Staatsführung entbehren weitgehend der Glaubwürdigkeit, da sie durch Flucht oder Absetzen in den Westen allzuhäufig von den betreffenden Sportlern dementiert worden sind: Als ein Beispiel sei der Skisportler Pöhland genannt, der wenige Wochen vor seinem Überwechseln in den Westen in den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend gewählt worden war und noch am 12.1.1968 ein Bekenntnis zur DDR-Verfassung in der FDJ-Zeitung ' Junge Welt ' ablegte. Am 2o.1.1968 verließ er die DDR. [335] Dazu kommt, daß die gegenüber der Bevölkerung überaus priviligierten Sportstars Gründe für eine Zustimmung zum politischen und gesellschaftlichen System haben, für die es in den meisten Fällen keine Entsprechung gibt: Das Förderungs- und Sicherungssystem für den Spitzensport ist zwar strukturell dem allgemeinen gleich, in der quantitativen Ausstattung jedoch zu sehr verschieden, als daß der exemplarische Charakter unmittelbar einsichtig wäre.

5.2. DIE FUNKTION DER SPORTBERICHTERSTATTUNG

Die Sportbewegung der DDR nimmt, wie wir gesehen haben, unmittelbar politische Aufgaben wahr. Sie dient als Medium außenpolitischer Intentionen ebenso wie innergesellschaftlicher Agitation und Propaganda. Sie ist für diese Funktionen in besonderer Weise geeignet, da sportliche Ereignisse in den verschiedensten Staaten und Gesellschaftsordnungen auf ein hohes

öffentliches Interesse stoßen. Der Sport erscheint für eine politische Verwertung prädestiniert, weil seine übergreifenden Regelsysteme, die Quantifizierbarkeit der Leistungen und die scheinbare Gleichgültigkeit gegen unterschiedene politische und gesellschaftliche Strukturen eine Rezipierbarkeit ermöglichen, die anderen sozialen oder technischen Erscheinungen von ihrer immanenten Verfassung her fehlt. Entgegen seiner scheinbaren Identität und sozialen Neutralität ist der Sport jedoch nicht nur von den geographischen und klimatischen Bedingungen eines Landes geprägt, er hängt ebenso in seiner Entfaltungsmöglichkeit ab von den finanziellen, technischen und politischen Voraussetzungen. Diese gesellschaftliche Bedingtheit erscheint in der einzelnen Leistung nicht unmittelbar. Das Resultat einer individuellen Anstrengung verdeckt, daß es das Ergebnis der Kooperation Vieler und des Zusammentreffens einer Vielzahl von technischen und politischen Voraussetzungen ist. Die gesellschaftliche Bedingtheit nachzuweisen als Voraussetzung für politisch-systemare Propaganda, erfordert eine bestimmte, vom eigentlichen Sportgeschehen unabhängige Tätigkeit, die des Sportjournalisten. Für ihn gilt, daß er um die gesellschaftlichen Zusammenhänge wissen muß, bevor er sie in der Berichterstattung über den Sport nachweisen kann. Durch die Tätigkeit der Massenmedien erst erhält der Sport als eine gesellschaftliche Erscheinung eine analog jedem anderen sozialen Phänomen spezifische Aussagekraft. Dies ist in den verschiedenen Gesellschaftssystemen gleichermaßen der Fall " Jede Regierung benutzt ihre Kommunikationsmittel, um das Publikum zu beeinflussen und zu manipulieren, indem es sie als Werkzeug seiner Propaganda einsetzt ... In verschiedenem Ausmaß bedienen sich alle Gesellschaftssysteme der Massenmedien und anderer Überzeugungsmittel, um die öffentliche Meinung über ihre Ziele zu informieren und sie in ihrem Sinne zu manipulieren." [336] Die Differenz zwischen den Massenmedien in den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen liegt demnach nicht in der allgemeinen Funktionsbestimmung, sondern in der besonderen Durchsetzungsform. Die Vermittlungsform der grundlegenden Prinzipien ist selbst Ausdruck dieser Prinzipien. Ist Presse in einem kapitalistischen Staat in der Form miteinander konkurrierender privater Organe und Verlage organisiert oder wie in den öffentlich-rechtlichen Anstalten der BRD die Meinungsfreiheit des Journalisten dem Anspruch nach nur durch die allgemeinen Grundsätze der Verfassung beschränkt, so stellt sie in einem sich

nach Maßgabe zentraler Planungsvorhaben entwickelnden Staat, der statt Meinung über die einzuschlagenden Wege Wissen als Grundlage beansprucht, sich als Mittel zur Durchsetzung dieses Wissens dar. In diesem Sinne ist Presse in der DDR ein unmittelbares Mittel der Politik der Regierung, der SED oder der Blockparteien. Die journalistische Arbeit vollzieht sich nach den Maximen der Parteilichkeit, des klaren gesellschaftlichen Standpunktes und der Verantwortlichkeit gegenüber der politischen Führung: Es gelte, schreibt Czepuck, alles zu tun, um die DDR und damit die sich immer stärker integrierende Staatengemeinschaft zu unterstützen, auf wissenschaftlich-ökonomischem, militärischem und ideologisch-politischem Gebiet. Es gelte, den Lesern und Zuhörern " die ideologischen Waffen, die von unserer Wissenschaft und von der Partei geschmiedet werden ", in die Hand zu geben. [337] Für die Sportjournalisten heißt das, daß sie keine Nur-Fachleute sein dürfen, oder anders: Fachleute für die Erläuterung der ideologischen Komponente des Sports, für die Beziehung der athletischen Leistung Einzelner auf ihren politischen und sozialen Kontext. Auf der Basis fachlich fundierter Berichterstattung, genauer Information und kritischer Wertung des Leistungsstandes der DDR-Sportbewegung leisten sie politische Überzeugungsarbeit, Vermittlung bestimmten Wissens und sozial erwünschter Verhaltensmuster. Die Massenmedien übernehmen eine didaktische Funktion: Die dialektische Beziehung zwischen den Massenmedien und Körperkultur und Sport in der sozialistischen Gesellschaft ist ein Faktor im Prozeß der Herausbildung der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit und hat eine wichtige Funktion in der " Gesamtheit der Lebensbedingungen, der materiellen und geistigen Werte, Ideen und Kenntnisse, durch deren Aneignung die Menschen in Gemeinschaft mit anderen zu fähigen, gebildeten und überzeugten Erbauern des Sozialismus, zu wahrhaft sozialistischen Persönlichkeiten reifen." [338] Die Medien nehmen auf den Sport Bezug zur Propagierung und Popularisierung von Anliegen, die in offener und direkter Agitation auf Desinteresse oder Widerstände in der Bevölkerung stoßen. Die Vermittlung solcher Inhalte über das Medium Sport, das Anknüpfen an ein vorfindliches kulturelles Bedürfnis, reduziert solche Schwierigkeiten um so mehr, als Erfolge der DDR-Sportler die positive Identifikation von Bevölkerung und Repräsentanten des Staates fördern.

5.2.1. SPORTBERICHTERSTATTUNG IM FERNSEHEN

Greift man zur Illustration dieses Tatbestandes das Medium Fernsehen heraus, so erkennt man, daß die Sportberichterstattung eine außerordentlich hohe Wertschätzung erfährt, ganz im Sinne des Beschlusses des Politbüros der SED über die Aufgaben der Agitation und Propaganda: " Starke Einwirkungen auf das politische und geistig-kulturelle Leben der Gesellschaft gehen vom sozialistischen Fernsehen aus " [339], dessen Möglichkeiten voll auszuschöpfen sind.

Das Fernsehprogramm der DDR wird von ca. 12 Millionen Menschen (über 14 Jahren) empfangen. Diese Verbreitung führt dazu, daß die soziale Charakteristik der Zuschauer der demographischen Struktur der DDR-Bevölkerung insgesamt entspricht. 54,6 % aller Fernsehzuschauer bezeichnen sich selbst als explizite Sportanhänger, 85,2 % sehen ständig oder gelegentlich Sportsendungen. [340] Dies gilt in Zeiten ' normaler ' Sportaktivität. Bei außergewöhnlichen Sportereignissen steigt dieses Interesse noch an, eine Tatsache, der durch intensive Berichterstattung Rechnung getragen wird. Weltmeisterschaften und Olympische Spiele sind ihrer Universalität wegen, infolge der Möglichkeit die Beziehungen zu den verschiedenen Staaten und gesellschaftlichen Systemen anzusprechen, sowie durch die augenfällige Leistungsstärke der DDR-Sportbewegung und der anderer sozialistischer Staaten besonders geeignete Gelegenheit, die agitatorische Aufgabe zu bewältigen. Von ihnen wird in einer für die Bundesrepublik kaum nachvollziehbaren Breite berichtet. " So dehnte das Fernsehen der DDR anläßlich der Olympischen Spiele seine Farbsendungen auch auf das I.Programm aus und sendete bereits ab 9 Uhr ein Non-Stop-Programm über beide Programme bis zur letzten Entscheidung des Tages. Diese Gelegenheit konnten nach repräsentativen Umfragen des Fernsehens etwa ein Drittel aller Zuschauer nutzen und bereits tagsüber Berichte von den Wettkämpfen sehen." [341]

Durch die Kommentierung des Wettkampfgeschehens wie durch Hintergrundberichterstattung, Interviews und Bezugnahme auf Hörerfragen können innerhalb einer so ausgedehnten Sendezeit kontinuierlich und in breitester Form politisch-ideologische Informationen an den Zuschauer vermittelt werden, ohne daß diese in jedem einzelnen Fall bewußt registriert oder in dieser Form rezipiert werden. Die hier gegebenen Möglichkeiten der Bewußtseinsbildung sind besonders unter dem Aspekt, daß Sportereignisse über

die unmittalbare Sendezeit als Kommunikationsgegenstand dienen, äußerst hoch zu bewerten. Tümmler/Tümmler betonen die Notwendigkeit intensivierter Forschungsarbeit gerade auf diesem Sektor: " Die spezifischen Bedingungen der präkommunikativen, kommunikativen und postkommunikativen Phase (d.h. der Zeit vor, während und nach dem Ansehen einer Sportsendung) für den Rezipienten von Sportsendungen sollten erforscht werden. Sportereignisse wirken besonders als metakommunikative Prozesse,in dem sie selbst wieder zum Gegenstand der Kommunikation, des Meinungsaustausches und -streites werden. Sie werden in der Familie, im Arbeitskollektiv und Freundeskreis erörtert, ' nachgespielt ' und haben so bedeutenden Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung." [342] Die Anregung der Autoren verweist darauf, daß die propagandistische Verwertung des Sports immer noch als unzureichend angesehen wird. Dies weniger, weil die subjektiven Voraussetzungen fehlten, d.h. die Fähigkeit und Bereitschaft der Journalisten, als politische Propagandisten aufzutreten [343], als vielmehr deshalb, weil die objektiven Voraussetzungen und Möglichkeiten noch weitgehend unerforscht sind.

5.2.2. DIE IDEOLOGISCHE FUNKTION DES SPORTJOURNALISMUS

In kurzer Form läßt sich die Tätigkeit der Sportjournalisten so zusammenfassen, daß sie, indem sie den sozialen und politischen Zusammenhang des Sports thematisieren, diesen erst eigentlich zu einem relevanten Mittel der Politik machen. Was der sportliche Wettkampf an sich nicht ist, ideologischer Wettbewerb, wird er durch die bestimmte Form der Berichterstattung. Für das unmittelbar anwesende Publikum hat weder eine breitensportliche Veranstaltung noch die Höchstleistung eine über sich selbst hinausgehende Qualität. Erst räumliche und zeitliche Distanz, welche eine vermittelnde Tätigkeit erforderlich macht, schafft damit die Bedingung, die vermittels des Sports hergestellte Öffentlichkeit für nicht unmittelbar mit Sport zusammenhängende agitatorische Zwecke zu nutzen. Je unmittelbarer dabei die Ansprache des Beobachters ist, je mehr ihm der Vorgang selbst in Anspruch nimmt, desto größer sind die Möglichkeiten der Vermittlung politischer Inhalte. Je geringer seine Aufmerksamkeit, um so deutlicher und offener wird der Mittelcharakter des Sports, um so direkter die politische Aussage sein müssen. [344]

Daß und wie die von uns bisher genannten Intentionen der Politik in der Sportberichterstattung aufgenommen werden, können wir besonders deutlich anhand der Olympischen Spiele von München 1972 darstellen, weil die DDR erstmals hier als souveräner Staat auftreten konnte, weil der Veranstaltungsort in der Bundesrepublik die nationale Frage aktualisierte und weil der umfassende Charakter Olympischer Spiele die Darstellung der außenpolitischen Prinzipien ermöglicht. In einer ersten Wertung des DDR-Olympiadienstes nach Beendigung der Spiele heißt es dazu: " Im Vergleich zu Mexiko ist aber insbesondere hervorstechend der Ausbau der Position der sozialistischen Länder, ganz besonders der Sportmacht UdSSR, die in diesem Jahr den 5o. Jahrestag ihrer Gründung begeht. Dies wird als ein Ausdruck des sich ständig verändernden Kräfteverhältnisses angesehen, das diese Olympischen Spiele 1972, ausgetragen auf dem Boden eines imperialistischen Landes, deutlich widerspiegelt. Sportlich waren die Münchener Spiele ganz zweifellos erfolgreiche Spiele. Aber auch in anderer Hinsicht: Sie waren ganz offensichtlich Widerspiegelung der objektiv vorherrschenden Tendenz zur friedlichen Koexistenz, die vor allem durch die Politik der Sowjetunion, durch die Friedensoffensive der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft - und dies im Bunde mit zahlreichen Nationalstaaten und anderen antiimperialistischen Kräften - immer mehr an Lebenskraft gewinnt." 345)

Das im Fazit offen bezeichnete politische Element geht in die aktuelle Berichterstattung in anderer, weniger deutlicher Form ein.

5.2.3. DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE OLYMPISCHEN SPIELE IN MÜNCHEN

Die Berichterstattung der Sportjournalisten der DDR von den Olympischen Sommerspielen 1972 enthält in exemplarischer Weise alle Prinzipien der Sportpolitik, die vorher beschrieben wurden. Dies erklärt sich aus dem allgemeinen Charakter der Spiele wie aus den besonderen Umständen, unter denen sie stattfinden. Die internationale Sportveranstaltung Olympiade ist ihrem Anspruch als einem Ort des friedlichen Wettkampfs aller Völker, Rassen und politischen Systeme wie der Zahl der teilnehmenden Länder nach mehr als eine nur-sportliche Angelegenheit, ihre politische Qualität ist evident und wird in der DDR-Literatur in eben dieser Weise gedeutet: die Olympiade gilt als ein Symbol des Friedens und der Völkerverständigung,

als die Verkörperung einer humanistischen Idee, zu deren voller Verwirklichung der Sozialismus eine unabdingbare Voraussetzung ist.
Der Veranstaltungsort München und die Tatsache, daß die DDR erstmals eine souveräne Mannschaft mit hoher Leistungsfähigkeit aufbieten konnte, aktualisierte in besonderer Weise die nationale Frage. Der Anschlag auf die israelischen Sportler und die Ereignisse von Fürstenfeldbruck zerrissen schließlich den Schleier einer unpolitischen Friedlichkeit des Sports in einer unfriedlichen Gesellschaft und machten die internationalen Konflikte zum unmittelbaren Gegenstand von Sportberichterstattung. Unter diesen Umständen kann Sportjournalismus, insbesondere, wenn er Parteilichkeit zum Prinzip erhebt, nichts anderes als eine besondere Form politischer Berichterstattung sein.
Die Arbeit der Presse hat ihren Ausgangspunkt in dem Bewußtsein der politischen Qualität jeder gesellschaftlichen Erscheinung, darin also, daß sich die Prinzipien der Gesellschaft in adäquater Weise auch als Prinzipien des Sports wiederfinden. Von daher begegnen die Kommentatoren der DDR-Sportpresse dem Vorwurf, die Spiele zu politisieren, damit, daß sie ihn gerade gegen die ' unpolitische ' Betrachtungsweise richten, die nicht reflektiert, wie sich die gesellschaftlichen Determinanten im Sport durchsetzen. Ein Beispiel dafür ist der Rundfunkkommentar von Dost zur Reaktion der westdeutschen Presse auf den mit der Mehrheit der sozialistischen Staaten und von Ländern der 3. Welt gefaßten Beschluß des Internationalen Olympischen Comitees (IOC), Rhodesien seiner Rassenpolitik wegen von der Teilnahme an den Spielen auszuschließen. Dost greift diese Reaktion auf und stellt sie dem Verhalten der BRD in der Frage eines souveränen DDR-Teams gegenüber, um zu zeigen, wie dieselbe Grundposition ' sportliche Neutralität ' zu politischer Parteinahme verkommt: " Von seiten einer gewissen Presse wird man nicht müde, den sozialistischen Ländern und nur allzu folgerichtig auch den meisten jungen Nationalstaaten vorzuwerfen, sie trügen unzulässigerweise Politik in den Sport hinein ... Was ist das, wenn nicht Politik, und zwar schlechte, imperialistische, großmannssüchtige Politik, die sich hartnäckig bemüht, den Zeiger der Uhr womöglich doch noch zurückzudrehen, die Schritt für Schritt geschoben, gedrängt werden muß, ein zugunsten der Kräfte des Friedens und des Fortschritts verändertes Kräfteverhältnis zur Kenntnis zu nehmen und die notwendigen, längst überfälligen praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen. Sind

nicht dieselben Leute, die den afrikanischen Staaten, den sozialistischen Ländern vorwerfen, sie würden unzulässigerweise Sport und Politik miteinander vermengen, justament diejenigen, die bis gestern auch noch versucht hatten, unsere nunmehr in jeder Beziehung gleichberechtigte Teilnahme an den Spielen zu verhindern? " [346] Er beharrt deshalb auf der Richtigkeit einer Sportpolitik, die sich als eine Umsetzung der Inhalte der Politik überhaupt in einem spezifischen Bereich versteht, weil ohne die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen eine Veranstaltung von Art und Anspruch Olympischer Spiele sich gar nicht verwirklichen läßt. " Der Geist der Friedensoffensive sozialistischer Länder, die in letzter Zeit so überaus erfreuliche Ergebnisse zeitigen konnte, beeinflußt auch hier die Atmosphäre, und das will weiter nicht Wunder nehmen, denn dieser Geist und der Geist der Olympischen Idee sind ja weitgehend identisch, identisch, weil sich - um einen bösartigen Westfernsehkommentator zu zitieren - weil sich in der Tat die Olympische Idee abstrahieren läßt zu einer allgemeinen Friedensidee, für die natürlich - wie könnte es anders sein - die konsequente und auf lange Sicht bedachte, vorausgedachte Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft erst die Grundlagen geschaffen hat. Jeder kann sich ausrechnen, wie es auch um Olympia, seine völkerverbindende Idee bestellt wäre, wäre es anders." [347]

In diesen beiden Aussagen kommen die Grundprinzipien der Berichterstattung präzis zum Ausdruck: Die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten erscheint als der Motor einer Frieden schaffenden und den Frieden allein garantierenden Politik, die auch für die Staaten der 3. Welt vorteilhafte Perspektiven bieten, da sie als antiimperialistische Politik ihre objektiven Interessen verficht. Zugleich schafft diese Politik auch die Bedingungen friedlicher Koexistenz zwischen den Systemen, wofür die Olympischen Spiele Modell und Symbol sind.

Die DDR als integriertes Mitglied des sozialistischen Staatensystems beansprucht für sich, in diesem Sinne zu handeln, während die Bundesrepublik die Rolle des bösartigen Störenfriedes spielt, der blind gegen die politischen und sozialen Entwicklungen die völkerverbindene Idee der Olympischen Spiele gefährdet. In allen einzelnen Kommentaren erscheinen diese Grundpositionen wieder.

5.2.3.1. DAS VERHÄLTNIS ZUR UDSSR UND ZU DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN

Der Grundtenor der Berichterstattung über das Verhältnis zwischen Sportlern aus der Sowjetunion und der DDR ist der, das Moment der freundschaftlichen gegenseitigen Hilfe besonders herauszustellen, die enge Partnerschaft zwischen den Staaten zu würdigen und die Gleichwertigkeit des DDR-Sports deutlich zu machen. Demgegenüber tritt die früher übliche Dankesbezeugung, die Würdigung der sportpolitischen Unterstützung weitgehend zurück. Der Leistungsstand und das hohe wissenschaftliche Niveau des DDR-Sports, das sich in der Bilanz der Spiele in einem 3. Platz in der inoffiziellen Länderwertung deutlich vor der Bundesrepublik niederschlug, ebenso aber auch die Tatsache, daß die DDR mit einer souveränen Mannschaft auftreten konnte, hat das Selbstbewußtsein der DDR-Offiziellen und Journalisten derart gesteigert, daß sie die wenig populären Beteuerungen von Freundschaft und brüderlichen Verbundheit gegenüber dem Verweis auf wechselseitige Nützlichkeit der Kooperation auf ein Minimum reduzierten. Während zu Beginn der Spiele der Boxer Wolke, als Fahnenträger der Mannschaft ein offensichtlich repräsentativer Sprecher, mit den Worten zitiert wird: " Während der Olympiavorbereitungen weilten wir zum Training und zum Erfahrungsaustausch bei unseren sowjetischen Freunden. Das ist nur ein Beispiel von vielen Beweisen guter Zusammenarbeit. Nicht zuletzt dank der Hilfe und Unterstützung der UdSSR und der sozialistischen Länder konnten wir das Ziel unseres langen und schweren Weges erreichen " [348], während Wolke also beide Faktoren nebeneinander stellt, verzichtet Erich Honecker in seiner Rede auf dem Empfang der erfolgreichen Mannschaft nach der Olympiade ganz auf derartige Dankesworte und begnügt sich stattdessen mit dem Hinweis auf " die große Kraft unserer brüderlich mit der Sowjetunion verbundenen Länder ... Jeder konnte sich davon überzeugen, durch welches hohe Niveau sich Körperkultur und Sport in der Gemeinschaft der sozialistischen Länder auszeichnen." [349] Honecker würdigt die Kooperation der sozialistischen Staaten, indem er die von den einzelnen Mannschaften errungegen Medaillen als Gesamtergebnis der Gemeinschaft bezeichnet, das Ziel der Integration auf diesem Gebiet als verwirklicht unterstellt. Gleichzeitig führt er den Leistungsstand der DDR-Athleten ausschließlich auf DDR-spezifische Faktoren zurück, die organisatorische Struktur und

die hohe Wissenschaftlichkeit, mit der die Olympischen Spiele vorbereitet worden seien. Beide, die Integration und die spezifisch eigene Leistung, stehen für den Anspruch Ost-Berlins, ein innerhalb der RGW-Staaten und auch gegenüber der UdSSR gleichrangiger Partner zu sein und in vielerlei Hinsicht selbst als Lehrmeister gelten zu können. Der Vorsitzende des Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR Sergej Pawlow, kommt im ' Neuen Deutschland ' vom 11.9.1972 mit einem Interview zu Wort, worin auch er feststellt, daß sich die Lehrer-Schüler-Relation zwischen den Sportbewegungen zu einer beiderseits nutzbringenden Kooperation gewandelt habe: " In unseren Sportbeziehungen mit anderen Ländern nimmt die DDR den ersten Platz ein ... Das sind sehr aktive und, wie mir scheint, gegenseitig sehr vorteilhafte sportliche Kontakte." [350)] Wie in diesen Aussagen ist der generelle Tenor der Berichterstattung bezüglich der Beziehungen zur UdSSR-Vertretung der, die Kooperation in selbstverständlicher Freundschaft zu schildern, eine Kooperation, die in der Gleichartigkeit der Ziele und der Ebenbürtigkeit der Leistungen begründet ist, in der beide Staaten gleichwertige Partnerrollen spielen. Der Rahmen für dieses Verhältnis UdSSR-DDR heißt Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft. So sehr die Berichterstatter bemüht sind, dem Eindruck einer Sonderstellung der Sowjetunion entgegenzuwirken, so viel scheint ihnen daran gelegen, die Gleichwertigkeit der Beziehungen zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Staaten zu den obengenannten zu unterstreichen. Die Ergebnisse der Olympischen Spiele bestätigen, wie sehr die DDR auch in sportlicher Hinsicht, analog ihrer ökonomischen Entwicklung, den Partnerstatten voraus ist. Deshalb dient ihr die Einordnung ihrer Erfolge in die der gesamten Gemeinschaft vor allem dazu, einer emotionellen Überbewertung der differierenden Leistungen in der DDR oder eventuellen Verärgerungen in den Partnerstaaten entgegenzuwirken. Erfolge der Sportler aus sozialistischen Staaten werden breit dargestellt und als Indizien des Aufschwungs des Sozialismus in der Gemeinschaft insgesamt gewürdigt. In einem Artikel über die bulgarische Mannschaft wird vermerkt, daß sie in der Nationenwertung einen 8. Platz vor Ländern wie Großbritannien, Italien und Frankreich errungen habe. Der Autor Allmert folgert: " Die Sportler aus dem Lande der Schwarzmeerküste leisteten damit einen wesentlichen Beitrag zum hervorragenden Abschneiden der sozialistischen Länder. Gestützt

auf die Basis einer breiten Volkssportbewegung, der stetigen Sorge und Unterstützung von Partei und Regierung gewiß, dokumentieren sie einen Leistungsanstieg, wie er nur unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist." [351] In entsprechender Form nehmen die Kommentatoren auf die Erfolge der anderen Partnerstaaten Bezug, deren Sportsystem sowohl vom Entwicklungsniveau wie von der Organisation her dem der DDR weitgehend entspricht, ohne allerdings die gleiche Stärke in allen Sportarten zu besitzen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch die Presse dieser Länder das Auftreten ihrer Athleten unter dem Aspekt einer einheitlichen sozialistischen Sportbewegung wertet, worin die Defizite der eigenen Mannschaft aufgewogen werden durch gutes Abschneiden der anderen. [352]

Ein Sonderfall ist Kuba, das als sozialistischer Staat gegenüber den anderen beträchtliche Entwicklungsrückstände aufweist. In den Artikeln über die kubanischen Aktionen fließen stets Hinweise auf die selbstverständliche, dem sozialistischen Internationalismus entsprechende, uneigennützige Hilfe der Bruderländer ein. [353]

Am Beispiel Kuba wird demonstriert, wie die Entwicklungsperspektive des einen sozialistischen Staates verknüpft ist mit den Möglichkeiten und Hilfestellungen des anderen, weiter entwickelten. Die in früheren Zeiten selbstverständlichen Schilderungen des Verhältnisses DDR-UdSSR als einem Schüler-Lehrer-Verhältnis auf Basis einer gleichen gesellschaftlichen Zielsetzung ist in der Berichterstattung aus München ersetzt durch die Darstellung der Kooperation zwischen Kuba und der UdSSR oder der DDR: " Hohe Leistungen durch freundschaftliches Miteinander und sportliches Nebeneinander - das ist ein wichtiger Grundsatz der Sportbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, der hier in München auch zum Ausdruck kommt, wenn z.B. die von einem DDR-Trainer geleitete Volleyballmannschaft Kubas an den Start geht..." [354] Auf diese Weise wird der Internationalismusgedanke, der wohl unter dem Aspekt, den Stolz über die eigene Leistung für die Konstituierung eines DDR-Bewußtseins zu nutzen, zugunsten der Betonung der eigenen Leistungsfähigkeit zurückgedrängt ist, in anderer Form mit der DDR in der Rolle des Lehrenden wieder eingeführt.

5.2.3.2. DIE DARSTELLUNG DER BEZIEHUNGEN ZU DEN JUNGEN NATIONALSTAATEN

Der erste Anknüpfungspunkt für die Berichterstattung über die Staaten der 3. Welt war die Rhodesienfrage. Die Diskussion um den Ausschluß Rhodesiens wegen seiner Politik der Rassendiskriminierung erbrachte eine Solidarisierung zwischen afrikanischen Staaten und den sozialistischen Ländern, die in der Agitation als Beweis der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten wie der antiimperialistischen Solidarität der sozialistischen mit den ehemaligen Kolonialländern gewertet wird. Der Fernsehkommentator von Schnitzler greift die Kritik der westdeutschen Presse am Ausschluß auf, um an diesem Beispiel ein weiteres Mal die prinzipiellen politischen Unterschiede zwischen den deutschen Staaten und die enge Verflechtung von Sport und Politik zu dokumentieren. [355] Den Zuschauern in der DDR wird anhand der Rhodesienfrage vermittelt, daß die offizielle Politik der Bundesregierung die einer Unterstützung Rhodesiens ist, was einer ADN-Meldung vom 26.8.1972 zufolge in der Unterbringung der ausgeschlossenen Rhodesier in Räumen der Bundeswehr zum Ausdruck kommt: " Die von der Teilnahme an den 2o. Olympischen Spielen ausgeschlossene Mannschaft Südrhodesiens ist seit Freitagabend bei der Bundeswehr zu Gast. Wie die amerikanische Nachrichtenagentur AP berichtet, erfolgte dies mit ausdrücklicher Zustimmung des BRD-Bundeswehrministers Leber." [356] Der Bezug auf die Staaten der 3. Welt ist zuerst also einmal ein abgrenzender gegenüber der Bundesrepublik. Es wird negativ die Gemeinsamkeit der Bedrohung durch die imperialistische Politik festgehalten. Positiv werden die Momente nationalen Selbstbewußtseins afrikanischer, arabischer oder lateinamerikanischer Sportler gewürdigt. Das ' Sportecho ' greift einen Kommentar des westdeutschen Fernsehen auf, in dem den jungen Nationalstaaten eine entscheidene Urheberschaft an der Ausmünzung sportlicher Erfolge für politische Repräsentation vorgeworfen wird. Demgegenüber stellt die Zeitung fest, daß der berechtigte Stolz auf die nationale Befreiung nichts mit Chauvinismus gemein habe, der umgekehrt dem westdeutschen Publikum vorgehalten wird: " Der üble Chauvinismus der Krakeeler ist doch absolut unvergleichbar mit der Freude arabischer Athleten, endlich Herr im eigenen Haus zu sein. Die unselige ' Deutschland-Deutschland-über-alles-Stimmung ', die Daume laut jenem Fernsehkommentator befürchtet, ist doch etwas gänzlich anderes als die

Genugtuung darüber, jahrhundertelang unterdrücktes Land gemäß den Volksinteressen umgestalten - und repräsentieren zu können." [357] In diesen Sätzen ist die Quintessenz der Berichte über Aktive aus der 3. Welt exakt bezeichnet: die Identität ihrer Interessen und ihrer Entwicklungsperspektiven mit jenen der DDR. Jedem DDR-Bürger, der die Bemühungen des NOK's der DDR um eine souveräne Vertretung verfolgt hat, die Ursachen der jahrelangen Diskriminierung von DDR-Vertretungen kennt und die Berichte über das Auftreten der ersten selbständigen DDR-Mannschaft in München gelesen hat, muß auffallen, daß hier für die jungen Nationalstaaten geltend gemacht wird, was auch die DDR von sich behauptet: daß nationale Unabhängigkeit, das meint die Konstitution eines eigenen, keiner Fremdbestimmung unterworfenen Staates, Voraussetzung einer die Interessen der Massen befriedigenden Entwicklung sei. Der Kern der Berichterstattung ist der, zu zeigen, wie die Souveränität Kräfte freisetzt, die den Weg aus der Rückständigkeit beschleunigen. Wenn afrikanische oder arabische Sportler porträtiert werden, so wird stets der Leistungsaufschwung betont, der seit der erstmaligen Teilnahme selbständiger Mannschaften aus diesen Ländern zu verzeichnen ist. Darin liegt vor allem auch eine Rechtfertigung des eigenen Entwicklungsweges als souveräner sozialistischer Staat.

5.2.3.3. DIE SPIELE ALS SYMBOL DER KOEXISTENZ MIT DEN KAPITALISTISCHEN STAATEN

Wir haben schon an anderer Stelle gesagt, daß die olympischen Prinzipien in der DDR als eine dem Gedanken der friedlichen Koexistenz angemessene Form des Wettbewerbs zwischen den Nationen und Systemen begriffen werden. Dementsprechend formuliert der Mannschaftsleiter der Olympiaequipe, Ewald, vor den Spielen die Erwartung, daß es gelinge, " die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Sportlern aller Länder zu festigen, einen Beitrag zur Entwicklung des Weltsports zu leisten und die Solidarität der friedliebenden Sportler der ganzen Welt zu festigen." [358] Die Erwartung Ost-Berlins an die Olympiade war, daß sie einen Durchbruch zu internationalen Kontakten bringen würde, zu jenen bilateralen Sportbegegnungen, die, abgesehen von internationalen Meisterschaften, dem DDR-Sport weitgehend versagt geblieben waren. Die DDR-Presse berichtet in diesem Sinne von gemeinsamen Veranstaltungen mit Sportlern kapitalistischer Staaten, etwa

von einem Besuch der Ruderachter Neuseelands und der USA bei ihren ostdeutschen Konkurrenten [359], von Berichten westlicher Presseorgane über die sportlichen Leistungen der DDR und der anderen sozialistischen Staaten [360] sowie den Erfolgen ausländischer Athleten, die in ihrer Heimat populär sind und deren Würdigung nicht nur in der DDR, sondern auch in den betreffenden Ländern Aufmerksamkeit wecken soll.

Das Zusammenspiel von sportlicher Wertschätzung und politischem Kalkül ist unmittelbar demonstrierbar am Beispiel der besonders herausgestellten finnischen Sportler. Am 6.9.1972 meldete die Nachrichtenagentur ADN den erfolgreichen Abschluß eines Vertrages über die Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und Finnland und eines Abkommens über die Herstellung diplomatischer Beziehungen, die am selben Tag in Berlin paraphiert worden seien. [361] Die Anerkennung durch Finnland bedeutete für die Außenpolitik Ost-Berlins einen entscheidenden Durchbruch im skandinavischen Raum. In offenbarem Zusammenhang mit der Entwicklung dieser Verhandlung ist es zu sehen, daß die zentralen Zeitungen der DDR, angefangen vom ' Neuen Deutschland ' über das ' Sportecho ' bis zu den Provinzblättern am 4.9.1972 in großer Aufmachung über den Sieg des finnischen 1o.ooo m-Läufers Lasse Viren berichteten. Die ' Berliner Zeitung ' nennt ihn einen " Held des Tages ". [362] In einer Wertung der Leichtathletik-Wettbewerbe im Olympiaheft des ' Sportechos ' sind die finnischen Sportler ebenfalls die einzigen aus einem nicht-sozialistischen bzw. nicht-afrikanischen Staat, auf deren Leistungen eingegangen wird. [363] Finnland genießt eine offenbare Sonderbehandlung, die ihren Grund eben in der politischen Übereinkunft haben dürfte.

Außer in den einzelnen Fällen, in denen die Interessenidentität zwischen den friedliebenden Sportlern der verschiedenen politischen Systeme angesprochen wird, ist die Berichterstattung über kapitalistische Staaten von der Grundposition der Systemkritik geprägt. Festgehalten wird, daß weder eine systematische Förderung der Sportler in den kapitalistischen Staaten erfolge noch, daß der Siegeszug der sozialistischen Staaten von ihnen aufgehalten werden könne: " Die UdSSR distanzierte die USA eindeutig, und der BRD gelang es nicht, das lange und vor allem auch aufwendig vorbereitete Ziel, die DDR zu bezwingen, zu erreichen ... Auch die anderen sozialistischen Länder demonstrierten, daß der Sport in unserer Gesellschaftsordnung einen wichtigen Platz einnimmt. Das tägliche Leben

beweist es jedem, der sich dafür interessiert, und die Resultate der Olympischen Spiele könnte man einen Stempel unter diese Bekundung nennen. Nicht ein Resultat, nicht ein Rekord, nicht eine Glanzleistung gilt als Beweis dafür, sondern die Gesamtheit des Auftretens und Abschneidens der Länder der sozialistischen Gemeinschaft überhaupt! " [364]
Im Wettkampf zwischen den Systemen auf sportlichem Gebiet bleiben die sozialistischen Staaten eindeutig Sieger. Diese Feststellung und ihre Verallgemeinerung zu einem historischen Prinzip bestimmen alle die Kommentare, in denen von den unterschiedlichen Erfolgen der Athleten aus Ost und West die Rede ist.

5.2.3.4. DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Für die Sportjournalisten der DDR ist, darin besteht kein Unterschied zu den Boulevardzeitungen der BRD, die Bundesrepublik auch in München der Hauptgegner. Da jedoch mit dem Auftreten einer mit allen Prädikaten eines souveränen Staates ausgezeichneten Mannschaft, da auch dank ihrer eindeutigen Überlegenheit über die westdeutschen Kontrahenten die positive sportliche Abgrenzung geleistet ist, und da zuletzt eine betont sachliche Berichterstattung über die einzelnen Wettbewerbe das Moment der größeren Leistungsfähigkeit nur noch stärker hervortreten läßt, wird die Frage der besonderen sportlichen Konkurrenz nur in seltenen Fällen angesprochen. Dann greifen die Autoren am liebsten eine Pressestimme aus einer westdeutschen Zeitung auf, in der Kritik an den Athleten aus der Bundesrepublik geübt wird oder außer der sportlichen Konkurrenz liegende Gründe für Niederlagen eingeführt werden.
Ein Beispiel dafür ist das Resümee der Wildwasser-Wettbewerbe von Augsburg, wo die DDR-Fahrer die Favoriten aus der Bundesrepublik bezwingen konnten. Das ' Deutsche Sportecho ' stellt dazu fest: " Das war kein leichtes Unterfangen, gab es doch nie zuvor eine ähnliche schwierige Strecke, gab es doch nie zuvor einen derart frappierenden Heimvorteil der Gastgeber. Deren hochgeschraubte Erwartungen erfüllten sich nicht. In der nur schlecht zu verhehlenden Enttäuschung fehlte es leider nicht an Stimmen im BRD-Lager, die anderen dafür die Schuld zuschanzen wollten." [365] Gegenüber der Kritik an den Organisatoren der Streckenführung, an deren Spitze ein Sportfunktionär der DDR stand, hält das Blatt fest:

Die Experten hätten " Voraussetzungen geschaffen, daß die maximal erreichbaren Bedingungen für alle gegeben waren. Unsere Aktiven wußten sie nur am besten zu nutzen, dank ihres Könnens und ihrer hohen Kampfmoral." [366] Während über die Erfolge der Sportler aus der Bundesrepublik in betont sachlicher Form informiert wird - wobei anzumerken ist, daß alle Berichterstatter an der formalen Unabhängigkeit West-Berlins von der Bundesrepublik festhalten; wenn Berliner Sportler in Mannschaften vertreten sind, wird nicht die übliche Abkürzung BRD, sondern BRD/WB verwendet [367] - greifen die Kommentatoren die Reaktion der westdeutschen Presse auf Niederlagen auf, um den Lesern einen entscheidenden Unterschied zwischen den gesellschaftlichen Ordnungen deutlich zu machen. Zitiert werden Kritiken an den Radsportlern, Fußballern, Schwimmern, die den Sportlern vorhalten, die Investitionen in ihre Leistungsfähigkeit nicht vergolten zu haben. " Im bundesrepublikanischen Blätterwald werden die Sportler wie willfährige Opfer behandelt ", heißt es in einem Kommentar des ' Sportechos ', " und Sporthilfe-Neckermann zieht das Fazit: ' Uns fehlt der Schwung einer verschworenen Gemeinschaft '. Fürwahr eine vornehme Umschreibung für eine Gesellschaft, in der jeder nur sich selbst der nächste ist. Nun sind wir weit entfernt davon, in fremden Streit einzugreifen. Doch wenn ich derlei Zitate lese und Affären höre, wird mir umso deutlicher, was es bedeutet, wenn der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, die DDR-Mannschaft als ' ein gutes sozialistisches Kollektiv ' würdigt." [368] In dieser Form ist Sportberichterselbstverständliches Element politischer Willensbildung. Wenn die Leistungen der Aktiven sozialistischer Staaten und der DDR ausführlich gewürdigt werden, wenn in Sportlerporträts Athleten aus befreundeten oder politisch ansprechbaren Staaten wie Ländern der 3. Welt oder etwa Finnlands, Italiens, Frankreichs vorgestellt werden, wo es relativ starke Anerkennungsbewegungen gibt, während die Bundesrepublik weitgehend unbeachtet bleibt, dann steht dahinter die Absicht, den Lesern zu vermitteln, daß gesellschaftliche bzw. punktuell politische Gemeinsamkeiten wesentlich wichtigere Faktoren der Zusammengehörigkeit oder Zusammenarbeit sind als historisch überkommene familiäre oder kulturelle Bindungen. Deshalb nehmen die Berichte über die Bundesrepublik einen wesentlich größeren Raum ein, in denen von gesellschaftlichen Problemen die Rede ist, bzw. von politischen Zuständen, die den ordnungsgemäßen Ab-

lauf der Spiele in München gefährden könnten.Willi Knecht hat in einem Artikel vor den Spielen auf diese StoBrichtung der Berichterstattung aufmerksam gemacht. In einem von ihm zitierten internen Argumentationspapier aus der DDR heißt es: " Die Spiele werden in eiem imperialistischen Staat ausgetragen, der unmittelbar an der Scheidelinie zwischen Sozialismus und Imperialismus liegt, wo der Klassenkampf besonders scharfe Formen annimmt. Nach wie vor ist es die Grundorientierung der herrschenden Kreise der BRD, die sozialistische DDR mit allen Mitteln zu bekämpfen und zu versuchen, sie politisch und ideologisch ' aufzuweichen '. Im Rahmen dieses Grundkonzepts der ideologischen Kriegsführung sollen die Münchener Spiele, unter maximaler Ausnutzung der Massenmedien Fernsehen, einen Höhepunkt darstellen." [369] Für die Medien in der DDR, vor allem für die Presse, weniger für das Fernsehen, das an die von München präsentierten Bilder gebunden war, bedeutete diese Argumentationsweise, das von der Bundesrepublik offerierte Münchenbild zu destruieren.
Dies begann lange vor den Spielen mit der Kritik der verschiedenen Emigrantensender und -organisationen, die in München tätig sind. In einer Erklärung des NOK's der DDR vom 3.4.1972 heißt es dazu: " Das NOK der DDR wendet sich besonders gegen die Tätigkeit der in München stationierten Emigranten- und Agentenorganisationen und der Radiosender ' Liberty ' und ' Free Europe ' ... Das Präsidium des NOK der DDR verurteilt ferner die Einberufung neonazistischer Treffen, die Organisierung einer sogenannten Gegenolympiade und die Aktivitäten neonazistischer Organisationen wie ' Wikinger-Jugend ' und ' Jugendbund Adler ' in und um München." [37o] München soll als die ' Stadt der Bewegung ' gekennzeichnet werden, in der faschistische Traditionen weiterleben. In dieselbe Richtung zielt ein Kommentar von Radio DDR zur Einrichtung einer Bannmeile um das Olympische Dorf, durch die der Eindruck einer akuten Gefährdung der Spiele nur erhärtet werde. [371] Die von den Organisatoren angekündigte ' Heiterkeit ' der Veranstaltung wird als Ausdruck " vollendeter technischer Perfektion und lückenloser, fast möchte man sagen: militärischer Organisiertheit " [372], gewertet und den Zuschauern und Lesern so der Eindruck vermittelt, daß die gesellschaftliche Umgebung, in der die Olympiade stattfindet, dem Geist der Freundschaft und des fairen Wettbewerbs völlig widerspreche, ein Eindruck, den der DTSB-Präsident Ewald dadurch zu bekräftigen sucht, daß er vor potentiellen Störungen warnt.[373] Wie schließ-

lich die Münchener Realität während der Spiele aussieht, erfahren die Leser im Tagebuch des ' Sportechos ': In einer Spielstraße wird die Olympische Idee ins Lächerliche verzerrt, Preiswucher und Geschäftemacherei prägen das Leben der Stadt: " Was bei uns wie ein verspäteter Aprilscherz anmutet, ja in unserer Republik gewiß als historischer Rückfall ins Mittelalter anzusehen ist, gehört zum traurigen bundesdeutschen Alltag." [374]

Die Bundesrepublik erscheint als ein Staat, in dem die faschistischen Traditionen weiterleben, in dem humanistischen Ideale und kulturelle Werte mit Füßen getreten, die Idee Olympias im Geiste der Spiele von 1936, wenn auch nicht in denselben Formen, zur Selbstdarstellung eines großmannssüchtigen kapitalistischen Staates verkommt. Durch die Geiselnahme der israelischen Sportler und den Polizeieinsatz von Fürstenfeldbruck hat dieses Zerrbild, von dem sich die Berichterstattung der sowjetischen oder der polnischen Presse deutlich abhebt [375], eine neue Dimension gewonnen. Der Einsatz der Polizei und das Verhalten der verantwortlichen Politiker wird in den Medien als eine Bestätigung der früheren Warnungen gewertet.

5.2.3.5. DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN ANSCHLAG AUS DAS OLYMPISCHE DORF

Die Geiselnahme der isrealischen Sportler wurde in den Presseorganen der DDR vom Beginn an verurteilt. Im ' Neuen Deutschland ' heißt es dazu: " Offizielle Kreise in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik verurteilen diese verabscheuungswürdige Verbrechen auf das allerschärfste. Die DDR lehnt den Terror als Mittel zur Erreichung politischer Ziele entschieden ab. Solche terroristischen Aktionen fügen auch der olympischen Bewegung schweren Schaden zu. " [376] In anderen Blättern wird der Anschlag als ein abscheuliches Verbrechen verurteilt, das der Sache der Palästinenser, der Olympischen Bewegung und den Sportlern schweren Schaden zugefügt habe. [377] In einer Erklärung von Manfred Ewald wird versichert, daß auch die Olympiamannschaft der DDR den Anschlag verurteile. Gleichzeitig teilt er mit, daß alle DDR-Sportler wohlauf und sicher untergebracht seien. Der Tenor dieser Erklärung ist der, herauszustellen, daß die Gefährdung in München nicht nur für die

israelischen Sportler bestanden habe. In eben dieser Weise wirft das ' Sportecho ' vom 6.9.1972 den Organisatoren vor, die Sicherheit der Teilnehmer mutwillig gefährdet zu haben, indem sie die politischen Voraussetzungen ungestörter Spiele mißachtet hätten: " Nicht nur wir haben darauf hingewiesen, daß nicht Bannmeilen den olympischen Frieden sichern können, sondern nur die Schaffung einer wahrhaft olympischen Atmosphäre in der Olympiastadt." [378] Der Eindruck einer allgemeinen unzureichenden Sicherung verstärkt eine ' Letzte Meldung ' aus München im ' Neuen Deutschland ' vom 7.9.1972, in der von Drohungen gegen die DDR-Mannschaft berichtet wird; Drohungen, die den Leiter der Delegation Ewald veranlaßten, eine Verstärkung der Sicherheitskräfte an den Unterkünften der DDR zu verlangen. [379]

In der unmittelbaren Reaktion auf den Anschlag drücken sich demnach zwei Tendenzen aus: Einerseits distanzierte die DDR sich von den Attentätern und verurteilte die Aktion, die der Sache des palästinensichen Volkes schweren Schaden zugefügt habe. Andererseits kritisierte sie die Entscheidungen der verantwortlichen westdeutschen Politiker, die zu den Aktionen von Fürstenfeldbruck führten.

Die Geiselnahme der israelischen Sportler destruierte vollständig den Schein heiterer Spiele, der von den Veranstaltern der Spiele erzeugt worden war, nach Einschätzung der DDR-Berichterstatter um den Preis der Sicherheit der Aktiven und entgegen der realen Verfaßtheit des westdeutschen Staates. Damit bestätigten sich in einer nicht vorhersehbaren Weise die Zweifel und Warnungen, daß in der Bundesrepublik und gerade in München störungsfreie Spiele nicht gewährleistet werden könnten: " Ungehindert gehen in München die Emigranten- und Terroristenorganisationen ihren schmutzigen Geschäften nach - Ustascha-Faschisten, rechtsradikale Gruppierungen, Terroristen. Internationale Stimmen haben in der Vergangenheit vor diesen Gefahren gewarnt. Alle diese Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Das hat sich bitter gerächt." [380] In einem Kommentar von Dost wird anläßlich der Gedenkfeier für die Opfer die politisch-soziale Grundlage angesprochen, auf der sich die Gefährdung der Spiele entwickelt habe. Dost fordert seine Zuhörer auf, sich vor Augen zu führen, daß es der Imperialismus, die imperialistische Politik der Bundesrepublik und der kapitalistischen Staaten ist, die den Frieden - und so auch Olympia, gefährdet. [381]

In dieser Weise wird in der DDR-Presse an der Verantwortlichkeit der westdeutschen Organe für das Massaker festgehalten, ohne daß aber die Kritik wesentlich über den Rahmen hinausreicht, in dem sie sich auch vor den Spielen bewegt. Im Gegenteil fällt auf, daß die Berichterstatter aus München bemüht gewesen sind, eine chronologisch korrekte Darstellung der Ereignisse zu geben, die Kommentierung aber in indirekter Form zu leisten, durch das Zitat ausländischer, besonders westlicher Presseorgane, deren scharfe Angriffe gegen die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik den eigenen früheren Aussagen größere Authentizität verleihen. 382)

In den vom ' Neuen Deutschland ' am 7. September 1972 veröffentlichten Pressestimmen wird vor allem das Vergehen kritisiert, den Kidnappern und ihren Gefangenen freie Ausreise zuzusichern, sie dann jedoch in ein Feuergefecht zu verwickeln, dessen Ausgang vorhersehbar gewesen sei. Darüber hinaus kritisieren die zitierten Organe - u.a. ' Le Monde ', die französischer Nachrichtenagentur AFP, die schwedische Zeitung ' Dagens Nyheter ' und andere Zeitungen aus nichtkommunistischen Staaten - die ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen sowie die unzureichende Informationspolitik seitens der Organisatoren und der verantwortlichen staatlichen Stellen. - Dies alles war vorher von den DDR-Journalisten bemängelt oder kritisiert worden, so daß die indirekte,zitierende Kommentierung auch der überzogensten Darstellung von der Gefährdetheit der Olympischen Spiele in München nachträgliche Aufwertung verschaffte. 383)

Nirgendwo diskutierte die DDR-Presse einen eventuellen Abbruch der Spiele. Die Sportführung, sowohl die in München vertretenen Mitglieder wie die zuständigen Organe in Ost-Berlin, stellten sofort klar, daß sie die Weiterführung der Olympiade wünschten. Dabei mögen grundsätzliche Überlegungen mitgespielt haben, derart, wie sie der Präsident des NOK der Bundesrepublik, Daume, anstellte, daß die Existenz von Massenveranstaltungen sportlicher, kultureller oder auch politischer Art nicht abhängig gemacht werden dürfe von potentiellen Störungsversuchen. 384)

Für die DDR stand daneben sicherlich ebenfalls das Motiv, sich den sportlichen und politischen Erfolg, den die Teilnahme einer souveränen und erfolgreichen Mannschaft ihr brachte, nicht nehmen zu lassen. Dies kommt im ' Sportecho ' bei der ersten Wertung der Ergebnisse der Spiele zum Ausdruck, wenn festgestellt wird, daß nie die Gefahr eines vorzeitigen

Abbruchs größer gewesen sei als in München, daß aber nicht die olympische Idee Schaden genommen habe, sondern nur diejenigen, die gegen sie zu wirken versucht hätten. Gerade dagegen sei die DDR erfolgreich gewesen: " Durch das Auftreten der sozialistischen Sportler ist der in der BRD als Folge jahrzehntelanger offizieller Politik vorhandene Antikommunismus sicher nicht voll überwunden worden. Ganz zweifellos ist der aber ins Wanken geraten ... Die Sportbewegung der DDR hat mit Erfolg den dritten Platz in der inoffiziellen Länderwertung von Mexiko verteidigt. Die DDR-Sportler schafften dies ausgerechnet in dem Lande, das zwanzig Jahre mit Entschiedenheit, mit manchmal recht üblen Raffinessen und - wenn es nicht anders ging - mit polizeilichem Terror der Souveränität und jeglicher Eigenstaatlichkeit der DDR entgegenwirkte." [385] Der vorzeitige Abbruch der Spiele hätte gerade für die Sportführung der DDR einen erheblichen Rückschlag in ihrer Durchsetzungsfähigkeit sowohl in den internationalen Sportgremien als auch besonders gegenüber konkurrierenden Interessen in der DDR selbst bedeutet, da der Wert sportlicher Selbstdarstellung notwendigerweise in Zweifel gezogen worden wäre. Die Erfolge, die von DDR-Athleten errungen wurden, brachten dagegen eine erhebliche Aufwertung der Position des DTSB im internationalen Sport mit sich und sicherten zugleich die Fortführung des systematischen Aufbaus und der Konsolidierung des hohen Leistungsniveaus der Sportbewegung ab.

6. ZUSAMMENFASSUNG UND RESÜMEE

Wir haben bei der Wertung der Funktionen, die der Sportbewegung in der DDR-Politik zufallen, festgehalten, daß es sich hier um ein vollständig in das Gesamtsystem integriertes Moment des gesellschaftlichen Lebens handelt, dessen spezifische Qualität in der exemplarischen Gestaltbarkeit, Deutbarkeit und Nutzungsfähigkeit sowohl für außen- als auch für innenpolitische Zwecke liegt.

Die Integration des Sports in das Gesamtsystem der Politik ist eine personelle, organisatorische und finanzielle in der Weise, daß er in gleicher Weise in das staatliche Leitungssystem wie in die Zuständigkeit der Organe der SED eingeordnet ist, als Massenbewegung nach den allgemein gültigen Strukturprinzipien der Gesellschaft organisiert und den an die Massenbewegungen gestellten Forderungen unterworfen ist, sowie aus den Kulturfonds der Betriebe, des FDGB, der FDJ wie aus dem Staatshaushalt mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird. Als Massenbewegung, die spezifische gesellschaftliche Aufgaben in einer Form wahrnimmt, die der Realisierung gesellschaftlicher Ziele der SED dienen soll, ist der DTSB eine politische Organisation. Die politische Wirksamkeit bezieht sich gleichermaßten auf außen- und innenpolitische Vorhaben. Die spezifische Wirksamkeit der kulturellen Selbstdarstellung des DDR-Systems im Sport gründet in der Publikumsresonanz des Spitzensports und in dem Verbreitungsgrad unterschiedlicher breitensportlicher Aktivitäten. Der Sport erreicht Zuschauer und Teilnehmer aus den verschiedensten Klassen und Schichten der Bevölkerung, so daß sowohl seine Agitationskraft wie die Mobilisierungsfähigkeit durch ihn den gegensätzlichsten politischen und gesellschaftlichen Systemen für die Verbreitung ihrer Vorstellungen und Ziele dienen kann.

Die Sportbewegung der DDR und ihre Organisation DTSB bekennen sich offen zur politischen Bestimmtheit von Körperkultur und Sport und zu ihrer Verantwortlichkeit im Rahmen der ihnen von Staat und Partei übertragenen Aufgaben.

Der Sport dient als Vermittler außenpolitischer Absichten.

Intensive Kontakte zwischen Spitzensportlern, aber auch auf breitensportlicher Ebene, zur Sowjetunion und zu den durch den Rat für gegen-

seitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Vertrag verbündeten Nationen sollen das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Völkern stärken, die objektive Integration zwischen den Staaten subjektiv vermitteln und so zur Konsolidierung der sozialistischen Staatengemeinschaft als Garanten der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität der DDR beitragen. Der vermittels des Sports popularisierte Gedanke der Zusammenarbeit, bilateraler und multilateraler Art, ist für die erfolgreiche Entwicklung der DDR in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht aktuell, insofern im Rahmen des Bündnissystems die strukturellen Defizite, welche sich aus dem Charakter der DDR als Teilgebiet einer umfassenderen Wirtschaftseinheit ergeben haben, am ehesten aufhebbar sind. Unter den Bedingungen ' sozialistischer Arbeitsteilung ' und entwickelter Kooperation hat sich die DDR zu einem der ökonomisch stärksten Staaten der Welt entwickelt. Dies hat zur Folge, daß sie gegenüber der UdSSR und den anderen Partnerländern eine objektiv gewichtige Position einnimmt, was das Verhältnis zu diesen Staaten erschwert, vor allem wenn man bedenkt, daß ihr aus den besonderen Bindungen an die Bundesrepublik, und dadurch an die EG, weitere Vorteile erwachsen. Die demonstrative Kooperation im Sport soll der Bevölkerung der Partnerstaaten und der DDR die wechselseitige Vorteilhaftigkeit kooperativen Verhaltens, der Integration und der gemeinsamen wissenschaftlich-technischen Entwicklung näher bringen, Vorurteile und Spannungen abbauen und durch die Intensivierung kultureller Beziehungen die Schranken beseitigen helfen, die der DDR aus der nationalen Tradition und dem mit der BRD gemeinsamen Erbe erwachsen.

Die Sportbeziehungen zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind von dem Auftrag bestimmt, die DDR als einen zuverlässigen Partner der dritten Welt zu bestätigen. Im System der auswärtigen Kulturpolitik gegenüber den jungen Nationalstaaten ist die Sportbewegung der DDR vor allem deshalb ein besonders wirksamer Faktor, weil sie nach Zweckbestimmung und organisatorischem Aufbau einem Bedürfnis dieser Staaten entgegenkommt: innerhalb kurzer Zeit leistungsfähige Spitzensportler auszubilden, deren Erfolge den Regierenden als Nachweis eines erfolgreichen Entwicklungsweges dienen und unter den meist disparaten Teilen der Bevölkerung ihrer Länder Ansätze eines Nationalbewußtseins zu schaffen. Der Beitrag der DDR besteht in der Ausbildung sportlicher Kader, Trainer und Übungsleiter, sowie von Fachkräften auf den Gebieten der Sporttechnik, der Sportmedizin

und der Organisation des Breiten- und Spitzensports. Durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in der DDR, durch Fortbildungskurse und Kurzschulungsprogramme für Sportkader aus der 3. Welt hat die Sportbewegung mit zu der Herausbildung einer einflußreichen Gruppe von Funktionären staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen beigetragen, auf die sich die Ost-Berliner Außenpolitik langfristig stützen und zur Erweiterung ihres Einflusses beziehen kann. Im Rahmen der bilateralen Kontakte vermeidet die DDR alles, was zur Verletzung des aufkommenden Nationalbewußtseins in den betreffenden Ländern führen könnte. Es gibt nur wenige Auftritte ihrer Spitzenathleten in den afrikanischen oder lateinamerikanischen Staaten, in denen sich das Leistungsgefälle zwischen den sich entwickelnden und der entwickelten Sportbewegung manifestieren könnte. Stattdessen lädt der DTSB die Spitzenkräfte aus diesen Staaten zu Veranstaltungen in der DDR ein und gibt ihnen Gelegenheit, die hier vorhandenen Trainingsmöglichkeiten zu nutzen. Diese Methode der Zusammenarbeit ist nicht nur relativ billig und trägt damit den beschränkten finanziellen Mitteln des DTSB Rechnung, sie ist auch ein wirksames Verfahren insofern, als sie dem Selbstdarstellungsinteresse der jungen Staaten entgegenkommt und in der öffentlichen Meinung als wirkliche Anerkennung der eigenen Leistungen rezipiert wird. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tätigkeit qualifizierter Übungsleiter aus der DDR, die als Trainer und Entwicklungshelfer in vielen Fällen an den Erfolgen farbiger Athleten beteiligt sind. Die Ausbildung dieser DTSB-Vertreter umfaßt neben der fachlichen und sprachlichen auch intensiv politische Fragen, so daß man annehmen muß, daß sie entscheidend an der Herausbildung einer Basis für politische Einflußnahme der sozialistischen Staaten in den Empfängerstaaten beteiligt sind. Auf dem so rekrutierten Personenkreis - in adäquater Weise zum Sport betätigen sich auch andere Massenorganisationen in der auswärtigen Kulturpolitik - gewinnen die Außenpolitiker in Ost-Berlin die Organisatoren und Kader für Freundschaftsgesellschaften. Interparlamentarische Gruppen und ähnliche Einrichtungen, auf die sie sich im Konkurrenzhandeln mit der Bundesrepublik in der 3. Welt da stützen können, wo die staatlichen Beziehungen nur schwach entwickelt sind.

Die Sportbeziehungen zwischen der DDR und den westlichen Industriestaaten sind solche der Spitzensportler. Die Wirksamkeit der Selbstdarstellung beruht auf der Leistungsfähigkeit der Vertreter der verschiedenen Sportver-

bände, die bei internationalen Veranstaltungen, Weltmeisterschaften oder Olympiaden hervorragende Erfolge erzielen und damit die Aufmerksamkeit der Massenmedien und der öffentlichen Meinung auf sich und ihren Staat ziehen. Die Sportler sind diejenigen Vertreter des zweiten Deutschen Staates, die am wirkungsvollsten die Isolierung ihres Staates in internationalen Gremien gesprengt haben. Dennoch ist es der DDR selbst auf diesem Gebiet nicht gelungen, die Sanktionen der Hallstein-Doktrin zu durchbrechen. Bilaterale Sportkontakte, Länderbegegnungen, Begegnungen der Spitzenvereine und Auswahlmannschaften sind vor der Regelung der politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eine Seltenheit gewesen. Die Effizienz des Spitzensports als Mittel der Selbstdarstellung beruhte auf der Organisation des internationalen Sports - die permanente Vergleichung der Sportbewegungen auf multilateralen Veranstaltungen -, die de facto die Situation bilateraler Treffen ergibt. Dazu kommt, daß die existierenden sozialistischen und kommunistischen Bewegungen in den westlichen Staaten die soziale Basis für Anerkennungsbewegungen, Partnerschaften etc. abgeben, die durch Veröffentlichungen zum DDR-Sport, Einladungen zu Sportbegegnungen oder zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen Selbstdarstellungsmöglichkeiten eröffnen: Der Sport als ein soziales Phänomen, das ein unverhältnismäßig breites Interesse findet, hat diese Basis auch deshalb besser als kulturelle Sektoren nutzen können, weil hier die Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland leicht möglich ist, da die Vertreter der Sportbewegungen beider deutscher Staaten als unmittelbare Konkurrenten auftreten.

Abgrenzung gegeneinander ist das dominante Moment in der Beziehung zwischen den Sportorganisationen in Deutschland. Jede bezieht ihr Selbstbewußtsein aus dem Sieg über die andere, sei es im sportlichen Wettkampf oder in der sportpolitischen Auseinandersetzung. Die Sportverbände sind in beiden Staaten gemäß den allgemein gültigen Prinzipien organisiert und repräsentieren in beispielhafter Form die Eigenschaften, auf die sich die politischen Systeme als die für sie typischen beziehen: Freiheit gegenüber dem Staat, wenn auch nur in der Form verwaltungstechnischer Unabhängigkeit, und Verantwortlichkeit staatlichen und politischen Organen gegenüber; Dezentralisierung der Kompetenzen und Subsidiarität hier gegen demokratischen Zentralismus da; Alleinvertretungsanspruch gegenüber dem Kampf um gleichberechtigte Teilnahme. Sie begreifen ihre Konkurrenz in der Wei-

se, daß sie stellvertretend für die jeweiligen Systeme den Kampf um die bessere Bewältigung gesellschaftlicher Probleme führen, den ideologischen Kampf, der auf der Basis friedlicher Koexistenz über die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft mitentscheiden soll. Im Verhältnis der Sportorganisationen zueinander, das sich als eine Abfolge von Abgrenzungsmaßnahmen und spezifischen Formen der Beziehung und Kooperation darstellt, spiegelt sich daher sehr genau die Entwicklung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten wider: vom Alleinvertretungsanspruch über das unfriedliche Nebeneinander bis hin zur Normalisierung der Kontakte, die sich im Sport sowohl in einem entkrampfteren Umgang der Aktiven miteinander darstellt als auch in der Tendenz steigender zwischendeutscher Sportbegegnungen auf allen Ebenen. Damit ist allerdings die Konkurrenzsituation keineswegs gemildert. Es ist zu erwarten, daß auch in Zukunft beide Sportverbände daran festhalten und es öffentlich vertreten, daß ihr spezifischer Auftrag der Sieg über den anderen deutschen Staat ist. Dies folgt daraus, daß erstens der Anspruch beider weiter besteht, keinen Pluralismus sportlicher Organisationsformen, bezogen auf das Verhältnis zu Staat und Politik, gelten zu lassen und daß zweitens das Selbsterhaltungsinteresse, die Absicherung der finanziellen Basis durch Staat, Gesellschaft und durch Zuwendungen privater Stellen es opportun erscheinen läßt, an der wechselseitigen Gegnerschaft festzuhalten.

Die Förderung des Sports und die Bedeutung der Sportorganisation DTSB in der DDR läßt sich letztlich aber nur dann voll erklären, wenn man die integrative und legitimative Funktion des Schausports und gleichermaßen des Breitensports in Rechnung stellt. Der Anspruch der SED ist, in der DDR eine dynamische Leistungsgesellschaft zu haben, in der jeder sich nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit und seines Willens entfalten kann. Je deutlicher die Kongruenz von Sportsystem und Bildungssystem, von Organisation des Sports und der Gesellschaft überhaupt wird, um so eher wird der Spitzen- und Breitensport zur Stärkung der Position der SED und zur Herausbildung eines DDR-Bewußtseins gerade unter den Jugendlichen beitragen.

Die Konsolidierung der DDR wird den Prozeß der Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten fördern. Die im Subsystem Sport sich abzeichnende Entwicklung einer entspannten Konkurrenz, in der an der Differnz zwischen den Gesellschaftssystemen in beiden Staaten festgehalten wird, ohne daß sie in den Formen der Behinderung und

Diskriminierung zur Geltung kommt, ist auf die Gesamtentwicklung übertragbar. Der Prozeß der Entspannung hängt ab von einer weiteren Stabilisierung und einer anhaltenden Aufwärtsentwicklung der DDR-Wirtschaft als Bedingung für die Ausgestaltung der inneren, sozialen und kulturellen Verhältnisse. Je weiter sich die DDR als souveräner und erfolgreicher Staat entwickelt, um so deutlicher also die spezifischen Leistungen werden, die sich aus der bestimmten sozialen und Eigentumsordnung ergeben, um so weniger wird es einer bewußten Abgrenzung zur Bundesrepublik bedürfen. Auf der Basis einer Entwicklung analog der, die die beiden Sportbewegungen genommen haben, wird in Zukunft eine Beziehung zwischen den Staaten möglich werden, die Kooperation trotz der weiterbestehenden Gegensätze zuläßt. Genausowenig wie ein sportliches Miteinander sich in kurzer Zeit stabilisieren läßt - dazu waren und sind die Rivalitäten zwischen den Sportverbänden, aber auch zwischen einzelnen Sportler zu stark - genausowenig werden aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen schnelle Erfolge in der Zusammenarbeit zu erreichen und Rückschläge zu vermeiden sein.

7. ANMERKUNGEN

1) Eine derartige Auffassung formuliert der Leiter der Abteilung für auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt, Arnold:
" Für den kulturellen Bereich ist von Bedeutung, daß die Führung der DDR bekanntlich von einem grundsätzlich anderen Verständnis von deutscher Kultur auszugehen versucht, als wir in der Bundesrepublik Deutschland. Wir gehen nach wie vor von der Einheit der deutschen Kultur aus ... Demgegenüber verfolgt die Führung der DDR seit langem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis der beiden Staaten zueinander und am dritten Ort eine auf Abgrenzung vor allem im kulturellen Bereich gerichtete Politik."
Arnold, Hans, Vorwort, in: Lindemann, Hans, Kurt Müller, Auswärtige Kulturpolitik der DDR. Die kulturelle Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 5 f.
Dagegen betont Kosing die Gesetzmäßigkeit der Abgrenzung als Ausdruck der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR zu einer qualitativ höheren, neuen gesellschaftlichen Formation:
" Die Abgrenzung ist keine willkürliche Politik, wie von westdeutscher Seite immer wieder behauptet wird. Sie ist nichts als die Kehrseite der weiteren Ausprägung der Qualitäten der sozialistischen Nation, denn omnis determinatio est negatio."
Kosing, Alfred, Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 23.Jg., H. 2, 1975, S. 258.

2) Vgl. dazu die Einschätzung von Grosser, Alfred, Deutschlandbilanz - Geschichte Deutschland seit 1945, München 1970, S. 126, der den Antikommunismus die " normale Einstellung " der Begründer des westdeutschen Staats nennt.
Zum integrierenden Charakter des Antikommunismus siehe auch von Bredow, Wilfried, Vom Antagonismus zur Konvergenz, Studien zum Ost-West-Problem, Frankfurt a.M. 1972, S. 166 ff und End, Heinrich, Zweimal deutsche Außenpolitik - Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949 - 1972, Köln 1973, S. 19 ff

3) Dies gilt in erster Linie für die DDR. Da die Bundesrepublik weiterhin die Einheit der Nation trotz staatlicher Trennung als für ihre Staatlichkeit konstitutiv ansieht, erscheint die Abgrenzung hier weniger im zwischenstaatlichen als im innergesellschaftlichen Bereich, etwa in der Aussperrung von Mitgliedern der DKP oder anderer sozialistischer Organisationen aus dem öffentlichen Dienst. Dem ' Radikalenbeschluß ' liegt letztlich die Vorstellung zugrunde, es handele sich bei Angehörigen solcher politischer Gruppierungen um wirkliche oder potentielle ' Agenten ' der DDR oder zumindest um Leute, die das dortige gesellschaftliche System auf Gesamtdeutschland ausdehnen wollten.
Daß es keine Einheit Deutschland mehr geben könne, betonte dagegen Abusch schon 1949, weil die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik in tiefem kulturellem und geistigem Widerspruch zum kulturellen Aufbau in der DDR stehe und notwendig zur Spaltung, Entfremdung und Herausbildung zweier unterschiedlicher Kulturen führe.
Vgl. Abusch, Alexander, Stalin und die Schicksalsfrage der deutschen Nation, Berlin 1949, S. 151 ff.
Daß nach vollzogener Spaltung die These von der Einheit der Nation und der Kultur ein Angriff auf die DDR sei, sagt 1972 John: Die These werde benutzt, " um die kulturellen Leistungen der DDR ihrer auf sozialistischer Grundlage entstandenen Eigenständigkeit zu entkleiden und sie unter nationalsozialistischen Vorzeichen einer ideologischen und klassenneutralen ' Nationalkultur ' einzuverleiben." John, Erhard, Zur Dialektik des Sozialen, Nationalen und Internationalen in der Kulturentwicklung, Berlin 1972, S. 55

4) Im gemeinsamen kulturellen Erbe liegt eine Schranke für die Durchsetzungsfähigkeit der DDR in ihrer eigenen Bevölkerung. Ein Rückzug auf ihren begrenzten Herrschaftsbereich würde den Prozeß der Herausbildung eines auf die Aufbauleistung in der DDR bezogenen Selbstbewußtseins verlangsamen, wogegen offensive Auseinandersetzung und Konfrontation die Desintegration objektiv und in der subjektiven Rezeption fördert. Daran wird sich in absehbarer Zeit auch kaum etwas ändern, wie Lindemann/Müller ausführen: " Die DDR wird nunmehr von der Bundesrepublik und anderen Ländern als Staat

anerkannt, doch ist das Staatsbewußtsein der DDR noch unterentwickelt. Die SED muß selbst zugeben, daß die Entwicklung eines solchen Bewußtseins ein langwieriger Prozeß ist und seine Herausbildung der allgemeinen Entwicklung nachhinkt."
Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 52 f.

5) Dies ist noch einmal festgestellt im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.6.1973 zum Grundlagenvertrag. Im Absatz B,I, wird die Allgemeinheit des Prinzips konstatiert und in B,III, explizit aus der Identität von Bundesrepublik und ' Deutschem Reich ' begründet, unbeschadet der territorialen Teilidentität. Konsequenterweise gilt es dann auch für den kulturellen Bereich. In B.V. 9d. betont das Gericht gleichzeitig Einheit und Abgrenzung in diesem Sektor:
" Ebensowenig darf der Vertrag nicht verstanden werden, daß er die Bundesregierung und alle übrigen Organe in Bund und Ländern von der verfassungsmäßigen Pflicht entbinde, das öffentliche Bewußtsein nicht für die bestehenden Gemeinsamkeiten, sondern auch dafür wach zu halten, welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede zwischen der Lebens- und Rechtsordnung der Bundesrepublik und der Lebens- und Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik bestehen."
Bundesverfassungsgericht - 2 BvF 1/73 - verkündet am 31.7.1973
Vgl. dazu auch: Kriele, Martin, Der Streit um die Rechtslage Deutschlands und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, in: Politische Vierteljahresschrift, 13.Jg., 1972, S. H.4, S. 4o8 ff.

6) Vgl. Gascard, Johannes R., Inland/Ausland - Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für internationales Recht, Bd. 15, 1971, S. 399 ff.

7) Brandt, Willy, Bericht zur Lage der Nation, in: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation, Bonn 1971, S. 5

8) Kosing, Probleme, a.a.O., S. 255
Vgl. dazu auch: Ludz, Peter Christian, Zum Begriff der " Nation " in der Sicht der SED. Wandlungen und politische Bedeutung, in: Deutschland-Archiv, 5.Jg., 1972, H. 1, S. 17 - 27

Als beispielhaft für die Rezeption einer seit jeher gespaltenen Kultur bezeichnet John die " Lessing-Legende " Mehrings, worin die Lebensarbeit dieses Schriftstellers für das Proletariat reklamiert wird. " Diese Bemühungen zeigen sehr anschaulich eine auch für unsere gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen wichtige Gesetzmäßigkeit in den Beziehungen zwischen Nationalem und Klassenbedingtem in der Kulturentwicklung: Der Klassencharakter einer Kultur schließt nicht nur ein klassenbedingtes Hervorbringen, sondern auch ein klassenbedingtes praktisches Nutzen kultureller Leistungen ein."
John, Zur Dialektik, a.a.O., S. 18 (Hervorhebung durch den Verfasser).

9) Vgl. Ludz, P.Ch., Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, Köln - Opladen 1968, S. 11 ff.

1o) Die Entwicklung der DDR-Forschung kann nicht losgelöst von der politischen Entfaltung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten vor sich gehen. Sie steht insofern erst am Anfang. In diesem Zusammenhang sieht Ludz, P.Ch. Die Zukunft der DDR-Forschung, in: Deutschland-Archiv, 6.Jg., 1973, H. 5, S. 488 ff.

11) ders., Situation, Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung, in: SBZ-Archiv, Nr. 2o, 1967, S. 322 ff.

12) ders., Einleitung, in: Materialien 1971, a.a.O., S. 34 f.

13) ders., Aktuelle oder strukturelle Schwächen der DDR-Forschung, in: Deutschland-Archiv, 1.Jg., 1968, H. 1, S. 255 f.
Eine Kritik der ' Materialien ' von einer DDR-nahen Position aus gibt Steinhaus, Kurt, Kritik der " Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971 ", in: IMSF-Informationsbericht, Nr. 6, 1o.3.1971

14) Vgl. Prietzel, Konstantin, Zusammenarbeit DDR-UdSSR und die soziale Integration, in: Deutschland-Archiv, 5.Jg., 1972, H. 8, S. 818 ff.

15) Ackermann, Manfred, Trutzing politisieren, in: Deutschland-Archiv, 3.Jg., 197o, H. 4, S. 479
Diesen Gedanken führt Zimmermann dahingehend weiter, daß jeder Analyse des einen Systems - DDR - zur Reflexion des anderen - BRD -

zwingt, daß hier eine Interdependenz mit hohem Prägungscharakter gegeben ist. DDR-Forschung steht mithin mitten in der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik, was für jeden mit der DDR-Gesellschaft befaßten Wissenschaftler heißt, daß er sich die " Frage nach der politisch-gesellschaftlichen Bedingtheit und Verwertung seiner Forschungsergebnisse " zu stellen hat.
Zimmermann, Hartmut, Zu einigen innenpolitischen Aspekten der DDR-Forschung, in : Deutschland-Archiv, 6.Jg., H.7, 1973 S. 713

16) Dieses Thema wird in der Kontroverse zwischen Förtsch, Eckart, DDR-Forschung und gesamtdeutsche Politik, in: Deutschland-Archiv, 1.Jg., 1968, H.2, S. 148 ff und
Stern Carola, Antwort an Eckart Förtsch, in: ebda., H.3, S. 257 ff behandelt.
C. Stern kritisiert zu Recht bei Förtsch eine Tendenz zur Instrumentalisierung, doch gehen ihre Argumente, soweit sie auf mögliche Behinderung wissenschaftlicher Arbeit als Reaktion auf offenes politisches Engagement hinauslaufen, am Kern der Sache vorbei:
Nicht Zweckmäßigkeit, sondern Adäquatheit der Bestimmungen zum Gegenstand ist das einzige Maß wissenschaftlicher Aussage.
Eine Einschätzung der politischen Funktion der sich neu bestimmenden DDR-Forschung aus der Sicht der SED geben
Graf, R. / H.G. Müller,
Westdeutsche DDR-Forschung - Instrument psychologischer Kriegführung, in: Dokumentation der Zeit, H. 24, 1969, S. 4 - 12

17) Dem ist bei der Erstellung der ' Materialien ' Rechnung getragen worden, ohne daß man behaupten könnte, die Möglichkeiten interdisziplinärer Forschung seien hier ausgeschöpft worden.
Für die vorliegende Arbeit gilt der Mangel, daß wichtige Elemente von Körperkultur und Sport wie die medizinische Prophylaxe und Rehabilitation nicht berücksichtigt werden, obwohl sie

für die Durchsetzung der Ziele nach außen wie nach innen wichtig sind.

18) Dasbach-Mallinckrodt, Anita,
Wer macht die Außenpolitik der DDR, Düsseldorf 1972
Gegen diese Arbeit ist einzuwenden, daß sie die Wichtigkeit der Personen gegenüber dem Sachbezug der Ämter überschätzt. Vor diesem Fehler hat Richert gewarnt mit dem Hinweis, daß in der DDR eine ausgesprochene Leistungselite vorfindbar sei, in der Funktionalität und Effektivität bei der Ausführung des politischen Auftrags Maßstab für politischen Einfluß sind.
Vgl. Richert, Ernst, Die DDR-Elite oder unsere Partner von morgen ?, Reinbek bei Hamburg, S. 9ff.

19) Vgl. End, Außenpolitik, a.a.O., S. 12ff.

20) Radde, Jürgen, Die außenpolitische Führungselite der DDR. Veränderungen der sozialen Struktur außenpolitischer Führungsgruppen, Köln 1976

21) Lindemann, Hans, Kurt Müller,
Auswärtige Kulturpolitik der DDR. Die kulturelle Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik Deutschland,
Bonn - Bad Godesberg 1974

22) Lamm, Hans Siegfried, Siegfried Kupper, DDR und dritte Welt,
München - Wien 1976

23) Vgl. ebda., S. 73

24) Vgl. ebda., S. 69

25) " An der Verwirklichung des erstrangigen außenpolitischen Ziels waren alle Institutionen des Staates und alle Organisationen der SED beteiligt ... Daß das Entscheidungssystem der DDR trotzdem in seiner Anerkennungspolitik nicht in kürzeren Fristen erfolgreich war, lag vor allem an dem ökonomische und machtpolitisch asymetrischen Kräfteverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten ... "
End, Außenpolitik, a.a.O., S. 86f.

26) Kopp, Fritz, Die Außenpolitik der SED-Regierung, in: Deutsche Studien, 2.Jg., 1964, H. 7, S. 323 f

27) Staufenbiel, Fred, Kultur, in: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Klaus, Georg und Manfred Buhr, Berlin 1972[6], Bd. 2, S. 629, Sp.2
Eine ausführliche Darstellung der Vielschichtigkeit des Kulturbegriffs ist veröffentlicht worden von Hoffmann, Hans Joachim, Persönlichkeitsbildung und Kulturpolitik, in: Einheit, 27.Jg., 1972, H. 8, S. 1o2o - 1o26

28) Knecht, Willi, Die Basis der sozialistischen Körperkultur, in: Deutschland-Archiv, 2.Jg., 1969, H. 3, S. 241
Der weitgreifenden Rolle des Sports ist in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR kaum Beachtung zuteil geworden. Selbst in zwei Veröffentlichungen jüngeren Datums
- Thomas, Rüdiger, Modell DDR - Die kalkulierte Emanzipation, Köln 1974[4]
- Pfeiler, Wolfgang, DDR-Lehrbuch, Bonn 1974[2],

die eine am Auftrag der politischen Bildung orientierte, für breitere Leserschichten verständliche Darstellung der Realität des anderen Deutschlands versuchen und die darin auf die gesellschaftlichen Organisationen als Hebel zur Durchsetzung von politischen Zielen hinweisen, wird dieser Bereich nur kurz gestreift. Daß es in der Bundesrepublik ein umfassenderes Wissen von der Organisation des Sports in der DDR gibt, ist das Verdienst der publizistischen Tätigkeit Willi Knechts. Dieser Autor ist wohl der kompetenteste Beobachter des DDR-Sports im Bereich der Bundesrepublik. Als Journalist, Knecht ist der Leiter der Aktuellen Abteilung des RIAS Berlin, und Funktionär des DSB, Knecht gehört mehreren Ausschüssen an und war u.a. Mitglied im Presseausschuß des Organisationskomitees der Olympischen Spiele in München, ist er in doppelter Weise mit diesem Gegenstand befaßt, was sich in seinen Veröffentlichungen, vornehmlich im Deutschland-Archiv, niederschlägt in einer eigentümlichen Verquickung persönlichen Engagements, Rechtfertigung politisch-gesellschaftlicher Zustände in der Bundesrepublik und sachbezogener Analyse eines Elements der DDR-Gesellschaft, die ihn

zu einer völligen Fehleinschätzung führen. Knechts immer wiederkehrende Gegenüberstellung von " freiem " Sport im Westen und " unfreiem " im Osten Deutschland spiegels sein Interesse wider, als Funktionär der westdeutschen Sportbewegung diese als im internationalen Raum einzig legitime darzustellen und ihr in der Bundesrepublik Einfluß auf staatliche Stellen ohne Aufgabe ihrer formalen Unabhängigkeit zu verschaffen. Die Sportbewegung der DDR mißt er nicht am Selbstverständnis, an der Immanenz des Systems, sondern am gesellschaftlichen Verständnis der Bundesrepublik.
In dieser Gesellschaft tritt der Staat auf als die ideelle Verkörperung des Gesamtwillens, real als die Instanz, der gegen die Einzelnen die allgemeinen Existenzbedingungen sichert. An den Staat wenden sich die Einzelnen und ihre Organisationen als freie und unabhängige Träger von Privatinteressen, die sie gegen die Interessen anderer durchzusetzen suchen: etwa im Kampf der Sportbewegung der Bundesrepublik um die Mittel zur Durchführung Olympischer Spiele. An dieser Freiheit der Sportbewegung mißt Knecht die andere, die als Element einer anderen Gesellschaftsordnung für ihn nur " unfrei " sein kann: Das Wesentliche dieser Organisation aber ist nur zu erkennen in ihrem Zusammenhang mit einer Gesellschaft, die für sich beansprucht, die Ursache der widersprüchlichen Interessen und damit die Trennung von Staat und Gesellschaft aufgehoben zu haben, den Staat im Gegenteil als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung zu nutzen. In diesem Sinn versteht sich die DDR-Sportbewegung als Teil eines historisch notwendigen und legitimierten Prozesses, als Verwirklicher einer notwendigen Entwicklung der menschlichen Freiheit: " Um diese Bedingungen zu schaffen, die es dem Menschen erst ermöglichen, seine Persönlichkeit frei zu entfalten, müssen die individuellen Interessen denen der Gesellschaft untergeordnet werden. Für den Sozialismus besteht die Freiheit der Persönlichkeit in der Freiheit für die Masse. Aus dieser Erkenntnis wächst die marxistische Auffassung vom Primat der gesellschaftlichen Pflicht: ' Ausgehend von der Lehre des historischen Materialismus über die bestimmende Rolle der objektiven, vom Willen der Menschen unabhängigen Bedingungen, versteht die marxistische Ethik die Pflicht als das gesellschaftlich Notwendige '."

Neugebauer, Hanns-Peter, Zu den Beziehungen zwischen Sport und Politik, Diss. DHFK Leipzig 1957, S. 171
Vom Selbstverständnis der DDR-Sportbewegung her wird das, was Knecht " Unfreiheit " nennt, " Freiheit ", nämlich für das als notwendig Erkannte in die Pflicht genommen zu werden. Von daher wäre sie auch zu bestimmen, was Knecht als Beobachter und Kommentator der Entwicklungen nicht leistet.

29) Neugebauer, a.a.O., S. 154

3o) Weichelt, Wolfgang, Der sozialistische Staat - Hauptinstrument der Arbeiterklasse zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 126

31) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 29 f
End nennt vier Geltungsgründe für die Legitimität:
a) die Entstehung der DDR als revolutionärer Akt,
b) die Erfüllung der Auflagen des Potsdamer Abkommens,
c) die historische Mission als erster Staat der Werktätigen in der deutschen Geschichte,
d) die Effizienz: " als letzter Grund für die Legitimität der DDR entwickelte sich in den sechziger Jahren die Effizienz des Systems, die zwar in der DDR nicht ausdrücklich als Legitimation theoretisiert, aber für die Durchsetzung der DDR im internationalen Bereich der wohl wichtigste Faktor wurde."

32) Neidhardt, Helga, Der Anteil der Körperkultur bei der Durchsetzung der sozialistischen Kulturrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik, Diss. DHFK Leipzig, 1966, S. 144

33) Vgl. Knecht, Willi, Amateur 72, darin: ders., Olympische Medaillen, Orden für Tapferkeit und Selbstverleugnung, Mainz 1972, S. 9 ff

34) Vgl. Brandt, Willy, Jahresbericht der Kulturabteilung 1966, in: Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972, S. 98

35) Kramer, Hermann Josef, Die Körpererziehung im System der marxistisch-leninistischen Pädagogik, Diss. Münster 1968, S. 13o

36) Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1963, S. 7 ff

37) Neugebauer, a.a.O., S. 161

38) Die Schwierigkeit entstand, da der Aufbau des Sozialismus nicht ohne die Fähigkeit und Bereitschaft der Mehrheit der DDR-Bürger geleistet werden konnte. Sie mußten dafür gewonnen und überzeugt werden, daß die Perspektive der DDR ihre eigene sei. Ein bemerkenswertes Eingeständnis der Probleme gibt der Ost-Berliner Zeitgeschichtler Heitzer in einem Interview mit Wolfgang Plat, in: Plat, Wolfgang, Begegnungen mit den anderen Deutschen - Gespräche in der Deutschen Demokratischen Republik, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 219 ff

39) Mirrow, Jürgen, Staatsbewußtsein in der DDR, in: Neue Deutsche Hefte, Nr. 133, 19.Jg., 1972, H. 1, S. 1o7

4o) ebenda, S. 1o7

41) Thomas, Modell DDR, a.a.O., S. 7

42) Vgl. dazu Knecht, Willi, Die ungleichen Brüder. Die deutschen Sportorganisationen DSB und DTSB, Mainz, o.J. (1972), S. 2o
Knecht setzt die beiden Faktoren unmittelbar in Beziehung zueinander: " Die aus den Erfahrungen mit dem Staatsreglement stammenden Aversionen verführten die meisten bundesdeutschen Sportführer zu der irrigen Gleichsetzung des Satzungsparagraphen (des DSB, der Verf.) ' parteipolitisch neutral ' mit der Begriffsbestimmung ' vom unpolitischen ' Sport."
Diese Aussage täuscht darüber hinweg, daß es weniger Aversion gegen ' Staatsreglement ' im nationalsozialistischen Deutschland als die Ablehnung des staatlich geförderten Konkurrenten aus der DDR war, die zum Begriff des ' unpolitischen Sports ' führte. Sportführer wie Diem, Mengden, Ritter von Halt u.a. setzten in der Bundesrepublik Arbeiten im Sportbetrieb fort, die sie zur Zeit des ' Staatsreglements ' begonnen hatten. Vgl. dazu: Gehrmann, Johannes, Der bundesdeutsche Sport und seine Führer, in: Vinnai, Gerhard (Hrsg.), Sport in der Klassengesellschaft, Frankfurt a.M., 1972, S. 26 ff

43) Scheuch, Erwin K., Sport als Politikum, in: Die politische Meinung, 17.Jg., H. 143, Juli/August 1972, S. 18

44) Erbach, Günter, u.a. (Hrsg.), Vgl. Kleine Enzyklopädie. Körperkultur und Sport, Leipzig 196o, S. 6o f.

45) Scheuch, a.a.O., S. 18
Herbert Wehner betont, daß ein Insistieren auf der vorgeblichen Unabhängigkeit nicht nur sachlich falsch, sondern der Sportbewegung schädlich sei: " Die jahrelang geschürte Furcht, die Politik infiziere eigentlich nur den Sport, der völlig unpolitisch zu bleiben habe, fand ich nie besonders geschmackvoll und vernünftig ... Wer ständig mit der ' Gelben Karte ' als Warnung vor der Politik herumläuft, leistet dem Sport keinen guten Dienst."
Wehner, Herbert, Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 22.1.1974

46) Vgl. Habermas, Jürgen, Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt, Amsterdam 1970, S. 67

47) Horkheimer, Max, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt a.M. 1967, S. 56

48) Rigauer, Bero, Sport und Arbeit, Soziologische Zusammenhänge und ideologische Implikationen, Frankfurt a.M. 1969, S. 7

49) ebenda, S. 17

50) Für Diem ist Sport primär Spiel als zweckfreies Tun, im Gegensatz zur Arbeit als auf den Unterhalt gerichtete zweckbestimmte Tätigkeit. Er definiert, Sport sei ein " geistig ausgebildetes, genau geregeltes, steigerbares, nach hohen und höchsten Leistungen strebendes, wichtig genommenes Spiel."
Diem, Carl, Sport, in: Das Bildungsbuch, Gütersloh 1956
Eine Kritik dieser Auffassung findet sich bei den Autoren:
Rigauer, a.a.O., S. 10 ff,
Vinnai, Gerhard, Leibeserziehung als Ideologie, in: ders., Sport in der Klassengesellschaft, a.a.O., S. 9 ff und
Kirchmann, Hans, Die geheimen Erzieher, in: Richter Jörg, (Hrsg.), Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 11 ff

51) Marcuses Definition des Spiels als eines Gegenbegriffs zur Arbeit unterscheidet sich von Diems Verständnis des Sports als einer Ausprägung des Spiels wesentlich dadurch, daß es eine außerhalb des Spielenden festgelegte Regel und ein am Gegenstand sich orientierendes Leistungsstreben nicht kennt: " Auch im Spiel kann (nicht muß) der Mensch es mit Gegenständen zu tun haben, sich mit Gegen-

ständen beschäftigen. Aber die Gegenständlichkeit hat hier einen ganz anderen Sinn, eine ganz andere Funktion als in der Arbeit. Spielend richtet sich der Mensch nicht nach den Gegenständen, nach ihrer gleichsam immanenten (durch ihre spezifische Gegenständlichkeit gegebenen) Gesetzlichkeit, nach dem, was ihre ' Sachhaltigkeit ' fordert (wie die Arbeit sich in Behandlung, Verwendung, Formung ihres Gegenstandes nach seiner Sachhaltigkeit richten muß), - vielmehr hebt das Spiel diese ' objektive ' Sachhaltigkeit und Gesetzmäßigkeit der Gegenstände nach Möglichkeit auf und setzt an deren Stelle eine andere, vom Menschen selbst geschaffene Gesetzmäßigkeit, an die der Spielende sich dann aus eigenem Willen frei bindet: die ' Spielregeln ' (im weitesten Sinne; Spielregeln hat auch derjenige, der allein spielt; Spielregeln brauchen nicht ausdrücklich zu werden und können ad hoc für einen einzelnen Fall zur Anwendung kommen)".

Marcuse, Herbert, Kultur und Gesellschaft 2. Frankfurt a.M. 1965, S. 15

52) Die Geschichte des Sports kennt die Tragik vieler Sportler, die nach dem Erreichen einer Rekordleistung bzw. einer Meisterschaft nie mehr eine derartige Leistung wiederholen können und als Versager abgestempelt werden. Der Rekord wird zum Anspruch der Öffentlichkeit an sie, den sie einzulösen haben. Bekanntestes Beispiel ist der Weitspringer Beamon, dem nach seinem Olympiasieg mit 8,9o m nie mehr ein größerer Erfolg gelungen ist, weil selbst Weiten, die nur wenige andere Sportler erzielen, in der Öffentlichkeit mit Enttäuschung registriert wurden. Rigauer spricht in diesem Zusammenhang vom Warencharakter des Leistungssports, reduziert diese Feststellung aber in unzulässiger Weise auf ein Verhältnis von sportlicher Leistung, Ware, und Bezahlung durch den Zuschauer an die Veranstalter, Geld.

Vgl. Rigauer, a.a.O., S. 58 ff.

Man hat aber dieses Verhältnis festzumachen an der sportlichen Leistung selbst, als Produkt einer Tätigkeit, die nicht Selbstzweck, sondern Mittel zu einem ihr äußerlichen Zweck ist, dem Rekord oder der Meisterschaft. Ihr Gebrauchswert ist die Möglichkeit des Erwerbs eines Wertes, Prestige; sie hat Wert, weil sie Gebrauchswert

ist für andere, sei es als Quelle von Unterhaltung, Einkommen oder Mittel zur Propaganda. Die als Selbstzweck vollbrachte Leistung, Resultat irgendeines Spiels, ist keine Ware, sie hat keinen Wert, obwohl sie als Quelle der Befriedigung für den Spieler Gebrauchswert hat. Über die sportliche Leistung ist zu sagen, was Marx für die " entfremdete Arbeit " angibt: " Durch die entfremdete Arbeit erzeugt der Mensch also nicht nur sein Verhältnis zum Gegenstand und dem Akt der Produktion als fremdem und ihm feindlichen Menschen; er erzeugt auch das Verhältnis, in welchem andere Menschen zu seiner Produktion und seinem Produkt stehen, und das Verhältnis, in welchem er zu diesem anderen Menschen steht. Wie er seine eigene Produktion zu seiner Entwicklung, zu seiner Strafe, wie er sein eigenes Produkt zu dem Verlust, zu einem ihm nicht gehörigen Produkt, so erzeugt er die Herrschaft dessen, der nicht produziert, auf die Produktion und auf das Produkt. Wie er seiner Tätigkeit sich entfremdet, so eignet er dem Fremden die ihm nicht eigne Tätigkeit an."
Marx, Karl, Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: Marx, Engels II, Studienausgabe. Politische Ökonomie, Frankfurt a.M. 1966, S. 84

53) Winkler, Hans Joachim, Sport und politische Bildung - Modellfall Olympia, Opladen 1972, S. 21

54) ebda., S. 2o

55) Richter, Jörg, Deutschland - Deutschland über alles. ' Unpolitischer ' Sport und geteilte Nation, in: ders.,(Hrsg.), Die vertrimte Nation, a.a.O., S. 115. Zu Knecht siehe auch Anm. 28

56) Knecht, Willi, Olympische Irrwege aus Ost-Berlin, in: Die politische Meinung, 17.Jg., H.143, Juli/August 1972, S. 56

57) Richter, a.a.O., S. 115

58) Knecht, Die ungleichen Brüder, a.a.O., S. 53

59) Die scheinbare Gleichartigkeit kultureller Phänomene verleitet allzuleicht dazu, sie als Ausdruck wesentlicher Gleichheit der Systeme zu fassen. Ludz kritisiert unter Verweis auf Walt. W. Rostow, eine derartige Konvergenzthese beruhe letztlich " auf einer deterministischen Konzeption: Die durch die technische Entwicklung bedingte Dynamik der Produktivkräfte prägt die Sozialstruktur einer

Gesellschaft, die ihrerseits jeweils den politischen und geistigen ' Überbau ' bestimmt. Nach der These von der Konvergenz der Systeme laufen die weltpolitisch führenden Gesellschaften gleichsam aufeinander zu."
Ludz, Parteielite, a.a.O., S. 22
Ihre Entwicklungswege münden in das in ihnen schon angelegte gemeinsame gesellschaftliche Prinzip, in die ' Industriegesellschaft ' mit den ihr eigenen Verkehrsformen und kulturellen Erscheinungen.

60) Knecht, Irrwege, a.a.O., S. 59

61) von Bredow, Vom Antagonismus zur Konvergenz ?,a.a.O., S. 84 ff. (Die Kritik an Sorokin bezieht sich auf den Aufsatz von Sorokin, Pitirim A., Soziologische und kulturelle Annäherungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR, in: Zeitschrift für Politik, 7.Jg., 1960, H.4, S. 341 - 370, Vgl. bei von Bredow, S. 96 ff.)

62) von Krockow, Christian, Sport und Industriegesellschaft, München 1972, S. 95

63) ebda., S. 96

64) Scheuch, a.a.O., S. 16

65) Vgl. dazu Sontheimer, Kurt, Wilhelm Bleek, Die DDR-Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1972, S. 190 ff (9.Kapitel: Das Wirtschaftssystem).
Zur Frage der Flucht und der Reparationsbelastung siehe: Apel, Hans, Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft, Köln 1966, S. 18 f u. S. 252
Zur strukturellen Schwäche des DDR-Wirtschaftsgebietes siehe: Müller, Hans, Kurt Reißig, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 29 ff.

66) Man kann den Sport ganz anders als Scheuch auch als typisch für diesen gesellschaftlichen Austieg würdigen, etwa in bezug auf die Emanzipation der Frau:
" Man übertrage die Verhältnisse im DDR-Sport - dessen Breitenarbeit, die Erfolge seiner Rekordler - auf die systematische Arbeit in der Berufsbildung (mit der jede Gleichberechtigung beginnt): Dann wird klar, daß die Frauen in der DDR einen Vorsprung haben, wie die Schwimmer, Läufer und Eiskunstläufer der DDR im Wettbewerb mit dem Westen."

Leo, Walter, Frauen in der DDR. Haben Gretchens rote Schwestern gleiche Rechte, in: Vorwärts, Bonn 13.3.1975, S. 8

67) Harrer, Jürgen, Heinz Jung, Das ökonomische System in der BRD und der DDR, in: Jung, Heinz, u.a., BRD - DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 35

68) Grupe, Ommo, Spitzensport zwischen Ideologie und Wirklichkeit, in: Knecht, Willi, (Hrsg.), Amateur 72, Mainz 1971, S. 332

69) Neckermann, Josef, zit. nach: Richter, Die vertrimmte Nation, a.a.O., S. 1o3

7o) Die beiden Momente sind hier die medizinische Prophylaxe und die soziale Integrationsfunktion des Sports, die Scheuch, a.a.O., S. 25 eine ' kompensatorische Geselligkeitsfunktion ' nennt. Der Sport verwischt die Unterschiede, die aus der sozialen Ungleichheit erwachsen. Scheuch sieht in der ' Ideologisierung ' des Sports einen zentralen Angriff gerade auf diese Geselligkeitsfunktion, insofern sie anspricht , daß nicht die kommunikative Verwischung, sondern die Aufhebung der sozialen Ungleichheit zu verwirklichen ist. Eine Destruktion der These von der Notwendigkeit der Ungleichheit, der Nachweis, daß sie aus sozialen Ursachen, nicht aus natürlicher Ungleichartigkeit hervorgeht, ist notwendig auch Destruktion der von Scheuch beschriebenen ideologischen Funktion des Sports.

71) Ausschreitungen bei und nach sportlichen Großveranstaltungen mit großer Publikumsresonanz deuten darauf hin, daß bei den passiven Teilnehmern am Sportgeschehen, sofern sie nicht überhaupt nur über die Massenmedien am Geschehen teilnehmen, die vorhandenen Aggressionsstrukturen tradiert und eher verstärkt werden, keinesfalls aber sich auflösen.

72) Meyer, Claus Heinrich, Zweifel am Leistungssport, in: Süddeutsche Zeitung, vom 14.8.1972

73) Vgl. dazu Mauz, Gerhard, Michael, der Realitätenbesitzer - oder Pierre: Die Krankengeschichte einer Idee, in: Richter, Die vertrimmte Nation, a.a.O., S. 127

" Die zwei Milliarden von München lassen sich mühelos aufteilen und Problemen zuweisen, die uns bedrängen. Doch diese Probleme bedrängen uns in Wahrheit nicht. Und so haben wir zwei Milliarden für die Olympischen Spiele in München ausgegeben, doch es komme niemand

damit, wir seien betrogen worden."

74) Vgl. Lüdtke, Hartmut: Sportler und Voyeursportler. Sport als Freizeitinhalt, in: Richter, Die vertrimmte Nation, a.a.O., S. 23 ff.

75) Scheuch, a.a.O., S. 17

76) ebda., S. 15

77) ebda., S. 19

78) Diem, Carl, Der erste Schritt zur VI. Olympiade, in: Olympische Flamme, Bd. 1, Berlin 1942, S. 35o, (Der Artikel wurde 1913 verfaßt), hier zit. nach: Gehrmann, Der bundesdeutsche Sport und seine Führer, in: Vinnai, Sport in der Klassengesellschaft, a.a.O., S. 28

79) Prokop, Ulrike, Soziologie der Olympischen Spiele, Sport und Kapitalismus, München 1971, S. 22 ff.

8o) Vgl. de Coubertin, Pierre, Rede zur Eröffnungssitzung der 18. Vollversammlung des IOK, 17.8.192o, S. 5, hier zit. nach: Prokop, a.a.O., S. 3o f: " Die ganze philosophische Reichweite der Frage liegt darin, daß der Sport auf einer eigenartigen und fruchtbaren Kombination von Gleichem und Ungleichem beruht ". Coubertin weist darauf hin, daß im Sport die soziale Ungleichheit belangslos, die natürliche Ungleichartigkeit dagegen bestimmend sind. Er folgert: " So stehen also die Aufhebung der von den Menschen geschaffenen sozialen Unterschiede und die aristokratischen Launen der Natur gleichzeitig nebeneinander. Damit sind in der Ausübung des Sports keimhaft die Grundsätze angelegt, die Basis und Ausgangspunkt einer jeden vernünftigen demokratischen Ordnung bilden."

81) Knecht, Willi, Verschenkter Lorbeer, Deutsche Sportler zwischen Ost und West, Köln - Berlin 1969, S. 31

82) Georg von Opel, Plädoyer für den Amateur, zit. nach: Knecht, Amateur 72, a.a.O., S. 25

83) Diese Argumente, materielle Absicherung als Leistungsmotivation und als Ursache für äußeren Zwang von staatlicher Seite, ebenso wie materielle Absicherung eines priviligierten Status, also Freiheitsraum gegen staatlichen Zwang, finden sich bei Knecht stets gleichrangig nebeneinander, so z.B. in den Interviews mit ehemaligen DDR-Sportlern in der Bundesrepublik, in: Knecht, Amateur 72, a.a.O., Das Förderungssystem der DDR, S. 149 ff; Vgl. auch ders., Interview

in: Der Spiegel, Hamburg, 26.Jg., H.34, 14.8.1972, S. 86

84) Metzner, Adolf, Das Duell in der Arena, in: Die Zeit, Hamburg, 19.Jg. 2, Nr. 37, 1964, S. 39

85) ders., Kalter Krieg um Olympia. Was hat der Sport mit der Politik zu tun, in: Die Zeit, Hamburg, 19.Jg. 2, Nr. 36, S. 28

86) Vgl. Bruns, Wilhelm, Sport und Politik, in: Neue Politische Literatur, 17.Jg., 1972, H.2, April/Juni, S. 231 f.

87) Vinnai, Gerhard, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Sport in der Klassengesellschaft, a.a.O., S. 7

88) Ewald, Manfred, Sozialistische Erziehung - verantwortungsvolle Aufgabe, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 19.Jg., 197o, H.9, S. 794

89) Vinnai, Sport in der Klassengesellschaft, a.a.O., S. 7

9o) Wenn wir hier auf Darstellungen des DDR-Sports durch verschiedene westdeutsche Journalisten, so etwa auf

- Gloede, Walter, Bei uns ist immer Olympia, in: Der Spiegel, Hamburg, 26.Jg., 1972, H.32, 31.7.1972, S. 68 - 79;
  H.33, 7.8.1972, S. 78 - 91;
  H.34, 14.8.1972, S. 82 - 93
- Dotzert, Ludwig, Kein Talent bleibt unentdeckt, in: Frankfurter Rundschau, vom 3.6.1972, S. I

und andere nicht näher eingehen, dann **deshalb**, weil sich diese Autoren durchweg auf Knecht stützen und auch weitgehend seine Einschätzung übernehmen.

91) Eichhorn, Wolfgang Peter, Interesse, in: Klaus/Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, a.a.O., S. 537, Sp. 2

92) Thomas, Modell DDR, a.a.O., S. 54

93) Vgl. Ihmels, Karl, Sport und Spaltung in der Politik der SED, Köln 1965

94) Kleine Enzyklopädie. Körperkultur und Sport, a.a.O., S. 33

95) ebda., S. 54

96) Vgl. **Wonneberger, Günther, u.a.,**
Geschichte der Körperkultur in Deutschland, Bd. IV. Die Körperkultur in Deutschland von 1945 - 1961, Berlin 1967, S. 5 ff, und 2o Jahre DDR. 2o Jahre Körperkultur des Volkes. Dokumentation, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 18.Jg., Beiheft 1969, S. 117 ff.

97) Erich Honecker lobte auf dem III. Deutschen Turn- und Sporttag 1966: " Die Leistungen eurer sozialistischen Sportbewegung erfüllen und mit Stolz und Freude. Der Deutsche Turn- und Sportbund hat sich durch sein Wirken in der Deutschen Demokratischen Republik ein großes gesellschaftliches Ansehen erworben. In der internationalen Sportöffentlichkeit genießen die Sportlerinnen und Sportler, die Wissenschaftler, Trainer und Funktionäre Vertrauen und Achtung." Honecker, Erich, Körperkultur und Sport gehören zum sozialistischen Menschen, in: 2o Jahre DDR. 2o Jahre Körperkultur, a.a.O., S. 45

98) Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Bd. I, Berlin 196o, S. 157

99) ebda., S. 158

1oo) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1972, Bonn 1972, S. 2o

1o1) Vgl. Offe, Claus, Das pluralistische System von organisierten Interessen, in: Varain, Heinz Josef (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973, S. 37o: Offe unterscheidet zwischen konfliktfähigen, d.h. zur Leistungsverweigerung fähigen, Funktionsgruppen und Interessengruppierungen, denen das Mittel der Leistungsverweigerung nicht zur Verfügung steht. " Auch für diese Gruppen existieren Interessen-Organisationen; doch ihre Existenz und ihre Zulassung zur pluralistischen Interessenbörse beruht in aller Regel auf massiven ideellen und materiallen Subventionen, mit denen eine eigentümliche Umkehrung der Aktionsrichtung dieser Verbände einhergeht: faktisches Verbandsziel ist nicht die politische Vertretung von Mitglieder-Interessen, sondern die Disziplinierung der Mitglieder und die Erzeugung integrativer Symbole. Zwei Beispiele für diesen Mechanismus des politisch subventionierten Verbandsinteresses, dem keine autonome Konfliktfähigkeit entspricht, sind für das politische System der BRD kennzeichnend: die Vertriebenen-Verbände und der Deutsche Sportbund; beide vertreten Bedürfnis-Komplexe, die im Verhältnis zu den zentralen gesellschaftlichen Verwertungsprozessen durchaus peripher genannt werden müssen, beide verfügen daher nur über ein niedriges autonomes Konfliktpotential, doch erfreuen sie sich beachtlicher Ein-

flußchancen, weil sie sich als Multiplikatoren nationaler und anderer integrativer Sentiments geradezu anbieten."

1o2) Weichelt, Der sozialistische Staat, a.a.O., S. 8

1o3) ebda., S. 8 f.

1o4) Vgl. Heitzer, Heinz, in: Plat, Begegnungen, a.a.O., Gespräch mit Prof. Dr. Heinz Heitzer, S. 228

1o5) Mitzschke, Gerhard, Gewerkschaften und Deutscher Turn- und Sportbund, in: Die Arbeit, 1.Jg., 1957, H.6, S. 34 f
Vgl. auch: Schulze, Erhard-Veit, Die Funktion der FDJ in der DDR, Diss. Marburg 196o, S. 75: Sport wird vermittelt über die FDJ-Tätigkeit von der SED zur Heranbildung eines National-Bewußtseins, genützt, als " Teilgebiet der gesamtgesellschaftlichen Massenbewegung zur politischen Integration der Bevölkerung."

1o6) Deutsche Verfassung, Deutschlands Weg zur Demokratie, München 1972[5], Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, S. 166

1o7) Es ist bemerkenswert, daß die bisher einzige literarische Darstellung des Problems der deutschen Teilung sich auf den Sport als politisches Medium der DDR-Staatsführung bezieht: Johnson, Uwe, Das dritte Buch über Achim, Frankfurt 1961
In der Gestalt des Radsportlers Achim T. ist unschwer der erste Radweltmeister der DDR, das Sportidol und der Volkskammerabgeordnete Gustav Adolf Schur zu erkennen, dessen Erfolge systematisch zur Selbstdarstellung der DDR im In- und Ausland genutzt wurden.
" Er war da und lebte öffentlich, die staatliche Hochschule für Körperkultur bezahlte ihn. Der Staat liebte ihn, er liebte den Staat: er hatte es selbst gesagt. Was sollte einmal daraus werden? Wie erklärt von den hohen schwarzen Buchstaben auf Weiß zuckten schreiende Personen am Rand der Bahn wie genährt aus der Schriftzeile: DER SPORT IST EIN MITTEL ZUR SOZIALISTISCHEN ERZIEHUNG."
zit. nach: Johnson, Uwe, Das dritte Buch über Achim, Roman, Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt 1973, S. 43

1o8) Arnold, in: Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 7

1o9) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 131

11o) Adorno, Theodor W., Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für empirische Sozialforschung, 14.Jg., 1962, H.3, S. 251

111) Eichhorn, Wolfgang Peter, Gesellschaftliches System, in: Buhr, Klaus, Philosophisches Wörterbuch, Bd. 1, a.a.O., S. 427, Sp.2

112) Hänisch, Werner, Joachim Krüger, Zur Dialektik von Innen- und Außenpolitik, in: Deutsche Außenpolitik, 16.Jg., 1971, H.3, S. 433 ff.

113) Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 25

114) ebda., S. 25

115) Hahn, Gerhard, Hartwig Busse, Klaus Ligner, Die DDR im internationalen Kräfteverhältnis - Grundlagen und Ziele ihrer Außenpolitik Hahn, Außenpolitik der DDR - für Frieden und Sozialismus, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin 1972, S. 7

116) Hesselbarth, Hellmut, Karl Marx und Friedrich Engels über Prinzipien einer selbständigen Außenpolitik der Arbeiterbewegung, in: Deutsche Außenpolitik, 13.Jg., 1968, H.7, S. 396

117) Hahn, Busse, Ligner, in: Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 49

118) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 11

119) Vgl. ebda., S. 19 und die ausführliche Würdigung der Literatur zur Deutschlandfrage in den Anmerkungen 1) und 2) S. 178 ff.

12o) Aumann, W., Die leninschen Prinzipien der Außenpolitik der DDR, in: Dokumentation der Zeit, H.8, 197o, S. 6

121) Radde, Führungselite, a.a.O., S. 3o
Raddes Bemerkung bezieht sich auf Hänisch, Werner, Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR, Bd. I, 1949 - 1955, Berlin 1972

122) Vgl. ebda., S. 251 ff, S. 364 f

123) Vgl. Osten, Walter, Die Außenpolitik der DDR. Im Spannungsfeld zwischen Moskau und Rom, Opladen 1969, S. 7

124) Unter Berufung auf Marx und Engels soll die Beziehung zwischen den Staaten als eine Weiterentwicklung der Beziehungen der nationalen Arbeiterbewegungen ausgewiesen und ihre Integration als eine notwendige Maßnahme zur Befreiung der Arbeiterklasse unterstrichen werden. In der Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation schreibt Marx, " daß die Emanzipation der Arbeiter-

klasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt." Karl Marx, Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 16, Berlin 1973, S. 14
Diese Aufforderung soll durch den sozialistischen Internationalismus verwirklicht werden, allerdings auf der qualitativ anderen Basis, die durch die Oktoberrevolution und als Folge des 2. Weltkrieges geschaffen wurde. Der Unterschied von proletarischem und sozialistischem Internationalismus liegt also in der Beschränkung auf sozialistische Staaten." Er wurde zur Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft, zum sozialistischen Internationalismus. In der Zusammenarbeit der Länder des Warschauer Vertrages, bei der sozialistischen Integration der RGW-Staaten, auf zwei- oder mehrseitiger Ebene wird er täglich praktiziert."
Vgl. Leseranfrage: Volkmar und Gerda Linke (Magdeburg): Was ist der Unterschied zwischen prolitarischem und sozialistischem Internationalismus, in: National-Zeitung, Berlin,vom 22.9.1973

125) Deutsche Verfassungen, a.a.O., S. 163

126) Ludz, Peter Christian, Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welt von morgen, München 1974^2, S. 62 f

127) Vogelsang, Theo, Das geteilte Deutschland, München 1966, S. 53

128) Auf die Frage: " Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?" antworteten 77,62 % aller Abstimmungsteilnehmer mit ' Ja ', 16,56 % mit ' Nein ', 5,82 % der Stimmen waren ungültig. Vgl. Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von Autorenkollektiv (Walter Ulbricht u.a.), Kap. XII, von Mai 1945 bis 1949, Berlin 1968, S. 167
Gniffke schreibt über die Maßnahmen der SMAD: " Für die von den Sowjets durchgeführte ' Expropriation der Expropriateure ', das heißt für die Übernahme der Banken und Versicherungsunternehmen, hatten die Sowjets mit einer irgendwie in Erscheinung tretenden

Opposition überhaupt nicht zu rechnen. Hier herrschte bei Sozialdemokraten und Kommunisten Übereinstimmung, aber auch die bürgerlichen Parteien sahen davon ab, diese Maßnahmen in den Blockausschüssen auch nur zu diskutieren."
Gniffke, Erich W., Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 196

129) Ludz, Deutschlands doppelte Zukunft, a.a.O., S. 67

13o) Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. hrsg. von Autorenkollektiv (Günter Mittag u.a.), Berlin 1969, S. 293

131) John, Zur Dialektik, a.a.O., S. 75 f

132) Vgl. dazu Quilitzsch, Siegmar, Joachim Krüger u.a. (Hrsg.), Sozialistische Staatengemeinschaft, Berlin 1972, darin: Baar, Stefan, Der Platz des sozialistischen Weltsystems im revolutionären Weltprozeß, S. 23 ff: Baar nennt den Zusammenschluß der Völker des ehemals zaristischen Vielvölkerstaates zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen " Bundesstaat gleichberechtigter souveräner Völker und Nationen ", die erste Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus, der in der Unterstützung revolutionärer Bewegung und durch die endliche Errichtung eines sozialistischen Weltsystems sich als eine historische Gesetzmäßigkeit bewiesen habe.

133) ebda., Vorwort, S. 11

134) ebda., Vorwort, S. 15

135) Kröger, Herbert, Der Klasseninhalt der staatlichen Souveränität, in: Deutsche Außenpolitik, 17.Jg., 1972, H.3, S. 455
Vgl. dazu auch die Einschätzung des Verhältnisses von Integration und Souveränität durch Furtak. Er begreift die Einschränkung der Selbstbestimmung als Form der Durchsetzung von Hegemonialinteressen, die sich auf ein identisches Interesse von Eliten, Parteien, im Zentrum und an der Peripherie, an der Aufrechterhaltung einer bestimmten, ihre Herrschaft sichernden Ordnung stützen kann. Zur Breschnew-Doktrin führt er aus: " In ihrem Kern nimmt die Breschnjew-Doktrin eine Ausdehnung der bereits von Lenin und Stalin Anfang der zwanziger Jahre für das Verhältnis der Russischen Sowjetrepublik zu den formal unabhängig gewordenen peripheren Gebieten des ehemaligen zaristischen Reichs aufgestellten Prinzips einer durch Klassenbe-

ziehungen überwölbten staatlichen Souveränität auf das Verhältnis aller sozialistischen Länder untereinander vor und stellt eine Präzisierung des ' proletarisch-sozialistischen Internationalismus ' dar - eines im Laufe der Jahre entwickelten Bündels von Grundsätzen für die Beziehungen unter kommunistischen Parteien und sozialistischen Staaten."
Furtak, Robert K., Internationale Dependenzverhältnisse in Ost und West, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25.Jg., B. 3o-31/74, 27.7.1974, S. 9

136) Kröber, Günther, Zum Systemcharakter sozialistischer internationaler Beziehungen, in: Deutsche Außenpolitik, 16.Jg., 1972, H.2, S. 318 f

137) ebda., S. 32o

138) Vgl. Ulbricht, Walter, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 398: " Unser neues ökonomisches System ist keine Erfindung, die aus heiterem Himmel kommt. Man könnte es als die konkrete Anwendung und Weiterentwicklung der Leninschen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung auf unsere Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik, in einem hochentwickelten Industrieland, bezeichnen. Wir sind uns bewußt, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus entsprechend unseren nationalen Bedingungen durchgeführt haben und durchführen. Diese Bedingungen unterscheiden sich von denen, die die Sowjetmacht hatte, als sie den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzog." In dieser Aussage spiegelt sich das gewachsene Selbstbewußtsein der DDR-Führung und -Bevölkerung wider, auch wenn die SED unter der Führung Honeckers von dieser Position Ulbrichts inzwischen verbal abgerückt ist.
Bütow behauptet, daß diese Distanzierung lediglich formeller Natur ist. Bezogen auf die Effizienz des ökonomischen Systems im Vergleich zu den anderen RGW-Staaten - die sich gerade auch im Sport widerspiegelt - nennt er den Anspruch einen fortwirkenden " existentiellen Tatbestand ". Vgl. Bütow, Helmut G., Der Vorbildanspruch der DDR in der Spätphase Ulbrichts, in: Leptin, Gerd (Hrsg.), Die Rolle der DDR in Osteuropa, Berlin 1974, S. 73 ff.

139) Vgl. Vysockij, Valentin, Die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit - ein wichtiger Faktor der weiteren Festigung des Weltsystems des Sozialismus, in: Deutsche Außenpolitik, 16.Jg., H.6, 1971, S. 1o7o ff.

14o) Sozialistische Staatengemeinschaft, a.a.O., darin: Busch, Helmut, Frank Seidel, Die sozialistische ökonomische Integration der RGW-Länder, S. 162

141) Vgl. Martin, Alexander, Der sozialistische Internationalismus als Grundprinzip der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, in: Deutsche Außenpolitik, 3.Jg., 1958, H.3, S. 278

142) Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, beschlossen vom XXII. Parteitag der KPdSU am 31.Oktober 1961, Moskau 1962, S. 25 f.

143) Sozialistische Staatengemeinschaft, a.a.O., darin: Latzo, Arno, Die Bedeutung des Warschauer Vertrages und der bilateralen Freundschafts- und Beistandsverträge für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa, S. 182

144) Schultze, Peter W., Übergangsgesellschaft und Außenpolitik. Zum Problem des Zusammenhangs von proletarischem Internationalismus und Transformationsstrategien, in: Hennicke, Peter (Hrsg.), Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973, S. 142 f.

145) Vgl. Deutsche Geschichte in drei Bänden, Berlin 1968, Bd. 3, S. 461 f.

146) ebda., S. 454

147) Vgl. Brecht, Bert, Arbeitsjournal, Berlin o.J., S. 395 f. Über die Haltung zur SED, deren Tätigkeit als Kollaboration mit der Besatzungsmacht kritisiert wird, schreibt Brecht: " die deutschen rebellieren gegen den befehl, gegen den nazismus zu rebellieren; nur wenige stehen auf dem standpunkt, daß ein befohlener sozialismus besser ist als gar keiner. die übernahme der produktion durch das proletariat erfolgt in dem zeitpunkt (und scheint vielen also zu erfolgen zu dem zweck) der auslieferung

der produkte an den sieger. volkseigenen betrieben, die aus maschinentrümmern heterogenster art sich wieder produktionsstätten zusammengebastelt hatten, wurden mehrere male die maschinen wieder als reparationen weggenommen. und die arbeiter bedenken nicht eben, daß der zerstörungskrieg gegen die sowjetunion zwar ohne ihre billigung, aber nicht ohne ihre mithilfe gemacht wurde."
ebda., S. 4oo
Walter Ulbricht bestätigte auf der 11.Tagung des ZK der SED im Juli 1969, daß ungeachtet der Freundschaftsbeteuerungen das Mißtrauen auf beiden Seiten virulent war. In einer Bilanz der Entwicklung der DDR-sowjetischen Beziehungen betonte er, daß die " anfängliche Distanz in der Freundschaft zwischen unseren Völkern ... von Jahr zu Jahr geringer geworden und heute gänzlich überwunden " sei. Die Versöhnung der Völker bedurfte also eines Erziehungsprozesses, in den alle Massenorganisationen einbezogen wurden.
Vgl. Ulbricht, Walter, Schlußfolgerungen aus den Beratungen der Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR, Berlin 1969, S. 8

148) Dazu gehört z.B. Otto Grotewohl, der am 11.9.45 erklärte: " Eine Demokratie wird in Deutschland nur dann lebensfähig bleiben, wenn das deutsche Volk den Lebensraum behält, den es seiner Größe nach zu beanspruchen hat. In einem um ein Drittel verkleinerten Haus kann ein Fünfundsechzig-Millionen-Volk nicht leben. Die Grenze kann daher auch nicht die Oder-Neiße sein."
zit. nach Gniffke, a.a.O., S. 1o5
Auch Pieck sprach sich noch am 13.3.1947 in München gegen diese Grenze aus.

149) Jacobsen, Hans Adolf, Vom Wandel des Polenbildes in Deutschland (1772 - 1972), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24.Jg., 1973, B. 21/73, 26.5.1973, S. 17

15o) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 33

151) Die Berliner Konferenz der Drei Mächte. Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland. Die Alliierte Kommandatur der Stadt Berlin, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946, S. 1o7 f, hier zit. nach Wonneberger

u.a., Geschichte der Körperkultur, a.a.O., S. 23

152) ebda., S. 32 f

153) ebda., S. 9o

154) Röder, Horst, Der Trainer als Erziehungspersönlichkeit im Leistungssport der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur pädagogischen Untersuchung des Auftrags und der Aufgabe, der Stellung und Bedeutung des Trainers im System der sozialistischen Körpererziehung, Diss. DHFK Leipzig 1961 (ma), S. 76

155) ebda., S. 2o1

156) Eine Parallele dazu ist die Entwicklung der Position der DDR innerhalb des Warschauer Pakts. Sie gehörte zu den Signatar-Staaten, wurde als Militärverbündeter jedoch erst am 28.1.1956 anerkannt, nachdem Ulbricht während der 1. Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses dies beantragt hatte. Vgl. Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1964^2, Bd.5, S. 611

Die Einbeziehung der Truppen der NVA in das Vereinigte Oberkommando erfolgte noch später, nach dem Antrag Grotewohls am 24.5.1958 auf der 2. Tagung des Politischen Beratenden Aussusses der Staaten des Warschauer Vertragssystems.

Vgl. Grotewohl, Otto, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Berlin 1959, Bd.5, S. 668

Zum ökonomischen Hintergrund dieser Maßnahmen heißt es in der ' Geschichte der Arbeiterbewegung ': " Die DDR wurde in dieser Periode zum wichtigsten Handelspartner der Sowjetunion. Betrug das Volumen des gegenseitigen Warenaustauschs 195o 313,2 Millionen (neue) Rubel, so stieg es bis 1961 auf nahezu 1,8 Milliarden (neue) Rubel an. Durch die sowjetischen Lieferungen von Steinkohle, Eisenerzen, Walzstahl, Baumwolle und bestimmten Lebensmitteln, die den größten Teil des Importbedarfs der DDR an diesen Erzeugnissen deckten, wurde eine kontinuierliche Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gesichert. Die DDR trug ihrerseits vor allem durch ihre umfangreichen Lieferungen an Maschinen, Ausrüstungen und Geräten zum Aufbau des Kommunismus in der UdSSR bei. 196o stamm-

ten rund 36 Prozent aller von der Sowjetunion eingeführten Maschinen aus der DDR."
Ulbricht, Walter, u.a., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kap. XIV, Periode von 1956 bis 1961, Berlin 1969, S. 171

157) Freundschaftsvertrag über die Festigung und Vertiefung der brüderlichen allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Sportorganisationen und -organen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bund der Sportgesellschaften und -organisationen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, in: Deutsches Sportecho (Berlin), vom 9.5.1966

158) Zur Unterzeichnung des Handelsvertrages unterstrich der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew, daß die DDR rund ein Drittel aller von der SU importierten Maschinen und Ausrüstungen liefere. Die DDR etabliere sich damit endgültig als ökonomisch wichtiger Partner der Sowjetunion im RGW-Bereich.
Vgl. dazu: Reißig, Karl, Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, in: Wissenschaftliche Entscheidungen - historische Veränderungen - Fundamente der Zukunft, hrsg., vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1971, S. 152 f.

159) Krönung der Zusammenarbeit - Richtpunkt für die Zukunft, (Kommentar), in: Deutsches Sportecho Berlin, vom 9.5.1966

16o) Knecht, Willi, Der Wettlauf der ungleichen Brüder, in: Deutschland-Archiv, 2.Jg., 1969, H.12, S. 1341
Eine ähnliche Situation entstand vor der Fußballweltmeisterschaft 1974 in Deutschland durch die Weigerung der UdSSR, in dem von der chilenischen Militärjunta zu einem Konzentrationslager hergerichteten Stadion in Santiago de Chile anzutreten, und die deshalb verhängte Disqualifikation. Auch hier kam es nicht zu dem anfangs befürchteten Boykott durch die DDR oder anderer Ostblockstaaten.

161) ders., Halbzeit vor München, in: Deutschland-Archiv, 3.Jg., 197o, H.11, S. 1198: " Das ansonsten recht prestigebewußte ' Neue Deutschland ' registrierte die Niederlage mit fröhlich anmutender Gelassenheit: ' Hätten wir gegen die UdSSR ein zweites Mal gewonnen, wäre vielleicht noch jemand auf die Idee gekommen, eine Papier-

rechnung aufzustellen: Die UdSSR hat die USA geschlagen, wir haben die UdSSR geschlagen - größere als uns gibt es demzufolge nicht. Nun weiß man wieder überall, wo wir stehen '."

162) Sport und Politik erweisen sich hier als direkt zusammengehörig - die Beziehungen auf beiden Ebenen sind Ausdruck des gleichen Faktums, des ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Aufschwungs der DDR, aus dem sie ihren Anspruch auf Gleicgberechtigung ableitet. Die Bekenntnisse zur Sowjetunion als Führungsmacht wirken dagegen wie bloße formelhafte Kundgebung guten Willens. Exemplarisch dafür ist das folgende Zitat bei: Powik, Gerhard, Johannes Zelt, Die internationalistische Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlanda, in: Deutsche Außenpolitik, 15.Jg., 197o, .3, S. 398: " Die von der SED betriebene, in der Losung formulierte Politik: Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen! wurde zu einer breiten Volksbewegung bei der revolutionären Umgestaltung, bei der Erfüllung der wesentlichsten Aufgaben der Übergangsperiode und der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR ... Die Prinzipien des Marxismus-Leninismus jedoch, wie sie in der Sowjetunion angewandt wurden, hatten auch für die deutschen Verhältnisse volle Gültigkeit. Dank der Erfahrung und der Unterstützung der Sowjetunion war es selbstverständlich leichter, manche der komplizierten Aufgaben zu lösen. Die Aneignung und Anwendung dieser allgemeingültigen Prinzipien war für die SED zugleich ein Prozeß der Erwerbung neuer Erfahrungen und theoretischer Erkenntnisse. Er hat es der SED ermöglicht, ihrerseits wesentlich zur Bereicherung der Wissenschaft von der Errichtung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft beizutragen. Dabei darf jedoch niemals vergessen werden, daß die SED mit diesem Beitrag theoretisch und praktisch auf den Schultern der Leistungen der KPdSU und der Sowjetmacht steht."
(Unterstreichungen durch den Verfasser)

163) Vgl. Heinze, Günter, Der DDR-Sport - ein anerkannter Partner im internationalen Sportleben, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 22.Jg., 1973, H.1o, S. 874

164) Sozialistische Staatengemeinschaft, a.a.O., darin: Krüger, Joachim, Die DDR - fester und untrennbarer Bestandteil der sozialistischen

Staatengemeinschaft, S. 3o5

165) ebda., S. 3o5

166) Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954, Berlin o.J.(1954), S. 337

167) ebda., S. 378

168) Herrenstadt, Rudolf, zit. nach: Sowjetzone. Radfahren für den Frieden, in: Der Spiegel, 6.Jg., 1952, Nr. 19, S. 24

169) In Uwe Johnsons ' Das dritte Buch über Achim ' - dessen Titelheld, der überaus erfolgreiche Radsportler Schur, zu den Gewinnern der Rundfahrt zählte - wird der Impetus und das Zeremoniell der Radfernfahrt, ihre ursprüngliche politische Bedeutung und die Entwicklung, die sie in den folgenden Jahren genommen hat - eine Entwicklung von der Beschränkung auf die Sportler der sozialistischen Staaten bis hin zur Teilnahme fast aller bedeutenden Radsportamateure der Welt, worin sich der Aufstieg des DDR-Sports vom Anfang bis zu seiner Weltgeltung widerspiegelt -, sehr genau beschrieben: " Die alljährliche Fernfahrt durch die Grenzländer des östlichen Militärvertrags, deren Ergebnisse Vorfälle Stimmung heutzutage allenthalben in der Welt erwogen werden am Telefon vorm Fernschreiber, hatte vor Jahren begonnen mit der leerlaufenden Reise der Gleichgesinnten durch die eigenen Länder hin und zurück und her. Nunmehr aus fast allen Staaten Europas drängten sich Fahrer zur Meldung, die lobten die Staatlichkeit mit Vorsicht aber mit festerem Ton ihren vorzüglich gerichteten Etappenkurs und nutzten ihn als harte Übung vor den Rennen ihrer Heimat für Ehre oder für Geld, denn was dies auszahlte sollte der Welt den Frieden bringen dem Namen nach und ist insofern eine Folge des Krieges. Sie kamen wie Abgesandte, ihr Kampf nach den Regeln gegeneinander galt als Sinnbild für die mögliche Verständigung ihrer Nationen, einst war den Ostdeutschen in Warschau jede Ruine gewiesen worden von geballten Fäusten, die Franzosen jetzt durften die Kosten ihres algerischen Krieges verschweigen, Freundschaftlichkeit oder Fairness: und dort ein Sieg erhöhte den Kurswert auf den westlichen Börsen des veranstalteten Sports. Einst hatten die Teilnehmer in Schlangen warten müssen vor den Ausgabeschaltern ärmlicher Fabrikkantinen

neben den Arbeitern, da waren sie unter sich, inzwischen standen die Köche für alle Eigenarten nationaler Ernährung und Dolmetscher jeder Mundart, und die Gastgeber sagten: Seht ihr; niemand kam mehr mit Kartons und Säcken zum Start, alle ließen ihr Gepäck stehen und liegen in vorbereiteten Hotels, denn am Abend würde es ihnen gefolgt sein zum nächsten Ort der symbolischen Reise, das kostete sie nicht Geld. Sie überfuhren die Grenzen als wären sie nicht, und hatten doch einmal gestanden vor Baracken und Schlagbaum alle zusammen und keiner als erster, da hatte wer anders nicht telefoniert; mittlerweile wer hätte die Züge nicht warten sehen auf den Gleisen vor dem Übergang der Straße, der die Personenbeförderung wohl aber nicht die bunte Jagd für außenpolitische Zwecke anhalten sollte? Leer waren die Landstraßen gewesen bis zum kargen Empfang durch Bürgermeister und Funktionäre, herangefahrene Schulklassen sangen nunmehr, Bauern warfen die Arbeit weg am durchgesagten Zeitpunkt und winkten vom Rande der Äcker unter blühenden Bäumen, die, nein: welche noch ausgereicht hatten vor vierzehn Jahren. Und jedes Mal am Tag der deutschen Kapitulation kam der Führer der ostdeutschen Mannschaft mit roten Rosen zum Kapitän der sowjetischen und dankte umarmend für die Befreiung von der ungerechten Diktatur wie für die Errichtung einer gerechten, und entschuldigte sich stellvertretend wegen der Taten der deutschen Armeen in der Union der sowjetischen Republiken: aber nicht bei den Belgiern und bei den Franzosen und nicht bei den Niederländern und nicht bei den Dänen Engländern Italienern, die standen dabei; die farbigen Fotos sind meistens aufgenommen von unten her, man sieht geschüttelte Hände an säulenhaft straffen Beinen und blauen Himmel über Warschau Ostberlin Prag, denn die deutsche Kriegsmacht ging unter im Mai. Dies Rennen zog Achim auf und machte ihn ansehnlich, nach Westdeutschland eingeladen gewinnt er eine Meisterschaft, und Achim in Dänemark wird umflüstert als das ehrenhafte Hirn seiner Mannschaft, und Achim nicht erwünscht in einigen Ländern des westlichen Militärvertrags sagt ohne Erregung: sie können an uns nicht vorbei, eines Tages bitten sie uns, wirst sehen. Und die ostdeutsche Mannschaft auf den Bahnen der Olympiade, und der Sport macht

den Völkern Verständnis für einander, dies ist kein sehr ergiebiger Absatz."
Johnson, Uwe, Das dritte Buch über Achim, a.a.O., S. 239 f

170) In diesem Sinn versteht Florin die politische Verantwortlichkeit der gesellschaftlichen Organisation überhaupt, für die keine weltanschauliche Neutralität geben kann: " Die Außenpolitik der DDR wird von allen politischen Parteien und Massenorganisationen, von der gesamten Bevölkerung getragen, selbst von denen, die in einzelnen Fragen des sozialistischen Aufbaus nicht immer mit der Mehrheit einer Meinung sind. Es kann nicht anders sein, denn wer wollte auf dem Territorium unserer Deutschen Demokratischen Republik eine andere Außenpolitik verlangen oder begründen."
Florin, Peter, Zur Außenpolitik der souveränen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967, S. 29 (Unterstreichung durch den Verfasser). Dasselbe bemerkt Osten zu den Massenorganisationen: " Alle haben die gleiche Aufgabe: ihre Mitglieder für die Politik der Partei oder der Regierung zu mobilisieren - und sei es auch nur von einem sie speziell interessierenden Ausgangspunkt."
Osten, Außenpolitik, a.a.O., S. 107
(Unterstreichung durch den Verfasser)

171) Vgl. Tomala, Mieczyslaw, Wie sehe ich Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B.21/73, 26.5.1973, S. 23
Vgl. auch Jacobsen, Vom Wandel des Polenbildes in Deutschland, in: ebda., S. 21: " Wie immer das Polenbild in der DDR heute im einzelnen beurteilt werden mag, soviel dürfte feststehen, daß die Politik der DDR, - die in dem Vertrag von 1967 über Zusammenarbeit, Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen den beiden Staaten noch einmal deutlich bekräftigt worden ist - die Vorstellungen und Urteile über die Geschichte Polens und die deutsch-polnischen Beziehungen entscheidend korrigiert hat."

172) Jucewicz, Andrzej, Freundschaft verbindet uns, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 16.3.1972

173) Der FDJ obliegt auch die Betreuung in der DDR arbeitenden Polen und die Herstellung von Kontakten zwischen der deutschen Bevölkerung und den polnischen Arbeitern. Dabei nehmen kulturelle und sportliche Begegnungen naturgemäß einen hohen Rang ein.

Vgl. den Bericht von Schiefelbein, Horst, Buchimex im Thüringer Wald, in: Neues Deutschland, Berlin vom 27.11.1971

174) Aus dem Bericht des Politbüros an die 3. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Genosse Friedrich Ebert, Mitglied des Politbüros, in: Neues Deutschland, Berlin vom 2o.11.1971

175) Vgl. Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 174

176) Vgl. Knecht, Willi, Der CSSR-Sport. Reflexionen einer verhinderten Reform, in: Deutschland-Archiv, 2.Jg., H.8, 1969, S. 885 ff.

177) Vgl. Freundschaft und Achtung, in: Neues Deutschland, Berlin vom 9.8.1968

178) Die Nachrichtenagentur ADN meldete aus Prag: " Das Exikutivkomitee nahm CTK zufolge unter anderem eine Information des Ministers für Jugend und Körperkultur der Tschechischen Sozialistischen Republik und des Vorsitzenden des ZK des Tschechoslowakischen Verbandes für Körperkultur darüber entgegen, daß die Mannschaft der CSSR nicht an der XXII. Internationalen Friedensfahrt teilnimmt ... Das Exikutivkomitee ist der Meinung, daß der Beschluß über die Nichtteilnahme der tschechoslowakischen Mannschaft an der XXII. Internationalen Friedensfahrt der kulturellen und sportlichen Tradition des Landes unwürdig ist und konstatiert, daß er im Widerspruch zu den Hauptzielen der Politik steht, deren Sinn die Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen den Völkern der sozialistischen Länder ist."
zit. nach: Knecht, Der CSSR-Sport, a.a.O., S. 887

179) Friedensfahrer in der DDR-Botschaft, in: Neues Deutschland, Berlin vom 12.5.1969

18o) Vgl. Jonschorek gewann die längste Etappe, in: Neues Deutschland, Berlin vom 17.5.1969

181) Proteste erzwangen übliches Zeremoniell, in: Neues Deutschland, Berlin vom 18.5.1969

182) Ein Beispiel ist die Behandlung des CSSR-Sportlers Zatopek in der Presse der DDR, der stets als Vorbild für die Jugend herausgestellt wurde. Als Mitunterzeichner des Manifestes der 2ooo Worte geriet er in die Kritik. Im ' Neuen Deutschland ' veröffentlichte der bekannte Trainer Birkemeyer einen Artikel mit der Überschrift ' Zatopeks

Abstieg ', in dem es heißt, Zatopek sei vom Vorbild auf die Stufe eines Konterrevolutionärs herabgesunken. " Hetze gegen die DDR, Hetze gegen die UdSSR, Hetze gegen den Sozialismus. Daran gibt es nichts zu deuteln, und auch dann nicht, wenn Emil Zatopek vom Vorbild einer jungen Generation zum Lautsprecher der Reaktion herabgesunken ist."
Neues Deutschland, Berlin 27.8.1968
Vier Jahre später erschien im ' Deutschen Sportecho ' ein Kommentar des Chefredakteurs der Zeitung ' CS-Sport ', in dem Staatsbesuche auf höchster Ebene, ein gemeinsames Manöver der beiden Armeen und Treffen der Sportler bei den Olympischen Spielen als Zeichen der brüderlichen Zusammenarbeit gewertet wurde. Weiter heißt es: " Seit langem verbindet die Sportler der DDR und der CSSR ein Band der Freundschaft. Man denke nur an die Jahre dauernde und nie verwelkende Freundschaft von Täve Schur mit Jan Vesely." Emil Zatopek, der wohl populärste CSSR-Sportler in der DDR, wird nicht genannt, und wie bei der Berichterstattung über die Friedensfahrt ist es gerade die Tatsache der Nichterwähnung, die darauf schließen läßt, daß unterhalb der offiziellen Ebene die Ereignisse von 1968 nachhaltige Folgen haben.
Vg. Vlk, Gustav, Das Band der Freundschaft, in: Deutsches Sportecho, Berlin vom 19.9.1972

183) Ewald, Manfred, Erfolgreiche DDR-Mannschaft, in: Deutsches Sportecho, Berlin vom 11.9.1972

184) Vgl. Lindemann/Müller, a.a.O., S. 174 ff.

185) Ullrich, Klaus, Freunde, in: Neues Deutschland, Berlin vom 29.8.1972

186) Gieseler, Karl Heinz, Dokumentation zur Frage des ' Deutschen Protokolls ' im internationalen Sport, (maschinenschriftlich),S. 29

187) ebda., S. 28

188) Weissig, Roland, Mit allen souveränen Rechten. Aus der Rede des Staatssekretärs für Körperkultur und Sport, Roland Weissig, anläßlich der Verabschiedung der DDR-Olympiamannschaft zu den XX. Olympischen Sommerspielen, in: Deutsches Sportecho, Berlin vom 21.8.1972

189) Vgl. Büttner, Siegfried, Zur Afrika-Politik der Deutschen Demokratischen Republik, in: Deutsche Außenpolitik, 4.Jg. 1960, S.H. III,

S. 137: " Die gesamte außenpolitische Tätigkeit der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich unter den Bedingungen des ständigen Kampfes und der Auseinandersetzung mit der neokolonialistischen und imperialistischen Afrika-Politik der klerikal-militaristischen Adenauer-Diktatur in Westdeutschland."
Büttners Aussage bestätigt End, der die " Beziehung der beiden deutschen Staaten zu Entwicklungsländern bis zu einem gewissen Grad ein Subsystem der konflikthaften Beziehungen zueinander " nennt. Er weist auch darauf hin, daß diese Konkurrenz den betroffenen Staaten durchaus nützlich war: " Die Entwicklungsländer sind aber dadurch nicht unmittelbar geschädigt worden. Sie haben im Gegenteil aus dem deutschen Konflikt Profit geschlagen. Indem sie die beiden deutschen Staaten gegeneinander ausspielten und eine Schaukelpolitik zwischen ihnen trieben, konnten sie ihre Forderungen heraufschrauben und die Bundesrepublik wie auch die DDR zu höheren Anstrengungen veranlassen."
End, Außenpolitik, a.a.O., S. 13o

19o) Neben den ökonomischen Deformationen, Monokultur, Abhängigkeit von ausländischem Kapital, Fehlen rohstoffverarbeitender Industrie usw., wirken sich die kulturellen Einflüsse der Kolonialzeit besonders stark auf die Entwicklung der Nationalstaaten aus. Bildende Kunst, Musik und Literatur folgen weitgehend europäischen Vorbildern; die Sprache der Kolonisatoren demonstriert als Verkehrs- und Verwaltungssprache die einheimischen Idiome. Die Geschichte der afrikanischen, amerikanisch-indianischen und asiatischen Völker aufzuarbeiten, ist eine Aufgabe, die erst nach der Erlangung der gesellschaftlichen Unabhängigkeit von ihnen angegangen werden kann. Die DDR-Kulturpolitik richtet sich frühzeitig darauf ein, die kulturelle Selbstentdeckung für die Intensivierung zwischenstaatlicher Kontakte zu nutzen, analog der von Mehnert als ' Kulturpolitik andersherum ' propagierten Methode des Kulturimports statt des Kulturexports, die dem Ansehen Deutschland sehr genutzt habe.
Vgl. Mehnert, Klaus, Asien, Moskau und wir. Bilanz nach vier Weltreisen, Stuttgart 1956, S. 4o9 f.

Nitz verweist darauf, daß die DDR beides versucht, " die aufstrebenden Bölker in Afrika, Asien und Lateiamerika mit den Errungenschaften der sozialistischen Kulturrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik vertraut zu machen und ihnen zu helfen, ihre durch Imperialisten und Kolonialisten verfälschte und unterdrückte reiche Nationalkultur wiederherzustellen und weiterzuentwikkeln."
Nitz, Jürgen, Zur Unterstützung der jungen Nationalstaaten durch die Deutsche Demokratische Republik, in: Deutsche Außenpolitik, 6.Jg., 1961, H.5, S. 522

191) Vgl. Schwabe, Ernst Otto, Dokumente, die Geschichte machen, in: Deutsche Außenpolitik, 6.Jg., 1961, H.2, S. 135: " Jeden Tag können sich die Völker, die ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben, davon überzeugen, daß ihr Kampf mit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit keineswegs abgeschlossen ist, daß die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt ihrer Länder nur dann erfolgreich gelöst werden können, wenn sie entschlossen gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus kämpfen und sich alle patriotischen Kräfte der Nation zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen."
U. Schmiederer kritisiert an der hier beschriebenen Entwicklungskonzeption, daß sie auf den Staat der nationalen Demokratie als dem allgemeinsten Nenner zurückgreife, unter dem sich die divergenten staatlichen Gebilde der 3. Welt subsumieren lassen. Diese Typologisierung ist gegenüber den konkreten sozialen Bedingungen in den einzelnen Staaten völlig unspezifisch, sie reflektiert vielmehr das Interesse der sozialistischen Staaten, insbesondere der DDR, die Basis für ihre politische Durchsetzung in internationalen Bereichen möglichst weit auszudehnen.
Vgl. Schmiederer, Ursula, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt 1968, S. 48 ff.

192) Wünsche, Renate, in: Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 138

193) Spröte, Wolfgang, Gerhard Hahn, DDR-Wirtschaftshilfe gegen Bonner Neokolonialismus. Studie über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Unterstützung der Nationalstaaten durch die DDR und

die staatsmonopolistische Förderung der neokolonialistischen Expansion des westdeutschen Monopolkapitals, Berlin 1965, S. 47 f.

194) Vgl. Götting, Gerald, Zur Gründung der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft in der DDR, in: Deutsche Außenpolitik, 6.Jg., 1961, H.4, S. 431: " Zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den afrikanischen Staaten entwicklen sich vielseitige wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen. Unser Handel mit Afrika wächst stetig ... Dieses schnelle Wachstum wurde möglich, weil unserem Handel die Prinzipien des gegenseitigen Vorteils zugrunde liegen und weil sich die DDR im Interesse der nationalen Wirtschaft der afrikanischen Staaten bereit erklärt hat, für Exporte die jeweilige Landeswährung in Zahlung zu nehmen und diese in voller Höhe zum Einkauf von Landesprodukten zu verwenden. Dadurch vermeiden die afrikanischen Länder im Außenhandel mit der DDR Passiv-Bilanzen, die sie in Devisen ausgleichen müßten. Neben dem Außenhandel leistet unsere Regierung den jungen Staaten Afrikas in ständig wachsendem Maße wissenschaftlich-technische Hilfe zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft."

195) Vgl. Knirsch, Peter, Die Wirtschaftshilfe der SEZ für die Entwicklungsländer. Überlegungen im Anschluß an eine sowjetzonale Darstellung, in: Der Ostblock und die Entwicklungsländer. Monatsberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 1965, H.12, S. 317
Knirsch bezieht sich auf die obengenannte Arbeit von Spröte und Hahn.

196) ebda., S. 317

197) Die Tätigkeit dieser Experten greift weit über ihre eigentliche Aufgabenstellung hinaus, da sie das Feld für zukünftige diplomatische Beziehungen vorzubereiten und einen größtmöglichen Einfluß der DDR auf gesellschaftliche Bewegung sichern sollen. Dementsprechend werden die Anforderungen an diese Experten beschrieben: " In dieser Hinsicht werden die an uns gestellten Anforderungen im Zusammenhang mit der Lieferung von Anlagen und Ausrüstungen, der wissenschaftlich-technischen Hilfeleistung und einer Berater- oder Lehrtätigkeit sehr erheblich wachsen. Das ist nicht nur quantitativ, sondern vor allem auch qualitativ zu verstehen. So müssen bei einem Einsatz in Afrika neben exakten Fremdsprachenkenntnissen und einer hohen Befähigung auf dem jeweiligen Fachgebiet gleichzeitig solide

Kenntnisse in solchen Bereichen gewährleistet sein, die eine Tätigkeit in Afrika wesentlich beeinflussen. Dazu gehören die spezifischen Bedingungen des gastgebenden Landes hinsichtlich seiner Geschichte, der kulturellen Tradition, der psychischen Wesensart seiner Bürger, der gegenwärtigen sozial-ökonomischen und politischen Situation, des Bildungssystems und der Perspektiven seiner Entwicklung. Dazu zählen die aus den geographischen oder sonstigen Bedingungen des jeweiligen Landes resultierenden besonderen Anforderungen an die fachliche Arbeit und die Befähigung, die Politik der Deutschen Demokratischen Republik sachkundig erläutern und sich mit den Theorien der Imperialisten fundiert auseinandersetzen zu können."
Helbring, Hubert, Die Zusammenarbeit der DDR mit afrikanischen Staaten, in: Das Hochschulwesen, Berlin, 12.Jg., 1964, H.8/9, S. 584

198) Lamm/Kupper, DDR und Dritte Welt, a.a.O., S. 53

199) ebda., S. 59

2oo) Spröte/Hahn, a.a.O., S. 1o5 ff
Vgl. dazu Rühmland, Ulrich, Sowjetzonale Aktivitäten in den Staaten Afrikas, in: Außenpolitik, 11.Jg., 196o, H.3, S. 184: " Die Sowjetzone ist im Handel mit den sogenannten jungen Nationalstaaten gegenüber der Bundesrepublik im Vorteil, da sie auf der einen Seite diesen Ländern Maschinen und Ausrüstungen liefern und auf der anderen Seite ihren Landesprodukten feste Mengenzusagen machen kann."

2o1) Wünsche, Renate, in: Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 143

2o2) Für diese Arbeit kommen naturgemäß Mitglieder von Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen in Frage. Die wichtigsten Schulungszentren sind die FDGB-Hochschule ' Fritz Heckert ' in Bernau/Berlin, das Institut für Ausländerstudium des FDGB in Leipzig, die Jugendhochschule ' Wilhelm Pieck ' der FDJ in Bogensee/Berlin, die Internationale Solidaritätsschule in Bautzen, das Institut für Kommunalpolitik des Städte- und Gemeindetages der DDR in Weimar, die Konsumgenossenschaftsschule in Blankenburg, die Deutsche Hochschule für Filmkunst sowie die Deutsche Hochschule für Körperkultur in Leipzig.

Nähere Angaben dazu bei: Müller, Kurt, Über Kalkutta nach Paris? Strategie und Aktivität des Ostblocks in den Entwicklungsländern, Hannover 1964, S. 211 ff.

Die wichtigste Einrichtung dürften die siebenmonatigen Ausländerkurse in englischer, französischer und arabischer Sprache an der FDGB-Hochschule ' Fritz Heckert ' sein: " Mit dieser Art der Ausbildung soll erreicht werden, daß die Bruderorganisationen in den arabischen, afrikanischen und asiatischen Ländern ohne größere materielle und finanzielle Belastung gut ausgebildete Kader erhalten, die in der Lage sind, die Aufgaben der Gewerkschaften in ihren Ländern zu lösen und die sich dabei von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten lassen."

Horizont, Berlin, 2.Jg., 1969, H.1, S. 3 f

2o3) Es handelt sich hier um Staaten wie Jugoslawien und Kuba die sich gleichfalls als sozialistische verstehen; um Kambodscha, Algerien, Guinea, Sri Lanka, Tansania, Chile und Bangladesh, in denen Regierungswechsel oder die Erlangung staatlicher Souveränität zu einem grundlegenden Kurswechsel in der Außenpolitik führten, und um die arabischen Staaten, die wegen der Unterstützung Israels ihre diplomatische Beziehung zur Bundesrepublik abbrachen.

Vgl. dazu End, Außenpolitik, a.a.O., S. 118 f

2o4) Wünsche, Renate, in: Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 143

Die Kritik an der Hallstein-Doktrin, wie sie hier geübt wird, trifft den Kern eigentlich nicht. Der widersprüchliche Charakter dieser Politik, mit ökonomischen Mitteln die Anerkennung der legitimen Existenz der DDR zu verhindern, also von der realen Existenz ausgehen zu müssen, verhinderte nicht, daß die internationale Position Ost-Berlins gestärkt wurde, sie provozierte dies im Gegenteil. Die Regierungen der verschiedenen Staaten der 3. Welt profitierten um so mehr von dieser Politik, je stärker die internationale Stellung der DDR und damit ihre eigene Position gegenüber der Bundesrepublik wurde. Sie votierten daher überall dort für die DDR, wo unmittelbare politische und wirtschaftliche Sanktionen nicht zu erwarten waren. Löwenthal verweist auf den spektakulärsten Mißerfolg, die de-facto-Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten nach dem

Besuch Ulbrichts in Kairo 1965: " Bis dahin hatte Bonn die Tatsache, daß kein Staat der dritten Welt die DDR anerkannte, als Beweis der erfolgreichen politischen Nutzung der eignen wirtschaftlichen Stärke im Sinne der Hallstein-Doktrin angesehen.
Jetzt war nicht nur die Bonner Führung vor den Augen der Welt als unentschlossen blamiert - der Erfolg der Hallstein-Doktrin hatte sich an einem wichtigen Punkt als Scheinerfolg erwiesen, der eine faktische Umorientierung gewisser Staaten auf die DDR auch ohne formelle Anerkennung nicht hindern konnte."
Löwenthal, Richard, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik, in: ders., Hans Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 669

2o5) Vgl. Bender, Peter, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt 1968, S. 26:
Die Verweigerung der DDR-Anerkennung hatte nach Einschätzung Benders keine politischen, moralischen oder ideologischen Gründe:
" Die ungebundenen Staaten erkennen die DDR deshalb nicht an, weil das ein schlechtes Geschäft für sie wäre."

2o6) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 125

2o7) Der zuständige Minister Scheel betonte in einer Rede 1963: " Bevor ich im einzelnen auf die Entwicklungsprobleme eingehe, möchte ich einige Worte zu der besonderen Lage Deutschlands sagen. Es ist ein geteiltes Land mit einer geteilten Hauptstadt. Es ist nur natürlich, daß diese Situation Rückwirkungen auf die deutsche Entwicklungspolitik haben muß. Für uns hat der Ost-West-Konflikt, der unsere politische Existenz überschattet, ein ständig wirksames Gewicht. Wir können daher unsere Auslandshilfe nicht losgelöst von dieser politischen Situation betrachten."
Scheel, Walter, Der deutsche Beitrag zur Entwicklungshilfe (1963), in: Jacobsen, Hans Adolf, Otto Stenzl (Hrsg.), Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949 - 1963, München 1964, S. 71 f

2o8) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 126

2o9) Vgl. Nitz, Zur Unterstützung der jungen Nationalstaaten, a.a.O., S. 513

21o) Wünsche, Renate, in: Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 145 f

211) Vgl. dazu Magdoff, Harry, Das Zeitalter des Imperialismus. Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik, Frankfurt 1969, S. 86 f: " Die Produktivkräfte der unterentwickelten Länder sind nach den Bedürfnissen ausländischer Kapitalinvestoren entwickelt oder verändert worden. Ihre industrielle Struktur (bzw. die ihrer Landwirtschaft und rohstoffördernden Industrie) ist starr und auf die spezifische Nachfrage der Industrieländer nach Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Mineralien und anderen Rohstoffen ausgerichtet ... In der Regel stammt der Hauptteil der Außenhandelserlöse unterentwickelter Länder aus dem Verkauf von ein bis vier Naturprodukten. Eine sinkende Nachfrage nach irgendeinem dieser Produkte auf dem Weltmarkt führt fast immer zu Ungleichgewichtigkeiten in der Zahlungsbilanz dieser Länder."

212) Vgl. Bischof, Henrik, Nach der Anerkennung. Eine Bestandsaufnahme der Beziehungen DDR - Dritte Welt, in: Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder. Monatsberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, H.3, März 1974, S. 216 ff.

213) Vgl. ders., Im Blickpunkt, in: Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder, H.8, August 1974, S. 1o4

214) Vgl. ders., Nach der Anerkennung, a.a.O., Kontaktstellen sind etwa die Baarth-Partei im Irak und Syrien, die Arabische Sozialistische Union in Ägypten, die Organisation der Nationalen Front in Südjemen, die Sozialistische Partei Chiles, die Kongolesische Partei der Arbeit, die Awanie Liga in Bangladesh, die Nationale Befreiungsfront Algeriens und die PLO. Diese Parteien und ihre Unterorganisationen bieten die Möglichkeit, das Programm der Darstellungsmaßnahmen vielfältig aufzufächern.

215) Vgl. Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 94 ff.

216) Vgl. Osten, Außenpolitik, a.a.O., S. 1o8 und End, Außenpolitik, a.a.O., S. 133: " Zuständig für das gesamte Gebiet der ' Auslandspropaganda ' ist die Abteilung ' Internationale Verbindungen ' im ZK oder SED. Außerdem sind für die Auslandsarbeit institutionell zuständig das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats, dem die Durchführung des Weisungsrechts gegenüber dem ADN obliegt, und das

Staatliche Rundfunk- und Fernsehkomitee." Der Leiter der Abteilung ' Internationale Verbindungen ' beim ZK der SED, Hermann Axen, ist gleichzeitig Vorsitzender der Volkskammer der DDR, eine Tatsache, in der die enge organisatorische Verflechtung von Partei- und Staatsapparat, wie in vielen anderen Bereichen auch in der Außenpolitik und in der auswärtigen Kulturpolitik, personell deutlich herauskommt.

217) Heinze, Der DDR-Sport, a.a.O., S. 876

218) Vgl. Reime, Sybille, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern. VIII. Schwarzafrika, Bonn 1972, S. 144 und Lamm, Kupper, Die DDR und die Dritte Welt, a.a.O., S. 144
Bezeichnend für den Erfolg der DHFK ist eine Äußerung des Mitglieds des ägyptischen NOK, M. Shemai: Die DHFK " ist für mich die Hauptquelle für die Leistungen der DDR-Sportler. Hier ist zweifellos das Laboratorium, in dem die richtige Technik entdeckt wird. Hier wird das Talent auf wissenschaftlicher Grundlage seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt. Ganz besonders beeindruckt war ich von der sportmedizinischen Abteilung ... Im Augenblick absolvieren 21 ägyptische Studenten ein dreimonatiges Semester an der DHFK. Mit ihnen hoffe ich, daß bald andere Sportler aus der VAR zum gleichen Studium in die DDR kommen können, damit die Zahl der ausgebildeten Menschen in unserer Heimat steigt."
M. Shemai, DDR - Land des Sports, in: Deutsches Sportecho, Berlin vom 8.1o.1966

219) Es ist insbesondere das hohe Niveau des Bildungssystems, mit dem die DDR ihre gesellschaftliche Entwicklung vorangetrieben hat, die den Regierungen der 3. Welt angesichts ihrer beschränkten Finanzkraft das DDR-Modell attraktiv erscheinen läßt.
Das ' Neue Deutschland ' zitiert diesbezüglich den Direktor der größten Erdölgesellschaft Ägyptens Abdel Abd: " Wie kaum ein anderer Staat auf der Welt ist die DDR hochentwickelt im Hinblick auf den wirkungsvollen Einsatz der menschlichen Kapazität. Es waren nicht die natürlichen Reichtümer, sondern es war die menschliche Kraft, die ihr Land in erstaunlich kurzer Zeit veränderte."
Wolf, Dieter, Rolf Günther, Warten auf ein Wunder, Zu Besuch bei

DDR-Bürgern in Afrika. Reportage, in: Neues Deutschland, Berlin vom 9.1o.1968

22o) Vgl. Lamm, Kupper, Die DDR und die Dritte Welt, a.a.O., S. 144 und S. 23o f

221) Ein deutliches Indiz dafüt ist, daß nach Südamerika fast ausschließlich Fußballteams reisen, da andere Sportarten hier zu wenig populär sind. Leichtathletik, Schwimmen und andere Sportarten in denen die DDR bedeutende Erfolge errungen hat, findet in Südamerika im Gegensatz zu Europa oder Nordamerika zu wenig Beachtung, als das der Aufwand lohnend wäre: eine Ausnahme bildet aus den schon erwähnten Gründen Kuba.

222) Das Verhältnis von Sport und Medien wird an anderer Stelle erörtert. Hier gilt es nur festzuhalten, daß Spitzensportler als Vertreter des kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einer Nation auf die Medien angewiesen sind, da ihre Leistungen andernfalls ohne Resonanz bleiben und ihre propagandistische Qualität verlieren. In Afrika ist der Aufbau eines Kommunikationsnetzes noch im Gange. Es scheint deshalb auch einen in der Sache gründenden Anlaß zu haben, daß der ehemalige Präsident der Gesellschaft DDR-Afrika Walter Markow, ein Berliner Historiker, in dieser Position von stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Post- und Fernmeldewesen, Rudolph Schulze, abgelöst worden ist. Wenn Lindemann/Müller anführen, hier sei ein Wechsel von einem SED-Vertreter zu einem Mitglied der CDU aus propagandistisch-taktischen Gründen erfolgt, so greift diese Deutung zu kurz. Wenn ein solcher Wechsel opportun sein sollte, so gibt es in der DDR genügend verfügbare Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die diese Funktion ausüben könnten. In diesem Fall scheint der andere Grund der Sachkompetenz der wesentlich wichtigere zu sein, da die DDR daran interessiert ist, am Aufbau des Informationswesens in Afrika zentral beteiligt zu sein.
Vgl. dazu auch: Lamm, Kupper, Die DDR und die Dritte Welt, a.a.O., S. 143 und S. 22o ff.

223) Gieseler, Dokumentation, a.a.O., S. 28

224) Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971, Bd. I, S. 181

226) Die von Lenin im Zuge der Verhandlungen mit den westeuropäischen Mächten in Genua und zu den Fragen der Konzessionen für ausländische Kapitalisten entwickelte Strategie zielte auf einen Zeitgewinn zur Konsolidierung der Sowjetmacht. Durch Schüren und Ausnützen der Interessengegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten versuchte die UdSSR eine antisowjetische Koalition zwischen den imperialistischen Mächten zu verhindern. Durch die Konzessionen sollten die wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften der kapitalistischen Industriestaaten für den Aufbau der weithin rückständigen sowjetischen Industrie nutzbar gemacht werden. So entstand nach Lenin ein " zwar äußerst unsicheres, äußerst labiles Gleichgewicht, aber immerhin ein Gleichgewicht, das der Sozialistischen Republik, natürlich nicht für lange Zeit, die Möglichkeit gibt, in der kapitalistischen Umwelt fortzubestehen."
Lenin, W.I., Werke Bd.32, Berlin 1973, S. 476
Es handelt sich also um eine zeitlich begrenzte politisch defensive Strategie, aus der nicht bruchlos eine vorgeblich offensive Politik der Kooperation und des friedlichen Wettbewerbs zwischen den Systemen hergeleitet werden kann. Die Berufung auf Lenins Aussagen zur Begründung der Koexistenzpolitik der DDR hat nicht mehr als deklamatorische Qualität.

227) Osten, Außenpolitik, a.a.O., S. 53 f

228) Vgl. Chruschtschow, N., Rechenschaftsbericht an die Partei und das Volk. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an den XXII. Parteitag am 17.Oktober 1961, Moskau 1961, S. 37: " Friedliche Koexistenz bedeutet nicht einfach, daß kein Krieg ist, nicht einen vorübergehenden Waffenstillstand zwischen Kriegen; sie bedeutet die Koexistenz zweier entgegengesetzter sozialer Systeme, fußend auf dem beiderseitigen Verzicht auf einen Krieg als Mittel zur Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten."

229) Vgl. Furtak, a.a.O., S. 17, der, in einer durchaus einleuchtenden Weise, die Doktrin von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten, die er als Breshnew-Doktrin bezeichnet, der Monroe-Doktrin gleichsetzt: beides außenpolitische Konzeptionen der Macht-

absicherung und Koexistenz nach außen durch Festschreiben des inneren Status quo: " Die, die ' pax americana ' bzw. ' pax sovietica ' gewährleistenden Doktrinen, sind funktional für ein zumindest konfliktarmes Verhältnis der beiden Zentren USA und Sowjetunion zueinander. Sie signalisieren den peripheren Staaten die Grenzen einer Akzentuierung nationaler Interessen und dem weltpolitischen Kontrahenten die Schranken für eventuelle Expansionsgelüste. So bilden die beiden Doktrinen und ihre wechselseitige Anerkennung die Grundlage, auf der zwischen den beiden Zentren friedliche Koexistenz praktizierbar wird."

230) Moldt, Ewald, Grundzüge der sozialistischen Außenpolitik der DDR, in: Die DDR-Entwicklung, Probleme, Perspektiven, Frankfurt a.M. 1972, S. 201

231) Konsequenterweise stellt die KPdSU auch an die westlichen kommunistischen Parteien den Anspruch, ihre politische Strategie an den Zwecken der sowjetischen Außenpolitik auszurichten, da die bestimmten Bedingungen, denen diese Parteien sich gegenüberstehen, der globalen Systemauseinandersetzung gegenüber zweitrangig sind. Von daher begründen sich die Differenzen zwischen der KPdSU und etwa der KPI, die, wenn sie einen spezifisch italienischen Weg der Kommunistischen Partei reklamiert, wesentliche Inhalte der Koexistenzpolitik negiert.

232) Tomaschewski, D., Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und der Klassenkampf, in: Kommunist Nr. 12, 1970
hier zit. nach: Einheit, 25.Jg., 1970, H.10, S. 1348

233) Vgl. Marx, Karl, Das Kapital. III.Bd., Marx-Engels-Werke Bd. 25, Berlin, S. 828: " Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Späre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Naturnotwendigkeit, weil die Bedürfnisse; aber

zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen."

234) Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 8o4

235) Vgl. Gesetz über den Siebenjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965 und Richtlinien über die sozialistische Rekonstruktion in der Undustrie, in: Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 3. Wahlperiode, 7. Sitzung. 3o.September und 1. Oktober 1959, Berlin 1959.

236) Steinhaus, Kurt, Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in: BRD - DDR, Systemvergleich, a.a.O., S. 4o7

237) Die Moskauer Erklärung und ihre wegweisende Bedeutung für unseren Kampf, in: Einheit, 16.Jg., 1961, S. 12, hier zit. nach: Steinhaus, a.a.O., S. 43o f.

238) von Bredow, Vom Antagonismus zur Konvergenz, a.a.O., S. 183

239) Vgl. Florin, Zur Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 19

24o) Rößler, Joachim, Bemerkungen zum Begriff ' friedliche Koexistenz ', in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12.Jg., 1964, H.5, S. 637 f

241) Jegerow, Waleri, Nikalajewitsch, Friedliche Koexistenz und revolutionarer ProzeB, Berlin 1972, S. 2o6

242) Sontheimer/Bleek, Die DDR, a.a.O., S. 221 f.

243) Deutsche Verfassungen, a.a.O., S. 111

244) ebda., S. 161

245) Ulbricht, Walter, Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt als friedliebender demokratischer Staat, Berlin 1958, S. 45

246) Die von einer DDR-nahen Position aus geführte Kritik an den ' Materialien ', sie ließen " die unterschiedlichen Systemqualitäten von Kapitalismus und Sozialismus gar nicht erst zum allgemeinen Diskussionsobjekt werden ", so berechtigt sie in der Sache ist, verkennt, daß gerade die lange Zeit gültige Wettbewerbskonzeption der DDR einer solchen Verfahrensweise Vorschub geleistet hat.
Vgl. BRD - DDR. Systemvergleich, a.a.O., S. 1o

247) Einer der schwierigsten Gründe für die ideologische Niederlage der kommunistischen Entwicklungskonzeption, die sich in der politischen Einflußlosigkeit der DKP in Westdeutschland zeigt, für den weitverbreiteten Antikommunismus gerade auch in der Arbeiterschaft, ist im Wettbewerbs- und Normensystem der DDR zu sehen, die durch den FDGB als Instrument der zentralen Planungsinstanzen in den Betrieben gegen die Arbeiter durchgesetzt werden, durch eine Organisation also, die ihrem Anspruch nach die Organisation der Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer materiellen, kulturellen und sozialen Interessen sein soll.

248) Ulbricht, Walter, Interview, in: Süddeutsche Zeitung, München vom 13.2.1958: " Wir werden in der DDR so arbeiten, daß die DDR zum Beispiel für jeden Werktätigen in Westdeutschland wird ... Durch den Aufbau des Sozialismus werden wir die Überlegenheit des Gesellschaftssystems der DDR über die kapitalistische Ordnung in Westdeutschland unter Beweis stellen."

249) Der Deutschlandplan des Volkes. Offener Brief des ZK der SED an die Arbeiterschaft Westdeutschlands, in: Neues Deutschland, Berlin vom 17.4.1960: " Natürlich ist die Frage des Vorhandenseins zweier gesellschaftlicher Systeme in Deutschland ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist. Aber wenn wir nicht auf die Wiedervereinigung verzichten oder miteinander Krieg führen wollen, bleibt doch gar keine andere Möglichkeit, als trotz der Verschiedenheit unserer Gesellschaftsordnungen in einer deutschen Konföderation die maximale Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihre friedliche Zusammenarbeit zur Überwindung der Spaltung zu sichern. Im Rahmen dieser friedlichen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten werden die beiden gesellschaftlichen Systeme miteinander wetteifern und zeigen, welches am meisten für das deutsche Volk zu leisten vermag."

250) Vgl. Götting, Gerald, Das internationale Gewicht der DDR, in: Deutsche Außenpolitik, 19.Jg., 1964, H.4, S. 263

251) Kosing, Entwicklung der sozialistischen Nation, a.a.O., S. 246

252) Bundesverfassungsgericht, Urteil zum Grundlagenvertrag, a.a.O., Bd. III.2.
Im Urteil des Gerichts wird die Rechtsposition als unveräußerbar

bezeichnet und als Maß des politischen Handelns gesetzt. Die sowohl von der Bundesrepublik wie von der DDR in der Vergangenheit betriebene Distanzierungspolitik hat in der Konsequenz dazu geführt, daß die inhaltliche Zusammengehörigkeit der beiden Teile, etwa kulturell und sprachlich, schon verlorengegangen ist. Raddatz leitet seine Analyse der gegenwärtigen DDR-Literatur mit dem Satz ein " Es gibt zwei deutsche Literaturen " und weist dabei auf die Veränderungen der beiden Sprachen hin, die soweit geht, daß zunehmend mehr Worte in der DDR ethymologisch oder lexikalisch anders gefaßt werden, daß immer mehr Begriffe überhaupt nur in einem Staat vorhanden sind. Diesen Prozeß der sprachlichen Differenzierung, die lediglich die soziale reflektiert, aufzuhalten, wäre nur dann möglich, wenn eine soziale Einheit hergestellt würde. Das Mehr an Verbindung, das durch den Grundlagenvertrag erreicht werden kann und erreicht wird, vermag diese Erscheinugsform der Existenz zweier Gesellschaften zu beeinflussen, indem die Lebensverhältnisse des jeweils anderen Staates bekannter werden, an der Ursache, den realen ökonomischen und politischen Unterschieden zwischen den Staaten vermag auch eine intensivere Kommunikation nichts zu ändern.

253) Materialien zum Bericht zur Lage der Nation, Bonn 1974, S. 7o

254) Kosing, Probleme, a.a.O., S. 261

255) " Die Bundesrepublik war 1969 das zweitgrößte Export- und Importland der Welt. Ihr Anteil am gesamten Weltexport betrug 1969 über 1o % und ihr Importanteil 8,8 %. Der Anteil der DDR am Weltexport und -import belief sich 1969 auf jeweils 1,5 %, wovon der Großteil auf die RGW-Staaten entfiel."
Vgl. Materialien zum Bericht zur Lage der Nation, 1971,a.a.O., S. 49

256) John, Dialektik, a.a.O., S. 49 f.

257) Vgl. End, Außenpolitik, a.a.O., S. 141: " Die Bundesrepublik mußte diplomatischen Beziehungen einen hohen Wert beimessen, weil sich in ihnen ihr Alleinvertretungsanspruch dokumentierte ... Die DDR wiederum steigerte den Wert diplomatischer Beziehungen, indem sie ihn mit der Anerkennung ihrer Existenz als zweiten deutschen Staat und damit der vorläufigen Besiegelung der Teilung Deutschlands verknüpfte. Außerdem erwartete sie sich von einer diplomatischen Normalisierung

ihrer Außenbeziehungen einen innenpolitischen Rückkoppelungseffekt. Ihre dem Ausland abgerungene Volljährigkeitserklärung sollte nach innen stabilisierend wirken und ihre Herrschaft in den Augen der DDR-Bevölkerung endlich auch mit allen nationalstaatlichen Symbolen der äußeren Souveränität ausstatten."

258) Vgl. Böttcher, Horst, Die weltweite Bewegung für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, in: Dokumentation der Zeit, H.19, 1969, S. 4

259) Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 115 f.

26o) Vgl. Lindemann, Hans, Kirschblütenträume und Realitäten. Kontakte zwischen Ost-Berlin und Tokio, in: Deutschland-Archiv, 5.Jg., H.4, 1972, S. 344

261) Vgl. Reime, Sybille, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern, Bd. IV, EG-Staaten (ohne Bundesrepublik), Bonn 1972, und
Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 115 ff.

262) Ein von Lindemann/Müller angeführtes Beispiel macht das Dilemma deutlich, dem die DDR andernorts durch die Ausstellung und Verbreitung ihrer Embleme zu begegnen suchte: " Da die DDR mit einem konservativen Opern- und Konzertrepertoire in Paris die kulturelle Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik kaum beweisen konnte, ließ sie mit Vorstellungsbeginn die Hymnen der DDR und Frankreichs spielen, damit das Publikum wenigstens auf diese Weise erfuhr, daß die Künstler aus der DDR kamen."

263) Müller, Manfred, Die Politik der DDR zur Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten, in: Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 171

264) Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 145 f.

265) End, Außenpolitik, a.a.O., S. 149

266) Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der 2. Parteikonferenz der SED am 9. Juli 1952, zit. nach: 2o Jahre DDR. 2o Jahre Körperkultur, a.a.O., S. 11

267) Vgl. dazu den Kommentar einer Schweizer Sportzeitung zur Anerkennung des Nationalen Olympischen Komitees der Deutschen Demokratischen Republik durch das Internationale Olympische Komitee, im

Juni 1955, dem entscheidenden Durchbruch für die DDR-Sportbewegung:
" Wortführer für die Aufnahme Ostdeutschlands waren die Sowjetunion und die anderen Oststaaten, deren Argumente wesentlich mehr Eindruck als bei früheren Aufnahmedebatten machten, da sie auf Polemik verzichteten und das Hauptgewicht auf die ausgezeichneten Leistungen ostdeutscher Athleten in jüngster Zeit legten."
In: Sport, Zürich vom 2o.6.1955

268) DDR-Sport gibt ein Beispiel. IOC-Präsident Brundage auf einem Pressegespräch in Berlin, in: Junge Welt, Berlin vom 3o.7.1969
Es ist wichtig, auch auf die innenpolitische Stabilisierungsfunktion solcher Äußerungen hinzuweisen, die als äußere Anerkennung der Systemeffizienz die innere Legitimität der SED-Herrschaft befördern. Hier ist der Hauptgrund für die exorbitanten Sportförderungsmaßnahmen zu suchen.

269) Ertl, Eric, Sport-Journalismus: Wie der Leistungssport auf seinen Begriff kommt, in: Vinnai, Sport in der Klassengesellschaft, a.a. O., S. 13o

27o) Die Reihenfolge der vermißten Zeitungsbestandteile:
News 73 %
Sport News 37 %
Advertising 29 %
Editorial 27 %
Front Page 23 %
Advice Columns 21 %
Comics 2o %
zit. nach: Hennig, Eike, Die Abhängigkeit der Massenmedien von den Werbeeinnahmen und dem Anzeigenteil, in: Zoll, Ralf (Hrsg.), Manipulation oder Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, Opladen 1971, S. 38

271) Die hohe Effektivität der genannten Maßnahmen erweist sich am deutlichsten in den Reaktionsformen des westdeutschen Sports: die Versuche, den DDR-Athleten Startberechtigung nur in Mannschaften des DSB zu gewähren, Verweigerung der Einreise- oder Starterlaubnis durch Polizeibehörden oder das Allied Travel Board, und schließ-

lich die Bestrebung, die Bundesrepublik als Veranstalterland zu profilieren - als Höhepunkt die Olympischen Spiele in München 1972 -, bestätigen allesamt, daß die Ost-Berliner Strategie als äußerst wirksam und für die eigene Position gefährlich eingeschätzt wurde. Nachdem die DDR inzwischen anerkannt ist, flaut mit der Konkurrenz um die Vertretung des deutschen Sports auf westdeutscher Seite auch das Interesse an solchen kostspieligen Veranstaltungen merklich ab.

272) Neumann, Alfred B., Zur Auszeichnung ' Verdienter Meister des Sports ' und ' Meister des Sports ' (Ansprache), in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 17.Jg., 1968, H.3, S. 195

273) Lerch, Gerhard, Die internationale Anerkennung des DDR-Sports, in: Deutsche Außenpolitik, 13.Jg., 1968, H.7, S. 929 - 936 (Unterstreichun durch den Verfasser)

274) Die ADN-Meldung vom 11.2.1967 über die erste Kranzniederlegung während der Internationalen Sportwoche macht deutlich, welche politische Intention mit einer solchen Demonstration verfolgt wird. Es gilt, den antifaschistischen und friedlichen Charakter der DDR-Gesellschaft nachzuweisen:

ddr-sportler ehrten helden des vercors g r e n o b l e. 11.febr. 67 adn-korr - die anlaesslich der internationalen sportwoche in grenoble weilenden ddr-sportler ehrten am sonnabend die helden des vercors, die während des zweiten weltkrieges in diesem gebirgsmassiv gegen die faschistischen okkupanten kaempften und ihr leben fuer die unabhaengigkeit ihrer heimat hingaben. die sportler legten auf dem zentralfriedhof in st. nizier ein blumengebinde nieder. der stillen ehrung wohnte auch der buergermeister von st. nizier, revollet, bei, der in den maitagen 1944 selbst in seinem heimatort gegen die hitler-wehrmacht gekaempft hat.

das gebirgsmassiv des vercors war ein zentrum des widerstandskampfes gegen die faschistischen eindringlinge. in diesem raum, 1968 schauplatz der olympischen wettkaempfe in einigen disziplinen, gibt es zahlreiche gedenkstaetten, die an das heldenhafte ringen der franzoesischen patrioten und antifaschisten erinnern.

275) Vgl. Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 121

276) Wonneberger, Geschichte der Körperkultur. IV, a.a.O., S. 194

277) Neben dem schon genannten Artikel von Lerch vertreten Mainschak, Alfred, Die internationale Stellung des DDR-Sports, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 13.Jg., 1964, H.1o, S. 877 ff und Fiebelkorn, Joachim, Welterfolge des DDR-Sports und ihre Ursachen, in: Deutsche Außenpolitik, 12.Jg., 1967, H.1, S. 47 ff die These, der Sport habe die Unhaltbarkeit der Hallstein-Doktrin auch über seinen Bereich hinaus bewiesen. Knecht folgt ihnen insoweit, als er den Sport für die effektivste Form der Außenwerbung Ost-Berlins hält:
Vgl. Knecht, Willi, Der ' DDR '-Sport als Wegbereiter der Weltgeltung, in: Deutschland-Archiv, 2.Jg., 1969, H.9, S. 953 ff.

278) Cramer, Dettmar, Nach der Anerkennung - Zur Außenpolitik der DDR, in: DDR-Report, 8.Jg., 1975, H.7, S. 393

279) Vgl. Osten, Außenpolitik, a.a.O., S. 116

28o) Vgl. Der Außenhandel der DDR nach ausgewählten Ländern, in: Deutsches Institut für Wissenschaftsforschung, Wochenbericht 2o, 1972, S. 176:

1971	Sämtliche Länder	Westliche Industrieländer	BRD
Einfuhr:	2o.83o	5.739	2.153
Ausfuhr:	21.211	4.495	2.142

Mill. Valuta-Mark

281) Lindemann/Müller, Kulturpolitik, a.a.O., S. 121

282) Daß die bis dahin herrschenden zufälligen und vertraglich nicht abgesicherten Verbindungen zu den Sportorganisationen kapitalistischer Staaten für die Kulturpolitiker in Ost-Berlin, trotz aller offiziellen Lobeshymnen über die Durchbrechung der Hallstein-Doktrin im Sport, völlig unbefriedigend waren, beweist die Forderung, die Diskriminierung abzubauen, in dem Kompendium von Hahn, Außenpolitik der DDR, a.a.O., S. 171: " Auch die kulturellen, sportlichen und touristischen Verbindungen zwischen der DDR und den kapitalistischen Staaten bedürfen klarer völkerrechtsgemäßer Regelungen, die jeden Mißbrauch zum Schaden der beteiligten Menschen, ihrer Staaten und

des europäischen Friedens ausschließen."
Dahinter steht natürlich auch der Wunsch nach Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft, die z.B. in den Fällen der Flucht von Sportlern akut würde.

283) Eine Aufstellung aller Länderkämpfe der DDR findet man in Erbach, Günther, u.a. (Hrsg.), Kleine Enzyklopädie. Körperkultur und Sport. Namen und Zahlen, Leipzig 197o, S. 439 ff.

284) Frenklin, A., Sport und friedliche Koexistenz, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 13.Jg., 1964, H.6, S. 399

285) Gieseler klagt in seiner Dokumentation über die Starrheit, mit der die Bundesregierung gerade im Sport ' Prinzipienfestigkeit ' gegenüber dem Zeigen der Hoheitszeichen der DDR beweise. Seine Frage nach den Gründen für die Prinzipienreiterei gerade im Sport beweist, daß er die repräsentative propagandistische Qualität des Sports völlig verkennt; daß es hier um Demonstration, nicht um inhaltliche Bekämpfung der Staatssymbole der DDR ging, und daß die Bundesregierung natürlich da, wo substantielle Interessen vor allem der Wirtschaft gewahrt werden sollten, nicht um solch sekundärer Fragen willen die westdeutsche Position zu beeinträchtigen gedachte: " Es ist unzweifelbar, daß die deutsche Sportführung im recht verstandenen Sinne die ' nationale Würde ' gewahrt hat und es sich mit den Problemen des gesamtdeutschen Sports nie leicht gemacht hat. Die politischen Entwicklungen waren aber stärker als die sportlichen Möglichkeiten. Auf vielen internationalen Messen stellt die Wirtschaft aus beiden Teilen Deutschlands unter den getrennten politischen Symbolen aus; ihre Vertreter finden sich bei feierlichen Eröffnungsakten in Anwesenheit oft höchster Vertreter des Gastlandes zusammen ... Soweit festzustellen war, wurde zuletzt bei den Messen in Posen, Plowdiv, Brünn - wo es außerdem noch Ärger mit dem ' dritten deutschen Land West-Berlin ' gab -, Algier - wo wegen der Spalterfahne der Bund seinen Pavillon einem nicht offiziellen ' Ausschuss der deutschen Wirtschaft ' übertrug -, Damaskus und Wien - wo die Zonenflagge nicht nur am Stand der SBZ, sondern in einer Zahl von ungefähr 3o Stück auch auf dem Freigelände bei den Maschinen aus der SBZ aufgepflanzt war - die Spalterflagge gezeigt ...

Wenn also in vielen bedeutenden, sehr oft auch öffentlich geförderten Wissenschafts-, Kultur- oder Wirtschafts-Verbänden zwei deutsche Gruppen Mitglied sind, die auch mit unterschiedlichem Protokoll (einschließlich Flagge) an den großen Messen und Kongressen teilnehmen, ohne daß daraus eine Desavouierung der Bundesrepublik Deutschland abgeleitet und den westdeutschen Delegationen wohl ein Verzicht auf die Teilnahme angeraten wird, warum wird dann die sportliche Frage, die noch weit weniger zu beeinflussen ist, so hochgespielt."

Gieseler, Dokumentation, a.a.O., S. 3o

286) Die Aufgaben der demokratischen Sportbewegung im Kampf um die Einheit Deutschlands, hier zit. nach: von Mengden, Guido, Tatsachen und Daten zur Geschichte des Gesamtdeutschen Sportverkehrs, in: Jahrbuch des Sports 1959/6o, Frankfurt 196o, S. 34

287) Vgl. Gründungsfeier des Nationalen Olympischen Komitees der DDR (Prot.), hrsg. vom NOK der DDR, o.O., o.J., S. 11

288) Vgl. Krüger, Arnd, Sport und Politik. Von Turnvater Jahn zum Staatsamateur, Hannover 1975, S. 1o2 f.

289) ebda., S. 1o4

29o) Vgl. Erbach, Geschichte der Körperkultur, a.a.O., S. 25

291) Diese Angabe bei Krüger, a.a.O., S. 88

Davon ist sicherlich keine ungewöhnliche Belastung Daumes abzuleiten. Erwähnenswert ist nur, daß Knecht als engagiertester Kritiker nie vergißt, auf die NSDAP-Mitgliedschaft des damals 17-jährigen ehemaligen DTSB-Präsidenten Ewald hinzuweisen, im gleichen Atemzug an Daume jedoch hervorhebt, er " gehört keiner politischen Partei an."

Vgl. Knecht, Willi, Die geteilte Arena, Nürnberg, o.J. (1971), S. 7

292) Die tiefe Differenz zwischen den Sportbewegungen, gleichzeitig auch ein Verweis auf ihre gesellschaftlichen Bindungen, kommt in der Wahl der Idole heraus, auf die sich die Tradition beider bezieht;

- Werner Seelenbinder in der DDR, ein 1944 hingerichteter Arbeitersportler, Antifaschist, Ringer, der 1936 vierter der Olympischen Spiele war - ein Mann des proletarischen Widerstandes, der bis heute in der Bundesrepublik nicht rehabilitiert worden ist.

- Max Schmeling in der BRD, Boxweltmeister und erfolgreicher mittelständischer Unternehmer, dessen Popularität nicht dadurch beeinträchtigt ist, daß er während des 2. Weltkrieges als aktiver Mitarbeiter des Propagandaministeriums tätig war.

293) Krüger, a.a.O., S. 119

294) " Der Deutsche Turn- und Sportbund muß deshalb in allen Sportverbänden und Grundeinheiten die große Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat organisieren ...
Im Sportverkehr mit westdeutschen Sportlern, in gemeinsamen Aussprachen mit ihnen sollen sie überzeugt werden, daß nur die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein reales Programm der Wiedervereinigung Deutschlands in Wohlstand, Glück und Frieden besitzt und daß sie in Westdeutschland für die Verwirklichung der Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Abschluß eines Friedensvertrages und zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten eintreten." Glückwünsche des ZK der SED zum 1o-jährigen Bestehen der sozialistischen Sportbewegung, in: 2o Jahre DDR. 2o Jahre Körperkultur, a.a.O., S. 23

295) Sport und Spaltung, a.a.O., S. 115

296) Vgl. Knecht, Die geteilte Arena, a.a.O., S. 59

297) Erbach, Geschichte der Körperkultur, a.a.O., S. 249

298) Vgl. dazu die Einschätzung von Winkler, Sport und politische Bildung, a.a.O., S. 62, es werde bei den Olympischen Spielen in München drei Möglichkeiten der Beziehung zwischen BRD und DDR geben:
- das gesamtdeutsche Miteinander - die DDR als zweite Heimmannschaft
- das geregelte Nebeneinander - die DDR als eine von vielen Gastmannschaften
- das erbitterte Gegeneinander - die DDR als der wichtigste " Angstgegner "

DaB die zweite Möglichkeit weitgehend Wirklichkeit wurde, kann kaum überraschen. Es beweist, daß sich in den 27 Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Konsolidierungsprozeß vollzogen hat, der nationale Emotionen nur noch bezogen auf den eigenen Teil Deutschlands zuläßt. Die gesellschaftliche, politische und kulturelle Trennung hat neue, selbstbezogene Formen der Identität geschaffen, die den anderen

Teil faktisch zum Ausland machen.

299) Honecker, Erich, Aus dem Bericht des Politbürus an die 13.Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1974, S. 3 ff.

3oo) Hoffmann, Gerhard, Die Bedeutung der sportlichen Leistungssteigerung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 2.Jg., 1953, H.7, S. 2

3o1) Steinhaus, Probleme der Systemauseinandersetzung, in: BRD - DDR. Systemvergleich, a.a.O., S. 4o5

3o2) ebda., S. 413

3o3) Vgl. etwa die Argumentation zur politisch-ökonomischen Bedeutung der Kraftfahrzeugdichte, die als Propaganda-Argument gegen die DDR bezeichnet wird und nach Einschätzung Steinhausens auf einem aktiven Staatsangriff basiert: auf der bewußten Förderung des Individualverkehrs. Das Gegenteil ist der Fall, daß sich im Verkehrs- und Transportwesen die immanenten Verkehrswertungsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft ungehemmt entfalteten und der Staatseingriff, hier der ' Leber-Plan ', nur reaktiv und gegensteuernd wirkte.
ebda., S. 418

3o4) Knecht, Die ungleichen Brüder, a.a.O., S. 3o

3o5) Die Werbung der deutschen Sporthilfe etwa zielt bewußt, durch die Verwendung des Begriffs Chancengleichheit auf die Überzeugung der Öffentlichkeit, hinter den Siegen der DDR-Athleten stünde nichts als ein hoch dotierter Parteiauftrag, der durch entsprechenden finanziellen Aufwand konterkarriert werden müsse.

3o6) Schweigler, Gebhard, Sport und StaatsbewußtSein im geteilten Deutschland, in: Politische Studien, 23.Jg., 1973, H.2o5, S. 462 ff.

3o7) Vgl. Schwarze, Hanns Werner, Die DDR ist keine Zone mehr, Köln 197o, S. 482 und
Bender, Peter, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt 1968, S. 51 und S. 73

3o8) Dafür gibt es eine Vielzahl von Beispielen aus denen wir zwei herausgreifen:
- " Bonn ist in Wut geraten ", in: Neues Deutschland, Berlin vom 15.2.1968:

Kommentar zur Disqualifikation ostdeutscher Rodelsportler in Grenoble.

" Bonn ist in Wut geraten über die sportlichen Erfolge der DDR ... Kein Wunder, daß die Springer-Blätter in fetten Lettern die Disqualifikation bejubelten. Gestern waren unsere Sportler noch ' Deutsche ', heute sind sie ' Zonensportler '. Und ' Bild ' hetzt: " Sechs Nationen fordern Ausschluß der ganzen Zonen-Rodelmannschaft." Einer dieser ' Nationen ' ist Westdeutschland. Sehr interessant zu wissen, daß die Herrschaften sich schon als ' Nation ' bezeichnen."

- Walter Ulbricht beim Empfang der Olympiateilnehmer von Mexico, in: Neues Deutschland, Berlin vom 9.11.1968:
" Auch in Westdeutschland bemühen sich gewisse Leute, die Ereignisse von Mexiko-Stadt einzuschätzen. Schon am Tag nach den Spielen meldete sich Springers berechtigte ' Bild '-Zeitung zu Wort. ' Mexiko ' so versuchte ihre zentimetergroße Schlagzeile zu hypnotisieren, wäre die ' größte Pleite des deutschen Sports '. Wir erlauben uns, diese Schlagzeile realistisch zu korrigieren. Mexiko - das ist die größte Pleite der Bonner Alleinvertretungsanmaßung auf dem Gebiet des Sports! ... Für uns, für den Sport im ersten sozialistischen Staat deutscher Nation, war Mexiko ein großartiger Erfolg."

309) Winkler, Sport und politische Bildung, a.a.O., S. 71 f.

310) Vgl. dazu die Studie von Geyer, Horst, Lokaler Sport, internationaler Sport, Sportnationalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 9/72, S. 3 - 38, besonders S. 31 ff; sowie in Baumgard, Hildegard, Briefe aus einem anderen Land. Briefe aus der DDR, Hamburg 1971, S. 198 den Brief eines DDR-Bürgers vom 18.2. 1968: " Noch mehr werden überall die Olympischen Spiele und ihre unerfreulichen Begleiterscheinungen (Disqualifikation der Rodler, V.S.) lebhaft diskutiert. Durch die ist der DDR-Staatsgedanke eindeutig gewachsen und führt schon zu sehr nationalistischen Aspekten: ' Und Ihr seid doch die Sieger! ' Las ich das nicht schon einmal in München? "

311) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, 26.Jg., H.37, 4.9.1972, S. 26. Die Er-

fahrung der nicht überbrückbaren Bewußtseinsinhalte und Verhaltensweisen ist dort mit dem treffenden Ausdruck eines westdeutschen Gastgebers über seine ostdeutschen Olympiagäste beschrieben: " Des ist, wia wenn' s d' Mauer dabei hätten ".

312) Der Spiegel, Hamburg, 26.Jg., H.38, 11.9.1972, S. 9, Leserbrief, (Heinrich Schramm, Helmstedt)

313) Vgl. dazu die Argumentation von Becher, Willy, Hans Luft, Gerhard Schulze, Lenin und der Demokratische Zentralismus heute, Berlin 197o. Die Autoren leiten diese Form staatlicher Leitungstätigkeit aus Lenins Schriften ' Was tun ' und ' Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück ' ab und reklamieren ihre Gültigkeit auch für den Bereich der Ökonomie, während Lenin das Organisationsprinzip auf die Ebenen von Partei und Staat beschränkt. Eine Zusammenfassung der Argumentation von Marx, Engels und Lenin, sowie eine Begründung der Notwendigkeit des zentralistischen Systems der DDR aus ihren ökonomischen und politischen Widersprüchen heraus versucht die Dissertation von
Odenthal, Willy, Der Begriff des demokratischen Zentralismus, seine Geschichte und seine Durchsetzung beim Staatsaufbau der Deutschen Demokratischen Republik, Diss. Marburg 1961:
Durch seinen Ansatz, äußere Gründe, Widersprüche zwischen Partei und Staatsvolk sowie Disproportionalitäten der Wirtschaft, als alleinige Ursachen für diese Herrschaftsform geltend zu machen, statt den demokratischen Zentralismus aus dem Anspruch einer wissenschaftlich begründeten Politik, den die SED für sich erhebt, abzuleiten, gelangt er zu einer Einschätzung, die Gründe für den Zentralismus seien " hauptsächlich pragmatischer Natur ". (Vgl. ebda., S. 83)
Dem widerspricht die mehrmalige Korrektur des ökonomischen Kurses zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung, in denen vorgegebene gesellschaftliche Präferenzen, bewußte politische Zielsetzungen gegen sich verselbständigende Interessen durchgesetzt werden sollten, was eben nicht als pragmatisch charakterisiert werden kann.

314) Vgl. Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1972, a.a.O., S. 23 f.

315) Autorenkollektiv, Politische Ökonomie des Sozialismus, a.a.O., S. 2o4

316) Eine exemplarische argumentative Verknüpfung von staatlicher Leitungstätigkeit, allgemeinen Aufschwung und sportlichem Erfolg findet sich in dem folgenden Artikel: Die Partei als führende Kraft, in: Deutsches Sportecho, Berlin vom 19.9.1966

" Das Nachdenken über unsere Erfolge hat in Westdeutschland offenbar beträchtliche Ausmaße angenommen. Man spürt es am Umfang der Betrachtungen über den DDR-Sport, zu denen sich Pressediktator Springer in seinen Zeitungen veranlaßt sieht. Ihr Zweck besteht darin, von den wahren Ursachen der aufsehenerregenden Siegesserie des DDR-Sports abzulenken. Viele Westdeutsche überlegen: An diesem Staat muß doch etwas dran sein. Springer behauptet: Sie haben es trotz ihres Sozialismus, trotz ihrer Partei geschafft. Ein überall in die Defensive geratener Gegner versucht, zum Gegenangriff überzugehen. Der Versuch ist untauglich. Die Erfolgstendenz im DDR-Sport entspricht der allgemeinen Vorwärtsentwicklung unserer Republik.
Im ersten Halbjahr 1966 stieg die industrielle Warenproduktion im Vergleich zum ersten Halbjahr 1965 um 6,8 Prozent. Das Nationaleinkommen nahm um 5 Prozent zu (1963 um 3,2, 1964 um 4,5, 1965 um 4,6 Prozent). Die Ursache? Die Partei entwickelte für das Volk und mit dem Volk das neue ökonomische System der Planung und Leitung. Es bewährt sich. In der Landwirtschaft überstieg in diesem Jahr die Zahl der Rinder die 5-Millionen-Grenze. Die Milchproduktion erhöhte sich in den ersten 8 Monaten um 8,4 Prozent. Die Ursache? Die Partei führte die Bauern auf den genossenschaftlichen Weg. Er ist richtig.

Während DDR-Wissenschaftler auf vielen Kongressen internationale Anerkennung fanden, belegten ihre Nachfolger bei der Mathematik-Olympiade in Sofia erstaunlich gute Plätze. Die Ursache? Die Partei sorgte für ein modernes Bildungssystem. Es wirkte sich aus.
Unsere Sportler eilten von Sieg zu Sieg. Die Ursache? Die Partei betonte: Sport und Körperkultur sind Lebensbedürfnisse des allseitig gebildeten Menschen. Und sie handelte danach. Sie förderte Jugend- und Massensport und ebnete den Talenten den Weg zur Spitze.
In fleißiger Gemeinschaftsarbeit hat das Volk der DDR die Symbole seiner Republik millionenfach lebendig werden lassen: Hammer, Ährenkranz und Zirkel. Folgerichtig erschienen sie auch in den Stadien

Europas. Das aber geschah nicht trotz - sondern wegen des Sozialismus und wegen der Partei als der führenden Kraft in unserer Republik. Diese historische Tatsache kann auch kein Springer überspringen, und wenn er noch so großen Anlauf nimmt."

317) Vgl. Hüttenberger, Peter, Die SED als Staatspartei, in: Gegenwartskunde, 22.Jg., 1973, H.2, S. 2 ff.

318) Knecht, Willi, Ist der DDR-Sport noch einzuholen?, in: Deutschland-Archiv, 3.Jg., 197o, H.12, S. 1314

319) Erbach, Günter, Körperkultur und Sport im gesellschaflichen Planungsprozeß unter besonderer Berücksichtigung des Hochleistungssports, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 21.Jg., H.12, 1972, S. 1o61

32o) ebda., S. 1o61

321) ebda., S. 1o63

322) ebda., S. 1o64

323) Vgl. Voss, Gerhard, Zur Anwendung der Grundsätze der Investitionspolitik auf dem Gebiet von Körperkultur, 12.Jg., 1963, H.5, S. 4o9 ff.
Zur Multimomentmethode auch Hartmann, Jürgen, Peter Stotmeister, Multimomentmethode und Sport. Ein weiterer Beitrag zur Frage der Planung und Leitung im Bereich von Körperkultur und Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 18.Jg., 1969, H.1, S. 2o ff: Bei dieser Methode werden durch eine Vielzahl von Momentbeobachtungen die prozentualen Anteile von Teilprozessen am Gesamtprozeß eines Arbeitsvorganges festgestellt. Verbesserungen am Bewegungsablauf des Teilprozesses vorgenommen und dadurch höhere Werte bei der Organisation des Gesamtprozesses erzielt. Rigauer führt die Übertragung solcher industrieller Arbeitsverfahren in den Leistungssport, für die sich schon bei dem Arbeitswissenschaftler F.W. Taylor Hinweise finden, als Beleg seiner These von der Arbeitsaffinität des Sports an.
Vgl. Rigauer, a.a.O., S. 19 ff.

324) Beschluß des Staatsrates der DDR, Die Aufgaben von Körperkultur und Sport bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vom

2o. September 1968, in: 2o Jahre DDR. 2o Jahre Körperkultur, a.a.O., S. 115

325) Vgl. Knecht, Willi, Die Basis der sozialistischen Körperkultur, in: Deutschland-Archiv, 2.Jg., 1969, H.4, S. 244 f

326) Erbach, u.a., Kleine Enzyklopädie - Körperkultur und Gesellschaft, a.a.O., S. 37

327) Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR, in: Das Hochschulwesen, 16.Jg., 1966, Beilage S. 3

328) Vgl. Joubert, Edgar, Die Sporttradition Englands und Frankreichs, in: Knecht, Amateur 72, a.a.O., S. 118 ff.

329) Vgl. Knecht, Willi, Das Förderungssystem der DDR. Interviews, in: ebda., S. 149 ff.

33o) Wörterbuch der Ökonomie des Sozialismus, hrsg. Autorenkollektiv (Ehlert, Willi, u.a.), Berlin 1966[1], S. 528, Sp. 2

331) Der Trainer " hat die wichtige und keineswegs leichte Aufgabe, Sport und Beruf verantwortungsbewußt miteinander zu verbinden und eine vollwertige berufliche Entwicklung seiner Sportler zu sichern. Der sich seiner erzieherischen Funktion bewußte Trainer wird in keiner Weise dulden, daß die ihm anvertrauten Athleten einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, die sie nicht befriedigt, daß sie keine berufliche Perspektiven oder als Erwachsene keine abgeschlossene Schul- bzw. Berufsausbildung haben. Eine solche Forderung richtet sich in keiner Weise gegen Arbeitserleichterungen, -freistellungen und andere Förderungsmaßnahmen, die unser Staat unseren Sportlern gewährt. Nein, das ist richtig, notwendig und beredter Ausdruck der großzügigen Unterstützung von Körperkultur und Sport durch unseren Arbeiter- und Bauern-Staat. Hier geht es darum, unseren Trainern ihre Verantwortung für die berufliche Entwicklung der Sportler deutlich vor Augen zu führen. Unsere Trainer sind mitverantwortlich, daß Sport und Beruf mit den allgemeinen Zielen unseres Staates übereinstimmen."
Roeder, Der Trainer als Erziehungspersönlichkeit, a.a.O., S. 83

332) Miksch, Jürgen, Jugend und Freizeit in der DDR, Opladen 1972, S. 124

333) Beschluß des Staatsrates, in: 2o Jahre DDR. 2o Jahre Körperkultur, a.a.O., S. 1o9

334) Zu erwähnen wäre auch die gesundheitspolitische Bedeutung des Kinder-, Jugend- und Massensports, eine Begleiterscheinung, die hier aus früher genannten Gründen nicht erörtert werden kann.

335) Zu Pöhland siehe: Knecht, Willi, Verschenkter Lorbeer. Deutsche Sportler zwischen Ost und West, Köln - Berlin 1969, S. 136 ff.

336) Dasbach-Mallinckrodt, Anita, Propaganda hinter der Mauer, Stuttgart 1971, S. 84

337) Czepuck, Harri, Journalisten im antiimperialistischen Kampf, in: Horizont, Berlin, 4.Jg., 1971, H.8, S. 4

338) Tümmler, Brigitte, Siegfried Tümmler, Sport, Olympische Spiele und das Fernsehen. Zu einigen Aspekten des Verhältnisses der Massenmedien zu Körperkultur und Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 22.Jg., 1973, H.9, S. 814

339) Die Aufgaben der Agitation und Propaganda bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, in: Agitation und Propaganda nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1972, S. 85

34o) Die empirischen Angaben entstammen unveröffentlichen Materialien der Abteilung Zuschauerforschung beim Staatlichen Komitee für Fernsehen der DDR. Sie werden zitiert von Tümmler/Tümmler, Sport, Olympische Spiele und das Fernsehen, a.a.O., S. 812 f.

341) ebda., S. 813

342) ebda., S. 815

343) Die subjektiven Voraussetzungen werden durch eine strenge Auswahl der Kader und durch das System von Kontrolle und Selbstkontrolle innerhalb der Presse sichergestellt. Oft sind auch Sportjournalisten nicht nur in ihrem Bereich tätig, sondern auch explizit als Propagandisten aktiv, ohne SED-Mitglied zu sein. Vgl. Runge, Erika, Reise nach Rostock, DDR, Frankfurt a.M. 1971, S. 214 f: " Fritz F., Journalist: Ich bin 32 Jahre alt und Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei ... Ich bin Diplom-Journalist bei Radio DDR, hier im Sender Rostock, und da wir uns als Journalisten verantwortlich fühlen für das, was im Staat geschieht, fühle ich mich auch im kleinen für den Wohnbezirk verantwortlich. Ich wurde gewählt als stell-

vertretender Vorsitzender und bin speziell zuständig für den Sport und für die politisch-ideologische Weiterbildung unserer Bewohner."

344) Vgl. Neuland für Sportjournalisten, Kommentar, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 18.Jg., 1969, H.1, S. 2 ff.

345) Was hat München gebracht?, in: Deutsches Sportecho, Berlin, 12.9.1972

346) Dost, Wolfgang, ' Sportpolitische Zwischenbilanz ' der XX. Olympischen Sommerspiele. Rundfunkkommentar ' Gedanken zur Zeit ' vom 2.9.1972, in: BPA/DDR. Spiegel, 3.9.1972, S. 14

347) ebda., S. 14

348) Box-Olympiasieger trägt DDR-Fahne. ADN-Meldung vom 26. Aug. 1972, in: BPA/DDR. Spiegel, 28.8.1972, S. 2

249) Erfolge zur Ehre unserer Republik, Toast des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 13.9.1972

35o) Sport - wichtiger Hebel für internationale Entspannung, ADN-Interview mit Sergej Pawlow zum Abschneiden der UdSSR-Mannschaft, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 11.9.1972

351) Allmert, Hans, Gewichtheber haben Ringer übertroffen, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 29.9.1972

352) Vgl. Freunde zogen Bilanz der ersten Woche, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 5.9.1972

353) Vgl. Emilio und sein Dank, in: Deutsches Sportecho, Berlin, Olympia-Sonderausgabe, September 1972, S. 1o: Dort heißt es in einem Artikel über die Boxer aus Kuba: " Wie sehr die kubanischen Aktiven dabei die uneigennütze Unterstützung ihrer Freunde aus den sozailistischen Ländern zu würdigen wissen, geht aus der Geste des glanzvollen Weltergewichtsmeisters Emilio Correa hervor. Seine Goldmedaille überreichte er noch im Ring dem sowjetischen Trainer Alexander Tscherwonnenko symbolisch."

354) XX. Olympische Sommerspiele 1972, Unsere Sonderkorrespondentin Christa Runge berichtet aus München, in: Horizont, Berlin, 5.Jg., 1972, Nr. 37, S. 5

355) In der Sendung ' Der schwarze Kanal ' vom 3o.8.1972 sagte Schnitzler unter anderem: " Der Ausschluß war unausweichlich ... löste diese Aussicht solidarische Wut der Herrenmenschen aus ... wer aber gemeint hätte, jetzt würden die Rassistenfreunde Ruhe geben, der irrte ...

Sieg der Politik über den Sport und ähnlicher Unsinn wurde aufgewärmt und inflatorisch unter die Leute gebracht ... als ob die olympische Idee nicht völkerverbindend statt rassentrennend sein soll ... Politik verdirbt nicht die Spiele, sofern es gute Politik ist. Politik verdirbt auch nicht den Charakter - auch bei olympischen Spielen ... " zit. nach: BPA/DDR. Spiegel, 1.9.1972, S. 4
(Bild aufz. 3o.8.)

356) Rhodesische Mannschaft bei der Bundeswehr zu Gast. ADN-Meldung vom 26.8.1972, zit. nach: BPA/DDR. Spiegel, 27.8.1972, S. 8

357) Untaugliche Unterstellung, in: Deutsches Sportecho, vom 3.8.1972
Man vergleiche diese Aussage mit dem Dank des Präsidenten des **DTSB**, Ewald, beim Empfang des Zentralkomitees für die Olympiamannschaft: " Wir haben uns alle gefühlt als ein Kollektiv von Bürgern des ersten sozialistischen deutschen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik. Für uns war es eine besondere Ehre, die sozialistische DDR bei diesen Olympischen Spielen in einer selbständigen Mannschaft mit allen Rechten und unter der richtigen Bezeichnung DDR, mit unserer Hymne unserer Flagge vertreten zu können."
Ewald, Manfred, Ein starkes Kollektiv, in: Deutsches Sportecho, Berlin, Olympia-Sonderausgabe, September 1972, S. 3

358) DDR-Sportler wohlauf und gut vorbereitet. Mannschaftsleiter Ewald gab Interview für unser Fernsehen, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 27.8.1972

359) Vgl. XX. Olympische Sommerspiele, in: Horizont, Berlin, 5.Jg. 1972, Nr. 37, S. 5

36o) Vgl. Kommentiert. Schnell wie ein Pfeil. Von unserem Korrespondenten Roberto Frosi, Rom, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 26.9.1972 und: Zitiert. Mehr als ein Hobby. Aus der konservativen britischen Zeitung ' The Observer ' nach den Olympischen Spielen, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 27.9.1972

361) Vgl. BPA/DDR. Spiegel, 7.9.1972, S. 1o: Abkommen über diplomatische Beziehungen DDR-Finnland paraphiert

362) Vgl. BPA/DDR. Spiegel, 5.9.1972, S. 15: DDR-Presseschau

363) Vgl. Alte Rekorde galten kaum noch etwas, in: Deutsches Sportecho, Olympia-Sonderausgabe, September 1972, S. 8

364) Ullrich, Klaus, Bunte Bilder und die Gründe ihrer Beliebtheit, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 12.9.1972

365) Eisern im Eiskanal. Goldener Triumpf unsere Slalom-Kanuten, in: Deutsches Sportecho, Olympia-Sonderausgabe, September 1972, S. 14

366) ebda., S. 14

367) Dies betrifft das erfolgreiche Hockeyteam, die Handballmannschaft, nicht dagegen die Fußballer, die nur unter der Bezeichnung BRD geführt werden.
Vgl. Deutsches Sportecho, Berlin, Olympia-Sonderausgabe, Ergebnisliste, S. 2o ff.

368) Hempel, Wolf, In diesen Tagen, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 27.9.1972

369) Informationen 1971/1o Nr. 63 des ZK der SED. Zu den Olympischen Sommerspielen 1972 in München, zit. bei: Knecht, Willi, München sehen und siegen. Der DDR-Sport vor den Olympischen Spielen 1972, in: Deutschland-Archiv, 4.Jg., 1971, H.12, S. 1293

37o) Erklärung des Olympischen Komitees der DDR, in: BPA/DDR. Spiegel, 4.4.1972, S. 15

371) So wird nun erhärtet, wie gefährdet der Olympische Geist in München ist. Kommentar des Tages, Radio DDR vom 19.3.1972, BPA/DDR. Spiegel, 2o.3.1972, S. 8

372) Moralisches Fundament der Sportbewegung. ' Gedanken zur Zeit ' von Harald Hauser, Stimme der DDR vom 27.8.1972, in: BPA/DDR. Spiegel, 28.8.1972, S. 9

373) Vgl. Ewald, Unseren sozialistischen Staat würdig vertreten, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 17.8.1972

374) Unolympisches Olympia. Tagebuch, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 29.8.1972

375) Vgl. BPA/Ostinformationen, 3o.8.1972, S. 1 f.
Hier sind die Kommentare von Radio Moskau und Radio Warschau abgedruckt, in denen die Übertragungen aus München, die Eröffnungsfeier der Spiele und die Organisation allgemein gelobt werden, wenn auch von Radio Moskau die Verteilung des Buches ' Deutsches Mosaik ' kritisiert wird.

Vgl. Licht und Schatten der Olympiade in München, Radio Moskau, 29.8.1972

Fernsehübertragungen von den Olympischen Spielen reichhaltig und gelungen, Radio Warschau, 29.8.1972

376) Terroranschlag im olympischen Dorf unterbrach die Spiele, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 6.9.1972

377) Vgl. BPA/DDR. Spiegel, 7.9.1972, S. 1 ff.

378) Schüsse bei Olympia, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 6.9.1972

379) Drohungen gegen DDR-Sportler. Letzte Meldung aus München, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 7.9.1972

38o) Schüsse bei Olympia, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 6.9.1972

381) Vgl. Dost, Wolfgang, Die imperialistischer Politik ist es, die letzten Endes auch Olympia gefährdet. Kommentar in ' Stimme der DDR ', 6.9.1972, in: BPA/DDR. Spiegel, 7.9.1972, S. 5 f.

382) Schatten über München, in: Neues Deutschland, Berlin, vom 7.9.1972

383) Vgl. Weltöffentlichkeit fragt: Wo war die Sicherheit? Brutales Verbrechen von München löst in aller Welt empörtes Echo aus, in: Neues Deutschland, Berlin, 7.9.1972.

Die Methode des indirekten Kommentars - in allen zitierten Pressestimmen wird die Reaktion der westdeutschen Polizei und der verantwortlichen Politiker angegriffen, so daß der Ausdruck ' brutales Verbrechen ' ebenso darauf wie auf die Entführung selbst bezogen werden kann - beinhaltet eine weit schärfere Kritik als eine direkte Kommentierung insofern, als die DDR-Öffentlichkeit von Seiten der eigenen Presse solch scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik aus mannigfaltigen Gründen kennt, sie von vornherein daher eine weit weniger starke Beachtung finden, als Stimmen aus westlichen, französischen, italienischen oder schwedischen Organen.

384) Vgl." Spiele ohne Staat - das geht nicht mehr ". Olympia-Organisator Willi Daume über das Massaker in München, in: Der Spiegel, 26.Jg., Nr.38, 11.9.1972, S. 84 f.

385) Was hat München gebracht, in: Deutsches Sportecho, Berlin, vom 12.9.1972

8. BIBLIOGRAPHIE

8.1. NACHSCHLAGEWERKE

8.1.1. ALLGEMEIN

A. bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1969[11]

Bracher, Karl Dietrich, Ernst Fraenkel (Hrsg.), Internationale Beziehungen, Frankfurt a.M. - Hamburg 1969

Brockhaus Enzyklopädie in 2o Bänden, Wiesbaden 1966[17] ff.

Engel, Franz-Wilhelm (Hrsg.), Handbuch der Noten, Pakte und Verträge, Recklinghausen 1968[2]

Fraenkel, Ernst, Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), Staat und Politik, Frankfurt a.M. - Hamburg 197o (Neuausgabe)

Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit dem Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1975

Handbuch der Volkskammer der DDR, hrsg. vom Präsidium der Volkskammer der DDR, Redaktion: H. Auerswald u.a., Berlin 1957 ff.

Klaus, Georg, Manfred Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, 2 Bde., Leipzig 197o[6]

Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin 197o

Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, hrsg. von Kernig, C.D. u.a., 6 Bde., Freiburg i.Br. 1966 - 1972

Wörterbuch der Ökonomie - Sozialismus, Berlin 197o

8.1.2. BEREICH SPORT

Deutsche Hochschule für Körperkultur (Hrsg.), Körperkultur und Sport, Leipzig 196o

Der Sport - Brockhaus, Wiesbaden 1971

Erbach, Günter u.a. (Hrsg.), Kleine Enzyklopädie. Körperkultur und Sport. Namen und Zahlen, Leipzig 197o

Zech, Heinrich (Hrsg.), Das große Lexikon des Sports, Frankfurt a.M. 1971

8.2. DOKUMENTATIONEN

8.2.1. ALLGEMEIN

Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972

Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, Bonn 1971

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1955 ff.

Deuerlein, Ernst (Hrsg.), Die DDR. Geschichte und Bestandsaufnahme 1945 - 197o, München 1971[3]

Deutsche Verfassungen. Deutschlands Weg zur Demokratie, München 1972[5]

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Berlin (DDR) 1954 bis 1972

Dokumente zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend, hrsg. i Auftrag des Zentralkomitees der FDJ, Berlin 196o

Dübel, Siegfried, Dokumente zur Jugendpolitik der SED, München 1964

Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder. Forschungsberichte des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1968 bis 1975

Kapsa, Lothar (Hrsg.), Zusammenstellung der von der " Deutschen Demokratischen Republik " seit deren Gründung (7.Oktober 1949) geschlossenen Verträge und Vereinbarungen (Stand Juli 1965), Bonn 1965[4]

Mampel, Siegfried, Die sozialistische Verfassung der DDR. Text und Kommentar, Frankfurt a.M. 1972

Schubbe, Elmar, Dokumente zur Kunst-, Literatur-, und Kulturpolitik der SED, Stuttgart 1972

Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, hrsg. von Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft " Walter Ulbricht ", Berlin 1969

Thomas, Stefan, Das Programm der SED. Dokumente, Köln 1963

Weber, Hermann (Hrsg.), Der Deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln. Berlin 1964[2]

ders. (Hrsg.), Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 bis 1971, Hannover 1971

8.2.2. BEREICH SPORT

Bernett, Hajo, Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation, Schorndorf 1966

Gieseler, Karl Heinz, Dokumentation zur Frage des " Deutschen Protokolls " im internationalen Sport, o. O. o. J., (maschinenschriftlich)

Kalähne, Kurt, Verzeichnis der wichtigsten gültigen Bestimmungen und Beschlüsse für die Tätigkeit auf dem Gebiete der Körperkultur und des Sports in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1961

Lemke, Wilfried, Sport und Politik. Eine Dokumentation des innerdeutschen Sportverkehrs, Ahrensburg bei Hamburg 1971

Zwanzig Jahre DDR - Zwanzig Jahre Körperkultur des Volkes. Dokumentationen, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, Leipzig, Beiheft 1969

8.3. EINZELDARSTELLUNGEN

8.3.1. BEREICH AUSSEN- UND KULTURPOLITIK

Abusch, Alexander, Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation, Berlin 1952

ders., Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus. Beiträge der

deutschen Kulturpolitik, Berlin 1967[2]

Adorno, Theodor W., Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947

Anderle, Alfred, Die Leninsche Theorie der friedlichen Koexistenz und ihre Bedeutung für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Halle 1960

Autorenkollektiv Frankfurt, Probleme sozialistischer Kulturpolitik am Beispiel DDR, Frankfurt a.M. 1974

Arzinger, Rudolf, Walter Poeggel (Hrsg.), Probleme der friedlichen Koexistenz in Deutschland. Beiträge der zentralen Forschungsgemeinschaft " Friedliche Koexistenz und nationale Frage in Deutschland " an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Berlin 1965

Axen, Hermann, Aktuelle Fragen der internationalen Beziehungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1965

Baumgart, Hildegard (Hrsg.), Briefe aus einem anderen Land. Briefe aus der DDR, Hamburg 1971

Bender, Peter, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt a.M.. Hamburg 1968

Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1970

Bracher, Karl Dietrich (Hrsg.), Nach 25 Jahren. Eine Deutschlandbilanz, München 1970

Brecht, Bert, Arbeitsjournal, Berlin o.J.

von Bredow, Wilfried, Vom Antagonismus zur Konvergenz ? Studien zum Ost-West-Problem, Frankfurt a.M. 1972

Chruschtschow, Nikita S., Rechenschaftsbericht an die Partei und das Volk. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII.Parteitag am 17.Oktober 1961, Moskau 1961

Cramer, Dettmar, Deutschland nach dem Grundvertrag, Stuttgart 1973

Dasbach-Mallinckrodt, Anita, Wer macht die Außenpolitik der DDR. Apparat. Methoden. Ziele, Düsseldorf 1972

Die DDR. Entwicklung, Probleme, Perspektiven, Frankfurt a.M. 1972

Doernberg, Stefan, Die Geburt des neuen Deutschland. 1945 - 1949, Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959

ders., u.a., Beiträge zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1961

Dopfer, Kurt, Ost-West-Konvergenz. Werden sich die östlichen und westlichen Wirtschaftsordnungen annähern ?, Zürich. St. Gallen 197o

Emge, Richard Martinus, Auswärtige Kulturpolitik, Berlin 1967

End, Heinrich, Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949 - 1972, Köln 1973

Eymelt, Friedrich, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern
Bd. I: Lateinamerika, Bonn 1968
Bd. II: Die nordischen Staaten, Bonn 197o
Bd. V: Großbritannien, Bonn 197o

Florin, Peter, Zur Außenpolitik der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1967

Förtsch, Eckard, Rüdiger Mann, Die SED, Stuttgart 1969

Gniffke, Erich W., Jahre mit Ulbricht, Köln 1966

Gromyko, A.A., Die friedliche Koexistenz, Der Leninsche Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin 1964

Grosser, Alfred, Deutschland - Bilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 197o

Grotewohl, Otto, Deutsche Kulturpolitik, Dresden 1952

Gumpel, Werner, Jens Hacker, Comecon und Warschauer Pakt. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 1966

Habermas, Jürgen, Werner Hänisch u.a., Außenpolitik der DDR für Frieden

und Sozialismus, Berlin 1974

Hänisch, Werner (Hrsg.), Sozialistische Freundschafts- und Beistandsverträge, Berlin 1968

ders., Außenpolitik und internationale Beziehungen der DDR. Bd. I: 1949 - 1955, Berlin 1972

Hennicke, Peter (Hrsg.), Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaft, Frankfurt a.M. 1973

Honecker, Erich, Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971

Höpcke, Klaus, Kultur und Klassenkampf, Berlin 1968

Horkheimer, Max, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt a.M. 1967

Jacobsen, Hans Adolf, Otto Stenzl (Hrsg.), Deutschland und die Welt. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik 1949 - 1963, München 1964

ders., Wilfried von Bredow, Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/7o, Düsseldorf 197o

ders., Wolfgang Mallmann, Christian Meier, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation, Köln 1973

Jegerow, Waleri, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin 1972

John, Erhard, Zur Dialektik des Sozialen, Nationalen und Internationalen in der Kulturentwicklung, Berlin 1972

Johnson, Uwe, Das dritte Buch über Achim, Frankfurt a.M. 1961

Jung, Heinz, Frank Deppe u.a., BRD - DDR. Ein Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971

Kähler, Ruth, Varianten ohne Perspektiven. Zwei Jahrzehnte Bonner Kulturpolitik gegen die DDR, Berlin 1972

Kessler, Horst, Fritz Staufenbiel (Hrsg.), Kultur in unserer Zeit: zur Theorie und Praxis der sozialistischen Kulturrevolution in der DDR, Berlin 1965

Klaus, Georg, Kybernetik und Gesellschaft, Berlin 1965

Klein, Peter u.a. (Hrsg.), Geschichte der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik - Abriß, Berlin 1968

Kröger, Heinrich, Werner Hänisch (Hrsg.), Zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Beiträge von einem Kollektiv des Instituts für Internationale Beziehungen der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften " Walter Ulbricht ", Berlin 1964

Kupper, Siegfried, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern, Bd. III: Indien, Ceylon, Malediven, Bonn 197o

Lamm, Hans Siegfried, Siegfried Kupper, DDR und Dritte Welt, München. Wien 1976

Lenin, W.I., Werke, Berlin 1972[7]

ders., Über die friedliche Koexistenz, Berlin 1965

Lindemann, Hans, Kurt Müller, Auswärtige Kulturpolitik der DDR. Die kulturelle Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1974

Löwenthal, Richard, Hans Peter Schwarz, Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - Eine Bilanz, Stuttgart 1974

Pfeiler, Wolfgang, DDR - Lehrbuch, Bonn 1974[2]

ders., Jörg Peter Menzel, Deutschlandbilder. Die Bundesrepublik aus der Sicht der DDR und der Sowjetunion, Düsseldorf 1972

Plat, Wolfgang, Begegnungen mit den anderen Deutschen. Gespräche in der Deutschen Demokratischen Republik, Reinbek bei Hamburg 1969

Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1971

Quilitzsch, Siegmar, Joachim Krüger u.a.,Sozialistische Staatengemeinschaft. Die Entwicklung der Zusammenarbeit und Friedenspolitik der sozialistischen Staaten, Berlin 1972

Raddatz, Fritz J., Tradition und Tendenz. Materialien zur Literatur der DDR, Frankfurt a.M. 1972

Radde, Jürgen, Die außenpolitische Führungselite der DDR. Veränderungen der sozialen Struktur außenpolitischer Führungsgruppen, Köln 1976

Reime, Sybille, Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern,
Bd. IV: EWG - Staaten (ohne Bundesrepublik), Bonn 197o
Bd. VIII: Schwarzafrika, Bonn 1972

Richert, Ernst, Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf, Gütersloh 1964

ders., " Sozialistische Universität ". Die Hochschulpolitik der SED, Berlin 1967

ders., Die DDR - Elite oder unser Partner von morgen, Hamburg 1968

Rost, Rudi, Der demokratische Zentralismus unseres Staates, Berlin 1959

ders., Die führende Rolle der Partei im sozialistischen Staat, Berlin 1961

Runge, Erika, Reise nach Rostock. DDR, Frankfurt a.M. 1971

Samkowoj, W.I., Krieg und Koexistenz in sowjetischer Sicht, Pfullingen 1969

Schmiederer, Ursula, Zur sowjetischen Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt a.M. 1968

Schulz, Eberhard, Hans-Dieter Schulz, Braucht der Osten die DDR, Opladen 1968

Schulz, Robert u.a., Geschichte und Geschichtsbild Afrikas. Beiträge der Arbeitstagung für neuere und neueste Geschichte Afrikas am 17. und 18.4. 1959 in Leipzig, Berlin 196o

Schwarze, Hanns Werner, Die DDR ist keine Zone mehr, Köln 1969

Schweigler, Gebhard, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973

Sontheimer, Kurt, Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik. Gesellschaft. Wirtschaft, Hamburg 1972

Thomas, Rüdiger, Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation, München 1972

Ulbricht, Walter, An die Jugend, Berlin 1954

ders., Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt als friedliebender demokratischer Staat, Berlin 1958

ders., Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus, Berlin 1958

ders., Horst Bartel u.a. (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Kap. XII: Von Mai 1945 bis 1949, Berlin 1968
Kap. XIII: Von 1949 bis 1956, Berlin 1969
Kap. XIV: Von 1956 bis 1961, Berlin 1969
Kap. XV: Ende 1961 bis Anfang 1963, Berlin 1969

ders., Schlußfolgerungen aus den Beratungen der Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR, Berlin 1969

Varain, Heinz-Josef (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973

Vogelsang, Theo, Das geteilte Deutschland, München 1966

Weichelt, Wolfgang, Die erste sozialistische deutsche Verfassung, Berlin 1969[2]

ders., Der sozialistische Staat. Hauptinstrument der Arbeiterklasse zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1972

Windsor, Philipp, Deutschland gegen Deutschland, Zürich. Köln 1971

Winzer, Otto, Probleme der friedlichen Koexistenz in deutscher Sicht, Berlin 1963

ders., Frieden und Gleichberechtigung - außenpolitische Prinzipien der DDR. Dokumente einer Reise des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der DDR in die VAR und die Länder Südostasiens. Frühjahr 1968, Berlin 1968

ders., Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus, Berlin 1969

Woitzik, Karl-Heinz, Die Auslandstätigkeit der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Mainz o.J.

Wyniger, Willy, Demokratie und Plan in der DDR. Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, Köln 1971

Zoll, Ralf (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbilder. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, Opladen 1971

8.3.2. BEREICH ÖKONOMIE

Brus, Wlodzimierz, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt a.M. 1971

Damus, Renate, Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt a.M. 1973

Frsier, Udo, Paul Lieber, Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR, Frankfurt a.M. 1972

Mittag, Günter, Walter Halbritter u.a., Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1972

ders., Zur Wirtschaftspolitik der SED in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, Berlin 1966

Müller, Hans, Kurt Reisig, Wirtschaftswunder DDR. Ein Bericht zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968

8.3.3. BEREICH SPORT

Bernett, Hajo, Sportpolitik im Dritten Reich. Aus den Akten der Reichskanzlei, Schorndorf 1971

ders., Untersuchungen zur Zeitgeschichte des Sports, Schorndorf 1973

de Coubertin, Pierre, Der Olympische Gedanke. Reden und Aufsätze, Schorndorf 1967

Eichel, Wolfgang (Hrsg.), Geschichte der Körperkultur in Deutschland, Bd. 1: Die Körperkultur in Deutschland von den Anfängen bis zur Neuzeit, Berlin 1965

Bd. 2: 1789 - 1917, Berlin 1967
Bd. 3: 1917 - 1945, Berlin 1967
Bd. 4: 1945 - 1961, Berlin 1969

Erbach, Günther, Manfred Ewald (Hrsg.), Sport frei. Walter Ulbricht - Vorbild, Lehrer und Freund der deutschen Sportler, Berlin 1963

Gieseler, Karlheinz, Sport als Mittel der Politik, Mainz 1965

Gründungsfeier des Nationalen Olympischen Komitees der DDR (Protokoll), hrsg. vom NOK der DDR, o.O.o.J.

Grupe, Ommo (Hrsg.), Sport in unserer Welt - Chancen und Probleme, Berlin 1973

ders., u.a. Einführung in die Theorie der Leibeserziehung, Schorndorf 1968

Hellwig, Alexander, Sport und Arbeitnehmerpflichten, Köln 1966

Honecker, Erich, Körperkultur und Sport gehören zum sozialistischen Menschen, III. Deutscher Turn- und Sporttag 3. - 4.Juni 1966, hrsg. vom DTSB-Bundesvorstand, Berlin 1966

Ihmels, Karl, Sport und Spaltung in der Politik der SED, Köln 1965

Jahrbuch des Sports 1959/60, hrsg. vom Deutschen Sportbund, Frankfurt a.M. 1960

Kassel, Norbert, Sport, Bonn (maschinenschriftlich) 1969

Klimanschewsky, Adolf, Täve. Das Lebensbild eines Sportlers unserer Zeit, Berlin 1959

Klöhn, Gerhard (Hrsg.), Leibeserziehung in der modernen Gesellschaft, Weinheim 1961

Knecht, Willi, Die geborstenen Ringe, o.O. 1964

ders., Sportpolitik in Deutschland. Nach Tokio und zurück, Diessen. Ammersee 1965

ders., Die geteilte Arena, Nürnberg 1968

ders., Verschenkter Lorbeer. Deutsche Sportler zwischen Ost und West, Köln. Berlin 1969

ders., Partnerschaft auf Raten, Frankfurt a.M. 197o

ders., Die ungleichen Brüder. Die deutschen Sportorganisationen DSB und DTSB, Mainz 1971

ders., (Hrsg.), Amateur '72.Modelle zeitgemäßer Förderungsmaßnahmen im modernen Hochleistungssport und verschiedenartigsten gesellschaftspolitischen Verhältnissen, Mainz 1972

Kramer, Hermann Josef, Körpererziehung und Sportunterricht in der DDR, Schorndorf 1969

von Krockow, Christian, Sport und Industriegesellschaft, München 1972

Krüger, Arnd, Sport und Politik. Von Turnvater Jahn zum Staatsamateur, Hannover 1975

Kunath, Paul, Günter Röblitz, Heinz Schwidtmann, Über die Erziehung der sozialistischen Sportler, Berlin 196o

Lenk, Kurt, Leistungssport: Ideologie oder Mythos. Zur Leistungskritik und Sportphilosophie, Stuttgart 1972

Lerch, Gerd u.a., Schwarze Sterne. Weiße Stadien. Mit DDR-Sportlern in Afrika und im vorderen Orient, Berlin 1961

Makarzew, N., Gewerkschaften und Sport, Berlin 1954

Model, O., Funktionen und Bedeutung des Sports in ökonomischer und soziologischer Sicht, Winterthur 1955

Müller, Fred, Aufgaben der SED bei der Entwicklung der Volkssportbewegung. Die Aufgaben auf dem Gebiet der Körperkultur und des Sports, Berlin 1951

Nitschke, Willi, Kann der Sport neutral sein ? Über den Charakter von Körperkultur und Sport in den beiden deutschen Staaten, Berlin 1961

Peltzig, Siegfried, Sport hinter dem Eisernen Vorhang, Darmstadt 1952

Pieck, Wilhelm, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Über Körperkultur und Sport, Berlin 1951

Possekel, Horst, Gerhard Gughelmi, Körperkultur und Sport im sozialistischen Industriebetrieb, Berlin 1971

Prokop, Ulrike, Soziologie der Olympischen Spiele, Sport und Kapitalismus, München 1971

Prockrandt, Wolf-Dieter, Hans Ulrich Schmidt, Karl Marx und die Körperkultur. Literaturstudie, Leipzig 1968

Richter, Jörg (Hrsg.), Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1972

Rigauer, Bero, Sport und Arbeit. Soziologische Zusammenhänge und ideologische Implikationen, Frankfurt a.M. 1969

Russ, Erich, Die demokratische Sportbewegung, Leipzig 1952

Schöbel, Heinz, Olympia und seine Spiele, Berlin 1967[2]

Sieger, Walter, Theorie und Körperkultur, Leipzig 1969
Teil 1: Grundlagen der marxistischen Theorie der Körperkultur

Das Sport - Argument. Fragen, Antworten, Probleme, hrsg. vom DTSB, Berlin 1966

Sport in der DDR. Ein Beitrag zum Geburtstag unserer sozialistischen Heimat, hrsg. vom DTSB, Berlin 1969

Ullrich, Klaus, Olympia und die Deutschen. Tatsachenbericht, Berlin 1968

Vereinbarung zwischen dem staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport beim

Westphal, Helmuth, Der Militarismus, der Todfeind des deutschen Sports, Berlin 1958

Winkler, Hans-Joachim, Sport und politische Bildung. Modellfall Olympia, Opladen 1972

Wonneberger, Günter, Thilo Werner, Helmut Groß, Olympia 1960. Dokumente, Kommentare, Ergebnisse, Berlin 1961

8.4. HOCHSCHULSCHRIFTEN

Baum, Lotti, Sportbezogene Bedürfnisse und Einstellungen in der DDR-Bevölkerung, Diss.(maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1967

Ehmke, Günter, Der Kampf um eine antifaschistisch-demokratische Sportbe-

wegung in den Jahren 1945 - 1949 in der DDR, Diss.(maschinenschriftlich), Humboldt-Universität Berlin 1958

Eichel, Wolfgang, Die Entstehung des modernen Olympismus, Diss.(maschinenschriftlich), Humboldt-Universität Berlin 1954

Florl, Rolf, Volkssport im sozialistischen Dorf. Versuch einer komplex-territorialen Analyse als Beitrag zur Leitungstätigkeit sportlicher Führungsorgane, dargestellt am Beispiel einer Untersuchung in der Landgemeinde Kylina, Diss.(maschinenschriftlich) DHFK Leipzig 1964

Goetz, Dietrich, Die Rolle der nationalen und internationalen Sportverbände im Kampf um die internationale Anerkennung des Nationalen Olympischen Komitees der Deutschen Demokratischen Republik (1951 - 1956), Staatsexamensarbeit, Pädagogische Hochschule Potsdam 1962, (maschinenschriftlich)

Gräber, Gerhard, Der Sport im Rahmen des Wettbewerbs zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden, Staatsexamensarbeit, Pädagogische Hochschule Potsdam 1961, (maschinenschriftlich)

Göldner, Karl Heinz, Zum gegenseitigen Führen, Ein- und Unterordnen der Schüler im Sportunterricht. Ein Beitrag zur Erziehung der Schüler auf der Grundlage eines pädagogischen Experiments, Diss.(maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1965

Kaufmann, Werner, Die Entwicklung der Demokratischen Sportbewegung von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bis zur 2. Parteikonferenz der SED (1949 - 1952), Diss. (maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1965

Kramer, Hermann Josef, Die Körpererziehung im System der marxistisch-leninistischen Pädagogik, Diss.(maschinenschriftlich) Münster 1968

Leitgeb, Alfred, Das Verhältnis zwischen Sport und Gesellschaft, Diss. (maschinenschriftlich), Universität Graz 1955

Lukas, Gerhard, Kritischer Beitrag zur Olympischen Idee, Phil.Habilschrift, Universität Halle 1952

Neugebauer, Hanns-Peter, Zu den Beziehungen zwischen Sport und Politik, Diss.(maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1957

Neidthard, Helga, Der Anteil der Körperkultur bei der Durchsetzung der sozialistischen Kulturrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik, Diss.(maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1966

Odenthal, Willy, Der Begriff des demokratischen Zentralismus, seine Geschichte und seine Durchsetzung beim Staatsaufbau der Deutschen Demokratischen Republik, Diss.,Marburg 1961

Radde, Jürgen, Die außenpolitische Führungselite der DDR. Veränderungen der sozialen Struktur außenpolitischer Führungsgruppen 1949 - 1969/71, Diss., TH Aachen, 1973

Röder, Horst, Der Trainer als Erziehungspersönlichkeit im Leistungssport der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur pädagogischen Untersuchung des Auftrags und der Aufgabe, der Stellung und Bedeutung des Trainers im System der sozialistischen Körpererziehung (2 Bde.), Diss.(maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1961

Scheer, Werner, Die internationalen Beziehungen unserer Sportorganisationen ab 16.August 1961 bis Ende 1963, Staatsexamensarbeit, (maschinenschriftlich), Pädagogische Hochschule Potsdam 1964

Schulze, Erhard-Veit, Die Funktionen der FDJ in der DDR. Eine Studie zur Soziologie der Massenorganisation in der volksdemokratischen Gesellschaft, Diss., Marburg 196o

Urban, Margot, Die nationale und internationale Rolle der Deutschen Hochschule für Körperkultur, Diplomarbeit, DHFK Leipzig 196o

Wieczisk, Georg, Die Stellung der deutschen Turn- und Sportbewegung zur faschistischen Diktatur und ihren sportfeindlichen Zielen, Diss.(maschinenschriftlich), DHFK Leipzig 1956

8.5. ZEITSCHRIFTEN

Ackermann, Manfred, Tutzing politisieren, in: Deutschland-Archiv, 3.Jg., 197o, H.4, S. 479 f.

Altmann, Eva, Zu einigen Bedingungen der Wirkung des Sozialismus in der DDR auf die westdeutschen Arbeiter, in: Einheit, 17.Jg., 1962, II, H.9, S. 78 - 9o

Apel, Hans, Bericht über das ' Staatsgefühl ' der ' DDR '-Bevölkerung, in: Frankfurter Hefte, 22.Jg., 1967, Nr.3, S. 169 - 178

Aumann, W., Die leninschen Prinzipien der Außenpolitik der DDR, in: Dokumentation der Zeit, H.8, 197o, S. 3 - 8

Beinroth, Harry, Zu einigen Fragen der Einstellungsbildung im Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 18.Jg., 1969, H.3, S. 265 - 272

Bollinger, Klaus, Horst Westphal, Die Deutsche Demokratische Republik und die Völker Asiens und Afrikas, in: Staat und Recht, 1o.Jg., 1961, H.6, S. 1o38 - 1o61

Böttcher, Horst, Die weltweite Bewegung für die völkerrechtlicher Anerkennung der DDR, in: Dokumentation der Zeit, H.19, 1969, S. 4

Brasch, Horst, Kulturpolitik für den Sieg des Sozialismus, in: Deutsche Außenpolitik, 12.Jg., 1967, H.1o, S. 1173 - 1176

Bruns, Wilhelm, Sport und Politik, in: Neue politische Literatur, 17.Jg., 1972, H.2, April - Juni, S. 231 - 24o

Büttner, Siegfried, Zur Afrikapolitik der Deutschen Demokratischen Republik, in: Deutsche Außenpolitik, 5.Jg., 196o, Sonderheft III, S. 129 -146

Cramer, Dattmar, Nach der Anerkennung - zur Außenpolitik der DDR, in: DDR-Report, 8.Jg., 1975, H.7, S. 393 - 395

Descher, Siegfried, Das olympische Zeremoniell und die Zukunft der Olympischen Spiele, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 2o.Jg., 1971, H.11, S. 949 - 955

Domdey, Karl Heinz, Die Bedeutung des ökonomischen Wettbewerbs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz, in: Wissenschaftliche Zeitschrift Rostock, 12.Jg., 1963, S. 583 - 6o3

Eichel, Wolfgang, Zum Gedächtnis Pierre de Coubertin, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 12.Jg., 1963, H.1, S. 3 - 15

ders., Die olympische Idee und ihre gesellschaftliche Funktion im Kampf um Frieden und Völkerverständigung, in: ebda., 19.Jg., 197o, H.9, S. 82o - 826

Engel, Rudolf, Zweimal deutsche kulturelle Außenpolitik, in: Deutsche Außenpolitik, 3.Jg., 1958, H.5, S. 457 - 462

Erbach, Günter, Körperkultur und Sport im gesellschaftlichen Planungsprozeß unter besonderer Berücksichtigung des Hochleistungssports, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 21.Jg., 1972, H.12, S. 1o59 - 1o65

Ewald, Manfred, Sozialistische Erziehung - verantwortungsvolle Aufgabe, in: ebda., 19.Jg., 197o, H.9, S. 768 - 8o2

ders., Die Aufgabe des DTSB bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Körperkultur und des Sports, in: ebda., 19.Jg., 197o, H.9, S. 768 - 8o2

Fiebelkorn, Joachim, Die Zusammenarbeit der olympischen Komitees beider deutscher Staaten, in: Deutsche Außenpolitik, 5.Jg., 196o, H.8, S. 913 - 92o

ders., Welterfolge des DDR-Sports und ihre Ursachen, in: ebda., 12.Jg., 1967, H.1, S. 47 - 53

Florin, Peter, Harry Ott, Die DDR und das sozialistische Weltsystem, in: ebda., 1o.Jg., 1965, H.4, S. 39o - 399

Förtsch, Eckard, DDR-Forschung und gesamtdeutsche Politik, in: Deutschland-Archiv, 1.Jg., 1968, H.2, S. 148 - 152

Frenkin, A., Sport und friedliche Koexistenz, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 13.Jg., 1964, H.6, S. 396 - 4o3

Furtak, Robert K., Internationale Dependenzverhältnisse in Ost und West,in: Aus Politik und Zeitseschichte, 25.Jg., B. 3o-31/74, 27.7.74, S. 3 - 15

Gascard, Johannes R., Innland/Ausland - Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für internationales Recht, Bd. 15, 1971, S. 399 - 4o7

Geerhard, Herbert, Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen der DDR zu den Staaten Afrikas und Asiens, in: Deutsche Außenpolitik, 13.Jg., 1968, H.12, S. 1432 - 144o

Geyer, Horst, Lokaler Sport, internationaler Sport, Sportinternationalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23.Jg., B. 9/72, 26.2.1972, S. 3 - 38

Götting, Gerald, Das internationale Gewicht der DDR, in: Deutsche Außenpolitik, 19.Jg., 1964, H.4, S. 257 - 268

Graf, R., H.G. Müller, Westdeutsche DDR-Forschung - Instrument psychologischer Kriegsführung, in: Dokumentation der Zeit, H.24, 1969, S. 4 - 12

Hahn, Rainer, Schöneburg, Karl-Heinz, Die wirtschaftlich-organisatorische, erzieherische Funktion der Staatsmacht der DDR, in: Staat und Recht, 12.Jg., 1963, H.1, S. 1 - 16

Hänisch, Werner, Joachim Krüger, Zur Dialektik von Innen- und Außenpolitik in der Strategie und Taktik der SED, in: Deutsche Außenpolitik, 16.Jg., 1971, H.3, S. 433 - 45o

Hartmann, Jürgen, Peter Strotmeister, Multimomentmethode und Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 18.Jg., 1969, H.1, S. 2o - 33

Heinze, Günter, Der DDR-Sport - ein anerkannter Partner im internationalen Sportleben, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 22.Jg., 1973, H.1o, S. 873 - 878

Helbing, Hubert, Die Zusammenarbeit der DDR mit afrikanischen Staaten, in: Das Hochschulwesen, 12.Jg., 1964, H. 8/9, S. 582 - 585

Heyke, Hans Eberhard, Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, in: Politische Vierteljahresschrift Köln, 7.Jg., 1966, H.4, S. 574 - 63o

Hoffmann, Hans Joachim, Persönlichkeitsbildung und Kulturpolitik, in: Einheit, 27.Jg., 1972, H.8, S. 1o2o - 1o26

Honecker, Erich, Wir fördern den Sport, in: T eorie und Praxis der Körperkultur, 19.Jg., 197o, H.9, S. 763 - 767

Hüttenberger, Peter, Die SED als Staatspartei, in: Gegenwartskunde, 22.Jg., 1973, H.2, S. 2

Jacobsen, Hans- Adolf, Vom Wandel des Polenbildes in Deutschland (1772 - 1972), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24.Jg., Bd. 21/73, 26.5.1973, S. 3 - 21

Knecht, Willi, Der Deutsche Sportbund in der Zwickmühle, in: Deutschland-Archiv, 1.Jg., 1968, H.4, S. 432 - 434

ders., Braucht auch die Bundesrepublik einen Sportminister, in: ebda.,

1.Jg., 1968, H.5, S. 556

ders., München 1972 und die olympische Anerkennung der " DDR ", in: ebda., 1.Jg., 1968, H.9, S. 1oo9 f.

ders., Laufen Sozialisten schneller?, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.1, S. 1 - 9

ders., Vier Reden zur Sportpolitik, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.2, S. 214

ders., Die Basis der sozialistischen Körperkultur, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.3, S. 24o - 251

ders., " DDR "-Fahnen an bundesdeutschen Masten, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.4, S. 434 - 445

ders., Der CSSR-Sport. Reflexionen einer verhinderten Reform, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.8, S. 881 - 889

ders., " DDR "-Sport als Wegbereiter der Weltgeltung, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.9, S. 953 - 957

ders., Der Wettlauf der ungleichen Brüder, in: ebda., 2.Jg., 1969, H.12, S. 1338 - 1346

ders., München 1972 - Schicksalsspiele?, in: ebda., 3.Jg., 197o, S. 54o - 546

ders., Halbzeit vor München, in: ebda., 3.Jg., 197o, H.11, S. 1193 - 1185

ders., Gerüstet für Olympia. Der DDR-Sport auf dem Weg nach München, in: ebda., 5.Jg., 1972, H.1, S. 46 - 5o

ders., Sportpolitische Bilanz 1972, in: ebda., S. 1281 - 1285

ders., Olympia - Irrwege aus Ost-Berlin, in: Die politische Meinung, 17.Jg., Juli/August 1972, H.143, S. 55 - 59

Kopp, Fritz, Die Außenpolitik der SED-Regierung, in: Deutsche Studien, Lüneburg, 2.Jg., 1964, S. 315 - 327

Kosing, Alfred, Theoretische Probleme der Entwicklung der sozialistischen Nation, in der DDR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 23.Jg., 1975, H.2, S. 237 - 261

Kriele, Martin, Der Streit um die Rechtslage Deutschland und die völker-

rechtliche Anerkennung der DDR, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 4.Jg., 1971, H.11, S. 261 - 267

Lerch, Gerhard, Die internationale Anerkennung des DDR-Sports, in: Deutsche Außenpolitik, 13.Jg., 1968, H.8, S. 929 - 936

Ludz, Peter Christian, Situation, Möglichkeiten und Aufgaben der DDR-Forschung, in: Die neue Gesellschaft, 15.Jg., März/April 1968, S. 153 - 16o

ders., Aktuelle oder strukturelle Schwächen der DDR-Forschung, in: Deutschland-Archiv, 1.Jg., 1968, H.3, S. 255 - 256

ders., Johannes Kuppe, Literatur zum politischen und gesellschftlichen System der DDR, in: Politische Vierteljahresschrift, 1o.Jg., 1969, H.3, S. 328 - 387

ders., Zum Begriff der ' Nation ' in der Sicht der SED. Wandlungen und politische Bedeutung, in: Deutschland-Archiv, 5.Jg., 1972, H.1, S. 17 - 27

Lukacs, Georg, Probleme der kulturellen Koexistenz, in: Forum - Wien, 11.Jg., 1964, H.125, S. 241 - 244

Mainschak, Alfred, Die internationale Stellung des DDR-Sports, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 13.Jg., 1964, H.1o, S. 877 - 881

Martin, Alexander, Der sozialistische Internationalismus als Grundprinzip der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, in: Deutsche Außenpolitik, 3.Jg., 1958, H.3, S. 273 - 285

Mirrow, Jürgen, Staatsbewußtsein in der DDR, in: Neue Deutsche Hefte, Nr. 133, 19.Jg., 1972, H.1, S. 93 - 113

Mitzschke, Gerhard, Gewerkschaften und DTSB, in: Die Arbeit, 1.Jg., 1957, H.6, S. 34 - 36

Natan, Alex, Sport als nationaler Spiegel, in: Leibesübungen. Frankfurt, 13.Jg., 1962, H.2, S. 5 - 7

Neuland für Sportjournalisten, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 18.Jg., 1969, H.1, S. 2 - 4

Neumann, Alfred B., Zur Auszeichnung ' Verdienter Meister des Sports ' und ' Meister des Sports ' (Rede), in: ebda., 17.Jg., H.3, S. 195 - 197

Nitz, Jürgen, Zur Unterstützung der jungen Nationalstaaten durch die DDR, in: Deutsche Außenpolitik, 6.Jg., 1961, H.5, S. 511 - 525

Oelschläger, G., Karl Marx und die Körperkultur, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 17.Jg., 1968, H.7, S. 587 - 594

Powik, Gerhard, Johannes Zelt, Die internationalistische Politik der SED, in: Deutsche Außenpolitik, 15.Jg., 197o, H.3, S. 39o - 4o5

Prietzel, Konstantin, Zusammenarbeit DDR - UdSSR und die sozialistische Integration, in: Deutschland-Archiv, 5.Jg., 1972, H.8, S. 818 - 827

Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR, in: Hochschulwesen, 16.Jg., 1966, Beilage, S. 3

Reichert, Rudi, Sportliche Höchstleistungen. Ausdruck des Wachstums des Sozialismus in der DDR, in: Die sozialistische Sportbewegung, 2.Jg., 1958, H.3, S. 1 - 13

Roemer, K., Politik im Stadion. Der Sport schafft nicht alles, in: Die politische Meinung, 5.Jg., 196o, H.51, S. 64 - 7o

Rößler, Johannes, Bemerkungen zum Begriff ' Friedliche Koexistenz ', in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12.Jg., 1964, H.5, S. 636 - 641

Rühmland, Ullrich, Sowjetzonale Aktivität in den Staaten Afrikas, in: Außenpolitik, 11.Jg., 196o, H.3, S. 182 - 189

Scheuch, Erwin K., Sport als Politikum, in: Die politische Meinung, 17.Jg., 1972, H. 143, S. 15 - 27

Schreiner, Fritz, Olympische Spiele - Sport und Politik ?. Die gesamtdeutsche Mannschaft im Ost-West-Konflikt, in: SBZ-Archiv, 15.Jg., 1964, H.22, S. 346 - 35o

Schwabe, Ernst Otte, Dokumente, die Geschichte machen, in: Deutsche Außenpolitik, 6.Jg., 1961, H.2, S. 129 - 139

Schweigler, Gebhard, Sport und Staatsbewußtsein im getielten Deutschland, in: Politische Studien, 23.Jg., 1973, H.2o5, S. 462 - 487

Sieger, Walter, Zur Körperkultur in der sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12.Jg., 1964, S. 923 - 934

Simon, H., W. Eichel, H. Weder, F. Jahn, Die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Freundschaft für die Entwicklung der DHFK, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 19.Jg., 197o, H.1o, S. 861

Stern, Carola, Antwort an Eckart Förtsch, in: Deutschland-Archiv, 1.Jg., 1968, H.3, S. 257 - 258

Stotmeister, Peter, Einige theoretische und praktische Probleme der wissenschaftlichen Perspektivplanung im Bereich von Körperkultur und Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 19.Jg., 197o, H.5, S. 4o3 - 41o

Tomala, Mieczyslaw, Wie sehe ich Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24.Jg., B.21/73, 26.5.1973, S. 22 - 27

Tümmler, Brigitte, Siegfried Tümmler, Sport, Olympische Spiele und das Fernsehen. Zu einigen Aspekten des Verhältnisses der Massenmedien zu Körperkultur und Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 22.Jg., 1973, H.9, S. 811 - 816

Ulbricht, Walter, Die sozialistische Körperkultur - wahre Körperkultur des Volkes, in: ebda., 9.Jg., 196o, H.1o, S. 1o3o - 1o38

Ullrich, Klaus, Die Hallstein-Doktrin auf der Strafbank des Sports, in: Deutsche Außenpolitik, 8.Jg., 1963, H.6, S. 479 - 484

ders., Bonns politische Sportbarrieren, in: ebda., 9.Jg., 1964, H.8, S. 781 - 785

Voss, Gerhard, Zur Anwendung der Grundsätze der Investitionspolitik auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport, in: Theorie und Praxis der Körperkultur, 12.Jg., 1963, H.5, S. 4o9 - 413

Vysockij, Valentin, Die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit - ein wichtiger Faktor der weiteren Festigung des Weltsystems des Sozialismus, in: Deutsche Außenpolitik, 16.Jg., 1971, H.6, S. 1o68 - 1o88

Witt, Gerhard, Sport und sozialistisches Kulturideal, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität. Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 15.Jg., 1966, H.4/5, S. 699 - 7o9

Woitzik, Karl Heinz, Die Auslandsaktivität der ' DDR ', in: Deutsche Studien. Lüneburg, 2.Jg., 1964, S. 335 - 36o

Zelt, Johannes, Grundfragen sozialistischer Außenpolitik, in: Deutsche Außenpolitik, 5.Jg., 1960, S. 1094 - 1111

Zimmermann, Hartmut, Zu einigen innenpolitischen Aspekten der DDR-Forschung, in: Deutschland-Archiv, 6.Jg., 1973, H.7, S. 713 - 717

ders., Der FDGB als Massenorganisation und seine Aufgabe bei der Erfüllung der betrieblichen Wirtschaftspläne, in: Soziologie der DDR, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH. 8, 1964, S. 115 - 144

8.6. SONSTIGE PERIODIKA. ZEITSCHRIFTEN. ZEITUNGEN.

(Anmerkungen aus ihnen wurden nicht aufgeführt.)

Außenpolitische Korrespondenz, Berlin (DDR)

Bundespresse- und Informationsamt. DDR-Spiegel, Bonn

Deutsches Sportecho, Berlin (DDR)

Deutscher Sportbund. Informationen, Frankfurt a.M.

Die Einheit, Berlin (DDR)

Forum. Organ des Zentralrates der FDJ, Berlin (DDR)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt a.M.

Horizont, Berlin (DDR)

Jahrbuch des Sports, Frankfurt a.M.

Junge Welt. Organ des Zentralrates der FDJ, Berlin (DDR)

Neues Deutschland, Berlin (DDR)

Olympisches Feuer, Frankfurt a.M.

Politische Dokumentation, Berlin

Pressespiegel. Aus Zeitungen und Zeitschriften der DDR, Bonn

Der Spiegel, Hamburg

Sport, Zürich

Süddeutsche Zeitung, München

Die Welt, Hamburg/Bonn

Die Zeit, Hamburg

9. LEBENSLAUF

Name	:	Schulz
Vorname	:	Walter Michael
geb.	:	27.3.1947
Geburtsort	:	Würselen/Aachen
Name des Vaters	:	Jakob Schulz
Beruf des Vaters	:	Polizeibeamter
Name der Mutter	:	Klara, geborene Dahmen
Beruf der Mutter	:	Hausfrau
Schulausbildung	:	1. Volksschule Hehlrath/Aachen von Ostern 1953 - Ostern 1957 2. Heilig-Geist-Gymnasium Broichweiden von Ostern 1957 - Ostern 1963 3. Heilig-Geist-Gymnasium Menden/Iserlohn von Ostern 1963 - Ostern 1966
Schulabschluß	:	Abitur am 23.2.1966
Studium	:	1. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn ab 2o.1o.1966 bis SS 1967 Fach: Katholische Theologie ab WS 1967/68 bis 31.3.197o Fach: Germanistik, Philosophie, Politologie 2. Universität zu Köln ab 2.4.197o bis 7.9.1971 Fach: Germanistik, Philosophie, Politologie 3. Freie Universität Berlin ab 4.11.1971 bis 3o.9.1972 Fach: Germanistik, Philosophie, Politologie 4. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn ab 11.1o.1972 Hauptfach : Promotion Politologie Nebenfächer: Germanistik, Philosophie